

Der Arbeit wieder Würde geben!



Thorsten Schulten
Deutschland braucht
einen gesetzlichen
Mindestlohn!

**Klaus Pickshaus und
Frederic Speidel**
Gute Arbeit unter
dem Druck der
Prekarisierung

**Thorben Albrecht und
Felix Wolf**
Standortverlagerung
als Herausforderung

**Interview mit Michael
Sommer**

Im Forum DL 21
schreiben u.a. Andrea
Nahles, Jörg Deml,
Angelica Schwall-
Düren, Peter Schuster

Sie wissen nicht, was sie tun – aber sie tun es. Die Menschen denken, die Wirtschaft produziere zur Mehrung des Wohlstands der Völker und die eigene Verhaltensweise, wenn sie sich an der Verwirklichung des eigenen Vorteils orientiere, trage zum Wohlstand aller bei. Forderungen aus der Wirtschaft seien deshalb auch in ihrem Interesse. Deshalb formulieren sie, weil sie nicht wissen, was sie tun: als Arbeiter, als Konsumenten, als Unternehmer, als Politiker.

Marx nennt diese freiwillige Unterordnung unter das Diktat der kapitalistischen Wirtschaftsweise den Fetischismus dieser Produktionsweise, die in Wirklichkeit dem irrationalen Selbstzweck der Steigerung der Kapitalrentabilität diene und dem versprochenen Nutzen nicht gerecht werde. Marx spricht zu Beginn des ersten Bandes des Kapitals vom „automatischen Subjekt“, das sich sämtliche sozialen Kategorien im Kapitalismus als quasi Funktionskategorie unterordne. Selbst die Kapitaleigentümer und Manager seien keineswegs die autonomen Subjekte, sondern bloße Funktionäre der Kapitalverwertung als dem irrationalen Selbstzweck der kapitalistischen Wirtschaftsweise: kurz „Offiziere und Unteroffiziere des Kapitals“ wie auf tieferen Stufen der kapitalistischen Funktionshierarchie die „Armee“ und „Reservearmee“ der Arbeiter und der sozial ausgegrenzten Schichten.

Kurzum: die kapitalistische Produktionsweise unterwirft sich tendenziell alle Bereiche des Lebens in allen Teilen der Erde und die Menschen halten diesen Prozess für alternativlos.

Ein fetischisiertes Gesamtsystem bedarf zu seiner legitimatorischen Absicherung eines die Gesamtgesellschaft erreichenden hierarchisierenden Systems von Subfetschen. Diese wirken in den unterschiedlichen gesellschaftlich-politischen Bereichen: Wachstum und Vollbeschäftigung als Ergebnisse eines möglichst von politischen Interventionen freigestellten Wirtschaftsprozesses als unhinterfragbare Werte. Öffentliche Diskriminierung der Ziele des Sozialstaats: Tarifautonomie, steuerliche Umverteilung nach der größeren Belastbarkeit der hohen Einkommen und Vermögen, gesellschaftliche Garantie der Sicherung vor den Lebensrisiken, Güter und Dienstleistungen der gesellschaftlichen Daseinsvorsorge von öffentlicher Verantwortung. Verunglimpfung des Natur- und Umweltschutzes als Wachstums- und Arbeitsplatzrisiko, das die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft gefährdet. Abwertung gesellschaftsbezogener Werte wie Solidarität, Gerechtigkeit, Verantwortung für die natürlichen Lebensgrundlagen zugunsten eines durch den isolierten Freiheitswert legitimierten ungehemmten Individualismus. Ablösung und Geringschätzung der Teilhabe des Volkes an politischen Entscheidungsprozessen zugunsten des Einflusses von Experten der Eliten in Kommissionen.

Über Medien und Kultur vermittelt suchen sich die Fetische ihre Reservearmeen unter der Einflussnahme der „Offiziere und Unteroffiziere des Kapitals“.

Die Doppelung der Ziele Wachstum und Vollbeschäftigung führt zur Diskriminierung aller, die die Folgen für die Lebensgrundlagen benennen durch gesellschaftliche Mehrheiten. Die Arbeitslosen werden zu denjeni-

gen, die den Niedriglohnsektor als besser empfinden als Dauerarbeitslosigkeit und wirken an der Unterminierung des gesellschaftlichen Einflusses der Gewerkschaften, die Gesunden in sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen halten Privatversicherungen für die bessere Alternative zur Solidarversicherung. Auf der Strecke bleiben diejenigen, die auf die Solidarität der Starken angewiesen sind. Öffentliche Dienstleistungen werden von denjenigen zugunsten von Privatisierungen in Frage gestellt, die Steuern zahlen für ein Grundübel halten und bei staatlichen Leistungen nicht die Leistungen, sondern den angeblich überflüssigen bürokratischen Aufwand sehen. Autofahrer, Aldi- und Lidl-Kunden sehen in Natur- und Umweltschutz sowie kritischen Verbrauchern ihre Hauptgegner, nicht in dem System, das Naturzerstörung und Gesundheitsgefährdung sowie soziale Spaltung der Gesellschaft als nicht vermeidbare Folgen des Systems akzeptiert.

Kurzum: ein fetischisiertes System ist in der Lage, Mehrheiten in der Bevölkerung gegen deren eigene objektive Interessenlage zu aktivieren und sich als gemeinsamen Nenner auch für Regierungsbündnisse zu präsentieren.

Für die Programmdebatte der SPD stellt sich die Herausforderung, Wege in dem System zu entwickeln, die auch über das System hinaus führen können, wenn dessen Krisenhaftigkeit nicht auszugleichen ist. Sie ist eine besondere Herausforderung für die Linke, die eine solche Debatte im linken gesellschaftlichen Diskurs verankern muss. Sie muss auch zur kritischen Analyse des Fetischsystems bereit sein, wenn es darum geht, Wachstum und Vollbeschäftigung im Kontext der Programmdebatte zu hinterfragen und ein zeitgemäßes Staatsverständnis und Reformverständnis zu entwickeln.

Ich bleibe dabei, dass das Berliner Programm bei diesem Prozess der Referenzrahmen eine Renaissance erfahren wird: „Grunderfahrungen und Grundwerte des Demokratischen Sozialismus“, die kritische Analyse der „Welt, in der wir leben“, werden die Grundlage bieten, sich mit dem Fetischsystem auseinander zu setzen. Ist „Unser Bild vom Menschen“ eine Alternative zum neoliberalen Leitbild des homo oeconomicus, dessen Selbstverständnis auf den jeweils größten individuellen Vorteil beschränkt ist. Ist unser Verständnis von „Politik“ ein Gegenbild zur praktischen Politik der Anpassung an die Verhältnisse und Zwänge des globalisierten Kapitalismus, garantieren die Wechselbeziehungen der „Grundwerte des Demokratischen Sozialismus“ in der Wechselbeziehung von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, zu denen meiner Meinung nach die Verantwortung für die Natur hinzu gefügt werden muss, dass dem ungehemmten Individualismus Grenzen gesetzt werden, ist die Kapitalismuskritik des Abschnitts „Die Welt, in der wir leben“ noch hinreichend zur Analyse der jetzigen Rahmenbedingungen der Politik?

Kurzum: Entledigt die Programmdebatte das System des Kapitalismus seines Fetischsystems, hat die Linke die Chance, die Perspektive eines neuen, die Gesellschaft bindenden Zukunftsmodells zu gewinnen: die ökologisch und sozial verantwortete Demokratie.

Herausgeber/Herausgeberinnen:

Karin Benz-Overhage (Frankfurt/M.)
 Klaus Dörre (Recklinghausen)
 Christel Riemann-Hanewinkel (Halle/S.)
 Michael R. Krätke (Amsterdam)
 Uwe Kremer (Dortmund)
 Detlev von Larcher (Weyhe)
 Benjamin Mikfeld (Bochum)
 Susi Möbbeck (Magdeburg)
 Andrea Nahles (Weiler)
 Horst Peter (Kassel)
 Rene Rospel (Hagen)
 Thomas Sauer (Mölin)
 Sigrid Skarpells-Sperk (Kaufbeuren)
 Thomas Westphal (Dortmund)
 Ulrich Zachert (Apensen)

Redaktion:

Thorben Albrecht
 Ulf Banscheraus
 Björn Böhning
 Tanja Breuer
 Stefanie Gerszewski
 Sebastian Jobellus
 Oliver Kaczmarek
 Anja Kruke
 Lars Neumann
 Svea Reiners
 Reinhold Rünker
 Inken Wiese

Redaktionsmanagement:

Reinhold Rünker, logo office Leichlingen

Redaktions- und Verlagsadressen:

spw-Verlag/Redaktion GmbH
 Postfach 12 03 33, 44 293 Dortmund
 Telefon (Verlag) 02 31 - 40 24 10
 Telefon (Redaktion) 02 31 - 40 14 11
 Telefax 02 31 - 40 24 16
 verlag@spw.de, redaktion@spw.de
 www.spw.de

Geschäftsführung:

Hans-Joachim Olczyk
 Eckhart Seidel

Konto des Verlages:
 Postbank Dortmund
 Kto. Nr. 32 44 34 68, BLZ 440 100 46

Die spw erscheint mit 6 Heften im Jahr.
 Jahresabonnement Euro 34,-
 (bei Bankinzug Euro 32,-)
 Auslandsabonnement Euro 37,-
 Abbestellungen mit einer Frist
 von drei Monaten zum Jahresende.
 Wir freuen uns über Manuskripte und
 Zuschriften. Wenn möglich, sollen
 Manuskripte per E-mail oder auf einer
 MS-DOS/Windows-formatierten Diskette
 mit einem Ausdruck geliefert werden.

ISSN 0170-4613

© spw-Verlag/Redaktion GmbH 2006.
 Alle Rechte vorbehalten.

Titelfoto:

Christian Kiel, Berlin

Satz und Gestaltung:

Ralf Schmitz, Leverkusen

Druck:

Noite-Druck, Iserlohn
 1-2. Tausend, Mai 2006

Kurzum 2

FORUM DL 21

Andrea Nahles
 SPD: The Beck experience 4

Jörg Deml
 SPD-Programmdebatte: Soziale Demokraten ohne Gesellschaft 5

Angelica Schwall-Düren
 Auswege aus der EU-Verfassungskrise 6

Peter Schuster
 Zwölf Thesen zur beruflichen Bildung 8

Dokumentation: Positionspapier aus der Parlamentarischen Linken zur Gesundheitsreform
 Für eine solidarische Zukunft der Krankenversicherung 10

Personen & Positionen 12

DER ARBEIT WIEDER WÜRDE GEBEN

Björn Böhning, Kai Burmeister
 Einleitung zum Schwerpunkt 14

Thorsten Schulten
 Deutschland braucht einen gesetzlichen Mindestlohn! 16

Frank Schröder
 Die politische Auseinandersetzung um menschenwürdige Löhne in den USA 19

Klaus Pickshaus und Frederic Speidel
 Gute Arbeit unter dem Druck der Prekarisierung 23

Cordula Drautz und Björn Böhning
 Eine Reform des dualen Systems ist überfällig 27

Anja Willmann
 „Generation Praktikum“ – Arbeiten zum Nulltarif 29

Thorben Albrecht und Felix Wolf
 Standortverlagerung als politische und gewerkschaftliche Herausforderung 30

Michael Sommer (Interview)
 Die Würde des Menschen ist unser Maßstab 36

Rez.: Urban et. alt.: Arbeitspolitik kontrovers (Kai Burmeister) 39
 Rez.: Schulten/Bispinck/Schäfer: Mindestlöhne in Europa (Toralf Pusch) 39
 spw intern 40

THEORIE & STRATEGIE

Benjamin Körner
 Perspektive zur Veränderung 41

Heinz-J. Bontrup
 Zur Staatsverschuldung – ökonomische Richtigstellungen 45

Götz Godowski
 Standard-Bildung 48

Christoph Meyer (Interview)
 Hat Herbert Wehner uns heute noch etwas zu sagen? 51

Tobias Mushoff und Andreas Fisahn
 Soziale Demokratie und soziale Kämpfe
 – Zum 100. Geburtstag von Wolfgang Abendroth 53

Burkhard Zimmermann
 Wir linken Sozialdemokraten und Wolfgang Abendroth 54

Rez.: Diers, Wolfgang Abendroth (Thilo Scholle) 57
 Rez.: Reitzig, Gesellschaftsvertrag, Gerechtigkeit, Arbeit (Barbara Lösche) 57
 Rez.: Schabedoth: Unsere Jahre mit Gerhard Schröder (Maik Luhmann) 59

SPD – The Beck experience...

Kurt Beck ist neuer SPD-Vorsitzender

Von Andrea Nahles

Wie steht es um die SPD, nachdem sie erneut zu einem neuen Parteivorsitzenden finden muss? Erstaunlich gut. Das liegt einmal an der rückhaltlos ehrlichen Erklärung von Matthias Platzeck zu seinem aus gesundheitlichen Gründen erfolgten Rücktritt. Und das liegt am designierten neuen Vorsitzenden, Kurt Beck. Er kommt gut an. Vor gut einem Jahr bat mich ein Freund einen Beitrag für ein Buch über ihn beizusteuern. Ich zitiere mich hier jetzt mal unerlaubterweise selbst: „...es hat ein wenig gedauert bis die ‚Berliner‘ gemerkt haben, was für ein Kapital der Rheinland-Pfälzer mitbringt. Es ist jetzt verstanden. Was sich als Frage anschließt: Was will Kurt Beck damit machen? Wo stellt er sich auf? Wie viel Verantwortung für die Gesamtpartei nimmt er auf seine Schultern? Und welche Idee hat er von einer zukünftigen SPD?“

Erfahrungen nutzbar machen

Nun: Er hat jetzt einen guten Teil der Verantwortung auf seine Schultern genommen. Was er damit macht, ist als Antwort nicht so einfach verfügbar. Man sollte auf seine Arbeit schauen. „Wenn ich Kurt Beck auf der Landesebene begegne, sehe ich klar: Die Kunst, ein Land zu regieren, es nach vorne zu schieben, niedrige Arbeitslosenzahlen und hohe Lebensqualität zu halten, akzeptiert zu sein und trotzdem den Schwung für Neues nicht zu verlieren: Das ist eine beachtliche Leistung. Die Leistung eines Teams. Einer Harmonie von Partei, Regierung und hauptamtlichem Apparat.“ Es lässt sich nicht alles von dem westlichen Flächenland Rheinland-Pfalz auf die Bundesebene transponieren, aber einige Eckpunkte vielleicht doch:

1. Die SPD als Volkspartei ernst nehmen

Das zieht sich als roter Faden durch die Arbeit von Kurt Beck. Volkspartei muss man sein, will man über 40 Prozent der Stimmen kommen. Für die Bundespartei die mittlerweile schon fast chronisch im 30 %-Turm verharret, ist das mehr als nur ein kleines Versprechen. Es heißt auch sich den Themen, die die Menschen umtreiben, anzunehmen. Ein Beispiel war seine Reaktion auf den unangekündigten Vorstoß von Franz Müntefering zum Thema Rente mit 67. Oder sein frühzeitiges Eintreten für einen Mindestlohn. Auch die Grundsatz-

programmdebatte kann genutzt werden, um die SPD wieder neu auszubuchstabieren.

2. Die SPD als Mitgliederpartei aktivieren

Kurt Beck weiß, ohne aktive und mobilisierte SPD keine erfolgreichen Wahlen. Gerade in einem strukturell eher konservativen Land sind die kommunalpolitische Ebene und die Basis der Partei von großer Bedeutung. Hoher persönlicher Einsatz eingeschlossen. Harmonie wird groß geschrieben – was die Konsequenz hat, dass inhaltliche Positionsabgrenzungen einzelner Arbeitsgemeinschaften, -oder gruppen nicht gern gesehen sind. Ideologische Differenzen wurden in Rheinland-Pfalz über die Jahre stark nivelliert. Pragmatische Problemlösungen standen auch im internen Umgang miteinander im Vordergrund. Was auch heißt, dass Kurt Beck offen für best practice und gute Vorschläge im Zusammenhang mit einer Stärkung der Mitgliederpartei sein wird und die Nähe zu den Kreisverbänden und Bezirks- und Landesgliederungen sicher suchen wird.

3. Generationsaufbau in der SPD

Kurt Beck hat ungewöhnlich konsequent und systematisch den Generationsaufbau in Rheinland-Pfalz gefördert. Gleich drei junge Ministerinnen und Minister um die 40 Jahre und auch die neue Generalsekretärin und einige Staatssekretäre liegen in dieser Linie. Diese Aufgabe steht immer noch als ‚Unvollendet‘ auf der To Do -Liste der Bundespartei.

Beck steht für einen handlungsfähigen Staat

Was wird nun die inhaltliche Richtung sein, die Kurt Beck einschlagen wird? Zunächst muss er seine Position in Berlin ausbauen und absichern. Das wird sehr zügig laufen. Dann wird es darum gehen, der Partei Richtung und Stimme zu geben. Kein leichtes Unterfangen, da sich einige Minister in der Bundesregierung zunehmend wieder im belehrenden Ton vernehmen lassen. Ganz im Duktus der Agenda-2010-Rhetorik hört man da zum Beispiel Peer Steinbrück wie er die Partei aufruft, sie „müsse sich der Realität stellen“. Um ihr dann eine Unternehmenssteuerreform schmackhaft zu machen, die im Umfange von 5-10 Mrd. zu Nettoentlastungen der Unternehmen führen würde.



Andrea Nahles

Inmitten dieser prominenten Missionare die SPD nicht aus den Augen zu verlieren, wäre eine echte Chance für Kurt Beck. Niemand wäre dankbarer als die SPD selbst. Ein erster Beleg dafür ist die von Beck angestoßene Debatte zum Selbstverständnis unseres Staates. Es wurde schon als Befreiung empfunden, dass man wieder auf der staatlichen Ebene gestalten will und eine handlungsfähige Finanzierung eingefordert wurde. Die Nagelproben werden erst noch kommen. Um nur zwei zu nennen:

1. Eine Anhebung der Mehrwertsteuer um 3 % um damit eine weitere Nettoentlastung der Unternehmen zu finanzieren ist nicht nur nicht zu verkaufen – es ist für Sozialdemokraten nicht vertretbar! Die vagen Versprechen auf mehr Arbeitsplätze und irgendwann später einlaufende sprudelnde Steuereinnahmen – das glaubt kein Mensch mehr. Dafür hat die letzte Unternehmenssteuerreform gesorgt.

2. Die Gesundheitsreform ist objektiv ein schwerer Brocken. Aber was sind die unverrückbaren Positionen der SPD? Der Parteirat hat zwar klar Position gegen jede Variante von Kopfpauschalen und gegen das Einfrieren des Arbeitgeberbeitrages bezogen. Das Misstrauen ist jedoch riesig. Eine einseitige Umfinanzierung der zukünftigen Mehrkosten zulasten der Arbeitnehmer wird es nicht geben können ohne der Mehrheit der gesetzlich Krankenversicherten und auch der SPD zu schaden.

Was sind Identifikationsthemen für sozialdemokratische Wählerinnen und Wählerpotentiale. Es sind die Themen, die jetzt anstehen. Gesundheit, Rente, Arbeitsmarkt, Mindestlohn, Steuern. Die Frage ist nur, wie wir sie anschneiden, was wir hart verhandeln und auch politisch kommunizieren.

Was Kurt Beck leisten könnte, wäre im ersten Schritt eine Strategiedebatte einzuleiten auf die wir alle seit den zahllos verlorenen Landtagswahlen, der Gründung der Linkspartei und der gerade so mit Ach und Krach erreichten Regierungsbeteiligung hoffen.

Soziale Demokraten ohne Gesellschaft

Zur Programmdebatte der SPD

Von Jörg Deml

Programmdebatten in der SPD laufen häufig Gefahr, in idealistischer Manier sozialdemokratische Grundwerte zu beschwören und daraus abgeleitet in leuchtenden Farben eine Welt zu zeichnen, wie sie sein sollte – der Weg dahin bleibt dann allerdings unklar. Der Ansatz des Papiers „Kraft der Erneuerung. Soziale Gerechtigkeit für das 21. Jahrhundert“ scheint ein anderer zu sein: Als Begründung, warum die Partei SPD ein neues Grundsatzprogramm benötigt, wird die handlungsleitende Funktion eines Grundsatzprogrammes genannt: „Die Orientierungen des Berliner Programms reichen als Kompass für unsere Praxis nicht mehr aus.“

Die neue Arbeitsgesellschaft

Ein Kompass funktioniert aber nur, wenn er einen eindeutigen Bezugspunkt hat; vor allem an den Passagen zur Arbeitsgesellschaft wird jedoch deutlich, woran die Leitsätze zur Programmdebatte leiden: Ihnen fehlen diese Bezugspunkte, so dass sie auch keine Position beziehen können. So können die Veränderungen der gesellschaftlichen Arbeit nicht verstanden werden, wenn die Existenz unterschiedlicher ökonomischer Interessen geleugnet wird.

Man kann es auf eine knappe Formel bringen: In den Leitsätzen fehlt ein Verständnis von Gesellschaft. Es lohnt der Vergleich mit Passagen des entsprechenden Kapitels („Die Zukunft der Arbeit und der freien Zeit“) aus dem Berliner Programm, das zu den besten im noch gültigen Grundsatzprogramm gehört: „Wieviel Arbeit zu leisten ist, wie sie organisiert, gestaltet und verteilt wird, ist abhängig von der Entwicklung der Produktivkräfte, von gesellschaftlichen Machtverhältnissen und kulturellen Traditionen.“

Wenn die Zentralität der Erwerbsarbeit positiv bestimmt und zum Ausgangspunkt des politischen Gestaltungswillens gemacht wird, so lassen sich hieraus nicht nur normative Erwartungen an eine humane Erwerbsarbeit ableiten, sondern auch qualitative Anforderungen an die Arbeitsmarkt-, Beschäftigungs- und Wirtschaftspolitik. Ansätze hierzu finden sich

in den Leitsätzen, doch bleiben sie unzureichend.

Blutleer bleiben die Leitsätze auch, wenn es darum geht, die bundesrepublikanische Gesellschaft zu beschreiben: Eine Sozialstruktur, die die gesellschaftlichen Teilhabechancen bestimmt oder zumindest beeinflusst, scheint es nicht zu geben; dass bei aller Ausdifferenzierung weiterhin soziale Milieus vorhanden sind, die nicht nur einen ähnlichen sozio-ökonomischen Status aufweisen, sondern auch gemeinsame gesellschaftspolitische Orientierungen und Werthaltungen, ist keiner Erwähnung wert. Einzig die für die SPD zentrale Frage der späten 90er Jahre, nämlich die nach der Rolle der sogenannten „neuen Mitte“, also der aufstiegsorientierten ‚Leistungsträger‘, wird kurz angerissen.

Nur bei der Frage der Bildungschancen wird anerkannt, dass hier die soziale oder ethnische Herkunft oder das Geschlecht eine Rolle spielen – aber natürlich eigentlich nicht dürfen sollen. Gesellschaftliche Integration oder Ausgrenzung wird nur im Zusammenhang mit Einwanderung diskutiert: „Ausschluss“ oder „Selbst-Ausschluss“ seien „ethnisch-kulturell“ bestimmt. Im Kern wird damit eine moralische Forderung an die einzelnen Individuen gerichtet, doch eine gemeinsame Kultur mit gemeinsamen Werten zu entwickeln – warum dies aber bislang nicht gelungen ist und was die SPD dazu beitragen könnte, dass dies zukünftig besser gelingt, ist doch die spannende Frage.

Die Sozialdemokratie hat ihr politisches Subjekt verloren

Die Abstrahierung von gesellschaftlichen Gruppen in den Leitsätzen zur Programmdebatte ist dabei kein Versäumnis, wie sich in dem abschließenden Kapitel, in dem das Politikverständnis definiert wird, zeigt: Sowohl in der Analyse als auch in der Formulierung von politischen Positionen wird vermieden, die – positive oder negative – Betroffenheit einzelner gesellschaftlicher Gruppen zu erwähnen.

Der Verzicht auf eine genaue Beschreibung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse bringt es mit sich, dass auch keine Akteure identifiziert werden, die es für die Unterstüt-



Jörg Deml

zung der als richtig angesehenen Politik zu gewinnen gilt – sieht man einmal von der „steuerzahlenden Mitte“ (sic!) ab. Diese vermeintlich positive Offenheit bei anstehenden Entscheidungen hat natürlich auch eine negative Kehrseite: Keine gesellschaftliche Gruppe wird sich der SPD in besonderem Maße verbunden fühlen.

Mehr oder weniger deutlich ausgesprochen steht die Positionsbildung zum Sozialstaat im Mittelpunkt der Programmdebatte. Auch hier rächt es sich, dass dieses Politikfeld isoliert betrachtet wird: Die geforderte vorsorgende Ausrichtung des Sozialstaates gelingt in den Leitsätzen nicht, weil der Sozialstaat auf ‚Sozialpolitik‘ reduziert wird, also auf soziale Dienstleistungen und Transferzahlungen. Der Sozialstaat basiert aber auf einem komplizierten Wechselverhältnis von unterschiedlichen gesellschaftlichen Teilbereichen und Akteuren. Der Sozialstaat war erfolgreich, wenn er die intelligente Form einer regulierten Marktwirtschaft darstellte – und damit war Sozialpolitik nicht zu trennen von Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Diese Tatsache gilt angesichts veränderter ökonomischer Rahmenbedingungen und nationaler Kompetenzen erst Recht: Der zukünftige „vorsorgende Sozialstaat“ kann nur erfolgreich sein, wenn er die skizzierten Ansätze einer modernisierten Sozialpolitik in den Kontext eines neuen Leitbilds der ökonomischen Entwicklung stellt – hierzu finden sich in den Leitsätzen allerdings keinerlei Aussagen. Im Kern reduziert sich der „vorsorgende Sozialstaat“ damit darauf, dass die Menschen durch ein erhöhtes Bildungsniveau dazu befähigt werden sollen, die sich verändernden Anforderungen im Erwerbsleben zu bewältigen: Dies bedeutet aber nichts anderes, als dass das Gelingen der „innovativen und wettbewerbsfähigen Wirtschaft“ individualisiert wird – und damit sind wir wieder am Ausgangspunkt des Gesellschaftsverständnisses in den Leitsätzen angelangt.

Auswege aus der Verfassungskrise

Ein „Sozialprotokoll“ zur EU-Verfassung

Von Angelica Schwall-Düren

Entgegen den Hoffnungen und Erwartungen wird Ende 2006 das Ratifizierungsverfahren für die EU-Verfassung nicht beendet sein. Im Gegenteil: Obwohl bis heute 14 Staaten ratifiziert haben, hat das Nein in den Referenden in Frankreich und den Niederlanden den Ratifizierungsprozess ins Stocken gebracht, ja mehr noch: schon jetzt wissen wir, dass mindestens diese beiden Länder keine Zustimmung zum Verfassungsvertrag gegeben haben werden.

Wie kann die Krise überwunden werden?

Unter der luxemburgischen Ratspräsidentschaft wurde deshalb eine Reflexionsphase bis Herbst 2006 vereinbart; während dieser Zeit sollte nach Auswegen aus der schwierigen Lage gesucht werden. Bisher ist aber eher weit verbreitete Ratlosigkeit zu erkennen, als dass Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt werden. Denn es gibt ein doppeltes Dilemma: mögliche Lösungen müssen mit Partnern sehr unterschiedlicher Einstellungen vorgeklärt werden. Wenn die Vorschläge aber zu früh bekannt werden, können sie auf dem Hintergrund jeweiliger nationaler Interessen schon vorab zum Scheitern gebracht werden. Außerdem hat man bei der Unterzeichnung des Verfassungsvertrages durch die Regierungschefs lediglich mit Schwierigkeiten von Seiten eher integrationsunwilliger Länder, wie z. B. Großbritannien gerechnet. Nun haben sich aber zwei EU-Gründungsmitglieder verweigert. Eine mögliche Lösung muss also sehr unterschiedliche Vorbehalte gegenüber der Verfassung überwinden.

Denkbar sind nun mehrere Szenarien:

1. Die Ratifizierung wird fortgesetzt.

Estland hat am 09.05.2006 die Verfassung ratifiziert. Daraus könnte eine neue Dynamik entstehen: Finnland könnte folgen, vielleicht Portugal und andere. Doch selbst wenn auch die derzeit verfassungsskeptischsten Länder Tschechien, Polen und Großbritannien folgen sollten – was sehr unwahrscheinlich ist –, kann die Verfassung nur in Kraft treten, wenn alle Mitgliedstaaten ratifiziert haben. Wie Politiker der Nie-

derlande und Frankreichs über alle Parteigrenzen hinaus versichern, ist es nicht denkbar, dass man den Bevölkerungen ihrer Länder den gleichen Text noch einmal zur Abstimmung vorlegt oder ihn ersatzweise von den Parlamenten ratifizieren lässt. Auf diesem Wege ist die Zustimmung der beiden Mitgliedstaaten nicht zu bekommen.

2. Das Nein in den Referenden wird als Scheitern des Verfassungsprozesses gewertet.

Die EU arbeitet auf der Grundlage des Nizza-Vertrages weiter und versucht, über erfolgreiche Politik zum Nutzen der europäischen Bürger und der Mitgliedstaaten den Euroskeptizismus zu überwinden. Ein derartiges Verhalten scheint mir jedoch nicht sehr Erfolg versprechend zu sein, da die schwerfälligen Entscheidungsprozesse den Herausforderungen, denen sich die EU gegenüber sieht, nicht entsprechen und es viel zu lange dauert, bis Sperrminoritäten überwunden sind.

3. Der Verfassungsvertrag wird neu verhandelt (so genannter Plan B).

Auch diese Alternative sollte verworfen werden. Nicht umsonst hat die deutsche Regierung nach dem blamablen Ergebnis des Nizza-Gipfels angeregt, durch einen Konvent eine Verfassung auszuarbeiten. Den Vertretern nationaler Parlamente und des EU-Parlaments gelang es, die nationalen Vorbehalte zu überwinden und einen Kompromiss zu verabschieden, der einen wichtigen Fortschritt hinsichtlich demokratischer Legitimation, Transparenz und Handlungsfähigkeit der EU bedeutete. Nach zwischenzeitlichem Scheitern konnte nur mühsam nach zähen Verhandlungen der spanische und polnische Vorbehalt überwunden werden. Bei einer Neuverhandlung des Vertrages würden alle Streitigkeiten wieder aufbrechen. Angesichts der politischen Mehrheitsverhältnisse in den Mitgliedstaaten ist nicht damit zu rechnen, dass die erwähnten Fortschritte, auch hinsichtlich der sozialen Dimension, zu halten sind. Der zu erreichende größte gemeinsame Nenner würde einen enor-



Angelica Schwall-Düren

men Rückschritt gegenüber dem bereits Erreichten bedeuten.

4. Das „Rosinenpicken“

Eine von französischen Politikern (Chirac, Sarkozy) vorgeschlagene Alternative ist die Umsetzung von institutionellen Teilreformen unterhalb der Verfassungsschwelle – dabei werden einige institutionelle Elemente aus dem Verfassungsvertrag ausgewählt, die man gesondert einführt und ratifiziert. Auch dies käme einer – wenn auch beschränkten – Neuverhandlung gleich. Denn es müsste eine Verständigung darüber erzielt werden, welche Elemente unabhängig von einem Verfassungsvertrag einzuführen wären. Damit ergäben sich die gleichen Probleme wie unter Szenario 3. Außerdem muss man davon ausgehen, dass damit weder die Demokratisierung (Stärkung des Europäischen Parlamentes), noch die soziale Dimension und die Verbindlichkeit der Grundrechte gestärkt werden können. Eine weitergehende politische Integration wäre auf Jahre versperrt.

5. Opting-out

Bei früheren Verträgen wurde das opting-out praktiziert (z. B. Dänemark). Durch besondere Klauseln wird für einen Mitgliedstaat erklärt, dass eine einzelne Bestimmung auf diesen Staat keine Anwendung findet. Eine derartige Lösung ist dann denkbar, wenn ein Mitgliedstaat einen singulären Vorbehalt hat, dessen Anerkennung keine negativen Auswirkungen auf die anderen Nachbarstaaten hat.

Analysiert man aber die Ablehnungsgründe in Frankreich und den Niederlanden, so sind sie bei beiden Ländern vielfältig und nicht gleichgerichtet.

Eine opting-out-Lösung lässt sich deshalb nicht einheitlich definieren. Wollte man aber beispielsweise den Niederländern anbieten,

auf die Einführung weiterer Mehrheitsentscheidungen zu verzichten, um ihnen die Angst zu nehmen, als kleines Land in der großen EU unterzugehen, würde man eines der wichtigsten Reformelemente aus dem Verfassungsvertrag herauslösen, ohne dass man damit auf die Sorgen der Franzosen eine Antwort gegeben hätte.

6. Verzicht auf Teil 3 der EU-Verfassung?

In Frankreich richtete sich die Hauptkritik während der Verfassungsdebatte gegen Teil 3 des Vertrages. Einerseits wurde – zu Recht – beklagt, dass in diesem Teil Politiken aufgeschrieben waren, denen man keinen Verfassungsrang attestieren kann. Andererseits enthält der Text neben einigen echten Verbesserungen und Klarstellungen gegenüber den bisherigen Verträgen, einige Widersprüche in sich und zu Teil 1 und 2, sodass beispielsweise die Kritiker die soziale Dimension, die im vorderen Textteil dokumentiert ist, für nicht abgesichert halten.

Was läge also näher, als den Teil 3 abzutrennen? Dies könnte in zweierlei Weise geschehen:

a) Man lässt die Bevölkerung in Frankreich und den Niederlanden nur noch einmal über Teil 1 und 2 der Verfassung abstimmen, erklärt Teil 3 zum einfachen Vertrag und lässt ihn von den Parlamenten ratifizieren (Giscard d'Estaing). Dieser Trick scheint mir nicht sehr Erfolg versprechend zu sein, da die Verfassungsgegner darauf hinweisen werden, dass auch auf diesem Wege der gesamte "Verfassungsvertrag" unverändert in Kraft treten würde. Die solcherart hintergangene Bevölkerung würde mit Sicherheit erneut zu einem Negativvotum getrieben.

b) Man lässt Teil 3 einfach fallen, wodurch für die Politiken die alten Nizzaverträge einfach weiter gelten würden. Im Laufe der Jahre könnte dann in Ruhe an der Reform der "Verfasstheit" der Politiken gearbeitet werden. Abgesehen davon, dass in Teil 3 auch einige positive institutionelle Neu-Regelungen getroffen worden sind, ergeben sich Adaptionsschwierigkeiten: der Verfassungsvertrag arbeitet nicht nur mit einer neuen Semantik, sondern er verändert auch die Institutionen (z.B. Konzentration der Rechtssetzungsinstrumente der EU), sodass Teil 1 und 2 nicht zu den alten Vertragstexten passen.

Zur Handhabbarkeit müsste deshalb ein eigenes "Übersetzungs"-Kompendium geschaffen werden. Der Umgang mit den Verträgen wäre dann allerdings sehr kompliziert, von Transparenz und Bürgernähe könnte keine Rede mehr sein.

c) Teil 3 wird von vorneherein in eine sorgfältige Überarbeitung gegeben. Dies würde sehr viel Zeit in Anspruch nehmen und damit die Ratifizierung um Jahre verzögern. Außerdem entstünde das gleiche Dilemma wie bei einer Neuverhandlung, nämlich dass

die Interessen nicht leicht zu bündeln sind. Auf jeden Fall gibt es – angesichts der Mehrheitsverhältnisse in den Mitgliedstaaten – wenig Hoffnung, dass sich eine "sozialere" Handschrift durchsetzen lässt, wie sie vor allem von französischen sozialistischen Verfassungsgegnern gefordert wurde.

7. Europa mehrerer Geschwindigkeiten?

Die zunehmende Komplexität einer EU mit 25 und mehr Mitgliedstaaten führt immer wieder dazu, die Lösung in einem harten Kern, einer Avantgarde oder Pioniergruppe, also einem Europa der zwei Geschwindigkeiten zu suchen. Zwar könnten die Niederländer in einem solchen kleineren "Europa" möglicherweise weniger Identitätsprobleme haben, allerdings ist kaum zu erwarten, dass die nicht "zugelassenen" Mitgliedstaaten eine solche Entwicklung einfach zuließen: "pacta sunt servanda". Außerdem würde auch dies eine Ausdehnung der Komplexität bedeuten: EU, Schengen-Land, Euro-Land, Kern-Land würden nebeneinander und verflochten existieren. Da sich das Kern-Europa inter-gouvernemental organisieren würde, bedeutete dies außerdem einen Verlust an demokratischer Legitimation.

8. Das „Sozialprotokoll“ als Alternative:

In der französischen Debatte um die EU-Verfassung wurde vielfach kritisiert, dass es sich bei dem Text um ein neoliberales Dokument handle. Dies stärkte die ohnehin schon ausschließlich an Marktprinzipien orientierte Politik der EU und mache die EU zum trojanischen Pferd einer negativen Globalisierung. Die Auseinandersetzung um die Dienstleistungsrichtlinie, um Fragen von Standortverlagerungen und Steuerdumping belegen, dass die EU-Osterweiterung letztlich von großen Teilen der Bevölkerung nicht akzeptiert ist. Damit verbundene Ängste – so meinte man – würden durch den Verfassungstext bestätigt. Das Negativvotum zur EU-Verfassung war neben innenpolitischen Gründen, die andernorts erörtert wurden – Ausdruck eines Euroskeptizismus, der nicht mit Europafeindlichkeit verwechselt werden darf. Das Votum drückt den Wunsch nach einem Europa aus, in dem es mindestens ein Gleichgewicht zwischen Wettbewerbsorientierung und sozialer Dimension gibt. Dieser Wunsch ist in vielen Ländern lebendig, so auch in Deutschland.

Wodurch könnte die soziale Dimension des Verfassungsvertrages unterstrichen werden?

a) Denkbar wäre, die Hinzufügung einer politischen Erklärung, eines "Sozialprotokolls". Dies wäre allerdings "soft law" (Franz Mayer) und rechtlich nicht bindend. Es bleibt die Frage, ob dies nicht als Placebo verstanden werden würde.

b) Ein Anreiz für Mitgliedstaaten, die die Verfassung abgelehnt oder noch nicht ratifiziert haben, könnte die Hinzufügung von bindendem Recht sein: ein Vorschlag könnte ein 5. Teil des Verfassungsvertrages sein oder ein ganz getrennter Teil der Verfassung als Charta oder Vertrag der sozialen und nationalen Identität der Mitgliedstaaten. Darin könnten Verpflichtungen, aber auch Grenzen der europäischen Integration aufgezeichnet werden, z.B. Schutz des "service public" und der "laïcité" in Frankreich, der monarchischen Verfasstheit in Großbritannien, usw., also auch Schutz der kulturellen Identität. Das Risiko bestünde darin, dass jeder Mitgliedstaat seinen eigenen zu schützenden Bereich einfügen würde (wobei nichts gegen die gültigen Verträge verstößen dürfte). Der Vorteil wäre aber, dass eine solche Charta die bereits einzeln erfolgten Ratifizierungen respektieren würde.

Die Lösung mit Hilfe einer Hinzufügung zum Verfassungsvertrag greift damit die Erkenntnis auf, dass letztendlich nicht der Text, sondern der Kontext abgelehnt wurde. Deshalb wird auch die substantielle Erweiterung des Textes nur dann zum Erfolg führen, wenn intensiv daran gearbeitet wird, auch den Kontext zu verändern.

spw 3/2006



Thesen zur Berufsausbildung

Die berufliche Bildung muss ebenso wie die allgemeine reformiert werden

Von Peter Schuster

Vorbemerkung:

Die Bildungspolitiker/innen der Berliner SPD haben Thesen zur Reform der Berufsausbildung entwickelt, die auf eine Neuorientierung sozialdemokratischer Positionen zielen. Die berufliche Ausbildung in Deutschland genügt in ihrem jetzigen krisenhaften Zustand nicht den Bildungsansprüchen der Zukunft, wie sie im Bildungsbeschluss des Karlsruher Bundesparteitags 2005 für die Bildung insgesamt gefordert werden. Es wird höchste Zeit, Berufsausbildung als Teil des Gesamtsystems Bildung zu begreifen, Verzahnung, Durchlässigkeit, Polyvalenz zu entwickeln und Qualität zu sichern. Zugespielt gesagt: für die gesellschaftlichen und individuellen Ansprüche der Zukunft genügt es nicht mehr, massenweise Friseurinnen und Kfz-Mechaniker auszubilden.

1. Das duale Berufsbildungssystem in Deutschland befindet sich in einer schweren Krise

Das Duale System der beruflichen Ausbildung in Deutschland funktioniert nur in (wirtschaftlichen) Teilbereichen und nur, soweit eine qualitativ umfassende Ausbildung im Betrieb und eine ausreichende Kooperation mit der Teilzeitberufsschule gegeben ist. Aktuell bilden nur noch 23 % aller Betriebe aus (Berufsbildungsbericht 2003, S. 80). Das deutsche Duale System befindet sich in einer quantitativen und qualitativen Krise, die nicht vorübergehend ist. Es handelt sich um eine strukturelle Krise, die nur mit grundlegenden Veränderungen des jetzigen Systems bewältigt werden kann. Bisher hat die Politik nur zögerlich auf die Krise reagiert. Die Lobby der Verteidiger des tradierten Dualen Systems ist stark. Es gibt zu wenige Politiker/innen, die die Dimension des Problems erkannt haben.

2. Das Problem für die Qualität der beruflichen Bildung

Die Abhängigkeit der Dualen Berufsausbildung vom ausbildenden Einzelbetrieb erweist sich als grundsätzliches Problem für die Qualität der beruflichen Bildung

Für eine umfassende Qualitätssicherung der Berufsausbildung stellt sich die einzelbetriebliche Beschränktheit der Ausbildung oft als ein Hindernis dar. Die Qualitätsfrage stellt sich sowohl bei kleinen wie auch großen Unternehmen. Kleine Unternehmen sind nicht immer in der Lage, ihre Azubis qualitätsgesichert auszubilden und sie mit dem neuesten Stand der notwendigen Kenntnisse und Fähigkeiten vertraut zu machen. Große Unternehmen bauen ihre Ausbildungsabteilungen und -schulen ab. Der „Dschungel“ von Ersatzangeboten für fehlende betriebliche Ausbildungsplätze ist inzwischen undurchschaubar geworden. Zudem werden durch das unkoordinierte Nebeneinander der verschiedenen Angebotssysteme in unterschiedlichen Zuständigkeiten – Berufsbildende Schulen, Bundesagentur für Arbeit, spezielle Bundes- und Länderprogramme – öffentliche Gelder in erheblichem Umfang vergeudet. Nach dem Zusammenbruch der DDR-Ausbildungsbetriebe ist vor allem in den neuen Bundesländern und in Berlin die Trägerausbildung ein bedeutendes Instrument zum Ausgleich fehlender betrieblicher Ausbildungsplätze geworden. Diese hat vor allem in der Benachteiligtenausbildung beachtliche Erfolge erzielt. Unterschiedliche Qualität der Trägerausbildung und der strukturelle Wildwuchs unterstreichen jedoch auch hier die Notwendigkeit einer grundsätzlichen Reform der beruflichen Bildung.

3. Ausbildungsplätze stehen nicht ausreichend zu Verfügung

Die bisherigen Maßnahmen und Vorschläge sind nicht weitgehend genug und nicht effektiv. Die Novellierung des Berufsbildungsgesetzes 2005 ging von einer vorübergehenden quantitativen Krise aus und legte für die Übergangszeit rechtlich unverbindliche Maßnahmen zur Anrechnung und Anerkennung von Berufsausbildungen außerhalb des Dualen Systems fest. Der Ausbildungspakt bringt keine ausreichende Zahl an Ausbildungsplätzen, die Qualität der ein-



Peter Schuster

geworbenen Ausbildungsplätze ist nicht gesichert. Eine Ausbildungsabgabe der nicht-ausbildenden Betriebe löst nicht das qualitative Problem.

Neben den in jedem Herbst veröffentlichten Zahlen der offiziellen Ausbildungsplatzvermittlungstatistik der Bundesagentur für Arbeit (BA) gibt es in der Schulstatistik und in den Förderstatistiken der BA noch eine große Zahl von ausbildungswilligen Jugendlichen, die in diversen „Ersatz-Maßnahmen“ verschwinden und eine hohe Dunkelziffer für Jugendliche, die bei den zuständigen Ämtern nicht registriert sind. In einer Situation des wachsenden globalen Wettbewerbs wird die Zahl der Ausbildungsstellen in den Betrieben weiter zurückgehen. Ausbildung verursacht Kosten, soweit Azubis nicht als preiswerte Arbeitskräfte eingesetzt werden. Das Kostenbewusstsein der großen Unternehmen sowie die weitgehend globalisierte Niederlassungsfreiheit in der Europäischen Union, beispielsweise im Handwerk, sind wesentliche Ursachen. Infolge erheblich gewachsener Anforderungen an den Fachkräftenachwuchs verdrängen Abiturienten Realschüler und Hauptschüler bei der Besetzung interessanter Berufsausbildungen.

4. Die Trennung von allgemeinbildender und berufsbildender Ausbildung ist nicht mehr zeitgemäß

Die allgemeine Bildung spielt in der beruflichen Ausbildung nur eine untergeordnete Rolle. Die bisherigen Anstrengungen, den allgemeinbildenden und fachtheoretischen Anteil zu stärken, sind weder ausreichend noch Erfolg versprechend.

Diese Trennung zwischen allgemeiner und beruflicher Bildung lässt ein großes Bildungspotenzial ungenutzt. Die Quote der Schulabgänger/innen mit Hochschulzugang in Deutschland ist im internationalen Vergleich zu gering. Wir werden die unbe-

Peter Schuster ist einer der beiden Sprecher des Fachausschusses „Stadt des Wissens“ der Berliner SPD. Die Thesen wurden in einer Arbeitsgruppe gemeinsam mit der AöB und den zuständigen Sprecher/innen der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus erarbeitet.

stritten notwendige Erhöhung der Studienanfängerquote und der Hochschule-Absolvent/innen zukünftig nicht mehr aus dem Kreis der Absolvent/innen gymnasialer Bildung decken können, sondern benötigen zunehmend Absolventen mit Studienberechtigung aus dem Berufsbildungsbereich.

5. Der Staat hat keine Zuständigkeit für die Qualitätssicherung in der Beruflichen Bildung

Bei der (selbstverständlichen) Zuständigkeit des Staates für die Bildung ist die berufliche Bildung weitgehend ausgeklammert. Der Lernort Betrieb, seine Organisation und Qualitätssicherung, die Durchführung und die Zulassung zu den Prüfungen ist der Wirtschaft überantwortet und wird unter maßgeblicher Mitwirkung der Sozialpartner von den Kammern wahrgenommen. Der Lernprozess und die Noten der Berufsschule werden ebenso wie schulische Ausbildungsgänge in der Kammer-Prüfung selten freiwillig, jedenfalls nicht zwingend berücksichtigt.

6. Das deutsche Berufsbildungssystem im internationalen Vergleich

Ein internationaler Qualitätsvergleich analog zu PISA und anderen Studien hat in der beruflichen Bildung bisher nicht stattgefunden. Die spezifische Organisation der Dualen Ausbildung in Deutschland mit ihrer alleinigen Ausrichtung auf die betriebliche Ausbildung ist weltweit ein Unikat. Daher gibt es erhebliche Schwierigkeiten bei der Vergleichbarkeit innerhalb der EU. Staaten mit vergleichbaren Traditionen wie Österreich und die Schweiz haben erforderliche Reformen durchgeführt.

7. Die berufliche Erstausbildung muss für alle Jugendlichen gesichert werden

Das Ziel einer umfassenden Reform muss es sein, für alle Jugendlichen einen erfolgreichen Abschluss der allgemeinbildenden Schule und eine berufliche Erstausbildung zu sichern. Angebote und Teilabschlüsse außerhalb des Dualen Systems müssen für eine Ausbildung voll anrechenbar sein. Daher muss die berufliche Bildung insgesamt an allen Lernorten modular gegliedert und zertifizierbar sein. Die Statistiken haben die Zahlen der betroffenen Altersjahrgänge ungeschönt darzustellen.

8. Das Duale System ist durch eine zweite Säule vollzeitschulischer Ausbildung zu ergänzen

Das Duale System wird zukünftig nur noch einen Teil des gesamten Ausbildungsbedarfs decken können. Es muss im Rahmen eines reformierten Systems zukunftssicher gemacht werden. Dazu gehört auch eine ausreichende Qualitätssicherung. Neben dem Dualen System gewinnen staatliche Angebote einer vollzeitschulischen Ausbildung einen bedeutenden Stellenwert. Die Gleichwertigkeit der schulischen

Schaubild 1.1.3/1: Qualitätsrelevante Aspekte der Ausbildung – Zuordnung der Einzelaussagen



Forschungsvorhaben „Evaluation der Ausbildungsplatzprogramme Ost 2002 bis 2004“

Abschlüsse muss sichergestellt werden. Schule und Kammern sollen die Prüfungen gemeinsam durchführen. Modulare Teile einer schulischen Ausbildung müssen bei den Abschlussprüfungen voll angerechnet werden. Bei Ausbildungsgängen außerhalb des Dualen Systems sind ausreichend betriebliche Praxiselemente einzubauen.

9. Die allgemeinen und beruflichen Bildungssysteme sind in einem Gesamtbildungssystem zu integrieren

Die veränderten Bildungsanforderungen bedingen, dass die beruflichen und allgemeinen Bildungssysteme in einem Gesamtbildungssystem konzipiert und organisiert werden. Dazu muss grundsätzlich die Durchlässigkeit von beruflichen und allgemeinen Bildungsgängen durch formale Anerkennungsregeln verbessert werden. Durch Zusatzangebote in der beruflichen Erstausbildung auf höherem fachtheoretischem Niveau kann die Berufsqualifikation mit der Hochschulzugangsberechtigung verbunden werden. Darüber hinaus ist der Anteil der allgemeinen Bildung in der beruflichen Ausbildung zu erhöhen. Im Rahmen vollschulischer Angebote sollen doppelqualifizierende Ausbildungsgänge vermehrt eingerichtet werden, in denen die berufsbildenden und allgemeinen Anteile in der Abschlussprüfung (Abitur, Fachhochschulreife) gleichberechtigt sind.

10. Die Qualität der Berufsausbildung national und international evaluieren und sichern:

Die Qualität der beruflichen Bildung ist durch unabhängige nationale Evaluation sowie internationale Vergleichsstudien ebenso zu überprüfen wie bereits jetzt die Qualität der allgemeinen Bildung. Für alle Pädagogen/innen, Lehrer und betriebliche Ausbilder, ist eine qualitativ ausreichende Aus- und Weiterbildung zu sichern.

11. Der Staat hat die Finanzierung einer beruflichen Erstausbildung zu garantieren:

Berufsbildung als öffentliche Aufgabe bedeutet, dass eine qualifizierte Erstausbildung für alle ausbildungswilligen Jugendlichen – ebenso wie die Allgemeinbildung in der Sekundarstufe II – aus staatlichen Mitteln garantiert wird.

Aber auch die Wirtschaft muss bei der Finanzierung veränderter und neuer Ausbildungswege ihren Anteil leisten. Eine angemessene Beteiligung der Wirtschaft an den Ausbildungskosten könnte im Rahmen eines zentralen Ausbildungsfonds hergestellt werden, in den sowohl der Staat wie auch die Wirtschaft einzahlen, so dass auch schulische Ausbildungsgänge daraus gefördert werden können. Die bislang diskutierten Umlagefinanzierungen zwischen ausbildenden und nicht ausbildenden Betrieben können dagegen weder die quantitativen noch qualitativen Probleme auf dem Ausbildungsmarkt beseitigen.

12. Bund und Länder müssen gemeinsam entscheiden und handeln

In einer gespaltenen Zuständigkeit sind für das Duale System heute der Bund in Verbindung mit den Sozialpartnern (für den betrieblichen Teil der Ausbildung) und die Länder (für den schulischen Teil) zuständig. Sie müssen gleichberechtigt kooperieren und neuen Lösungen aufgeschlossen sein, damit die Reform der Berufsbildung erfolgreich sein kann. Rahmenvereinbarungen zwischen Bund und Ländern könnten in einem gemeinsamen Entscheidungsgremium entwickelt werden.

Sollten sich die bestehenden Zuständigkeitsregelungen als Hindernis erweisen, muss die gesetzliche, ggf. auch verfassungsrechtliche Grundlage für die Berufsbildung unterhalb der Hochschulebene in Deutschland geändert werden. Die Große Koalition könnte diese Jahrhundertaufgabe leisten. spw 3 / 2006

Dokumentation:

Für eine solidarische Zukunft der Krankenversicherung.

Die SPD muss in der Debatte um eine solidarische Gesundheitsreform in die Offensive gehen.

Ein Positionspapier aus der Parlamentarischen Linken von Ernst Dieter Rossmann, Niels Annen, Andreas Steppuhn, Marlies Volkmer, Hilde Mattheis

1. Die SPD muss aus den bisherigen Reformen lernen

Die Gesundheitsreform 2006 ist nicht die erste Gesundheitsreform, die SPD und CDU/CSU gemeinsam zu beschließen haben. Von Lahnstein 1992 über die Seehofer-Gesetze 1996 (NOG-Gesetze) bis hin zu Schmidt-Seehofer aus dem Jahre 2003 reicht die lange Geschichte so genannter großer Reformen, deren Ansprüche stets größer waren als ihre Nachhaltigkeit. Und deren Ergebnisse gerade bei der sozialdemokratischen Wählerschaft Irritation und Enttäuschung bewirkt haben. Die letzte große Gesundheitsreform 2003 muss hierfür ein warnendes Beispiel sein. Da war die SPD noch mit dem Hausarztssystem in den Wahlkampf 2002 gezogen und hatte hierfür in der Bevölkerung um Zustimmung gekämpft, um nach dem Schmidt-Seehofer-Kompromiss vom Sommer 2003 mit der CDU/CSU Praxisgebühr dazustehen. Da hatte die SPD noch im Wahlkampf 2002 für eine Stärkung der Solidarität in der Krankenversicherung geworben, um dann zuerst die CDU/CSU-Kopfpauschale für Zahnersatz und am Ende deren alleinige Finanzierung durch die Versicherten ohne Arbeitgeberbeitrag hinnehmen zu müssen.

Das Konklave 2003 mit seinem Geheimverhandlungen und machtvollen Basta-Worten ließ deshalb nicht nur die SPD und ihre Wählerschaft, sondern auch die betroffene Bevölkerung empört und ratlos und ohnmächtig zurück. Die politische Perspektive war verschüttet. Dies darf nicht noch einmal passieren. Die SPD muss hieraus lernen.

2. Wir dürfen nicht alles mit uns machen lassen.

Das deutsche Gesundheitswesen steht jetzt vor einer weiteren wichtigen Reform. Für uns Sozialdemokraten gehört die Gesundheitsreform nicht nur zu den größten Vorhaben der großen Koalition. Die Gesundheitsreform hat entscheidende Bedeutung für jeden einzelnen Menschen, für die Zukunft des Sozialstaates und damit für den Zusammenhalt in unserem Land.

Nur wenn die Reform gelingt, können wir den solidarisch finanzierten Sozialstaat unter den geänderten Bedingungen der Globalisierung, der Massenarbeitslosigkeit und des demografischen Wandels auf ein neues Fundament im 21. Jahrhundert stellen. Am Gelingen der Reform wird das Bündnis der beiden Volksparteien gemessen.

Mit dem umfassenden Konzept der Bürgerversicherung ist die SPD als Partei in der Bevölkerung wieder in die Offensive gekommen. Mit der Festlegung auf ihr Modell der Kopfpauschale ist die CDU/CSU hingegen in eine Sackgasse geraten. Aufgrund der gegensätzlichen Ansätze der beiden Koalitionsparteien – die Kopfpauschale auf der einen Seite und die Bürgerversicherung für alle auf der anderen Seite – muss ein Kompromiss wie die Quadratur des Kreises erscheinen.

Auch das diskutierte Gesundheitsfondsmodell muss sich am Maßstab der Bürgerversicherung messen lassen. Denn wir Sozialdemokraten sind weiterhin von der Bürgerversicherung überzeugt und glauben an die Überzeugungskraft unserer Ideen. Schließlich ist es der Sozialdemokratie mit ihrem Konzept einer Bürgerversicherung gelungen, nicht nur die eigenen Mitglieder zu mobilisieren: Für ein solidarisches System der Gesundheitsversorgung gibt es in Deutschland eine breite gesellschaftliche Mehrheit. Diese Mehrheit spiegelt sich nicht zuletzt auch in den Ergebnissen der letzten Bundestagswahlen wider. Die Deutschen haben den marktradikalen Vorstellungen von Schwarz-Gelb eine deutliche Absage erteilt.

Für uns ergibt sich daraus ein klarer Auftrag, den Matthias Platzeck zu Beginn der Verhandlungen – als Parteivorsitzender – bereits formuliert hat:

- Die SPD trägt keine Kopfpauschale mit.
 - Ein Einfrieren der Arbeitgeberbeiträge zur Krankenversicherung lehnt die SPD ab.
 - Leistungskürzungen wird die SPD den Bürgerinnen und Bürgern nicht zumuten.
- Die von verschiedenen Seiten geforderte „Tabu-Freiheit“ der Verhandlungen kann

diesem Ziel nicht gerecht werden. Die Sozialdemokratie steht in der Verantwortung der Wählerinnen und Wähler, eine solidarische Gesundheitsversorgung auch in Zukunft zu garantieren. Am Ende der Verhandlungen muss der Weg zur Bürgerversicherung eine politische Option bleiben, die nicht durch Vorentscheidungen für eine Kopfpauschale verbaut werden darf.

Im Gegenteil: Jeder notwendige Kompromiss, der jetzt zu schließen ist, muss deutlich machen, was auf dem Weg hin zur Bürgerversicherung an ersten Schritten erreicht worden ist. Nur damit kann die SPD Vertrauen in die Tragfähigkeit ihrer Konzepte und die Verlässlichkeit ihrer Reformkraft neu aufbauen.

Das von CDU Fraktionschef Kauder öffentlich gemachte so genannte Fondsmodell ist in Wahrheit eine doppelte Kopfpauschale: Es ist einerseits eine große Pauschale für die Krankenkassen, bei der jede Krankenkasse gleich behandelt wird, obwohl es sehr unterschiedliche Profile gibt. Benachteiligt würden in diesem System die Kassen, die viele behinderte Menschen und chronisch Kranke versichern. Es ist andererseits eine kleine Kopfpauschale, wenn die Zusatzversicherung für jeden Versicherten dazu kommt.

Die SPD wird nicht akzeptieren können, dass die Kostensteigerungen in der Zukunft allein von den versicherten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern getragen wird. Mit den drei Eckpunkten von Matthias Platzeck ist der Kern unserer gemeinsamen Überzeugungen beschrieben worden. Wir gehen davon aus, dass diese Eckpunkte auch bei der Umsetzung der acht Ziele eingehalten werden, die von den Spitzen der beiden Koalitionsfraktionen bisher vereinbart worden sind. Wir nehmen mit Befriedigung auf, dass mit der Einigung 1. auf einen Versicherungsschutz für alle, 2. auf eine Teilhabe am medizinisch-technischen Fortschritt für alle, 3. auf Beteiligung aller nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit an einer solidarischen und bedarfsgerechten Finanzierung, drei

Prinzipien der Solidarität nach vorne gestellt worden sind, die von der SPD schon immer für unverzichtbar gehalten worden sind.

Mehr Solidarität für alle in der Finanzierung, mehr Qualität für alle in der Leistung, mehr Effizienz im System und eine Verbreiterung der Finanzierungsbasis sind Zielwerte, die jetzt auch in die konkrete Umsetzung durchgetragen werden müssen.

Über die Instrumente der Finanzierungsreform werden wir noch intensiv diskutieren. Dabei sind für uns folgende Punkte Voraussetzung für die anstehenden Verhandlungen:

- Wir setzen uns dafür ein, und dies will auch die Mehrheit der Menschen in unserem Land, dass sich die Finanzierung der GKV auch weiterhin nach der individuellen Leistungskraft richtet. Kopfpauschalen, gleich welcher Art und welcher Höhe, auch wenn sie in Form einer Fondslösung daher kommen, widersprechen diesem Prinzip und sind daher abzulehnen. Denn die Orientierung am durchschnittlichen Beitrag aller Versicherten darf nicht dazu führen, dass die Kassen mit überdurchschnittlich vielen alten und kranken Menschen gezwungen werden, zusätzlich zu den Grundbeiträgen Zusatzpauschalen oder Zusatzbeiträge alleine von den Versicherten zu verlangen, um damit die höheren Ausgaben zu decken.

- In die Finanzierung, sei es über Steuern oder Beiträge, müssen alle Einkommensarten (insbesondere Einkommen aus Kapitalvermögen) einbezogen werden. Freibeträge sorgen dafür, dass Kleinsparer nicht überlastet werden.

- Die Patientinnen und Patienten müssen auch weiterhin alle medizinisch notwendigen Leistungen erhalten. Deshalb stehen weitere Leistungskürzungen für uns nicht zur Debatte.

- Wir wollen, dass die Arbeitgeber durch dynamische Arbeitgeberbeiträge auch weiterhin Mitverantwortung für die Finanzierung des Gesundheitswesens tragen. Dem würde ein Einfrieren der Arbeitgeberbeiträge widersprechen.

- Die Private Krankenversicherung (PKV) muss einen angemessenen Beitrag zur solidarischen Krankenversicherung der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger leisten. Dazu muss die PKV in den einkommensorientierten Risikostrukturausgleich einbezogen werden.

3. Eine gute Gesundheitsversorgung für alle braucht eine starke gesetzliche Krankenversicherung

Eine Gesundheitsreform muss die Finanzierung der GKV nachhaltig sicherstellen. Eines der größten Probleme der GKV ist, dass zu wenige Einnahmen in das System kommen. Ursachen hierfür sind die hohe Arbeitslosigkeit und der allgemeine Rück-

gang der Lohnquote durch die Erosion der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung und die zurückhaltenden Tarifabschlüsse der letzten Jahre. Daher muss der Versichertenkreis der GKV vergrößert werden, z.B. durch eine Anhebung der Versicherungspflichtgrenze. Daneben müssen weitere Personengruppen ebenso wie andere Einkommensarten in die Beitragsbemessung einbezogen werden. Dabei müssen die Lasten gerecht verteilt sein: Die Kosten dürfen sich nicht allein bei denjenigen summieren, die weniger als die heutige Beitragsbemessungsgrenze (47.250 Euro im Jahr) verdienen.

Mit einer Reform ist dann keine Stärkung der GKV verbunden, wenn sie Anreize bietet, sich dem Solidarsystem zu entziehen. Zum Beispiel ist eine Finanzierung der kostenlosen Kindermitversicherung aus Steuermitteln nur dann vertretbar, wenn gleichzeitig Maßnahmen ergriffen werden, um die Abwanderung von Gutverdienern in die PKV zu verhindern: Wenn die kostenlose Kindermitversicherung in der GKV wegfiel, bestünde für viele Menschen ein Grund weniger, in der GKV zu bleiben.

Es ist aber nicht nur notwendig, neue Einnahmequellen für die GKV aufzutun – vielmehr müssen diese auch langfristig eine stabile Finanzierung sicherstellen. Eine Diskussion über eine verstärkte Steuerfinanzierung in der Sozialversicherung muss sich, insbesondere vor dem Hintergrund des Haushaltbegleitgesetzes 2006, der Frage stellen, wie den Krankenkassen tatsächlich eine verlässliche und berechenbare Finanzgrundlage über den Tag hinaus garantiert werden kann.

4. Wir brauchen mehr Patientenorientierung und Wirtschaftlichkeit in der Versorgung – durch mehr Prävention, Effizienz und Integration

Reformen für mehr Qualität, Wettbewerb und Wirtschaftlichkeit sind auf der Ausgabenseite unerlässlich: Der demografische Wandel und der medizinisch-technische Fortschritt werden die Gesundheitskosten weiter steigen lassen. Auch mit der besten Finanzierungsreform werden diese Ausgabenschübe nicht gezügelt werden können, wenn die Strukturen des Systems nicht reformiert werden. Bei den Ausgabenbegrenzungen steht der Ausschluss von unnötigen und unwirtschaftlichen Ausgaben steht für uns im Vordergrund.

Dies beinhaltet vor allen Dingen:

- eine bessere Vernetzung zwischen stationärer und ambulanter Versorgung durch den weiteren Ausbau der integrierten Versorgung,
- die weitere Öffnung der Krankenhäuser für die ambulante Versorgung,
- die weitere Erleichterung der Gründung Medizinischer Versorgungszentren nach dem Vorbild der ostdeutschen Polikliniken,

- die Einführung einer Kosten-Nutzen-Bewertung von Arzneimitteln und die Einführung einer Arzneimittelpositivliste.

- die Erleichterung von kassenartübergreifenden Fusionen, um die Zahl der Krankenkassen zu vermindern und Wirtschaftlichkeitsreserven zu heben,

- der Umbau des Risikostrukturausgleichs (RSA), damit die unterschiedlichen Risiken besser ausgeglichen werden.

In den Verhandlungen zur Gesundheitsreform ist dafür nicht nur auf ersten Ansatzpunkte aus dem Jahr 2003 zurückzugreifen, sondern muss endlich auch wichtigen bislang von der CDU/CSU blockierten Reformen wie dem Präventionsgesetz zur Stärkung gesundheitlicher Vorsorge und Beteiligung zum Durchbruch verholfen werden.

Nur eine Reform, die mehr ist als eine reine Kostenreform, wird am Ende auch die Bevölkerung überzeugen, zu einem nachhaltigen Richtungswandel zu mehr integrativer Versorgung, mehr Effizienz und mehr Prävention beizutragen.

5. Nur eine transparente Reform wird eine gelungene Reform

Gerade wenn die aktuelle Gesundheitsreform ein wegweisendes Rezept auf der Grundlage von einem ehrlichen Kompromiss werden soll, muss der Prozess anders als im Jahr 2003 transparent und beteiligungsorientiert organisiert sein. Es ist deshalb wichtig dass für die SPD in einer kontinuierlichen Information von Vorstand, Fraktion und Mitgliedern durch die Verhandlungsführer sicher gestellt wird, dass der Verhandlungsrahmen und die Verhandlungslinien der SPD einerseits demokratisch begleitet, aber andererseits auch in die Bevölkerung hinein vermittelt werden können.

Die Erfahrungen mit der Gesundheitsreform 2003 haben gelehrt, dass der SPD das bloße Darstellen von Kompromissen als Ergebnisse eigenen Handelns in der Öffentlichkeit geschadet hat. In Zeiten einer großen Koalition ist es umso wichtiger, dass die Öffentlichkeit erfährt, wer in der Koalition welche Positionen vertritt. Nur so kann es der Sozialdemokratie gelingen, die Mehrheit der Bevölkerung für eine solidarische Reform unserer Gesundheitsversorgung zu mobilisieren, um so gestärkt in die Verhandlungen mit den Unionsparteien zu gehen.

Wir fordern deshalb Parteivorstand und Fraktion auf, schon jetzt geeignete Formen der breiten Information und Diskussion vorzubereiten, damit die Gesundheitsreform als erstes großes Streitiges Reformvorhaben in der großen Koalition das Vertrauen der Bevölkerung und der Parteimitglieder in die Reformpolitik auch wirklich stärkt und nicht zu erneuter Verdrossenheit und Enttäuschung führt.

Personen & Positionen

Andrea Nahles fordert Konzept für existenzsichernde Löhne

(RR) Seit einigen Monaten arbeitet eine Expertengruppe des SPD-Parteivorstands unter der Leitung von Andrea Nahles an einem Konzept, mit dem existenzsichernde Löhne in allen Branchen sicher gestellt werden sollen. Der Anteil der Niedriglohnbeschäftigten in Vollzeitarbeit ist in den letzten Jahren auf 32 Prozent angestiegen. Als Niedriglöhne gelten Löhne, die unter 75 % des Durchschnittseinkommens liegen. Über 6 Millionen Menschen sind in Deutschland davon betroffen. Rund 2,5 Millionen Vollzeitbeschäftigte arbeiten in Deutschland für Löhne, die weniger als 50 Prozent des Durchschnittslohnes von 1442 Euro betragen.

Niedriglöhne verfestigen Armut in unserem Land und sind nicht nur ein Problem von Ungelernten. 60 Prozent der Beschäftigten im Niedriglohnsektor verfügen über eine abgeschlossene Berufsausbildung. Die Arbeitsmarktforschung belegt, dass es für diese Beschäftigten kaum Aufstiegschancen in besser bezahlte Jobs gibt. Niedriglöhne sind kein Einstieg in eine bessere Zukunft, sondern bedeuten meist ein Verharren in Armut.

Angeht die weiter abnehmenden Tarifbindung in Ost- und Westdeutschland sowie der steigenden Zahl prekärer Einkommens- und Beschäftigungsverhältnisse sei es erforderlich, nach Maßnahmen in den Bereichen zu suchen, wo die Tarifautonomie nicht greift und gesellschaftlich unakzeptabel niedrige Einkommens-Situationen bestehen. Diese Maßnahmen sollen so ausgestaltet werden, dass sie die Menschen vor Lohndumping schützen und die Tarifautonomie nicht in Frage stellen, sondern stützen. In diesem Zusammenhang spricht sich Andrea Nahles sich für eine Kombination folgender Maßnahmen aus:

- Das Arbeitnehmer-Entsendegesetz wird auf alle Wirtschaftsbereiche ausgeweitet, um hierdurch branchenbezogene Mindestlöhne auf tarifvertraglicher Basis zu ermöglichen, wie sie im Baugewerbe mit gutem Erfolg praktiziert werden. Die Tarifvertragsparteien sind aufgefordert, bundeseinheitliche tarifliche Mindestlöhne in allen Branchen zu vereinbaren.

- Darüber hinaus bedarf es eines gesetzlichen Mindestlohnes für Branchen, in denen es keine Tarifverträge gibt oder diese nicht greifen sowie für Branchen, in denen die Tarifentgelte das einheitliche gesetzliche Mindestniveau unterschreiten.

Die Höhe des gesetzlichen Mindestlohns sollte sich am Mindestlohniveau unserer westeuropäischen Nachbarländer orientieren und bei Vollzeitbeschäftigung eine ei-

genständige Existenzsicherung gewährleisten. Zur Festlegung des gesetzlichen Mindestlohns sollte im Einvernehmen mit den Tarifparteien eine unabhängige Kommission entsprechend der Low Pay Commission



Andrea Nahles

in Großbritannien eingesetzt werden. Die effektive Durchsetzung und Kontrolle des gesetzlichen Mindestlohns muss staatlich gewährleistet sein.

SPD-Linke in Baden-Württemberg verlangt Standfestigkeit bei der Gesundheitsreform.

(RR) Die Baden-Württemberg-Linke im Forum DI21 spricht sich für klare sozialdemokratische Positionen in der Gesundheitsreform aus. Ziel der Gesundheitsreform müsse sein, dass alle Bürgerinnen und Bürger versichert sind und Anspruch auf medizinische Versorgung haben, die den medizinischen Fortschritt beinhaltet. Solidarität und Parität müssen gewahrt bleiben, um die Gesetzliche Krankenversicherung zu stärken.

Die BaWü-Linke fordert daher:

- dass sich die Versicherten je nach individueller Leistungskraft an der Finanzierung der GKV beteiligen und alle Einkommensarten zur Beitragsbemessung herangezogen werden,

- dass sich die Arbeitgeber mit paritätischen Arbeitgeberbeiträgen an der Finanzierung des Gesundheitswesens beteiligen,
- dass die PKV einen Beitrag zur solidarischen Krankenversicherung leistet. Ebenso halten wir Reformen für mehr Qualität und Effizienz im Gesundheitswesen für unerläss-

lich. Auch mit immer mehr Geld im Gesundheitssystem werden die Ausgaben trotzdem steigen, wenn die Strukturen nicht reformiert werden.

Zukunftsdialog Rheinland: Der Staat muss finanziell handlungsfähig bleiben

An der Auftaktveranstaltung am 26. April zum „Zukunftsdialog Rheinland“ des Forum DI 21 Mittelrhein nahmen fast einhundert Gäste teil, um engagiert mit dem Hauptredner Prof. Wolfgang Streeck, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung Köln, über die Handlungsfähigkeit des Staates zu streiten. Im Mittelpunkt stand die Frage, in wie weit die staatliche Handlungsfähigkeit durch die Staatsverschuldung eingeschränkt werde. Wolfgang Streeck präsentierte hier beeindruckende Zahlen, die jedoch auch deutlich machten, dass sinkende Staatseinnahmen durch unausgeglichene Steuerreformen, die einseitig Konzerninteressen begünstigten, hausgemacht und daher auch umkehrbar sind. Die Hoffnung, dass sich sinkende Steuerbelastungen für Unternehmen in vermehrten Investitionen auch zu Gunsten von Wachstum und Beschäftigung ausdrücken würden, hat sich in den vergangenen Jahren nicht erfüllt. Stattdessen ist die Konsumneigung auch der privaten Haushalte weiter zurückgegangen. Insofern herrschte breite Übereinstimmung darin, dass es bei der Frage nach der staatlichen Handlungsfähigkeit auch um die nach der Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums gehe.

Die Veranstaltungsreihe wird fortgesetzt am 01. Juni 2006. Ab 19.30 Uhr referiert spw-Mitherausgeber Prof. Klaus Dörre von der Friedrich-Schiller-Universität über Akteure im Strukturwandel. Die Veranstaltung findet statt im Bürgerzentrum Köln-Ehrenfeld, Venloer Str. 429. Anmeldung und weitere Infos bitte über info@forum-di21-nrw.de

8 Jahre Rot-Rot in Mecklenburg-Vorpommern

(Günther Pastow, Rostock) Zwei Mitglieder des Forums Demokratische Linke 21 aus Mecklenburg-Vorpommern, Rudolf Borchert und Wolfgang Jähme, hatten zum 6. Mai 2006 nach Schwerin eingeladen und eine Bilanz über acht Jahre Rot-Rote Koalition im Schweriner Landtag angekündigt. Die Landtagswahlen am 17. September 2006 bieten sich an, als Aufhänger für eine Einschätzung der beiden Legislaturperioden zu dienen, in denen SPD und PDS gemeinsam das Land regieren und regierten. Die gemeinsame Landespolitik wurde von den beiden Fraktionsvorsitzenden Angelika Gramkow (PDS) und Volker Schlotmann (SPD) analysiert.

Den Bogen nach Berlin und zur dortigen Rot-Roten Koalition, die sich auch am 17. September 2006 in Wahlen bewähren muss, schlug Rolf Reißig, Politikwissenschaftler aus Berlin. Ein wichtiger Aspekt war die Einschätzung der Zukunftsfähigkeit dieser Koalition, sowohl in Mecklenburg-Vorpommern als auch in Berlin. Das Ergebnis der drei Referate und der ausführlichen Diskussion war die Feststellung, dass die Zahl der bürgerlich geführten Landesregierungen in Deutschland nicht noch weiter anwachsen sollte. Schon aus diesem Blickwinkel sei jeder rote Flecken auf der Landkarte wichtig und richtig. Außerdem können beide Koalitionen in Schwerin und Berlin Ergebnisse ihrer praktischen Politik vorweisen, die mit schwarzem Bündnispartner nicht möglich gewesen wären.

Im Schweriner Landtag wurden z. B. die Weichen auf ein längeres gemeinsames Lernen gestellt. Die Aufteilung der Schüler erfolgt jetzt erst nach der 6. Klasse, vorher nach der 4. Klasse. Die Einführung von Studiengebühren an den Universitäten und Hochschulen wird abgelehnt. Das ist keine Selbstverständlichkeit in Deutschland. Auch Berlin ist nach 4 Jahren Rot-Rot nicht mehr die gleiche Stadt wie zuvor. Jetzt macht ganz Berlin Politik für Berlin. Die Ausrichtung auf die alten Westberliner Seilschaften wurde beendet. Die Berliner Politik ist aus der Krise neu entstanden.

Trotz aller Untergangsrufe für das „Abendland“ haben beide Koalitionen den Test bestanden, sich als handlungsfähig und zukunftsfähig erwiesen. Jetzt gilt es weiter nahe an der Bürgerin und am Bürger Politik zu machen und die gesellschaftliche Basis, die die jeweilige Landespolitik trägt, zu erweitern. Mit Transparenz und unter Einbeziehung der Bevölkerung in die politischen Prozesse wird die Erfolgsgeschichte der Rot-Roten Koalitionen in Schwerin und Berlin auch nach dem 17. September 2006 weitergehen.

Armuts- und Reichtumsbericht: Hilde Mattheis fordert zügige Beratung

(RR) im Koalitionsvertrag wurde festgelegt, dass die Armuts- und Reichtumsberichterstattung aus den Jahren 2001 und 2005 fortgesetzt wird. Da es bisher aber keine Beauftragung für den 3. Armuts- und Reichtumsbericht und keinen Termin für die abschließende Beratung des 2. Berichts gebe, fordert die SPD-Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis einen strafferen Zeitplan, damit der neue Armuts- und Reichtumsbericht im 1. Halbjahr 2008 vorliegen kann. Jede weitere Verzögerung verkürze den Zeitraum, der den Wissenschaftlern für die Gutachten und damit deren Qualität bleiben, erklärte Mattheis beim Mittagstisch der Parlamentarischen Linken am 09. Mai..

Geklärt werden müsse nun auch, welche Essentials die SPD in einem gemeinsamen



Hilde Mattheis

Antrag der Koalitionsparteien geltend machen wollen, so Mattheis mit Verweis auf einen früheren Antragsentwurf (Anhang).

PL informiert sich über aktuellen Stand zur EU-Dienstleistungsrichtlinie

(RR) Die Parlamentarischen Linken (PL) der SPD-Bundestagsfraktion diskutierte beim regelmäßigen stattfindenden Mittagstisch am 09. Mai über aktuelle Entwicklungen bei

der Debatte um die EU-Dienstleistungsrichtlinie.

Trotz der bereits erreichten Verbesserungen seien noch zahlreiche Punkte unbefriedigend geblieben. Kritiker der Dienstleistungsrichtlinie nennen u.a. Fragen der Abgrenzung zwischen Dienstleistungsfreiheit und Niederlassung, das Recht auf „gewerkschaftliche Maßnahmen“ (z. B. Information der Beschäftigten über ihre Rechte, Zugang zu den Beschäftigten), die Spezifizierung von Gesundheits- und pharmazeutische Dienstleistungen, die von Angehörigen eines Berufs im Gesundheitswesen erbracht werden, die im Zielland reglementiert sind. Ebenfalls ausgenommen werden sollten zudem die Bereiche Bildung und Kultur. Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (DAWI) sollen vom Anwendungsbereich der Richtlinie (nicht nur vom Art. 16) ausgenommen werden um mehr Rechtssicherheit zu schaffen. Zeitarbeitsagenturen sollten zudem in den Katalog der möglichen Harmonisierungsmaßnahmen mit aufgenommen werden, um endlich zu einem einheitlichen Zulassungs- und Genehmigungsverfahren in Europa zu kommen.

Projekt Moderner Sozialismus
 Norddeutschland
 (ProMS Nord)

und

Arbeitsgemeinschaft sozial-
 demokratischer Juristinnen und
 Juristen (AsJ) Schleswig-Holstein

laden ein zu einer Diskussionsveranstaltung

**Die Zukunft des demokratischen und sozialen
 Rechtsstaats und Bundesstaats**

mit

Prof. Dr. Hans Peter Bull

(ehemaliger Innenminister des Landes Schleswig-Holstein, Bundesbeauftragter für den
 Datenschutz, Professor für Öffentliches Recht in Hamburg)

und

Wolfgang Nešković

(Mitglied des Bundestages, Fraktion Die Linke, Richter am Bundesgerichtshof a.D.)

Moderation: PD Dr. Felix Welti

**Dienstag, 23. Mai 2006
 19.00 Uhr**

Geschwister-Prenski-Schule, Travemünder Allee 5a, Lübeck

Am 23. Mai 1949, vor 57 Jahren, ist das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft getreten. Sein Kern sind die Grundsätze in Art. 20 GG, die nicht geändert werden dürfen und zu deren Verteidigung alle Deutschen das Recht auf Widerstand haben:

Demokratie, Sozialstaat, Rechtsstaat, Bundesstaat

Im politischen Alltag der Bundesrepublik Deutschland werden diese Grundsätze oft in Anspruch genommen, ihre Ausformungen reformiert, ihre Realität und Zukunftsfähigkeit angezweifelt. Die Sozialdemokratie und die politische Linke haben Grund, in der Tradition von 1848, 1918 und 1949, ihren Anteil an der sozialen Demokratie und am sozialen Rechts- und Bundesstaat hervorzuheben. Sie müssen sich der Frage stellen, was sie zu ihrer Gegenwart und Zukunft beitragen.

Artikel 20 Grundgesetz

- (1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
- (2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
- (3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
- (4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.



Der Arbeit wieder Würde geben

Einleitung zum Heftschwerpunkt

Von Björn Böhning und Kai Burmeister

Im Koalitionsvertrag haben sich CDU/CSU und SPD auf eine Neugestaltung des Niedriglohnssektors verständigt. Während die CDU die Einführung eines Kombilohnes präferiert, verläuft in der SPD eine kontroverse Diskussion um Sinn und Ausgestaltung einer gesetzlichen Lohnuntergrenze. In diesem Herbst wird Arbeitsminister Müntefering Vorschläge für Modelle von Kombi- und Mindestlöhnen unterbreiten, die beide drastische Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt haben werden.

Im Zuge dieser Diskussion gilt es für die sozialdemokratische Linke, einen klaren Standpunkt einzunehmen. Die gesellschaftspolitische Grundüberlegung in dieser Debatte ist, dass Erwerbsarbeit sowohl für die Einkommensposition als auch für die gesellschaftliche Stellung des Einzelnen zentral ist und auch künftig sein wird. Der Verkauf der Arbeitskraft geschieht innerhalb des kapitalistischen Verwertungsprozesses, doch geht es bei der Mindestlohn-Debatte auch um die Auseinandersetzung um die Grade von Freiheit versus Repressivität. Der Kampf um die demokratische Ausgestaltung des Arbeitsprozesses ist für die Linke insgesamt von zentraler strategischer Bedeutung. Historisch wurden auf diesem Feld große Erfolge errungen, die die konkreten Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen verbessern konnten. Die Rückschritte der jüngsten Zeit durch Hartz IV, Minijobs sowie durch Angriffe auf kollektivvertragliche Standards sind vielfach analysiert worden und bestimmten die Diskussion der Linken in den letzten Jahren. Vielfach wurden diese Diskussionen auch in spw abgebildet (vgl. u.a. Schwerpunktheft Gewerkschaften und Beruf & Familie) und es wurde der Versuch unternommen, mit eigenen Akzenten wirkungsmächtig zu werden.

Die Kernaussage der Debatte in spw kann dahingehend zusammengefasst werden, dass sich die Möglichkeiten, menschenwürdig zu leben und zu arbeiten im Kampf und Konfliktfeld der Ökonomie entscheiden. Armut trotz Arbeit ist einer hoch produktiven und reichen Volkswirtschaft unwürdig. Der Arbeit eine Würde geben ist nicht mit einer protestantischen Ethik der Arbeit, bei gleichzeitiger Herabsetzung von nicht erwerbstätigen Menschen, gleichzusetzen,

sondern ein Ansatz zur Verbesserung der Lebensrealität für Millionen von Menschen. Es geht eben nicht um idealistische Schönwetterdebatten a la bedingungsloses Grundeinkommen, die von der eigentlich wichtigen Auseinandersetzung um „gute Arbeit“ ablenken. Dieser spw-Schwerpunkt soll dazu beitragen, die Grundlagen für die anstehende Diskussion und Entscheidung um Kombi- und Mindestlohn auf eine fundierte Grundlage zu stellen.

Niedriglohn in Deutschland

Mittlerweile besteht kein Zweifel mehr über die Existenz eines Niedriglohnssektors in Deutschland. Die Gruppe der „Working Poor“ ist nicht mehr nur Gegenstand von Reportagen über die Vereinigten Staaten, sondern bittere Wahrheit des hiesigen Arbeitsmarktes. Es bestehen unterschiedliche Einschätzungen über das Ausmaß der Niedriglohnbeschäftigung. So schätzt das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI), dass in den alten Bundesländern ca. ein Drittel der Vollzeitbeschäftigten, dies sind über sechs Millionen Arbeitnehmer, Niedriglöhne erzielen. Das Institut für Arbeit und Technik (IAT) gibt an, dass rund 21 Prozent aller abhängig Beschäftigten zu Niedriglohnbedingungen arbeiten. Auch wenn sich Studien über das Ausmaß von Niedriglöhnen im Detail unterscheiden, so wird doch allgemein festgestellt, dass nicht existenzsichernde Löhne mittlerweile millionenfache Realität sind. Details und Strukturmerkmale des Niedriglohnssektors beschreibt Thorsten Schulten (WSI) in seinem Beitrag.

Kombilöhne und gesetzliche Lohnuntergrenzen

Kombilohnmodelle sind nicht nur lange kontrovers diskutiert, sondern in Deutschland schon häufig lokal erprobt worden. Erinnerung sei an die Modellversuche in Mainz, Hamburg oder das Einstiegsgehalt in Baden-Württemberg. Die beschäftigungspolitischen Wirkungen waren allesamt enttäuschend, die Nebenwirkungen hingegen oftmals nachteilig. Derzeit versuchen zwei Magdeburger Professoren mit kühnen Rechnungen 1,8 Millionen zusätzliche Beschäftigte durch ein Kombilohnmodell her-

beizuzaubern. Bei einer bundesweiten Einführung eines Kombilohnes wären Mitnahme- und Substitutionseffekte im hohen Maße zu erwarten. Die Kosten sind hoch, vor allem aber haben die regionalen Modellversuche die beschäftigungspolitische Wirkungslosigkeit unterstrichen. Dies erstaunt kaum, vermuten doch die Protagonisten des Kombilohnes die Ursache der Arbeitslosigkeit vor allem in zu hohen Arbeitskosten für die Unternehmen. Der Zusammenhang zwischen Gütermärkten und Beschäftigungsstand wird an dieser Stelle nur allzu gern übersehen. Die intellektuelle Krise des ökonomischen Denkens in Deutschland wird hier auf den Punkt gebracht.

Natürlich braucht es neben einer auf Beschäftigung ausgerichteten Politik auch arbeitsmarktpolitische Ansätze, die einerseits so genannte Problemgruppen in den Blick nehmen, andererseits auch den Rahmen für Arbeit mit Würde bereitstellen. Hier verdient das Instrument gesetzlicher Mindestlöhne verstärkte Aufmerksamkeit. Die Erfahrungen anderer Länder zeigen, dass mit einer gesetzlichen Lohnuntergrenze Einkommensarmut von Erwerbstätigen nicht per se verhindert werden kann. Ob mit Mindestlöhnen auch existenzsichernde Löhne erreicht werden können, hängt nach einer Einführungsphase vor allem von geeigneten Mechanismen zu deren Anhebung ab. Gesetzlich normierte Indexierungen können hier hilfreich sein, vor allem aber zeigen die Erfahrungen anderer Länder, dass es auf die gesellschaftliche Thematisierung ankommt. In diesem Sinne ist die laufende Debatte in Deutschland schon als erster Erfolg der öffentlichen Auseinandersetzung zu verbuchen.

Generationenerfahrung Prekarität

In den letzten Monaten mehrten sich populäre Artikel und Reportagen, die von hochqualifizierten Hochschulabsolventen im unbew. schlechtbezahlten Dauerpraktikum berichtet haben. Das Label „Generation Praktikum“ wurde schnell gefunden und mittlerweile oft zitiert. Wahrscheinlich gab es unbezahlte Praktika und Probleme beim Berufseinstieg auch schon vor Jahren, doch kalkulieren heute viele Unternehmen eben mit willigen Studenten bzw. Absolventen, die auf einen Berufseinstieg hoffen. Gerade in modernen Branchen wird die Prekarität noch mit einer Unternehmenskultur des „alle in einem Boot“ garniert. Im Endeffekt bleibt ein fester Job in weiter Ferne und

Prekarität wird zur Generationenerfahrung. Dieses Phänomen führt Anja Willmann in ihrem Artikel aus.

Wenn das Wort Generationenerfahrung hier verwendet wird, soll dies auch im angemessenen Rahmen geschehen. Denn nicht nur Hochschulabsolventen erfahren den prekären Wandel des Arbeitsmarktes, sondern insbesondere auch Auszubildende sind von der Schließung des Ausbildungsmarktes und geringeren Chancen auf einen Berufseinstieg betroffen. Der aktuelle Berufsbildungsbericht belegt deutlich die Krise des dualen Berufsbildungssystems. Cordula Drautz und Björn Böhning zeichnen die Krise des Systems nach und plädieren für eine grundlegende Reform der Berufsbildung, die nicht die Interessen der Unternehmen nach billigen Arbeitskräften, sondern die Zukunftschancen junger Menschen im Sinn trägt. Gerade die Situation in Frankreich zeigt, welch sozialer Sprengstoff in einer Gesellschaft angesiedelt ist, die sozialen Aufstieg nicht mehr für alle jungen Menschen ermöglicht. Die Jusos werden in den nächsten Monaten den Dialog über die Zukunft der Berufsausbildung mit Gewerkschaften und in der SPD suchen.

Produktive Arbeit schaffen

Ein weiterer Aspekt in den Überlegungen um Niedriglöhne zeigt eine Untersuchung von Alfred Kleinknecht (Universität Delft) auf, die nicht auf sozialpolitischem Terrain Zweifel an einer neoklassisch ausgerichteten Neugestaltung des Arbeitsmarktes vorgibt, sondern auf zentrale wirtschaftspolitische Defizite einer solchen Strategie hinweist. Zwar sei es in den beiden in der Studie untersuchten Ländern – den USA und den Niederlanden – zu einem Beschäftigungsaufbau gekommen, jedoch sei dies eben auf Kosten ausbleibender Innovationen und durch eine gesenkte Arbeitsproduktivität erkaufte worden. Scheinbar kritische Geister könnten einwenden, dass doch gerade ein geringer Produktivitätszuwachs vor Beschäftigungsabbau schützen könne. Hier wird allerdings übersehen, dass gerade veraltete Unternehmen und Branchen vom Untergang bedroht sind. Dieses Szenario lässt sich auch auf die Gesamtwirtschaft übertragen und eröffnet für Arbeitnehmer keinen Ausweg aus Kostendruck und Angst vor sozialem Abstieg. Ein hire & fire Arbeitsmarkt mag zwar zunächst Kostenvorteile für Unternehmen bringen, doch schon in der mittleren Frist erlahmen Erneuerungs- und Modernisierungsprozesse. Die Wirtschaft wird krisenanfälliger. Der Arbeit wieder Würde geben heißt in diesem Sinne dann auch produktive Arbeit zu fördern und entsprechende Wertschöpfungsketten aufzubauen. Diese wirtschaftspolitische Überlegung sollte stärker durch die politische Linke einbezogen werden. Nur vorwärtsgerichtet ergeben sich Verteilungs-

Foto: Christian Kiel (Berlin)



spielräume, die für eine höhere Entlohnung, insgesamt kürzere Arbeitszeiten und gute Arbeitsbedingungen genutzt werden können.

Politische Perspektiven

Aufgabe der Linken, sowohl in der Partei als auch in der Gesellschaft, ist die Formulierung und politische Thematisierung von konkreten Alternativen für würdige Arbeit. Unterschiedlich weit reichende Denkanstöße für politische Perspektiven finden sich in den Artikeln dieses Schwerpunktes. Der im Mai anstehende DGB-Bundeskongress steht vor der Aufgabe durchzudefinieren, wie genau die gewerkschaftlichen Konzepte für Arbeit mit Würde ausgestaltet sein sollen. Einen Einblick hierzu liefert das Interview mit dem DGB-Chef Michael Sommer. Der politische und gewerkschaftliche Umgang mit angebotenen und tatsächlichen Standortverlagerungen ist das Thema des Artikels von Thorben Albrecht und Felix Wolf. Stichworte in diesem Zusammenhang sind die Reregulierung der Finanzmärkte als auch gewerkschaftliche Ansätze wie „besser statt billiger“.

Die beiden IG-Metaller Klaus Pickshaus und Frederic Speidel plädieren dafür, die laufende Diskussion um marktzentrierte Steuerungsmodelle und um Prekarisierungstendenzen in die Tradition der arbeitspolitischen Humanisierungsdiskussion zu stellen. Ansatzpunkte ergeben sich hier rund um eine altersgerechte und gesundheitsförderliche Arbeitsgestaltung. Gewerkschaftlich muss auch die Frage der Organisierung der prekär Beschäftigten gestellt werden. Die beiden Autoren stellen in diesem Kontext fest, dass Gewerkschaften hier kaum über entwickelte Konzepte verfügen. Ein Blick über den Atlantik kann dabei weiter helfen. Frank Schröder (FES New York) gibt einen Überblick über Living Wage Kampagnen sowie über die Auseinandersetzung mit dem Supermarktriesen Wal Mart in den USA. Die Erfahrungen mit diesen Kampagnen könnten für die hiesige Debatte nützliche Hinweise liefern.

Der Themenschwerpunkt „Arbeit mit Würde“ wird mit Besprechungen der beiden Bücher „Arbeitspolitik kontrovers“ und „Mindestlöhne in Europa“ abgerundet.

Deutschland braucht einen gesetzlichen Mindestlohn!

Von Thorsten Schulten

„Niedriglohn-Standort Deutschland:

Vergeben Sie Ihre Produktion oder Ihre Logistik oder Ihren Service zu uns: Gewerbepark in Mittweida mit insgesamt 12.000 m² Betriebsfläche. Miete für große Teilflächen kostenlos. Unsere fleißigen deutschen Mitarbeiter/innen arbeiten engagiert für monatlich 800,- brutto für die 40-Stunden-Woche, 173 Stunden im Monat, ohne Weihnachts- und Urlaubsgeld.“

Anzeige in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 7. April 2006

Bis weit in die 1990er Jahre hinein galt eine im internationalen Vergleich relativ geringe Lohnspreizung als ein grundlegendes Strukturmerkmal des „deutschen Kapitalismus“ (Streeck 1999). Gestützt auf ein umfassendes System von sektoralen Flächentarifverträgen, eine hohe Tarifbindung sowie eine branchenübergreifende Koordinierung der Tarifpolitik durch die Lohnführerschaft der IG Metall war es den deutschen Gewerkschaften gelungen, das Prinzip einer „solidarischen Lohnpolitik“ zu etablieren (Schulten 2004). Dies führte dazu, dass die Lohnunterschiede zwischen einzelnen Branchen und Beschäftigtengruppen eher kleiner als größer wurden und die Entwicklung eines Niedriglohnssektors in Grenzen gehalten werden konnte.

Noch heute bildet für zahlreiche neoklassische Mainstream-Ökonomen eine angeblich zu geringe Lohnspreizung das zentrale Problem des deutschen Arbeitsmarktes. Die gesamte Debatte um den Kombilohn basiert auf der These, dass die Lohnkosten gerade im unteren Lohnsegment reduziert werden müssen, um hierdurch neue Beschäftigungspotentiale zu erschließen. Dementsprechend wird eine radikale Ausdehnung des Niedriglohnssektors gefordert, bei der die unteren Lohngruppen um mehr als 30% abgesenkt werden sollen (Sinn u.a. 2006).

Der Niedriglohnsektor in Deutschland

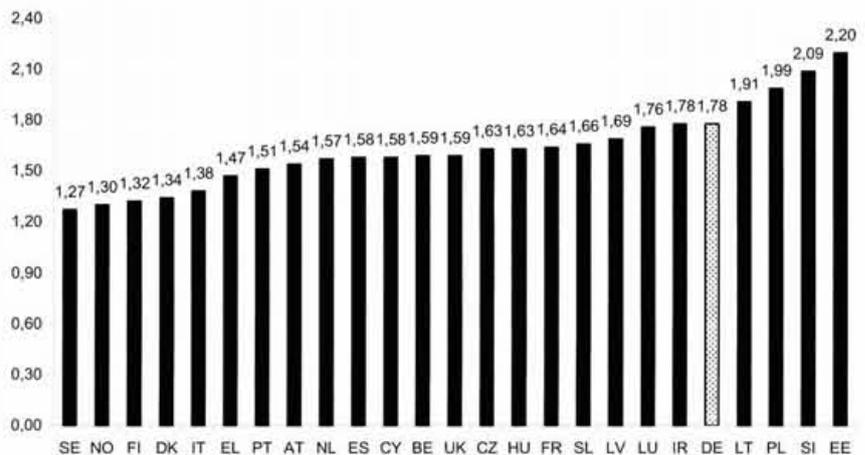
Von der deutschen Mainstream-Ökonomie nach wie vor weitgehend ignoriert hat in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre jedoch eine lohnpolitische Trendwende eingesetzt, die mittlerweile zur Herausbildung eines

bedeutsamen und immer größere werden den Niedriglohnssektors geführt hat. Übereinstimmend kommen eine Vielzahl aktueller Studien zu dem Ergebnis, dass der Anteil der Geringverdienenden in Deutschland in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen hat (Eichhorst u.a. 2005, Bosch/Weinkopf 2006, Brenke 2006). Der genaue Umfang des Niedriglohnssektors hängt dabei von der zugrunde gelegten Definition ab. Die OECD definiert alle Löhne, die weniger als zwei Drittel des nationalen Medianlohns betragen, als Niedrigloh-

Deutschland deutlich zugenommen (Gernandt/Pfeiffer 2006). Nach Berechnungen der Europäischen Kommission sind die Lohnunterschiede zwischen dem untersten Zehntel (D1) und dem mittleren Zehntel (D5) der Beschäftigten in Deutschland inzwischen mit am ausgeprägtesten. Innerhalb der EU weisen mit Estland, Litauen, Polen und Slowenien lediglich noch vier Staaten eine höhere Lohnspreizung auf (Abbildung 1).

Ursachen für den wachsenden Niedriglohnssektor: Umbruch im deutschen Tarifsysteem

Abbildung 1: Lohnspreizung in Europa - Verhältnis D5/D1 (2002)*



* Vergleich von Einkommensdezilen D5 und D1
Quelle: European Commission (2005: 190)

ne. Auf dieser Definitionsgrundlage arbeiteten nach Berechnungen des Instituts für Arbeit und Technik (IAT) im Jahr 2004 knapp 6,9 Millionen Beschäftigte im Niedriglohnssektor (Jaehrling u.a. 2006). Dies entspricht etwa 22% aller Beschäftigten. Neben 2,5 Millionen Mini-JobberInnen und 1,4 Millionen sozialversicherungspflichtigen Teilzeitbeschäftigten finden sich in der Gruppe der Niedriglohneempfänger auch ca. 3 Millionen Vollzeitbeschäftigte. Der Anteil der Niedriglohnbeschäftigten in Deutschland liegt damit mittlerweile eindeutig über dem EU-Durchschnitt (European Commission, 2004). Mit der Ausdehnung des Niedriglohnssektors hat auch die Lohnspreizung in

Die rasante Ausdehnung des Niedriglohnssektors deutet auf weitreichende Veränderungen im deutschen Tarifsysteem (Bispinck 2006). Seit Mitte der 1990er Jahre weist die Tarifbindung in Deutschland einen stark rückläufigen Trend auf. Im Jahr 2004 arbeiteten nur noch 68% aller westdeutschen und 53% aller ostdeutschen Arbeitnehmer in Unternehmen mit Tarifvertrag. Im privaten Dienstleistungssektor, der das Gros der klassischen Niedriglohnbranchen umfasst, ist die Tarifbindung noch einmal deutlich geringer. Hinzu kommt, dass in immer mehr Branchen tariflose Zustände vorherrschen, wonach früher einmal vereinbarte Tarifverträge zum Teil seit Jahren nicht mehr erneuert und damit die Tariflöhne faktisch eingefroren wurden.

Darüber hinaus finden sich mittlerweile auch in zahlreichen gültigen Tarifverträgen extrem niedrigen Lohngruppen (Bispinck/WSI-Tarifarchiv 2006). Hierzu gehören z.B.

Dr. Thorsten Schulten ist Wissenschaftler am Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung in Düsseldorf

die Tarifverträge im Hotel- und Gaststätten-gewerbe, im Bewachungsgewerbe, im Rei-nigungsgewerbe sowie in zahlreichen Handwerks- und Einzelhandelsunter-nehmen (Tabelle 1). Die durch Massenarbeitslo-sigkeit und Mitgliederverluste geschwäch-ten Gewerkschaften stehen in diesen Bran-chen oft vor der Wahl, entweder die extrem niedrigen Lohngruppen zu akzeptieren, oder den vollständigen Verlust des Tarifver-trages zu riskieren.

Bei Stundenlöhnen zwischen 3 und 6 Euro erhalten viele Beschäftigte ein Monatsein-kommen, das unterhalb der sozialen Grund-sicherung liegt. Nach Angaben der Bundes-agentur für Arbeit (BA) existieren mittlerweile in Deutschland mehr als 900.000 so genannte „Aufstocker“, die zu-sätzlich zu ihren geringen Erwerbseinkom-men noch ergänzend Arbeitslosengeld II beziehen. Mehr als ein Drittel hiervon sind Vollzeitbeschäftigte (Bundesagentur für Ar-beit 2006).

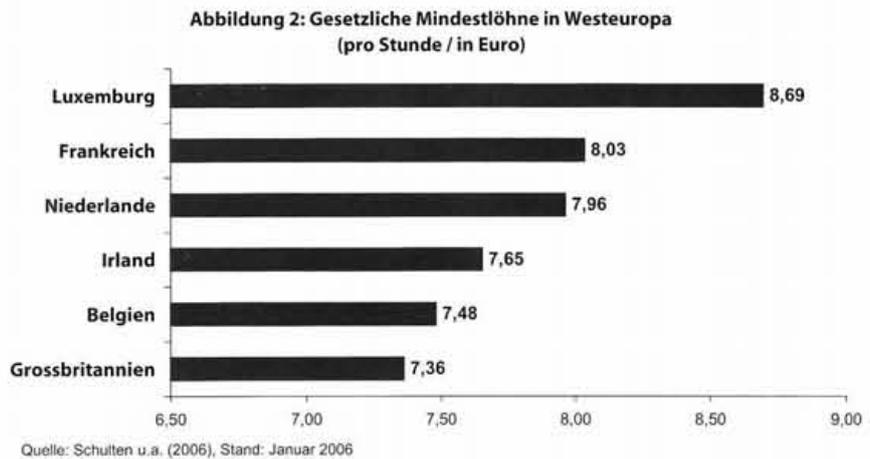
Die Ausdehnung des Niedriglohnsektors ist nicht zuletzt auch durch politische Ent-scheidungen gefördert worden. Hierzu zählt vor allem die Verschärfung der so ge-nannten Zumutbarkeitskriterien im Rah-men von Hartz IV. Bei Androhung von Lei-stungskürzungen ist nunmehr jeder Arbeit-lose gezwungen ist, jede ihm angebotene Tätigkeit anzunehmen und zwar unabhän-gig davon, ob sie nach örtlichen oder gar tarifvertraglichen Standards bezahlt wird. Die einzige verbleibende Untergren-ze bildet der Tatbestand des Lohnwuchers, der von den Arbeitsgerichten jedoch erst dann als gegeben angesehen wird, wenn der Lohn mehr als 30% unterhalb des Tarif-lohns liegt.

Auch die derzeit von einigen Ökonomen vorgeschlagene flächendeckende Einfüh-rung von Kombilöhnen (z.B. Sinn u.a. 2006) käme einem staatlichen Förderprogramm zur weiteren Ausdehnung des Niedriglohn-sektors gleich, da Unternehmen einen per-manenten Anreiz haben, die Löhne zu drü-cken, um entsprechende staatliche Subven-tionen zu erhalten.

Schließlich spielt auch die Entwicklung in Europa eine wichtige Rolle. Mit der EU-Os-terweiterung und der angestrebten Verab-schiedung der EU-Dienstleistungsrichtlinie wird zukünftig die Mobilität von Arbeits-kräften und Dienstleistungsunternehmen deutlich zunehmen. Zwar müssen sich aus-ländische Unternehmen dabei auch zu-künftig an die vor Ort bestehenden natio-nalen Arbeits- und Sozialstandards halten, ohne eine flächendeckende nationale Min-destlohnregelung wird hierdurch jedoch Lohndumpingstrategien Tür und Tor geöff-net.

Mindestlöhne in Europa

Im Gegensatz zu Deutschland verfügen die meisten europäischen Länder über einen



allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn. Innerhalb der Europäischen Union sind es 18 von 25 Staaten (Schulten u.a. 2006). In denen mit Deutschland vergleichbaren west-europäischen Nachbarstaaten Großbritannien, Irland, Frankreich und den Benelux-staaten beträgt der Mindestlohn gegenwärtig zwischen 7,36 und 8,69 Euro pro Stunde (Abbildung 2). In sieben EU-Ländern gibt es dagegen keinen gesetzlichen Mindestlohn. Hierzu gehören neben Deutschland die skandinavischen Ländern sowie Österreich und Italien. Allerdings ist in all diesen Län-dern die Tarifbindung aufgrund des hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrades oder durch rechtliche Besonderheiten wesent-lich größer als in Deutschland, so dass dort weitgehend eine flächendeckende tar-ifliche Mindestlohnsicherung gewährleistet ist.

Die Erfahrungen mit gesetzlichen Mindest-löhnen im europäischen Ausland sind über-wiegend positiv. Mit der Festelegung einer für alle Arbeitnehmer verbindlichen Untergren-ze wird die Einkommenssituation von Geringverdienern deutlich verbessert. Gleichzeitig erfüllt der Mindestlohn auch ökonomisch eine positive Funktion, indem er eine für die Unternehmen ruinöse Lohn- und Preiskonkurrenz begrenzt und zur Sta-bilisierung der privaten Nachfrage beiträgt. Zahlreiche neuere wissenschaftliche Unter-suchungen haben zudem gezeigt, dass im Gegensatz zur neoklassischen Lehrbuch-ökonomie von den Mindestlöhnen in der Regel keine negativen Auswirkungen auf die Beschäftigung ausgehen (Ragacs 2003). So wurde etwa in Großbritannien der ge-setzliche Mindestlohn seit seiner Einführung im Jahr 1999 um mehr als 40% erhöht, wäh-rend im gleichen Zeitraum die Arbeitslosig-keit um 25% zurückging. Umgekehrt hat in Deutschland der starke Anstieg des Niedrig-lohnsektors keineswegs zu mehr Beschäfti-gung geführt.

Wie könnte ein Mindestlohn in Deutsch-land aussehen?

Deutschland hat heute einen der am we-nigsten regulierten Niedriglohnsektoren in

ganz Europa. Extrem niedrige Stundenlöhne von 3-6 Euro wären in den meisten west- und nordeuropäischen Ländern schlichtweg illegal. Wenn zukünftig auch hierzulande der Lohn einem vollzeitbeschäftigten Arbeit-nehmer wieder ein gewisses soziales Exis-tenzminimum garantieren soll, wird ange-sichts der unzureichenden tariflichen Min-destlohnsicherung kein Weg an einer ge-setzlichen Flankierung vorbeigehen. In der aktuellen Debatte werden hierzu zwei Grundmodelle diskutiert.

Das erste Modell zielt auf ein branchendif-ferenziertes System, wonach für jede Bran-che ein eigenständiger Mindestlohn fest-gelegt werden soll. Dies könnte z.B. dadurch umgesetzt werden, dass das Ent-sendegesetzes wie in den meisten anderen europäischen Staaten über die Bauindus-trie hinaus auf sämtliche Branchen ausgedehnt wird. Die rot-grüne Bundesregie-rung hatte hierzu bereits im Frühjahr 2005 einen Gesetzentwurf vorgelegt, der damals jedoch am Widerstand der Unionsmehr-heit im Bundesrat scheiterte. Die Anwen-dung des Entsendegesetzes ist allerdings an die flächendeckende Existenz von Tarif-verträgen gebunden, was gerade in vielen Niedriglohnbranchen nicht der Fall ist, so dass die Reichweite dieser Regelung eher begrenzt ist.

Denkbar wäre darüber hinaus das Verfah-ren zur Allgemeinverbindlichkeit von Tar-ifverträgen insgesamt deutlich zu er-leichtern. Aufgrund des Widerstandes der Arbeitgeberseite ist die Anzahl der allge-meinverbindlich erklärten Tarifverträge in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich zurückgegangen. Anfang 2004 fielen ge-rade mal noch ein halbe Millionen Be-schäftigte in den Geltungsbereich allge-meinverbindlicher Vergütungstarifverträge (Bispinck 2006). Eine Erleichterung des Verfahrens zur Allgemeinverbindlichkeit könnte darin bestehen, die Veto-Position der Arbeitgeber aufzuheben und das nö-tige Quorum, nachdem heute mindestens 50% der Beschäftigten einer Branche tarif-gebunden sein müssen, deutlich zu redu-zieren.

Tabelle 1: Unterste Tarifgruppen in ausgewählten Tarifverträgen

Branche	Land/Region	Stundenlohn in €
Bäckerhandwerk	Berlin West	6,22
	Brandenburg	4,64
Bewachungsgewerbe Separatwachdienst	Schleswig-Holstein	5,30
	Thüringen	4,15
Einzelhandel	Niedersachsen	6,49
	Mecklenburg-Vorpommern	6,71
Erwerbsgartenbau	Baden-Württemberg	5,15
	Sachsen	2,75
Fleischerhandwerk	Nordrhein-Westfalen	6,21
	Sachsen	4,50
Floristik	Baden-Württemberg	5,94
	Sachsen-Anhalt	4,35
Friseurhandwerk	Nordrhein-Westfalen	4,93
	Sachsen	3,06
Gebäudereinigerhandwerk	Hessen	5,80
	Sachsen-Anhalt	3,87
Hotel- und Gaststättengewerbe	Nordrhein-Westfalen	5,18
	Sachsen-Anhalt	4,61
Kfz-Handwerk	Schleswig-Holstein	6,51
	Mecklenburg-Vorpommern	4,69
Landwirtschaft	Rheinland-Pfalz	4,71
	Sachsen	4,52
Metallhandwerk	Nordrhein-Westfalen	6,20
	Mecklenburg-Vorpommern	4,40
Öffentlicher Dienst	West (Bund)	7,61
	Ost (Gemeinden)	6,98
Privates Transportgewerbe	Hamburg	6,49
	Mecklenburg-Vorpommern	3,91
Bundesverband Zeitarbeit Personaldienstleistungen (BZA)	West	7,02
	Ost	6,07

Quelle: WSI-Tarifarchiv (Stand: März 2006)

Alle Branchenmodelle stehen jedoch vor dem Problem, dass sie den Beschäftigten sowohl in Branchen ohne Tarifvertrag als auch in Branchen mit extrem niedrigen Tariflöhnen keine angemessene Mindestlohnsicherung garantieren können. Diese Lücke kann nur durch einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn geschlossen werden, der branchenübergreifend für alle Beschäftigten gilt. Bei der Festlegung der Höhe eines solchen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns könnte auf bereits heute bestehende sozialstaatliche Normen zurückgegriffen werden. Einen Orientierungspunkt könnte z.B. die so genannte Pfändungsfreigrenze bilden, die den Anteil des Einkommens umfasst, der im Falle einer Verschuldung nicht gepfändet werden darf. Derzeit liegt die Pfändungsfreigrenze in Deutschland bei 985 Euro netto, was auf der Basis einer 38-Stunden-Woche umgerechnet einem Brutto-Stundenlohn von etwa 8,10 Euro entsprechen würde (Bispinck/Schäfer 2006). Der von den Gewerkschaften geforderte Einstiegs-Mindestlohn von 7,50 Euro ist vor diesem Hintergrund durchaus angemessen und würde sich zudem am unteren Rand der in den

westeuropäischen Nachbarstaaten existierenden Mindestlöhne bewegen. Die deutschen Gewerkschaften haben sich nach langer und teilweise recht kontroverser Diskussion in ihrer großen Mehrheit auf eine gemeinsame Position verständigt, in der die beiden Modelle einer universelle und einer branchenbezogene Mindestlohnsicherung nicht mehr als Gegensatz, sondern als eine sinnvolle Ergänzung betrachtet werden (DGB 2006). Dabei wird einerseits der Tatsache Rechnung getragen, dass Deutschland eine universelle Mindestlohnnorm braucht, unterhalb derer zukünftig keine Arbeitnehmerin und kein Arbeitnehmer mehr entlohnt werden darf. Oberhalb dieser Norm soll darüber hinaus ein nach Branchen differenziertes tarifvertragliches Mindestlohnsystem gestärkt werden, um der Gefahr entgegenwirken, dass derzeit höhere tarifliche Mindestlöhne in einigen Branchen dann auf das allgemeine Mindestlohnniveau herabgesenkt werden. Die hierzu vorgeschlagenen Instrumente wie die Ausdehnung des Entsendegesetzes auf alle Branchen, die Erleichterung der Verfahren zur Allgemeinverbindlichkeit sowie die gesetzli-

che Stützung tariflicher Mindestlöhne oberhalb der allgemeinen Mindestlohnnorm würden nicht nur eine differenzierte Mindestlohnsicherung in Deutschland etablieren, sondern zugleich auch einen wertvollen Beitrag zur Restabilisierung des deutschen Flächentarifvertragssystems leisten.

spw 3 / 2006

Literatur:

Bispinck, Reinhard (2006): Abschied vom Flächentarifvertrag? Der Umbruch in der deutschen Tariflandschaft, in: WSI Tarifhandbuch 2006, Köln: Bund-Verlag, 39-66.

Bispinck, Reinhard/Schäfer, Claus (2006): Niedriglöhne und Mindesteinkommen: Daten und Diskussionen in Deutschland, in: Schulten, Thorsten/Bispinck, Reinhard/Schäfer, Claus (Hrsg.) (2006): Mindestlöhne in Europa, Hamburg: VSA, 269-300.

Bispinck, Reinhard/WSI-Tarifarchiv (2006): Unterste Tarifvergütungen. Daten aus 39 Wirtschaftszweigen, WSI Informationen zur Tarifpolitik, Elemente qualitativer Tarifpolitik Nr. 61, Düsseldorf.

Bosch, Gerhard/Weinkopf, Claudia (2006): Mindestlöhne – eine Strategie gegen Lohn- und Sozialdumping? in: Friedrich-Ebert-Stiftung, Dokumentation der Tagung des Steuerungskreises „Europäisches Wirtschafts- und Sozialmodell“ der FES, Bonn: FES, 26-35

Brenke, Karl (2006): Wachsender Niedriglohnsektor in Deutschland – sind Mindestlöhne sinnvoll? DIW-Wochenbericht Nr. 15-16, 197-205.

Bundesagentur für Arbeit (2006): Grundsicherung für Arbeitssuchende: Anrechenbare Einkommen und Erwerbstätigkeit, Bericht der Statistik der BA März 2006.

DGB (2006): Eckpunkte und Positionspapier zu spezifischen Integrationsmaßnahmen in den Arbeitsmarkt und zur Sicherung im unteren Einkommensbereich, Beschluss des DGB-Bundesvorstandes vom 2. Mai 2006.

Eichhorst, Werner/Gartner, Hermann/Krug Gerhard/Rhein, Thomas/Wiedemann, Eberhard (2005): Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland und im internationalen Vergleich, in: Allmendinger, Jutta/Eichhorst, Werner/Walwei, Ulrich (Hrsg.), IAB Handbuch Arbeitsmarkt, Frankfurt/New York: Campus, 108-142.

European Commission (2004): Employment in Europe 2004, Luxembourg: European Communities.

European Commission (2005): Employment in Europe 2005, Luxembourg: European Communities.

Gernandt, Johannes/Pfeiffer, Friedhelm (2006): Rising Wage Inequality in Germany, ZEW Discussion Paper No. 06-019.

Jaehrling, Karen/Kalina, Thorsten/Vanselow, Achim/Voss-Dahm, Dorothea (2006): Niedriglohnarbeit in der Praxis – Arbeit in Häppchen für wenig Geld, in: Sterkel, Gabriele/Schulten, Thorsten/Wiedemuth, Jörg (Hrsg.): Mit Mindestlöhnen gegen Lohndumping, Hamburg: VSA, 114-144.

Ragacs, Christian (2003): Mindestlöhne und Beschäftigung: Die empirische Evidenz, in: Wirtschaft und Gesellschaft, 29, 215-246.

Schulten, Thorsten (2004): Solidarische Lohnpolitik in Europa, Hamburg: VSA-Verlag.

Schulten, Thorsten/Bispinck, Reinhard/Schäfer, Claus (Hrsg.) (2006): Mindestlöhne in Europa, Hamburg: VSA-Verlag.

Sinn, Hans-Werner/Holzner, Christian/Meister, Wolfgang/Ochel, Wolfgang/Werding, Martin (2006): Aktivierende Sozialhilfe 2006: Das Kombilohn-Modell des ifo Instituts, in: ifo Schnelldienst Vol. 59 (2), 3-24.

Streeck, Wolfgang (1999): Deutscher Kapitalismus: Gibt es ihn? Kann er überleben?, in: Wolfgang Streeck, Korporatismus in Deutschland. Zwischen Nationalstaat und Europäischer Union, Frankfurt a.M.: Campus, 13-40.

Die politische Auseinandersetzung um menschenwürdige Löhne in den USA

Von Frank Schröder

In den USA gibt es seit einigen Jahren eine intensive politische Debatte um einen das Existenzminimum sichernden gesetzlichen Mindestlohn (living wage). Neue soziale Bewegungen haben mit Kampagnen für einen „living wage“ nicht nur zunehmend Unterstützung in der amerikanischen Öffentlichkeit erzielt, sondern vielmehr verdeutlichen können, dass die soziale Ausgrenzung von Arbeitnehmern erfolgreich gesetzlich korrigiert werden kann. Interessanterweise nimmt der nationale Mindestlohn (minimum wage), der seit Mitte der 90er Jahre bei 5,15 \$ die Stunde verharret, in der gegenwärtigen Debatte kaum noch eine bedeutende Rolle ein. Die Aktivisten, die für eine gerechtere Einkommensverteilung eintreten, haben erkannt, dass gegen den starken Einfluss der Lobbyisten des privaten Sektors auf die Bush-Administration eine Erhöhung des nationalen Minimallohnes kaum machbar ist. Daher konzentrieren sich die Aktionen der Kräfte aus der Zivilgesellschaft nun zunehmend auf die Ebene der Bundesstaaten und der Kommunen. Nach dem Motto „Think global but act local“ haben sich nicht nur Bürgergruppen formiert, die Einfluss auf ihre Kommunal- und Landespolitiker nehmen, vielmehr organisiert sich auch zunehmend Widerstand gegen die Unternehmenspraxis von multinationalen Unternehmen.

Die Expansion und Niedriglohnpolitik des Branchenriesen Wal-Mart stößt in einigen Kommunen auf eine organisierte Opposition und der Konzern hat bereits einige seiner neu geplanten Niederlassungen nicht realisieren können. In Zeiten von hohen Unternehmensgewinnen und saftigen Managementgehältern formiert sich quer durch alle Kreise der Gesellschaft Solidarität für die Arbeitnehmer, dessen Arbeitsverhältnisse prekärer geworden sind und deren Einkommen kaum zur Bestreitung des Lebensunterhalts ausreicht. Daher sollte es auch nicht überraschen, dass der politische Kampf für gerechtere Löhne im konservativen Süden genau soviel Zustimmung erfährt, wie bei der eher liberalen Bevölkerung der Ost- und Westküste.

Der nationale Mindestlohn

In den USA beziehen gegenwärtig 3% der Gesamtbevölkerung den nationalen Min-

destlohn von 5,15 \$ die Stunde und eine von den Demokraten angestrebte Erhöhung auf \$ 7,50 würde das Einkommen von nur 7% der Beschäftigten in den Vereinigten Staaten verbessern. Daher stellt sich zunächst einmal die Frage, warum eine Anhebung der Mindestlöhne auf breite Zustimmung in der US-Bevölkerung stößt? Das in Washington D.C. ansässige Pew Research Center hat in einer aktuellen Umfrage festgestellt, dass 60% der Bevölkerung in den Vereinigten Staaten mindestens einmal in ihrer beruflichen Karriere zu den Bedingungen des nationalen Mindestlohnes beschäftigt worden ist. Die Mehrheit der Amerikaner ist daher mit den sozialen Entscheidungen und Herausforderungen zutiefst vertraut, die ein Arbeitseinkommen auf Basis des Minimallohnes zur Folge hat. Diese Tatsache erklärt daher auch, warum es bei den letzten Präsidentschaftswahlen in Florida zu einer auf den ersten Blick grotesken Wahlentscheidung gekommen ist. Obwohl George W. Bush, als erklärter Gegner von höheren Mindestlöhnen, die Wahl in Florida für sich entscheiden konnte, stimmten 71,3 % der Wähler im gleichen Wahlgang für die Erhöhung des Mindestlohns im Sonnenstaat. Einige Experten vertreten daher die Auffassung, dass das gegenwärtige Niveau des nationalen Mindestlohnes für die meisten Amerikaner, unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit, schlichtweg unmoralisch erscheint. Berücksichtigt man, dass es einem Vollzeitbeschäftigten auf Basis des nationalen Mindestlohns nicht gelingen kann, eine Existenz oberhalb der staatlich definierten Armutsgrenze zu bestreiten, erscheint diese Auffassung auch kaum als verwunderlich. Ein Grund für den zunehmenden Druck auf

die Löhne von gering qualifizierten Beschäftigten in den USA ist der massive Verlust von Arbeitsplätzen in der verarbeitenden Industrie seit Ende der 90er Jahre. Während der Dienstleistungssektor für diese Beschäftigungsgruppe zunehmend an Bedeutung gewinnt, ist es den Gewerkschaften bisher nicht gelungen, insbesondere in den neuen Branchen des Service-Sektors, Fuß zu fassen. Für viele der ehemaligen Beschäftigten der verarbeitenden Industrie ist daher ein Be-

Tabelle 1 Mindestlohnvereinbarungen in den USA

US Bundesstaaten	Festgelegter Mindestlohn
Alaska	\$ 7,15
Connecticut	\$ 7,65 (Jan. 2007)
Hawai	\$ 7,25 (Jun. 2007)
New Jersey	\$ 7,15 (Okt. 2006)
New York	\$ 7,15 (Jan. 2007)
Oregon	\$ 7,50
Rhode Island	\$ 7,10
Vermont	\$ 7,25
Washington	\$ 7,63
Washington D.C.	\$ 7,00

(Quelle: US Department Of Labor)

rufswechsel mit kräftigen Lohneinbußen verbunden. Berücksichtigt man jedoch, dass selbst Niedriglohnunternehmen wie Wal-Mart Einstiegsgehälter von 7 \$ die Stunde zahlen, wird deutlich, dass der gegenwärtige gesetzliche Mindestlohn von 5,15 \$ selbst für die gering qualifizierten Beschäftigten in den USA kaum noch von Bedeutung ist.

Angesichts der politischen Akzeptanzprobleme in der Bush-Administration zur Anerkennung des Mindestlohns als gesetzliches Korrektiv, sind in Washington in den nächsten Jahren keine Veränderungen zu erwarten. Die Bush-Regierung hat mehrfach deutlich gemacht, dass die Löhne von den Märkten und nicht vom Gesetzgeber bestimmt werden sollen. Der mächtige Einfluss des privaten Sektors auf Regierung und Abgeordnete hat dafür gesorgt, dass alle Ansätze zur Wiederbelebung der Mindestlohn-Diskussion im Keim erstickt worden sind. Die Forderung und Kampagne des amerikanischen Gewerkschaftsbundes (AFL-CIO) für eine Erhöhung des staatlichen Mindestlohns hat daher nur noch eine symbolische Wirkung. Da die derzeitige Lohnhöhe von 5,15 \$ bereits weit unter dem Niveau dessen liegt, was die privaten Unternehmen

bereit sind zu zahlen, kann die Bedeutung des nationalen Mindestlohns als politisches Steuerungsinstrument grundsätzlich in Frage gestellt werden.

Bewegung in den Bundesstaaten

Angeichts des Stillstands in Washington konzentriert sich die Koalition aus Gewerkschaften und sozialen Bewegungen nun stärker auf die Ebene der Bundesstaaten. Mit der Forderung nach menschenwürdigen Löhnen ist es den sozialen Akteuren nicht nur gelungen, eine Reihe von Landespolitikern für dieses Anliegen zu sensibilisieren, interessanterweise können die Verfechter von gerechteren Löhnen nun auch zunehmend auf Unterstützung aus der Zunft der amerikanischen Ökonomen bauen.

Ein Hauptargument gegen Mindestlohnerhöhungen auf der Ebene der Bundesstaaten ist der Verweis auf drohende Arbeitsplatzverlagerungen. David Card und Alan Krüger, beide renommierte Wirtschaftsprofessoren an der amerikanischen Princeton Universität, untersuchten diese These zu Beginn der 90er Jahre am Beispiel des Bundesstaates New Jersey (Card/Krüger 1995). Ihre Studie analysiert eine Mindestlohnerhöhung in New Jersey und dessen Arbeitsmarkteffekte im Fast-Food Sektor des Grenzgebiets zum Nachbarstaat Pennsylvania. Es war anzunehmen, dass sich der komparative Wettbewerbsvorteil, den Pennsylvania durch ein geringeres Mindestlohniveau erhalten hatte, negativ auf

den Arbeitsmarkt in New Jersey auswirken würde. Die beiden Wissenschaftler kamen jedoch zu einem völlig gegensätzlichen Ergebnis. Nach Auswertung von umfangreichem Datenmaterial wurde deutlich, dass durch die Mindestlohnerhöhung in New Jersey keine Arbeitsplätze vernichtet wurden. Vielmehr stellten die beiden Wirtschaftswissenschaftler fest, dass in einigen Gemeinden der Arbeitsmarkt sogar zusätzliche Einstellungen im Fast-Food Sektor verbuchen konnte. Die Ergebnisse der Studie von Card und Krüger bewirkte nicht nur ein Umdenken bei Arbeitsmarktökonomern, sondern verschaffte den sozialen Bewegungen einen neuen politischen Schub. Das den Gewerkschaften nahestehende „Economic Policy Institute (EPI)“ hat mittlerweile eine Gruppe von hundert renommierten amerikanischen Ökonomen zusammengebracht, die eine Erhöhung des Mindestlohns nachhaltig unterstützen. Die wissenschaftliche Schützenhilfe hat dazu beigetragen, Missverständnisse in der Diskussion um gerechtere Löhne auszuräumen und gleichzeitig den Druck auf Parlamentarier und Regierungen zu erhöhen. Diese Entwicklung zeigt bereits erste Erfolge. Wie in Tabelle 1 deutlich wird, liegt der Mindestlohn in einigen Bundesstaaten bereits deutlich über dem nationalen Mindestlohn von 5,15 \$.

Allerdings sollte dieser Erfolg nicht zu voreiligen Schlussfolgerungen führen. Die Fortschritte in einigen Staaten werden zum jetzigen Zeitpunkt kaum ausreichen, um Ein-

fluss auf die Einkommensverteilung in den USA zu nehmen. Für einen Vollzeitbeschäftigten garantiert ein Mindestlohn von 7 \$ gerade einmal ein Jahreseinkommen von ca. 16.000 \$. Dieses Arbeitseinkommen ist kaum ausreichend, um eine Familie ohne zusätzliche staatlichen Hilfen zu ernähren. Außerdem stellt die gegenwärtige Fixierung auf das 7 \$ Ziel für multinationale Unternehmen wie Wal-Mart keine wirkliche Herausforderung dar. Es sollte daher auch nicht verwundern, dass Lee Scott, der Präsident des Unternehmens, in der Öffentlichkeit den gegenwärtigen Stand der Entwicklungen gnadenlos für seine unternehmerischen Ziele auszunutzen versteht. Scott hat sich in den letzten Monaten mehrfach für eine Erhöhung des nationalen Mindestlohns auf 7 \$ die Stunde ausgesprochen (so in einem Interview mit CNN am 25.10.2005). Der selbsternannte Sozialpolitiker aus der Vorstandsetage des Wal-Mart Konzerns weist mit Stolz darauf hin, dass solch ein politischer Schritt für seine Angestellten zwar ohne Bedeutung bliebe, allerdings hierdurch die Einkommenssituation seiner ärmsten Kunden deutlich verbessert werden könnte. Für die Beschäftigten und Kritiker des Wal-Mart Konzerns müssen Scotts Äußerungen, der für seine Vorstandstätigkeit ein stolzes Jahreseinkommen von 23 Mio. \$ (nach Schätzungen des AFL-CIO) bezieht, als blanker Zynismus erscheinen. Die 1,8 Mio. Beschäftigten in den USA, die in der offiziellen Geschäftssprache des Wal-Mart Konzerns als „Geschäftspartner“ geführt werden, verfügen weder über eine gewerkschaftliche Interessensvertretung noch über eine ausreichende Gesundheits- und Rentenversicherung.

Die verdeckten Kosten der Unternehmenspraxis von Wal-Mart

Die betrieblichen Leistungen von Wal-Mart werden am treffendsten durch das betriebs-eigene Motto „Immer zu den niedrigsten Preisen“ beschrieben. Diese Unternehmenspraxis führt jedoch zu erheblichen Belastungen für den öffentlichen Steuerzahler. In einer jüngsten Studie der Universität Kaliforniens (Dube/Jacobs 2004) wird deutlich, dass die Beschäftigten des Wal-Mart Konzerns nicht nur weitaus geringere Löhne als andere Arbeitnehmer im Einzelhandel beziehen, vielmehr verfügen sie über eine schlechtere Gesundheitsversorgung. Da im Unterschied zu Europa durch die staatliche Gesundheitsversorgung in den USA nur lediglich ein Basispaket gewährleistet wird, sind die hieraus resultierenden Belastungen für den Steuerzahler von enormer Bedeutung.

Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass der durchschnittliche Lohn der Wal-Mart Mitarbeiter in Kalifornien mit 9,70 \$ die Stunde deutlich unter dem der übrigen Beschäftigten (Unternehmen mit mehr als 1000 Be-

Tabelle 2: „Living Wage“ Verordnungen seit 2003 > 9 \$/ Stunde

Kommunen	Living Wage > \$9 (2003-2005)
Arlington, VA	\$ 11,20
Bloomington, IN	\$ 10,00
Brookline, MA	\$ 11,15
Dayton, OH	\$ 9,30
Durham County, NC	\$ 9,74
Ingham County, MI	\$ 9,68
Lansing, MI	\$ 12,09
Lakewood, OH	\$ 9,50
Lawrence, KS	\$ 11,29
Lincoln, NE	\$ 9,30
Palm Beach County, FL	\$ 9,78
Prince George County, MD	\$ 10,80
Sacramento, CA	\$ 9,33
Sebastopol, CA	\$ 11,70
Sonoma, CA	\$ 11,70
Syracuse, NY	\$ 10,08

(Quelle: Living Wage Resource Center)

schäftigten) des Einzelhandels liegt, welche im Schnitt 14,01 \$ (15,31 \$ in gewerkschaftlich organisierten Betrieben) beziehen. Außerdem erhalten nur 48% der Mitarbeiter von Wal-Mart in Kalifornien eine betriebliche Gesundheitsversorgung, während 61% (95% in gewerkschaftlich organisierten Betrieben) der übrigen Beschäftigten des Einzelhandels im Bundesstaat von ihrem Arbeitgeber gesundheitliche Leistungen erhalten. Angesichts der niedrigen Löhne und geringen betrieblichen Leistungen die Wal-Mart seinen Beschäftigten zur Verfügung stellt, subventioniert der kalifornische Steuerzahler die Arbeitnehmer des Konzerns mit jährlich 86 Millionen \$. Die staatlichen Leistungen beinhalten Mietzuschüsse, Sozialhilfe und Leistungen zur Gesundheitsversorgung.

Als Reaktion auf eine Mobilisierungskampagne der Gewerkschaften und Kräften aus der Zivilgesellschaft hat Maryland im Januar 2006 als erster amerikanischer Bundesstaat eine Gesetzesinitiative erlassen, die Unternehmen mit mehr als 10000 Beschäftigten darauf festlegt, 8 % ihrer Lohnsumme für gesundheitliche Leistungen zur Verfügung zu stellen. Diese Initiative richtet sich unmittelbar gegen die Unternehmenspraxis von Wal-Mart und die dadurch entstehenden Belastungen für den Steuerzahler. Der Erfolg in Maryland hat den zivilgesellschaftlichen Kampagnen gegen den Handelsriesen neuen Auftrieb verschafft und gegenwärtig beraten die Volksvertreter in 30 weiteren Bundesstaaten über ähnliche Gesetzesinitiativen.

Die Kampagne für einen „living wage“

Mit dem Strukturwandel und Zusammenbruch ganzer Industriezweige hat sich in verschiedenen Regionen des Landes ein tiefgreifender wirtschaftlicher und damit untrennbar verbunden auch ein gesellschaftlicher Wandel vollzogen. Hierdurch wurde eine destruktive Dynamik von Spaltung und Ausgrenzung, Privilegierung und Benachteiligung ausgelöst, welche das soziale Geschehen in vielen Lebensbereichen deutlich verändert hat. Vor dem Hintergrund zahlreicher Unternehmensskandale, exorbitant steigender Managementgehälter und Massenentlassungen bei gleichzeitig steigenden Gewinnen wurde das Gerechtigkeitsempfinden selbst in einem so marktwirtschaftlich orientierten Land wie die USA, in weiten Teilen der Bevölkerung zunehmend gestört. Als Reaktion auf die zunehmende gesellschaftliche Segmentierung sind auf der kommunalen Ebene neue soziale Bewegungen erwachsen, um die neuen sozio-ökonomischen Ungleichheiten durch die Forderung nach einem „living wage“ zu korrigieren. Für die neuen Bündnisse, bestehend aus lokalen Gewerkschaftern, Vertretern sozialer Organisationen und Universitäten steht nicht so sehr

Foto: Christian Kiel (Berlin)



der nationale Mindestlohn im Vordergrund des Interesses, sondern vielmehr die Einführung eines lokalen und das Existenzminimum sichernden Arbeitseinkommens. Während für die Aktivisten der staatliche Mindestlohn lediglich als eine Geste der politischen Elite zu verstehen ist, ist für sie die Kampagne für einen „living wage“ Ausdruck von Basisdemokratie und Solidarität. Gemessen an der Anzahl von Erfolgen ist diese Sichtweise gut nachvollziehbar, denn seit Ende der 90er Jahre sind durch diese kommunalen Bürgerinitiativen bereits 130 Verordnungen auf den Weg gebracht worden (siehe Tabelle2).

Es sollte jedoch nicht überraschen, dass der größte Widerstand gegen die Einführung eines lokalen „living wage“ von kleinen und mittleren Unternehmen ausgeht. Um die Gefahr von gerichtlichen Klagen privater Unternehmen auf ein Minimum zu reduzieren, beschränken sich die meisten der lokalen Verordnungen auf öffentliche Ausschreibungen und auf die Löhne von kommunalen Bediensteten. Trotz dieser Einschränkungen sollte die Wirkung der Verordnungen jedoch nicht unterschätzt werden. Die seit den 80er Jahren eingeleitete Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und der hierdurch verursachte Druck auf das Lohnniveau kann durch diese Verordnungen korrigiert werden. Die Erfahrungen mit „living wages“ bestätigen außerdem nicht die Befürchtung, dass die Kosten für die Kommunen hierdurch gestiegen sind. Nach

Berechnungen des EPI kompensieren die Unternehmen die höheren Arbeitskosten durch eine verbesserte Effizienz ihrer Arbeit und Produktivitätssteigerungen. Außerdem konnte nicht festgestellt werden, dass durch die neuen Verordnungen Arbeitsplätze im privaten Sektor gefährdet worden sind. (Economic Policy Institute 2002))

Der Durchbruch in San Francisco und Santa Fe

Den vorläufige Höhepunkt im politischen Kampf für gerechtere Löhne stellt die Entscheidung der Stadtparlamente in San Francisco und Santa Fe dar, welche im Jahre 2004 die Umsetzung eines allgemein verbindlichen „living wage“ für alle Beschäftigte festgelegt haben. Im Unterschied zu den Verordnungen anderer Kommunen bedeutet dieser Schritt eine konsequente Einführung von Mindestlöhnen, die nicht nur weit über dem nationalen Mindestlohniveau liegen, sondern vor allem für alle Beschäftigten (verbindlich für Unternehmen mit mindestens 10 Beschäftigten in San Francisco und 25 Beschäftigten in Santa Fe) unabhängig von ihrer Qualifikation, Herkunft und Geschlecht rechtsgültig sind. Hierdurch konnte nicht nur der zu

Tabelle 3: Gesetzlicher Living Wage

Kommunen	für alle Beschäftigten
San Francisco, CA	\$ 8,82, Neue Bemessungsgrundlage (Jan 2007)
Santa Fe, NM	\$ 9,50, \$ 10,50 (Jan. 2008)

(Quelle: US Department Of Labor)

Verlag WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

Elmar Altvater
Das Ende des Kapitalismus,
wie wir ihn kennen



Eine radikale
Kapitalismuskritik
3. Auflage 2006
240 Seiten - € 14,90
ISBN 3-89691-627-0

Werner Rügemer
Privatisierung in Deutschland



Eine Bilanz
Von der Treuhand zu
Public Private Partnership
2006 - € 24,90 - 204 Seiten
ISBN 3-89691-630-0

Aram Ziai
Zwischen Global Governance
und Post-Development



Entwicklungspolitik
aus diskursanalytischer
Perspektive
(einsprüche Band 17)
2006 - 172 Seiten - € 14,90
ISBN 3-89691-592-4

Worldwatch Institute (Hrsg.)
Zur Lage der Welt 2006



China, Indien und unsere
gemeinsame Zukunft
in Zusammenarbeit mit
der Heinrich-Böll-Stiftung
und Germanwatch
2006 - 320 Seiten - € 19,90
ISBN 3-89691-628-9

Hafenweg 26a
D-48155 Münster
Tel.: 0251 39 00 48 0
Fax: 0251 39 00 48 50
info@dampfboot-verlag.de
www.dampfboot-verlag.de



nehmende Verfall der Löhne einzelner Arbeitnehmer und Berufsgruppen gestoppt werden, sondern vor allem garantiert das Gesetz einen kontinuierlichen Lohnzuwachs für die folgenden Jahre (siehe Tabelle 3).

Heftig bekämpft, vor allem durch die mittelständischen Unternehmen, haben in beiden Städten sogenannte Runde Tische, an denen Stadtverordnete, bereitwillige Vertreter des privaten Sektors und Gewerkschafter eine Kompromissformel bezüglich der Höhe der Löhne, die von der Verordnung betroffenen Betriebe und die Bemessungsgrundlage für spätere Lohnerhöhungen ausgearbeitet. Nachdem eine Reihe von juristischen Klagen auf staatlicher Ebene abgewehrt werden konnten, traten die bahnbrechenden Verordnungen schließlich in Kraft und setzten eine Signalwirkung für andere Kommunen.

In einer ersten Analyse wurde die Umsetzung der „living wage“ Verordnung in beiden Städten als überaus positiv bewertet. Während die Einkommensschere zwischen weniger qualifizierten Beschäftigten und den übrigen Arbeitnehmern deutlich abgeschwächt werden konnte, die städtischen Ausgaben für Sozialausgaben gesunken sind, hat die Gesetzesinitiative außerdem positive Beschäftigungseffekte erzielen können. In Santa Fe beklagt lediglich die Tourismusbranche auf Grund gestiegener Preise einen leichten Rückgang von Hotelbuchungen. Da die Unternehmen versucht haben die höheren Löhne durch einen Anstieg der Preise zu kompensieren, sind in beiden Kommunen die Lebenshaltungskosten leicht angestiegen.

Fazit

Es wäre sicherlich bedauerlich, wenn aus deutscher Sicht die gegenwärtige US Debatte um einen das Existenzminimum sichernden gesetzlichen Mindestlohn lediglich als Korrektur einer seit Jahren zurückgebliebenen Lohnpolitik in den USA bewertet werden würde. Die Mobilisierung neuer sozialer Bewegungen als Reaktion auf eine zunehmende gesellschaftliche Segmentierung könnte für die gegenwärtige Diskussionen in Deutschland überaus nützlich sein. Zwar ist das Engagement in den USA auf der lokalen Ebene vor allem auf eine in den angelsächsischen Ländern viel stärker ausgeprägte Form des Voluntarismus zu erklären, jedoch muss dies nicht gleich bedeuten, dass man diese Form des Engagements grundsätzlich ablehnen sollte. Wenn man sich vor amerikanischen Verhältnissen fürchtet, sollte man zunächst einmal ihre Ursachen verstehen. Dies könnte dazu beitragen neue Konzepte zu finden um die eigenen sozialen Standards auszuweiten und nicht aus der Passivität heraus lediglich den Status Quo verteidigen zu müssen.

Die amerikanischen Gewerkschaften haben aus Furcht vor der Einwirkung externer Kräfte auf die Tarifpolitik viel zu lange in der Mindestlohnfrage auf einen nationalen Regierungswechsel durch ihren politischen Arm in Washington gesetzt. Da dieser nicht gelungen ist und interne Reformen im Gewerkschaftsbund nur zaghafte umgesetzt worden sind, wurden die Gewerkschafter nun auch noch mit einer Spaltung der eigenen Bewegung konfrontiert. Einige Gewerkschaftsfunktionäre waren sogar der Auffassung, dass Erfolge in der Lohnfrage durch soziale Bewegungen den Einfluss der Gewerkschaften in den Betrieben konterkarieren könnte. Angesichts des bisher erfolgreichen Abwehrkampfes von Unternehmen wie Wal-Mart gegen jegliche Form von gewerkschaftlicher Mitbestimmung und den zunehmenden Mitgliederverlusten bei den Gewerkschaften, ist der AFL-CIO heute über jegliche Form der Unterstützung aus der Zivilgesellschaft dankbar.

Vor dem Hintergrund der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit durchlebt ein nicht geringer Teil der Bevölkerung in Deutschland eine ähnlich destruktive Dynamik von Spaltung und Ausgrenzung und von Privilegierung und Benachteiligung. Es ist daher erstaunlich, dass hieraus bisher keine neuen sozialen Bewegungen entstanden sind. Die Wehrlosigkeit der sozial Benachteiligten, egal ob sie als Beschäftigte frühzeitig aus dem Arbeitsmarkt „ausgeschieden wurden“, oder sich als junge „Generation Praktikum“ häufig nur als degradierte Bittsteller vor den Toren der Unternehmen wiederfinden, hat auch in Deutschland das Gerechtigkeitsempfinden verändert. Von den USA lernen heißt, Rangbarrieren zu erkennen und die Erfahrung von Demütigung und Nutzlosigkeit in positive und kollektive Energie umzuwandeln.

In den USA bleibt abzuwarten, ob die Signalwirkungen von San Francisco und Santa Fe weitere Erfolge möglich erscheinen lassen. Es sollte nicht unberücksichtigt bleiben, daß es sich bei beiden Kommunen um äußerst finanzkräftige „Player“ handelt und der Ansatz nicht so einfach auf die strukturschwachen Städte des Südens übertragen werden kann. Für die zukünftigen Auseinandersetzungen mit den Multinationalen Giganten wie Wal Mart bleibt zu hoffen, daß die jüngsten Erfolge fortgesetzt werden können.

Literatur:

- Card, David; Krueger, Allen (1995): Myth and Measurement: The New Economics of the Minimum Wage, Princeton University Press
- Dube, A.; Jacobs, K. (2004): Hidden Costs of Wal-Mart Jobs, Use of Safety Net Programs by Wal-Mart Workers in California, UC Berkeley Labor Center
- Economic Policy Institute (2002): Living Wage- Facts at a glance, Washington D.C.

Gute Arbeit unter dem Druck der Prekarisierung

Von Klaus Pickshaus und Frederic Speidel

Machen wir uns nichts vor: Wer sich heute „Gute Arbeit“ auf die Fahne schreibt meint eigentlich die schlechte Arbeit, gegen die es sich zu wehren gilt.“ (Sauer 2005) Diese Bemerkung Dieter Sauer auf der WSI-Konferenz „Gute Arbeit – schlechte Arbeit“ im November 2004 war sicherlich auch auf das Projekt Gute Arbeit der IG Metall gemünzt, einer anspruchsvollen und im Jahre 2004 für drei Jahre gestarteten Initiative zur Revitalisierung gewerkschaftlicher Arbeitspolitik.

In der Tat haben sich gegenüber der Zeit, als die Humanisierung der Arbeit ein weithin akzeptiertes Projekt war, die Grundkonstellationen in mehrerer Hinsicht verändert:

Zum einen lassen Kurzfristökonomie sowie Standort- und Kostensenkungswettbewerb vielerorts die Qualität der Arbeit zu einer Restgröße schrumpfen. Symptomatisch hierfür sind die Auseinandersetzungen um Arbeitszeitverlängerungen. Unter dem Slogan „Hauptsache Arbeit“ werden zudem Qualitätsstandards durchlöchert und gesetzliche Schutzniveaus dereguliert mit der gewollten Folge, dass auch die Ansprüche der Menschen, die Arbeit haben oder in Arbeit wollen, weiter abgesenkt werden.

Zum anderen weitet sich prekäre Arbeit in Form befristeter und Leiharbeitsverhältnisse sowie Minijobs – politisch gefördert – stark aus. Bei den prekären Beschäftigtengruppen ist eine Kumulation von Belastungen und Gesundheitsrisiken feststellbar (INIFES 2003; Fuchs 2003). Dabei erweist sich, dass die Ausgestaltung des Arbeitsverhältnisses selbst, also die Zurückdrängung prekärer Elemente wie Befristungen und Leiharbeit, wesentliche Voraussetzung und Bedingung humaner Arbeitsbedingungen ist.

Die von INQA initiierte Untersuchung „Was ist gute Arbeit?“ zeigt, dass – aus der Sicht von abhängig Beschäftigten – ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis sowie ein regelmäßiges und festes Einkommen *Kernaspekte* von guter Arbeit darstellen. Keinem anderen Bereich wird bei den Befragungsergebnissen eine derart hohe Bedeutung zugemessen. Umgekehrt ist die Ablehnung der aktuellen betrieblichen Praxis, befristete und Leiharbeitsverhältnisse auszuweiten,

sehr hoch: so stimmen 72% bzw. 78% dem Statement zu, dass der Einsatz von Zeitarbeit begrenzt bzw. die Befristung von Arbeitsverhältnissen grundsätzlich auf Ausnahmefälle beschränkt werden sollte (Fuchs 2006). Das Projekt Gute Arbeit der IG Metall wird in Kürze eine Arbeitsmappe zum Thema prekäre Arbeit veröffentlichen, in der die genannten und weitere Befunde zusammengetragen sind (vgl. www.igmetall.de/gutearbeit).

Die Ergebnisse sind auch insofern bemerkenswert, da die Ablehnung von Leiharbeit und Befristungen überwiegend auch von jenen Beschäftigten geteilt wird, die bislang nicht selbst mit diesen Formen unsicherer Beschäftigung konfrontiert wurden.

Die Befunde verweisen darauf, dass es unter den Beschäftigten – unabhängig von der eigenen Betroffenheit – ein tiefes Misstrauen gegenüber der zunehmenden Prekarisierung gibt. Dies ist – insbesondere vor dem Hintergrund der veröffentlichten Meinung – ein bemerkenswertes Ergebnis, das durchaus auf Solidarisierungspotentiale auch – oder gerade – in einer gespaltenen Gesellschaft hindeutet.

Schon aus diesen Erwägungen heraus ergibt sich, dass ein arbeitspolitisches Projekt Prekarisierung als eine Bedrohung für Standards guter Arbeit thematisieren und darüber hinaus zum Ausgangspunkt von neuen Organisations- und Regulierungsansätzen aus gewerkschaftlicher Sicht machen muss.

Eine arbeitspolitische Initiative muss aus all diesen Gründen unter den heutigen Bedingungen inhaltlich neu entworfen werden, auch wenn sie an die gewerkschaftliche Tradition einer Humanisierung der Arbeit anknüpft und sich nach wie vor positiv auf staatliche Impulse sowohl der Forschungspolitik als auch der „Initiative Neue Qualität der Arbeit“ bezieht. Denn aus dem Umbruch in der Arbeitsgesellschaft und aus einer arbeitspolitischen Bilanz der letzten Jahre ergeben sich veränderte Koordinaten und Themenfelder für gewerkschaftliche Arbeitspolitik.

Die neunziger Jahre können arbeitspolitisch als „verlorenes Jahrzehnt“ bilanziert werden.

Entgegen der Prophezeiung einer schönen neuen Arbeitswelt in der entstehenden „Wissensgesellschaft“ haben sich die Arbeits- und Leistungsbedingungen verschärft, so dass sie vor allem für alternde Belegschaften immer schwerer zumutbar sind. Hier entwickelt sich ein neues demografisches Konfliktpotential. Aus beiden Entwicklungen lassen sich Schwerpunkte für das Projekt Gute Arbeit ableiten (vgl. Pickshaus 2005):

Erstens: Unter dem Motto „Der Arbeit ein gesundes Maß geben – Arbeitszeit und Leistungsdruck begrenzen“ werden Handlungsansätze angesichts einer zunehmenden „Entgrenzung“ von Arbeitszeit und Leistungsanforderungen im Rahmen neuer, marktzentrierter Steuerungsmodelle in den Unternehmen praktisch entwickelt. Gerade in diesem Handlungsfeld kann deutlich gemacht werden, dass gute Arbeit keineswegs ein Luxusthema für Schönwetterzeiten ist, sondern in den aktuellen Auseinandersetzungen um Arbeitszeitverlängerung, Leistungsdruck und härteren Arbeitsbedingungen zusätzliche qualitative Argumente und Instrumente erschließen hilft.

Zweitens erfordert der demografische Wandel eigene Ansätze der altersgerechten und lernförderlichen Arbeitsgestaltung, da schon heute nur jeder Fünfte das bisherige Rentenalter von 65 Jahren erreicht; davon wird über die Hälfte wegen vorzeitigem Gesundheitsverschleiß vorzeitig verrentet. In der Auseinandersetzung mit den Regierungsplänen einer Verlängerung der Lebensarbeitszeit, die nur der Senkung von Rentenleistungen dient, wird der „demografische Handlungsbedarf“ auf den Verursachungsort des Verschleißes von Arbeitskraft – die betriebliche Arbeitswelt – gerichtet.

Im dritten Schwerpunkt des Projektes „prekäre Beschäftigung eindämmen – Belastungen und Risiken verringern“ gilt es in einem ersten Schritt, die betrieblichen Interessenvertretungen für dieses Problemfeld zu sensibilisieren – allein schon, um Spaltungen zwischen Stammbeschaften und prekär Beschäftigten zu verhindern. Es sind weniger die gegenwärtigen statistischen Daten zu prekären Arbeitsverhältnissen (also in erster Linie der befristeten und Leiharbeitsverhältnisse) als deren expansive Dynamik, die die soziale Unsicherheit schon jetzt bis weit in die Zonen der Stammbeschaften hinein trägt und zur Alltagserfahrung werden lässt. Hierdurch wird auch der Druck auf die Standards und die Arbeitsbedingungen der Festbeschäftigten verstärkt.

Klaus Pickshaus leitet das Projekt Gute Arbeit und das Ressort Arbeits- und Gesundheitsschutz beim Vorstand der IG Metall. Dr. Frederic Speidel arbeitete mehrere Jahre am Forschungsinstitut Arbeit-Bildung-Partizipation in Recklinghausen und nimmt derzeit am Traineeprogramm der IG Metall teil.

Leiharbeit ist bislang vor allem ein Phänomen der Großbetriebe. Knapp 40 Prozent der Betriebe mit mindestens 500 Beschäftigten nutzen diese Möglichkeit der Arbeitnehmerüberlassung. Dabei wird in einem Viertel der Betriebe dadurch nachweislich reguläre Beschäftigung verdrängt (Fuchs 2006). Im Mittelpunkt des unternehmerischen Interesses an der Nutzung von Leiharbeit stehen nicht – wie immer behauptet – die erhöhten Anforderungen an eine Flexibilität. Diese wäre auch zu anderen Konditionen erreichbar. Zentrales Interesse ist vielmehr das Lohndumping.

Die Ausweitung von prekärer Arbeit wirkt sich auf alle Dimensionen der Interessenvertretung der Gewerkschaften aus. Deshalb ist Prekarisierung zu einer zentralen Herausforderung geworden, die zum Erhalt und zum Ausbau gewerkschaftlicher Gegenmacht ernster als bisher genommen werden muss. Ein genauerer Blick auf das Phänomen der Prekarität ist erforderlich.

Prekarität und Prekarisierungsangst

Die Begriffe „Prekarität“ und „Prekarisierung“ haben mittlerweile auch in Deutschland das Schattendasein soziologischer Fachtermini hinter sich gelassen und erfreuen sich in der politischen wie publizistischen Debatte zunehmender Verwendung. „Prekariat“, „Prekäre Generation“ oder „Homo precarius“ sind nur einige der journalistischen Zuspitzungen, mit denen Wochen- und Tageszeitungen dieser Tage die neue soziale Frage moderner Arbeitsgesellschaften umschreiben.

Für eine systematischere Erschließung des vielschichtigen Phänomens prekärer Arbeit lohnt der Blick ins Wörterbuch. „Prekär“ wird dort mit „widerruflich“, „unsicher“, „heikel“ übersetzt – allesamt Adjektive, die die Grundzüge prekärer Arbeit treffend charakterisieren. Prekarität ist nicht identisch mit vollständiger Ausgrenzung aus dem Erwerbssystem, absoluter Armut, totaler sozialer Isolation, unwiderruflichem Kontrollverlust und absoluter Apathie, sondern kann nur, gleichsam relational, an gesellschaftlichen Normalitätsstandards gemessen werden. „Prekäre Beschäftigung“ bezieht sich auf jene Normen, die unter dem Begriff des „Normalarbeitsverhältnisses“, verstanden als „kontinuierliches, qualifiziertes Vollzeitarbeitsverhältnis“ (Mückenberger 1990: 158), zusammengefasst werden.

Vom Normalarbeitsverhältnis abweichende prekäre Beschäftigung lässt sich anhand von fünf Dimensionen spezifizieren: In *reproduktiv-materieller* Hinsicht ist eine Erwerbsarbeit prekär, wenn deren Vergütung, die die Haupteinnahmequelle darstellt, nicht existenzsichernd ist und/oder das Einkommen es nicht ermöglicht, ein gesellschaftlich anerkanntes kulturelles Minimum nach oben zu überschreiten. In *rechtlich-institutioneller* Hinsicht gilt eine Erwerbsarbeit als prekär, wenn Beschäftigte von institutionell verankerten sozialen, tariflichen und Mitbestimmungsrechten ausgeschlossen werden. In *sozial-kommunikativer* Hinsicht kann von prekärer Erwerbsarbeit gespro-

chen werden, sofern eine über den Arbeitsplatz und die Arbeitstätigkeit vermittelte Integration in soziale Netze nicht gegeben ist. Ferner ist die *Status- und Anerkennungsdimension* zu berücksichtigen; in dieser Hinsicht ist eine Arbeit prekär, wenn sie den Arbeitenden eine anerkannte, gesellschaftliche Positionierung vorenthält. Schließlich ist bezogen auf die *arbeitsinhaltliche Dimension* eine Arbeit prekär, wenn die Berufstätigkeit von dauerhaftem Sinnverlust begleitet ist oder sie im Gegenteil zu einer krankhaften Überidentifikation mit Arbeit führt (vgl. Dörre u.a. 2006).

Prekäre Erwerbsarbeit ist in einem wei-

ten Spektrum atypischer Beschäftigungsformen anzutreffen, das Zeit- und Leiharbeit, Scheinselbständigkeit, Teilzeitarbeit, geringfügige Beschäftigung und Vollerwerbsarbeit im Niedriglohnssektor, Mini-/Midijobs sowie befristete Erwerbsarbeit auf Projekt- und Werkvertragsbasis umfasst. Der Anteil atypischer Beschäftigung hat sich in den letzten 30 Jahren von rund 15 % Anfang der siebziger Jahre auf rund 40 % heutzutage fast verdreifacht. Atypische Beschäftigungsformen an sich sind noch nicht prekär, beinhalten jedoch unabhängig davon, ob ihre Aufnahme gewollt oder erzwungen ist, „prekärer Potenzial“ (Mayer-Ahuja 2003), das unter empirisch zu bestimmenden Bedingungen aktiviert wird. Beispielsweise wird das prekäre Potenzial einer geringfügigen Beschäftigung dann nicht geweckt, wenn diese Tätigkeit lediglich den Hinzuverdienst eines Familienhaushaltes ausmacht und dieser über ein Haupteinkommen abgesichert ist. Ändert sich jedoch die Erwerbskonstellation des Haushaltes, vermag das schlummernde prekäre Potenzial einer atypischen Beschäftigung plötzlich aktiviert und diese zur möglichen Armutsfalle zu werden.

Im wesentlichen Unterschied zum Normalarbeitsverhältnis, das den Beschäftigten einen hohen Grad der Planbarkeit ihres Privat- und Arbeitslebens erlaubt, sehen sich prekär Beschäftigte jeglicher Möglichkeit zu einer längerfristig ausgerichteten Lebensplanung beraubt. An deren Stelle tritt ein von Arbeitsgelegenheiten geprägtes Dasein in einer für das neue „Prekariat“ typischen „sozialen Schwebelage“ (Kraemer/Speidel 2004), in der sich die prekär Beschäftigten gezwungen sehen, alle Kräfte darauf zu verwenden, um einerseits den Aufstieg in gesicherte Erwerbsarbeit vielleicht doch noch zu realisieren, andererseits den dauerhaften sozialen Ausschluss von Erwerbsarbeit abzuwenden. Das alte Versprechen des sozialstaatlich regulierten Kapitalismus, wonach ein Normalarbeitsverhältnis die Basis für langsam aber kontinuierlich wachsenden Wohlstand bildet, ist für die prekär Beschäftigten außer Kraft gesetzt (vgl. Vogel 2004). Die Absturzängste der prekär Beschäftigten finden ihre Entsprechung in der Angst vieler Normalbeschäftigter, die sich in ihrem unmittelbaren Arbeitsumfeld zunehmend mit prekär oder atypisch Beschäftigten konfrontiert sehen, ihren gesicherten Beschäftigungsstatus über kurz oder lang einzubüßen. Prekarisierungsängste der noch über eine reguläre Vollzeitstelle verfügenden Beschäftigten sind in der betrieblichen Wirklichkeit in den unterschiedlichsten Ausprägungen anzutreffen: etwa als aufkeimende Befürchtung, dass der eigene Arbeitsplatz durch unternehmensexternes Personal ersetzt werden und der berufliche Werdegang in eine prekäre Befristungskarriere einmünden könnte; oder als Sorge, dass mit der Übernahme des Betriebes durch ein konkurrierendes Unternehmen



Foto: Christian Kiel (Berlin)

die im Laufe der Unternehmenszugehörigkeit erworbenen Rechtsansprüche und Schutzregelungen unterminiert werden könnten; oder aber als latente/manifeste Angst, dass im Zuge von unternehmensinterner Reorganisation und Umstrukturierung die Position in der betrieblichen Statushierarchie geschwächt wird.

Vom Zusammenspiel *objektiver Prekarisierungsprozesse* mit *subjektiven Prekarisierungssängsten* geht eine sozial desintegrierende Sogwirkung auf die Arbeitsgesellschaft aus. Die Herausbildung einer großer werdenden „Zone der Prekarität“ (Castel 2000), in der sich die einen schon befinden und in die die anderen um keinen Preis abrutschen wollen, forciert die Umstellung auf einen äußerst problematischen gesellschaftlichen Integrationsmodus. An Bedeutung gewinnen Integrationsformen, in denen die subtile Wirkung marktförmiger Disziplinierungsmechanismen eine deutliche Aufwertung erfährt (vgl. Heitmeyer 1997). Weil vor allem die Gruppen der durch Normalarbeit Integrierten einiges zu verlieren haben, kann die Disziplinierung durch den Markt eine Vielzahl an Hoffnungen und Ängsten funktionalisieren.

Prekarisierung ist folglich kein Phänomen an den Rändern der Arbeitsgesellschaft. Vielmehr stellt sie ein Macht- und Kontrollsystem dar, das in gespaltenen Arbeitsgesellschaften sowohl prekär Beschäftigte als auch Normalbeschäftigte erfasst. Mit Bourdieu (1998) gesprochen bewirkt Prekarisierung „eine allgemeine subjektive Unsicherheit, welche heutzutage mitten in einer hoch entwickelten Volkswirtschaft sämtliche Arbeitnehmer, einschließlich derjenigen unter ihnen in Mitleidenschaft zieht, die gar nicht oder noch nicht von ihr betroffen sind“ (S. 97f.). Wenn die Gewerkschaften an ihrem Anspruch festhalten wollen, eine organisierte und einheitliche Interessenvertretung für alle Arbeitnehmergruppen zu gewährleisten, werden sie Strategien gegen die Ausweitung der Prekarisierung und zum Abbau von Angst und Unsicherheit entwickeln müssen.

Gewerkschaftliche Antworten

In den letzten Jahren hat zumindest das Problembewusstsein in einigen Gewerkschaften zugenommen. Auf der 5. tarifpolitischen Konferenz des Europäischen Metallarbeiterbundes (EMB) im Oktober 2005 in Rom wurde in einer Entschließung festgestellt, dass der EMB „jegliche Form von prekären und flexiblen Beschäftigungsverhältnissen ab(lehnt), die dem Arbeitnehmer einseitig auferlegt werden und keine angemessenen Gehalts- und Arbeitsbedingungen garantieren. Der derzeitige Trend zur Schaffung von prekären Arbeitsplätzen wird vom EMB grundsätzlich ablehnt.“ Deshalb gelte es, „Mindestbedingungen und -standards einzuführen, die alle Arbeitnehmer schüt-

zen ... (und) die Absenkungsspirale der Arbeitsbedingungen zu stoppen.“

In der gewerkschaftlichen Diskussion hierzulande sind unterschiedliche strategische Handlungsansätze entwickelt worden, um gegen Prekarität vorzugehen. Zum einen geht es um den Aufbau gemeinsamer Strategien, die Spaltungen zwischen Stamm- und Randbelegschaften verhindern sollen; zum anderen soll durch gezielte Einflussnahme auf die Personalpolitik betriebspolitisch versucht werden, Prekarisierung einzudämmen. Ein weiterer Handlungsansatz liegt in der Verteuerung prekärer Arbeit, und schließlich bemühen sich Gewerkschaften um die Organisation prekär Beschäftigter. Jede der Strategien lässt sich anhand exemplarischer Problemverarbeitungen knapp umreißen.

Spaltungen verhindern – gemeinsame Handlungsansätze ausbauen

Für betrieblichen Handlungsdruck sorgt seit mehreren Jahren der im Rahmen einer allgemein zunehmenden Rekommodifizierung von Arbeit immer flexiblere Personaleinsatz, in dessen Verlauf sich, wie oben gesehen, der – politisch geförderte – Einsatz von befristet Beschäftigten, Leiharbeitnehmern und Minijobbern überproportional ausgeweitet hat. Gewerkschaften stehen in diesem Fall vor der doppelten Herausforderung, schutzpolitische Maßnahmen auf den Weg zu bringen, die gleichermaßen die Interessen der prekären Randbelegschaften wie die der „alten“ Stammbeslegschaften berücksichtigen, um so einer „Klassenspaltung“ innerhalb der Arbeitnehmerschaft in „Arbeitnehmer erster und zweiter Klasse“ (vgl. Dörre 2006) zuvorkommen. Insbesondere in Unternehmen aus der Metall- und Elektroindustrie, in denen Auftragsspitzen während der letzten Jahre vermehrt mit Leiharbeitnehmern abgedeckt wurden, finden sich erste Beispiele dafür, dass sich Gewerkschaften und Betriebsräte mittels tradierter wie auch aktivierender, beteiligungsorientierter Ansätze in der Tarif- und Betriebspolitik erfolgreich für die Verbesserung der Arbeits- und Einkommensbedingungen prekärer Beschäftigtengruppen einsetzen.

Einen beteiligungsorientierten Ansatz zur Regulierung von Leiharbeit hat die IG Metall Ingolstadt verfolgt. Aus den Reihen mehrerer hundert ostdeutscher Leiharbeiter, die vom Autobauer Audi entliehen wurden, stieß die IG Metall 2003 die Wahl einer Tarifkommission an, die mit dem Verleihunternehmen Adecco bessere Wohnbedingungen „vor Ort“, die Zahlung einer Auslöse sowie die Übernahme der Fahrtkosten für monatliche Heimfahrten aushandelten. Da für diese Forderungen glaubhaft eine Streikbereitschaft demonstriert und der Organisationsgrad unter den Leiharbeitern erheblich erhöht werden konnte, lenkte Adecco ein. Den entsprechenden Tarifvertrag kommentierend, sprach der zuständige Projektma-

nager von Adecco von einem ungewöhnlichen Einsatz von „Zeitarbeitern auf Facharbeiterlohnniveau“, die betroffenen Leiharbeiter unisono von einem „Topverdienst“. In der Tarifbewegung 2006 in der Metall- und Elektroindustrie konnte erstmals eine gemeinsame Beteiligung von Stammbeslegschaften und Leiharbeitern in mehr als zehn Betrieben erreicht werden. Ein gemeinsamer Streikaufruf war deshalb möglich, weil auch der Tarifvertrag für Zeitarbeit mit dem Interessenverband Deutscher Zeitarbeitsunternehmen gekündigt war. Ein solches demonstratives synchronisiertes Vorgehen hat für künftige Tarifbewegungen exemplarischen Charakter.

Personalpolitik beeinflussen, um Prekarisierung einzudämmen

Eine strategische Schlüsselfrage zur Eindämmung von Prekarisierung besteht darin, wie in den Unternehmen die Ausrichtung der Personalpolitik beeinflusst werden kann. In vielen Großunternehmen geht es beim Einsatz von Leiharbeit längst nicht mehr um die Abdeckung von Auftragsspitzen oder den Ausgleich saisonaler Auftragsschwankungen sondern um systematische Kostensenkung durch Lohndumping. In vielen Betrieben wird der Personalbestand an der unteren Grenze gehalten und je nach Bedarf dann mit dem Einsatz von Leiharbeit aufgefüllt. Dabei sind in einigen Unternehmen sogar zig unterschiedliche Zeitarbeitsfirmen eingesetzt, so dass eine oft nicht mehr überschaubare Vielfalt an unterschiedlichen Tarif- und Entlohnungsbedingungen nebeneinander existieren.

Durch die offensive Wahrnehmung aller betriebsverfassungsrechtlichen Mitbestimmungsrechte ist es für den Betriebsrat der Stammbeslegschaft durchaus möglich, einen solchen Wildwuchs einzudämmen und die Arbeitsbedingungen auch der Leiharbeiter mit zu beeinflussen. Ideal wäre es, wenn Betriebsräte des Verleihers und des Entleihbetriebs dabei zusammenarbeiten würden. Es gibt allerdings bisher nur in wenigen Leiharbeitsfirmen eine Arbeitnehmervertretung. Insgesamt ist die Sensibilisierung für eine solche strategische Vorgehensweise noch sehr unterentwickelt.

In der IG Metall sind seit einiger Zeit mehrere Initiativen – darunter auch das Projekt gute Arbeit – gestartet worden, um durch Information und Handlungshilfen eine solche betriebspolitische Vorgehensweise zu unterstützen.

Prekäre Arbeit verteuern

Den Gewerkschaften ist es gelungen, dass in das im Zuge der Hartz-Gesetze erneuerte Arbeitnehmerüberlassungsgesetz der so genannte Gleichbehandlungsgrundsatz „Equal Pay & Equal Treatment“ aufgenommen wurde. Dieser besagt, dass Verleihunternehmen ihren Beschäftigten für die Zeit der Überlassung an einen Entleiher mindestens diejenigen Arbeitsbedingungen

einschließlich des Arbeitsentgeltes gewährleisten müssen, die für einen vergleichbaren Stammeschäftigten des Entleihers gelten. Das vorläufige Fazit zur Realisierung des Equal-Pay-Grundsatzes fällt zwiespältig aus: Zwar gilt nun generell, dass Leiharbeiter dasselbe Entgelt erhalten sollen wie Stammeschäftigte. Dies wird allerdings dann eingeschränkt, wenn in der Branche Tarifverträge gelten, wie die zwischen der DGB-Tarifgemeinschaft und dem Bundesverband Zeitarbeit (BZA) sowie dem Interessenverband deutscher Zeitarbeitnehmer (IGZ). Diese Tarifverträge kamen auch deshalb zustande, um den noch niedriger liegenden Dumping-Tarifverträgen des sogenannten Christlichen Gewerkschaftsbundes (CGB) zu begegnen. Aus den Reihen gewerkschaftlich organisierter Leiharbeiter und ihren Betriebsräten gibt es auch Kritik an den niedrigen Einkommensniveaus der DGB-Tarifverträge. Auf einzelbetrieblicher Ebene konnten beispielsweise bei Airbus oder DaimlerChrysler in Würth der Equal-Pay-Grundsatz in

Tarifverträgen durchgesetzt werden. Im DaimlerChrysler Werk Würth konnte ein Tarifvertrag mit der gemeinnützigen Zeitarbeitsfirma GABIS abgeschlossen werden. Danach sind die Einkommen gleich, nur Jahresleistung und Urlaubstage sind für Leiharbeiter geringer. Die Zusammenarbeit mit GABIS war Ergebnis eines breiten lokalen Bündnisses zwischen den Gewerkschaften und anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen, das zunächst Arbeitsplatzabbau als kommunales Problem skandalisiert und daraufhin die Gründung einer gemeinnützigen Zeitarbeitsfirma in die Wege geleitet hat. Die GABIS-Zeitarbeiter sind mittlerweile fest übernommen worden. Im Airbus-Konzern konnte durch einen Ergänzungstarifvertrag ebenfalls Equal-Pay für die eingesetzten Leiharbeiter durchgesetzt werden.

Prekäre organisieren

Im Bereich der gewerkschaftlichen Organisation prekär Beschäftigter existieren in Deutschland zwar vereinzelt positive Ansätze, nicht jedoch eine umfassende strategische Vorgehensweise. Zumindest eine vorübergehende gewerkschaftliche Anbindung prekär Beschäftigter – dieses zeigt die bisherige Erfahrung – hat immer dann stattgefunden, wenn es den Gewerkschaften gelang, auf vorhandene Missstände der Arbeits- und Lebensbedingungen der Prekären mit effektiven Problemlösungen zu reagieren. So war hinsichtlich des erwähnten Audi-Falles die Verbesserung der Wohnbedingungen durch die IG Metall der entscheidende Antriebsfaktor für die Leiharbeitnehmer, aus den eigenen Reihen eine Tarifkommission zu wählen, die mit dem Verleihunternehmen erfolgreich bessere Konditionen aushandelte. Immerhin gelang es, bis zu 70 Prozent der Leiharbeiter in der IG Metall zu organisieren.

Neben diesem betrieblichen Positivbeispiel können noch weitere Initiativen auf Branchen- und Regionalebene genannt werden, bei denen Gewerkschaften mittels gezielter Kampagnen und neuen Organisationsformen das weite Feld prekärer Beschäftigung zu erschließen begonnen haben. Erwähnt seien Kampagnen von Ver.di, der IG Bau oder auch des DGB Köln. Im Bereich des IG-Metall-Bezirks Berlin/Brandenburg/Sachsen gibt es mehrere Arbeitskreise „Menschen in Zeitarbeit“, die Formen der Selbstorganisation darstellen und konkrete Dienstleistungsangebote für die Interessenvertretung anbieten. Zum Thema Leih-/Zeitarbeit sei ferner das IG Metall-Internetportal ZOOM (*ZeitarbeiterInnen Ohne Organisation Machtlos*: www.igmetall-zoom.de) erwähnt, das prekär Beschäftigten wie auch Betriebsräten eine Kommunikations- und Informationsplattform bietet, zu der Basisinformationen wie rechtliche und tarifliche Grundagentexte ebenso wie aktuelle Meinungsaustauschbörsen gehören.

Insgesamt weisen die deutschen Gewerkschaften in der Organisation prekär Beschäftigter im internationalen Vergleich einen Rückstand auf. In den angelsächsischen und einigen südeuropäischen Ländern, wo atypische und prekäre Arbeit schon länger die Beschäftigtenstruktur prägt, bemühen sich seit längerem Gewerkschaften mit Strategien des aktiven „Organizing“ um die neuen Beschäftigtengruppen. Insbesondere US-amerikanische Gewerkschaften, die in Zusammenarbeit mit sozialen Bewegungen, Kirchen und Selbsthilfeorganisationen Organisationserfolge unter Prekären verbuchen können, liefern Ansätze „guter Praxis“, die auch hierzulande greifen könnten. In der IG Metall wächst die Erkenntnis, dass prekäre Beschäftigung als eine strategische Herausforderung für die Betriebsräte und Gesamtorganisation begriffen werden muss. Die ersten Ansätze, dies praktisch zu bearbeiten, werden unter anderem durch das Projekt Gute Arbeit der IG Metall koordiniert.

spw 3/2006

Literaturverzeichnis

Bourdieu, Pierre (1998): Prekarität ist überall, in: Ders. (Hrsg.): *Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion*, Konstanz, S. 96-102.

Castel, Robert (2000): *Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit*, Konstanz.

Dörre, Klaus (2006): *Arbeitnehmer zweiter Klasse? Politik der Entprekarisierung statt Klassenkampf zwischen Arbeitnehmern*, in: spw 148, Dortmund.

Brinkmann, Ulrich u.a. (2006): *Prekäre Arbeit. Ursachen, Ausmaß, soziale Folgen und politische Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigungsverhältnisse. Expertise für die Friedrich Ebert-Stiftung*, Bonn.

Fuchs, Tatjana (2003): *Gute Arbeit in prekären Arbeitsverhältnissen?*, in: Jürgen Peters, Horst Schmittthener (Hg.), *Gute Arbeit*, Hamburg, S. 151 – 165.

Fuchs, Tatjana u.a. (2006): *Was ist gute Arbeit? Anforderungen aus der Sicht von Erwerbstätigen. Eine Untersuchung im Auftrag der BAuA im Rahmen der Initiative Neue Qualität der Arbeit*, Stuttgart.

Heitmeyer, Wilhelm (1997): *Einleitung: Sind individualisierte und ethnisch-kulturell vielfältige Gesellschaften noch integrierbar?*, in: Ders. (Hrsg.): *Was hält die Gesellschaft zusammen?*, Frankfurt/M., S. 23-65.

INIFES (2003): *Forschungsbericht an die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (Projektnummer 1830), Analyse der Arbeitsbedingungen, -belastungen und Beschwerden von abhängig Beschäftigten unter besonderer Berücksichtigung von flexiblen Arbeitsformen*, Stadthagen.

Kraemer, Klaus; Speidel, Frederic (2004): *Prekäre Leiharbeit. Zur Integrationsproblematik einer atypischen Beschäftigungsform*, in: Vogel, Berthold (Hrsg.): *Leiharbeit. Neue sozialwissenschaftliche Befunde zu einer prekären Beschäftigungsform*, Hamburg, S. 119-153.

Mayer-Ahuja, Nicole (2003): *Wieder dienen lernen? Vom westdeutschen „Normalarbeitsverhältnis“ zu prekärer Beschäftigung seit 1973*, Berlin.

Mückenberger, Ulrich (1990): *Normalarbeitsverhältnis: Lohnarbeit als normativer Horizont sozialer Sicherheit?*, in: Sachße, Christoph; Engelhardt, H. Tristram (Hrsg.): *Sicherheit und Freiheit. Zur Ethik des Wohlfahrtsstaates*, Frankfurt/M., S. 158-178.

Pickshaus, Klaus (2005): *„Gute Arbeit“ als neuer strategischer Ansatz*, in: Detje, Richard/Pickshaus, Klaus/Urban, Hans-Jürgen (Hrsg.), *Arbeitspolitik kontrovers*, Hamburg, S. 137 ff.

Vogel, Berthold (2004): *Neue Ungleichheiten im Wohlfahrtsstaat. Die politische Orientierung sozialer Verwundbarkeit und prekären Wohlstands*, in: *Zeitschrift für Sozialreform*, Jg. 50, Heft 1-2, S. 174-188.



AUSGABEN 2005

Heft 1/05:

WOHNEN IM POSTSOZIALISMUS

Dossier: Frauen in Osteuropa nach 1989

Heft 2/05

ARBEITSLOSIGKEIT IN OSTEUROPA

Dossier: Die letzte Diktatur Europas: Belarus

Heft 3/05

ANTISEMITISMUS IN MITTEL- UND OSTEUROPA

Heft 4/05

DIE EU UND DER WESTBALKAN

Dossier: Wandel in der ehemaligen Sowjetunion

Einzelheft: 5 Euro + Porto

Jahresabo: 25 Euro

Weitere Informationen und Abo- bzw. Einzelheftbestellungen unter:

OST-WEST-GEGENINFORMATIONEN

c/o Abteilung für Südosteuropäische Geschichte, Mozartgasse 3, A-8010 Graz, Österreich. Fax Nr. 0043/316/3809735
E-Mail: ostwest@gewi.kfunigraz.ac.at
<http://www-gewi.kfunigraz.ac.at/csbhc/ostwest>

Eine Reform des dualen Systems ist überfällig

Von Cordula Drautz und Björn Böhning

Jedes Jahr wiederholt sich ein Spiel unglaublicher Ignoranz politischer und ökonomischer Eliten. Im Herbst des Jahres wird blickend auf die Ausbildungsstatistik geschaut, um erneut festzustellen, dass die Zahl der Ausbildungsplatzsuchenden zu- und die Zahl der Ausbildungsplätze weiter abgenommen hat. Neueste Auflage dieses Spiels ist der Berufsbildungsbericht 2006. Er legt die komplette Krise des dualen Systems schonungslos offen und zeigt: Das duale System ist international nicht mehr wettbewerbsfähig und wahrlich kein Exportschlager mehr.

Die Krise des Berufsbildungssystems: Fehlende Ausbildungsplätze

Die quantitativen Probleme, die auch mit einer strukturellen Konjunkturabhängigkeit des Systems korrespondieren, sind weitgehend bekannt. Der Berufsbildungsbericht 2006 konstatiert, dass im Jahre 2005 trotz des Ausbildungspakts die Zahl der neu abgeschlossenen Lehrverträge um vier Prozent gesunken ist. Das ist der niedrigste Stand seit der Wiedervereinigung. Gleichzeitig erreichte die Zahl der Schulabgänger mit 950.000 jungen Menschen einen neuen Höchststand. Erstmals sank der Anteil der Anfänger einer dualen Berufsausbildung gemessen an der Zahl der Schulabgänger unter die Sechzig-Prozent-Marke. Bereits heute werden ca. 200.000 junge Menschen öffentlich bzw. außerbetrieblich ausgebildet. Immer mehr junge Menschen müssen aufgrund der fehlenden Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen (lediglich 23% aller Betriebe bilden überhaupt noch aus) eine „berufliche Grundbildungsmaßnahme“, die zu keinem Berufsabschluss führt, absolvieren. Für 2005 ist bereits abzusehen, dass die Zahl der Jugendlichen, die nach dem Verlassen der allgemein bildenden Schule in schulischen Einrichtungen oder in berufsvorbereitenden Maßnahmen solch eine berufliche Grundbildung erwerben, steigt. Darunter sind viele, die sich vergeblich um einen Ausbildungsplatz bemüht haben. Zusammen mit diesen sich in Warteschleifen befindlichen Jugendlichen dürfte heute ein ungedeckter realer Ausbildungsbedarf in Deutschland (vorsichtig geschätzt) im obere-

ren hunderttausender Bereich existieren. Der Fachkräftemangel von morgen ist bereits jetzt absehbar.

Die Zahl der ausländischen Auszubildenden ist im Jahr 2004 um neun Prozent auf 5,6 Prozent im Westen und 0,2 Prozent im Osten gesunken. Experten meinen, die hohe Zahl von Einbürgerungen hätte den Anteil jugendlicher Auszubildende mit ausländischer Staatsbürgerschaft sinken lassen. Jedoch geht aus dem Bericht hervor, dass jugendliche Bewerber mit Migrationshintergrund generell bei der Suche nach Lehrstellen, selbst bei gleichen schulischen Voraussetzungen, deutlich weniger erfolgreich sind. So fanden in den Jahren 2003 und 2004 Jugendliche mit Migrationshintergrund und sehr guten mathematischen Kenntnissen nur zu 41 Prozent eine betriebliche Lehrstelle. Bei Jugendlichen ohne Migrationshintergrund waren es 64 Prozent. Nach dem Berufsbildungsbericht hat jeder dritte ausländische Jugendliche (37%) nach wie vor keinen Berufsabschluss. Bei deutschen Jugendlichen liegt dieser Anteil bei rund elf Prozent.

Der Ausbildungspakt ist im Jahre 2005 vollends kollabiert. Statt der 30.000 vereinbarten, wurden durch ihn lediglich noch 7.900 neue Ausbildungsplätze geschaffen. Die Qualität der Ausbildung wurde durch ihn nochmals minimiert. „Masse statt Klasse“ hieß das Motto vor Ort, mit der Folge, dass nicht nur Schmalsuper-Ausbildung gefördert, sondern auch „Ausbildung light“ zum Leitbild geworden ist. Angesichts dieser Zahlen ist das Minderheitenvotum der Gruppe der Beauftragten der Arbeitgeber im Hauptausschuss des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) zynisch: Es konstatiert „Ausbildungspakt – auch im zweiten Jahr auf Erfolgskurs“ und „Ausbildungsmarkt – positive Bilanz dank vielfältigem Engagement“.

Die Krise des Berufsbildungssystems: Mangelnde Qualität

Aber auch die qualitativen Probleme des dualen Systems lassen sich nicht mehr unter den Teppich kehren. Zuerst sind die Qualitätsprobleme Folgen der Unterfinanzie-

rung des Berufsbildungssystems sowie der mangelnden Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen. Über 60% aller Ausbildungsplatzsuchenden eines Jahrganges sind Jugendliche, die bereits im Jahr zuvor vergeblich einen Ausbildungsplatz gesucht haben oder in Warteschleifen „zwischengeparkt“ wurden. Diese Bugwelle wird Jahr für Jahr weiter vor sich hergeschoben, ohne dass eine Perspektive entwickelt wird, wie sie abgebaut werden könnte. Aktuell befinden sich etwa 1,5 Millionen junge Menschen unter 25 Jahren in diversen Warteschleifen. Dabei ist die Dunkelziffer auf dem Schwarzmarkt nicht mitgerechnet. Das durchschnittliche Eintrittsalter für eine anerkannte Ausbildung im dualen System beträgt in Deutschland mittlerweile 19,3 Jahre (1970: 16,6 Jahre). Junge Menschen, die von der Hauptschule direkt in eine Ausbildung eintreten, sind Mangelware geworden. Wir sehen, dass heute das Phänomen des „ausgebildeten Auszubildenden“ keine Seltenheit mehr ist. Das ist es, was die Betriebe auch nicht selten erwarten: Ihre Bereitschaft auszubilden nimmt immer mehr ab, gleichzeitig stellen sie Anforderungen an Schulabgänger, die deutlich machen, dass von Azubis vollwertige Arbeitsleistungen erwartet werden. Die Unternehmen betrachten Auszubildende größtenteils nicht als Lehrlinge, sondern ihr Interesse gilt der Arbeitskraft. Diese Entwicklung ist nicht neu, sondern liegt in der Grundstruktur des dualen Systems begründet.

In den beruflichen Schulen zeigen sich heute massive Qualitätsprobleme. Sie decken sich weitgehend mit den Problemen an den allgemeinbildenden Schulen. Dazu gehört das veraltete Lehrpersonal, veraltete Lehrmittel, riesige Investitionsbedarfe in Ausrüstung und Gebäude sowie nicht zuletzt überholte Curricula. Die Novellierung des Berufsbildungsgesetzes durch die rot-grüne Bundesregierung hat an dieser Situation bisher nicht viel verändert. Umso erstaunlicher ist es, dass eine Art „Pisa-Test“ für die Berufsbildung nach wie vor nicht existiert. Lieber Sonntagsreden auf das duale System halten, als die Realitäten zu sehen, scheint das zweifelhafte Motto.

Strukturell ist das duale System vor allem für die industrielle Wirtschaft konzipiert. Wir sehen heute, dass das duale System überall dort, wo große industrielle Kerne existent ist, gut und professionell funktioniert. In den großen Industriebereichen sind es oftmals

fast schulisch anmutende Ausbildungswerkstätten, in denen die Lehrlinge unterrichtet werden. Insbesondere aber in den Dienstleistungsberufen erkennen wir massive qualitative Mängel bis hin zur Ausbeutung junger Auszubildender. Doch gerade in neueren Dienstleistungsberufen, ob unternehmensnah oder in wichtigen Bereichen sozialer Dienstleistungen, wäre ein Qualitätsschub dringend erforderlich, wenn das duale System seinen Wert für die gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung nicht verlieren will. Nicht umsonst kommt durch die Einführung des angelsächsischen Bachelor das duale System massiv unter Druck. Es ist vermutlich nur eine Frage der Zeit, bis der BA die duale Ausbildung in diesem Bereich verdrängt – wahrscheinlich auf qualitativ niedrigerem Niveau.

Ein Grundproblem des dualen Berufsbildungssystems ist sein Zuschnitt auf die aktuelle betriebliche Realität. Neue technische und inhaltliche berufliche Anforderungen können immer erst zeitversetzt eingeführt werden. Weil die Betriebe diese Anforderungen auch oft erst nach Jahren nachvollziehen, hinkt die duale Ausbildung der Realität häufig hinterher. Berufliche Inhalte können schnell nach der Ausbildung überholt werden. Da in Deutschland aber ein funktionierendes Weiterbildungssystem nicht existent ist, ist dies eine strukturelle Schwäche des dualen Systems. Andere Länder wie Dänemark haben daraus den Schluss gezogen, auf eine breite Grundlagenbildung plus schnell veränderbarer Module in schulischen Ausbildungszentren zu setzen. Das wäre auch ein Weg für Deutschland.

Allerdings führt die hochideologisch aufgeladene Debatte gerade auf Seiten der Arbeitgeber dazu, dass jegliche solcher Neuerungen von ihnen genutzt werden, um kürzere Schmalspurausbildungen durchzusetzen. Dies wäre jedoch fatal. Es würde diese strukturelle Schwäche nicht beseitigen, sondern zu Lasten der Vermittlung von Schlüsselqualifikationen und der Grundlagenbildung gehen, und damit die Flexibilität des Arbeitnehmers weiter schwächen. Ganz davon abgesehen, dass nur eine gute Breitenbildung die Azubis auf zukünftige technische und berufliche Neuerungen sinnvoll vorbereitet und die Bereitschaft zur Weiterbildung erhöht.

Reformen mutig einleiten

Was ist zu tun? Die Linke ist gut beraten, die sich abzeichnende Debatte um die Zukunft des dualen Systems offensiv aufzugreifen. Die Forderung nach einer solidarischen Finanzierung der Berufsbildung unter Einbezug der Unternehmen ist und bleibt richtig. Allerdings verhallt der isolierte Ruf nach der Umlage, wenn sie nicht mit einer Strukturreform der Berufsausbildung versehen wird. Unser Ziel muss es sein, für alle Jugendlichen einen erfolgreichen Abschluss der all-gemeinbildenden Schule und eine qualitativ hochwertige berufliche Erstausbildung zu sichern.

Ein Blick in die benachbarten Länder mit dualen Systemen, zum Beispiel Österreich und die Schweiz zeigt, das duale System alleine ist nicht mehr überlebensfähig. Zusätzlich zu einem starken dualen Sockel brauchen wir auch in Deutschland innovative Berufsbildungszentren, in denen eine vollschulische Ausbildung mit integrierten betrieblichen Praxisanteilen auf höchstem Niveau möglich wird. Die schulischen Ausbildungsgänge müssen deshalb so gestärkt werden, dass sie als gleichwertig zum dualen System anerkannt werden. Sie dürfen deshalb auch nicht länger mit Gebühren zu erkaufen sein, sondern müssen für die Auszubildenden kostenfrei angeboten werden.

Die Sozialpartner und der Staat werden im Zuschnitt der Ausbildungsinhalte beteiligt. Solche innovativen Berufsbildungszentren haben den Vorteil, dass neue Ausbildungsinhalte schnell in die Ausbildungsgänge integriert werden können. Die Betriebe werden durch verpflichtende Praxiszeiten an der Ausbildung beteiligt. Die Einbindung der innovativen Berufsbildungszentren in regionale Wirtschaftskreisläufe würde zudem sicherstellen, dass ein zusätzliches Element der regionalen Bildungs- und Wirtschaftspolitik

entsteht. Eine solche Strukturreform wird einen massiven finanziellen Mehrbedarf bedeuten. Im Interesse der jungen Menschen, aber auch der Leistungsfähigkeit der hiesigen Ökonomie, ist eine solche Strukturreform aber unerlässlich. Jedenfalls so lange wie das duale Berufsbildungssystem weiterhin der Garant für soziale und ökonomische Innovationen sein soll. Der langsame Tod des Systems ist in vollem Gange.

Wer die Zukunftschancen junger Menschen wirklich im Blick hat, muss eine solche Zukunftsdebatte einfordern. Sie rettet das duale System dort, wo es gut funktioniert. Und sie schafft Perspektiven dort, wo qualitativer und quantitativer Zusatznutzen im deutschen Berufsbildungssystem notwendig ist. Zitat aus der Stellungnahme des Hauptausschusses des Bundesinstituts für Berufsbildung vom 23. März 2006 zum Entwurf des Berufsbildungsberichts 2006 des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, S. 14

Die Zahlen für 2005 belegen: nicht einmal mehr ein Viertel der Betriebe schließt Ausbildungsverträge ab. Mehr als die Hälfte der deutschen Jugendlichen zwischen 14 und 20 Jahren sorgt sich um Arbeitsplätze. 42 Prozent blickten skeptisch, 10 Prozent pessimistisch in die berufliche Zukunft. Das ist das Ergebnis einer repräsentativen Umfrage im Auftrag der Bertelsmann Stiftung. Mehr als jeder dritte Jugendliche (39 %) macht sich große Sorgen darüber, keinen Ausbildungsplatz zu bekommen. 34 Prozent haben Angst davor, später in die Arbeitslosigkeit zu rutschen. Fast 70 % der Hauptschüler sehen sich als die großen Verlierer im Kampf um Ausbildungs- und Arbeitsplätze. Auch unter den Realschülern ist jeder zweite Jugendliche skeptisch, was seine Zukunftschancen betrifft. Mehr als 80 Prozent aller Jugendlichen sind der Meinung, dass Schüler mit einem Hauptschulabschluss bei der Ausbildung und der anschließenden Arbeitsplatzsuche benachteiligt werden. Insgesamt sind knapp zwei Drittel (63 %) der Jugendlichen bereit, für ihr berufliches Vorankommen Opfer zu bringen.

Politik und Wirtschaft nehmen die Realität des Ausbildungsmarktes nicht zur Kenntnis; selbst dann nicht, wenn sie ihnen vom wirtschaftseigenen Forschungsinstitut Institut der deutschen Wirtschaft (IW) aufbereitet wird; etwa dass die übergroße Mehrzahl der Betriebe, nämlich 71 Prozent, durch den Pakt unbeeinflusst blieb. Nur jeder fünfte Betrieb hat das Einstellungsverhalten verändert und zusätzliche Plätze angeboten oder die geplante Streichung rückgängig gemacht. Die IW-Befragung zeigt, wie gering der Einfluss der Kammern und der Arbeitgeberverbände auf die Betriebe ist. Und sie beweist, dass mit dem Pakt die Ausbildungskrise nicht in den Griff zu bekommen ist.

WIDERSPRUCH

Beiträge zu sozialistischer Politik

49

Prekäre Arbeitsgesellschaft

Arbeitslosigkeit und aktivierende Sozialpolitik; Workfare, Geschlechter-Regime und Psychopolitik; Billigjobs und gewerkschaftliche Arbeitspolitik; Integration und Ausgrenzung; Ungleichheit, Armut und Grundeinkommen

K. Dörre, E. Nadal, R. Atzmüller, G. Michalitsch, A. Rau, F. Segbers, K. Wyss, A. Rieger, U. Mäder, F.O. Wolf, G. Notz, T. Wüthrich, F. Schandl

Diskussion

A. Zimmermann: Wirtschaftsdemokratie und SP
 Recherchierte Gruppe: Kollaboration Schweiz-Südafrika
 S. Howald: Mikrokredite für alle
 P. Gerber: Zapatistische Kaffee-Kooperative
 I. Schlosser: Solidarische Ökonomie

232 Seiten, € 16.– (Abonnement € 27.–)
 zu beziehen im Buchhandel oder bei
WIDERSPRUCH, Postfach, CH - 8026 Zürich
 Tel./Fax 0041 44 273 03 02
 vertrieb@widerspruch.ch www.widerspruch.ch

„Generation Praktikum“ – Arbeiten zum Nulltarif

Von Anja Willmann

„Die Welt steht ihnen offen, sie sind behütet aufgewachsen, gesund ernährt und bestens ausgebildet, mobil, mehrsprachig, ideologisch unverdorben und informationstechnisch auf dem neusten Stand – sie sind bereit und bestens gerüstet, das Leben in die eigenen Hände zu nehmen. Erwachsen zu werden. Sie sind Meister der Anpassung an eine Gegenwart, die außer dem Wandel nichts Stetiges mehr kennt. Sie sind flexibel durch und durch, erfinden sich täglich neu. Sie sind professionelle Lebenspraktikanten mit mehren Visitenkarten. Sie leben auf Probe. Vermutlich für immer.“ (aus: Nikola Richter, „Die Lebenspraktikanten“)

„Floundering period“ – Zappeln wie die Flunder

Prekäre Beschäftigungsverhältnisse von jungen Menschen haben in Europa in den letzten Jahren zugenommen. Während junge Menschen mit einem niedrigen oder gar keinem Bildungsabschluss bereits seit langem von fehlenden beruflichen Perspektiven betroffen sind, haben nun angesichts der sich zuspitzenden Lage auf dem Arbeitsmarkt vermehrt auch HochschulabsolventInnen Schwierigkeiten beim Einstieg ins Berufsleben.

Um der Arbeitslosigkeit zu entgehen, sehen sich immer mehr AbsolventInnen genötigt, prekäre Beschäftigungsverhältnisse einzugehen bzw. un- oder unterbezahlte Praktika anzunehmen, um auf diesem Weg den Einstieg ins Berufsleben zu schaffen. Der Suhrkamp-Verlag in Frankfurt etwa zahlt für Hospitanten (so heißen dort die PraktikantInnen) sage und schreibe 0,00 Euro. Viele HochschulabsolventInnen absolvieren nicht nur ein Praktikum, sondern eine Fülle von Praktika hintereinander. Man spricht hier von „Praktikaschleifen“.

In mehreren Ländern der europäischen Union – nach derzeitigem Wissenstand besonders in Frankreich, Deutschland, Italien, Spanien und auf der Ebene europäischer Institutionen – hat sich ein regelrechter „PraktikantInnen-Arbeitsmarkt“ herausgebildet. Dieser zeichnet sich durch ein extrem hohes Qualifikationsniveau, flexibelste Arbeitszeiten, niedrige Sozialstandards und geringe bis keine Entlohnung aus.

In Deutschland gibt es etwa eine Million PraktikantInnen. Dabei gibt es deutliche Un-

terschiede nach dem studierten Fach: Am häufigsten sind Praktika bei Geistes-, Kultur- und SozialwissenschaftlerInnen.

Vier von zehn PraktikantInnen erhalten nach Daten des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) keine Vergütung. Mehr als die Hälfte von ihnen fühlt sich ausgebeutet. Eine Studie der DGB-Jugend belegt, dass viele PraktikantInnen sich und ihre Qualifikationen entwertet fühlen. Der Großteil ist darauf angewiesen, dass die Eltern sie unterstützen. Die psychische Belastung durch die Situation zieht offenbar eine langwierige Phase von Verunsicherung, Selbstzweifel und Minderwertigkeitskomplexen nach sich. Eine weitere Folge: Immer mehr reguläre Arbeitsstellen werden offensichtlich durch PraktikantInnen ersetzt.

Stabilisierung der Instabilität

Überall fordern Wirtschaft und Politik den „flexiblen Menschen“, der sich den Anforderungen des Arbeitsmarktes unterwirft. Dies steht im Kontext einer neuen kapitalistischen Formation. Deregulierung, Flexibilisierung, Privatisierung, Aufspaltung der Werke, Centerbildung und der Standortwettbewerb sorgen dafür, dass die Marktrisiken wieder unmittelbarer auf die Beschäftigten abgewälzt werden. Mit diesen Veränderungen gehen keineswegs herrschaftsfreie und vollkommen selbst organisierte Formen der Arbeit einher, vielmehr werden die unsichtbaren Strukturen des Marktes, die Entscheidungsprozesse formen, in neuem Ausmaß in die Betriebsabläufe eingewoben. Auch die Einbeziehung der Beschäftigten nimmt neue Formen an und erfolgt mit dem Ziel, diese zu Selbst-Managern der eigenen Arbeit zu machen. Das Ökonomische gibt hierbei nicht nur den Rahmen vor, sondern zielt prinzipiell auf alle Formen menschlichen Handelns und alle Einstellungsmuster. Tatsächlich leben wir, historisch gesehen, in der wohl reichsten und sichersten Gesellschaft, die die Geschichte hervorgebracht hat. Dennoch ist seit geraumer Zeit eine „Wiederkehr der Unsicherheit“ (Castel) zu beobachten. Die Tendenz der Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse lässt sich wesentlich auf den Übergang zu einem finanzgetriebenen Kapitalismus zurückführen, der der Wirtschaft mehr abverlangt, als sie produktiv zu leisten im Stande ist.

Prekäre Beschäftigungsverhältnisse bedeuten nicht allein Unsicherheit und materiellen Mangel, vielfach bewirken sie auch Anerkennungsdefizite und eine Schwächung der Zugehörigkeit zu sozialen Netzen. Insofern trifft Castels Diagnose auch auf moderne Arbeitsgesellschaften zu: „Die soziale Unsicherheit schafft nicht nur Armut. Wie ein Virus, der das Alltagsleben durchdringt, die sozialen Bezüge auflöst und die psychischen Strukturen der Individuen unterminiert, wirkt sie auch demoralisierend, als Prinzip sozialer Auflösung.“

Gerade weil sich die prekär Beschäftigten im unmittelbaren Erfahrungsbereich der über Normalarbeitsverhältnisse Integrierten bewegen, wirken sie als ständige Mahnung. Festangestellte sehen, dass ihre Arbeit auch von Personal bewältigt werden kann, das für die Ausübung dieser Tätigkeit Arbeits- und Lebensbedingungen in Kauf nimmt, die in der Stammebelegschaft kaum akzeptiert würden. Dass die bloße Präsenz prekär oder flexibel Beschäftigter disziplinierende Rückwirkungen auf formal integrierte Beschäftigte hat, lässt sich nur mit einer Verallgemeinerung sozialer Unsicherheit erklären.

Prekarisierungsprozesse müssen im Kontext von hoher Arbeitslosigkeit und deren struktureller Verfestigung gesehen werden. Das Ausmaß der Arbeitslosigkeit vergrößert den sozialen Druck, der von unsicherer Beschäftigung ausgeht, erheblich.

Je mehr Arbeitslose es gibt, desto öfter wird die Zeit zwischen Studium und Beruf mit Praktika überbrückt. Dass dieser „Übergang“ immer länger andauert, liegt jedoch nicht nur an den schlechten Chancen auf dem Arbeitsmarkt. In vielen Branchen ist die „Generation Praktikum“ längst eine feste Größe.

Was tun?

Die klassische Form eines Praktikums hat den Erwerb beruflicher Kenntnisse und die berufliche Orientierung zum Ziel. So ist es seitens des Gesetzgebers (Berufsbildungsgesetz § 26) festgeschrieben. In diesem Verständnis haben Praktika eine wichtige Orientierungsfunktion für den Einstieg ins Berufsleben.

Im Bürgerlichen Gesetzbuch ist geregelt, dass ein Praktikum in erster Linie dem Erwerb beruflicher Kenntnisse dient, wobei das Lernen im Vordergrund stehe. Wenn die Arbeitsleistung dem Erwerb beruflicher Kenntnisse überwiegt, hat der Praktikant oder die Praktikantin Anspruch auf vollen Lohn (§ 138 II BGB). Wenn Praktika zum

Zwecke des Berufseinstiegs als nicht bezahlte oder unterbezahlte Arbeit geleistet werden, steht oft der Arbeitsanteil – und nicht der Lernanteil – im Vordergrund. Diese Praktika sind im juristischen Sinne kein Praktikum.

Zwischen PraktikantIn und Unternehmen sollte ein schriftlicher Praktikumsvertrag abgeschlossen werden, um die gegenseitigen Leistungen und Pflichten nachvollziehbar festzuschreiben. Prinzipiell ist aber auch ein mündlicher Vertrag gültig. Problematisch kann dies allerdings bei Uneinigkeiten werden.

Die DGB-Jugend rät jungen AkademikerInnen, keine Praktika zu absolvieren, die drei Monate überschreiten. Für diesen befristeten Zeitraum sollten sie eine Vergütung von mindestens 600 Euro netto im Monat verlangen. Dauern die Jobs länger, sind sie als Berufseinstiegsprogramme zu bewerten. Dafür sind mindestens 800 Euro monatlich angemessen (vgl. www.students-at-work.de).

... von Frankreich lernen

Die Entstehung des „vergesellschafteten Subjekts“ geschieht im „Ensemble der gesell-

schaftlichen Verhältnisse“ (Marx). Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, spezifische Perspektive(n) als PraktikantInnen und Lohnabhängige zu entwickeln.

Eine Politik der Entprekariisierung setzt die Selbstorganisation vermeintlich unorganisierbarer Gruppen voraus. Dafür gibt es, wie Beispiele insbesondere aus Frankreich zeigen, realistische Chancen. Die „génération précaire“ hat dort bereits gestreikt. Außerdem wird es eine Petition an das Europäische Parlament geben, die demnächst auch online auf der Internetseite www.generation-p.org unterzeichnet werden kann.

spw 3 / 2006

Standortverlagerung als politische und gewerkschaftliche Herausforderung

Von Thorben Albrecht und Felix Wolf

Das Szenario findet sich fast täglich im Wirtschaftsteil der Tageszeitungen und bei einer besonders hohen Anzahl betroffener Arbeitsplätze gelangt die Meldung auch mal in die Abendnachrichten: Eine Fabrik in Deutschland soll geschlossen, die Produktion ins Ausland verlagert werden. Der Betriebsrat kämpft um den Erhalt des Standorts, bietet längere Arbeitszeiten und Lohnverzicht an, erreicht vielleicht eine Arbeitsplatzgarantie, die dann am Ende womöglich das Papier nicht Wert ist, auf dem sie geschrieben ist.

So aktuell bei der Reifenproduktion von Continental in Hannover, wo der Konzern bei Rekordergebnissen und trotz Betriebsvereinbarung die profitable Fabrik im Jahr 2007 schließen und die Produktion nach Osteuropa verlagern wird. Im monatelangen Arbeitskampf konnte die Belegschaft lediglich erreichen, dass die Arbeitsplätze stufenweise abgebaut werden und die restlichen Beschäftigten in eine Qualifizierungsgesellschaft übernommen werden. Die Schließung des Standortes konnte aber letztendlich nicht verhindert werden.

Allein wegen der Anzahl der Fälle angekündigter und auch vollzogener Standortverlagerungen und der davon betroffenen Arbeitsplätze sind die Gewerkschaften, über die betroffenen Betriebsräte hinaus, beim Thema Standortverlagerungen gefordert. Dazu muss dieses Phänomen aber im Kontext der sich beschleunigten Tendenz zu

grenzüberschreitenden Unternehmensumstrukturierungen gesehen werden. Bei diesen verschwinden nicht einfach Arbeitsplätze in Westeuropa und entstehen in gleichem Maße in Mittel-, Osteuropa und Asien. Kostensenkungen zur kurzfristigen Gewinnmaximierung sind bei diesen Umstrukturierungen nicht das einzige Motiv, aber eines mit besonders problematischen Folgen – daher lohnt ein genauerer Blick auf Ursachen, Strukturen, Folgen und mögliche Gegenstrategien. Nicht zuletzt müssen die Auswirkungen der permanenten Standortkonkurrenz innerhalb von Unternehmen auf Arbeitsstandards betrachtet und gewerkschaftliche Gegenstrategien entwickelt werden. Gleiches gilt auf politischer Ebene für die Reduzierung des staatlichen Selbstverständnisses auf einen in globaler Konkurrenz stehenden Wettbewerbsstaat mit der Folge einer Reduzierung von Sozialstandards. Dieser Artikel will dazu einige Gedanken entwickeln und so zu einer strategischen Debatte beitragen, die erst in den Anfängen steckt.

Beschäftigungseffekte

Dass sich Unternehmen anpassen, Produktionsketten verändern und neue Märkte erschließen, ist nicht neu. Neu sind im Kontext der Globalisierung die Schnelligkeit und das Ausmaß des Wandels, wobei vorher bestehende Korrekturen wie regulierende nationalstaatliche Politik und die Ethik einer sozialen

Verantwortung der Unternehmen weg zu brechen drohen.

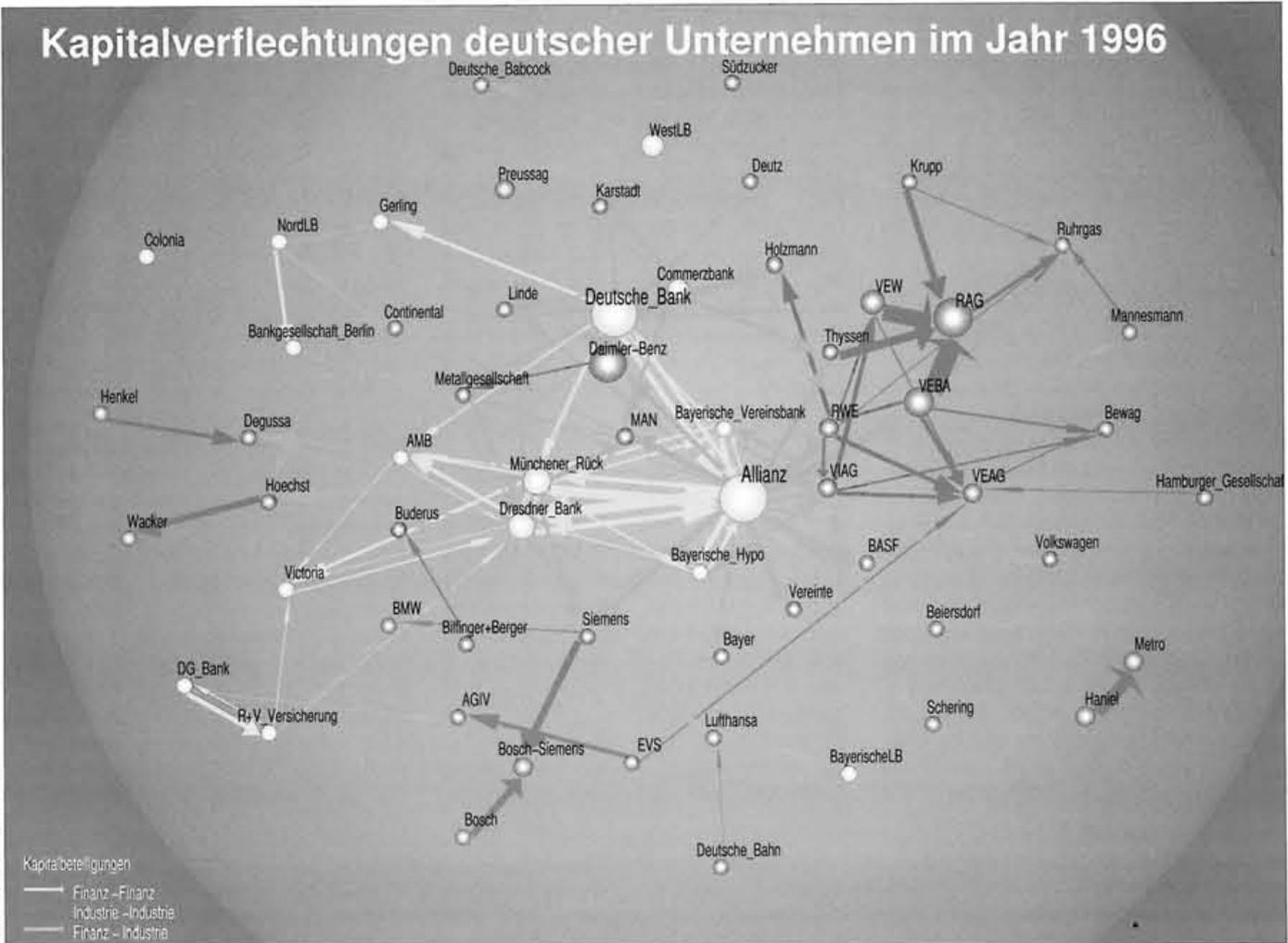
Mit dem Ausbau von Verkehrs- und Kommunikationsinfrastrukturen wird der Mobilität von Unternehmen neuer Spielraum gegeben. Am Standort Deutschland haben EU-Binnenmarkt und Osterweiterung dieser Entwicklung eine zusätzliche Dynamik verliehen.

Standortverlagerungen und Flexibilisierung der Wertschöpfungsketten betreffen daher heute nicht mehr nur große multinationale Unternehmen. Grenzüberschreitende Standortüberlegungen und Umstrukturierungen sind vermehrt auch für kleine und mittelständige Unternehmen (KMU) von existenzieller Bedeutung. Gerade die Region Mittel- und Osteuropa entwickelt sich dabei zum Testfeld für deutsche KMU, die international bisher noch wenige Erfahrungen hatten.

Unter der angespannten Arbeitsmarktsituation in Deutschland werden Standortverlagerungen vor allem in Hinsicht auf Beschäftigungsverluste diskutiert.

Arbeitsplatzverlust ist die unmittelbarste und für die betroffenen ArbeitnehmerInnen dramatischste Folge von Standortverlagerungen. Auf der Positivseite kann aber gleichzeitig die durch Standortverlagerungen und Umstrukturierungen ausgelöste Schaffung neuer Arbeitsplätze sowie die Sicherung vorhandener Beschäftigung verbucht werden. Zu kurz wäre es jedenfalls gegriffen, würde man die Krise des deutschen Arbeitsmarktes mit Standortverlagerungen und der Abwanderung der Produktion ins Ausland erklären. Auslandsinvestitionen und Produktionsverlagerung tragen

Kapitalverflechtungen deutscher Unternehmen im Jahr 1996



© Ludger Kemmel, Mike Pflanz, Institute for the Study of Securities, Cologne
http://www.ipsa-ig-berlin.mpg.de/~kemmel.html

42103 6 27 04 - KIMNW_EPS_Kapitalverflechtungen Deutschland 1996

nach wie vor auch zur Schaffung neuer Arbeitsplätze bei.

Zwar ist es ausgesprochen schwierig, ein Saldo der verlorenen und gewonnenen Arbeitsplätze für den deutschen oder westeuropäischen Arbeitsmarkt aufstellen zu wollen. Jedoch weisen Untersuchungen generell auf eine positive Korrelation zwischen den Beschäftigungseffekten im In- und Ausland durch Investitionen hin. So wird laut Schätzungen der ILO und unter Einbeziehung gesamtwirtschaftlicher Effekte mit einem Arbeitsplatz im Ausland durch ausländische Direktinvestitionen (ADI) ein neuer Arbeitsplatz im Inland geschaffen (Madeuf, 1995, S. 41 – 65.). Das Institut für Weltwirtschaft Kiel (IfW) geht davon aus, dass in der Automobilbranche drei im Ausland geschaffene Arbeitsplätze einen zusätzlichen Arbeitsplatz in Deutschland schaffen. (Böckler Impuls 5 / 2005) Die Verbesserungen der Unternehmenssituation durch Mischkalkulation von Standorten im In- und Ausland wirkt sich meist positiv auf die Beschäftigung aus. Oft sichern beispielsweise kostengünstige Zulieferer aus Osteuropa den Automobilbau an deutschen Standorten. Die Auswirkungen von Standortverlagerungen auf die Beschäftigungsentwicklung müssen also im Einzelfall, besonders in Hin-

sicht auf die verschiedenen Branchen und die unterschiedlichen Gruppen von Beschäftigten untersucht werden. Während arbeits- und damit lohnintensive Bereiche an Standorte mit geringeren Lohnkosten verlagert wurden, wuchs der Bedarf an höher qualifizierten Mitarbeitern in eher dienstleistungsorientierten Bereichen wie Forschung, Entwicklung und Management. Die Tendenz der zunehmenden Verlagerung auch besser qualifizierter Arbeitsplätze macht aber zugleich deutlich, dass es keinen Grund zur Entwarnung gibt und sich die Gewerkschaften auf eine Europäisierung der Dienstleistungs- und Arbeitsmärkte einstellen müssen.

Die Erweiterung der EU, oftmals als Beschleuniger des Arbeitsplatzabbaus in Deutschland empfunden, hat den deutschen Arbeitsmarkt bisher befördert. Nicht nur im Groß- und Einzelhandel sind deutsche und westeuropäische Firmen in den neuen Mitgliedstaaten omnipräsent. Die Ausweitung der Märkte, besonders der Bedarf an technologieintensiven Produkten, von Automobilbau bis zu Industrieanlagen, war und ist besonders für die deutsche Industrie ein Wachstumsmotor.

Nehmen in den neuen Mitgliedstaaten der EU die ADI zu, so wird ein Großteil in kapi-

tal- und technologieintensive Produktion investiert. Dies trägt einerseits zu Qualitäts- und Produktivitätsverbesserungen bei, hat gleichzeitig aber den Nachteil, dass anteilig weniger Arbeitsplätze als gewünscht entstehen. Dies ist umso bedeutender, als gerade die neuen EU-Staaten im Rahmen des Transformationsprozesses in den letzten 15 Jahren dramatisch Arbeitsplätze verloren haben.

Motive für Verlagerungen

Deutsche Unternehmen verlagerten in den vergangenen Jahren Teile ihrer Produktion vor allem in die Region Mittel- und Osteuropa. Dies betrifft zum einen die neuen EU-Mitgliedsstaaten, zum anderen die östlichen EU-Anrainerstaaten. 45 % der Produktionsverlagerungen der deutschen Metall-, Elektro- und Chemieindustrie hatten die neuen EU-Mitgliedstaaten zum Ziel. Darauf folgt Asien mit 29%, Westeuropa mit 28 % und die osteuropäischen Nicht-EU Staaten mit 19 %. Die Region Mittel- und Osteuropa insgesamt war also unter Berücksichtigung von Mehrfachnennungen in 64 % der Fälle Ziel von Produktionsverlagerungen der deutschen Industrie. (Mitbestimmung 3/2005, S.31) Der Kostenvorteil der mittelosteuropäischen Länder ist jedoch rückläufig. In den

mentaleuropäischer Unternehmen unter Druck. Die „Deutschland AG“, d.h. der gegenseitige Besitz der großen Aktiengesellschaften kombiniert mit langfristigen Anlagen der großen deutschen Banken, wird in Frage gestellt. Auch bei mittleren Unternehmen wird die Hausbank als Financier von Investitionen sukzessive von internationalem Finanzkapital verdrängt.

Die Folge ist eine zunehmend kurzfristige Renditeorientierung. Waren Aktienbesitzer und Kreditgeber in Deutschland traditionell immer auch „Stakeholder“ mit langfristigen Interessen am Erfolg eines Unternehmens, reduziert sich ihre Rolle jetzt mehr und mehr auf die von „Shareholdern“. Die Aktie und ihre Rendite bildet das einzige Interesse der Anleger, nicht mehr das Unternehmen an sich. Dadurch werden Unternehmensstrategien immer kurzfristiger angelegt. Tim Renner beschreibt diesen Trend in seinem Buch zur Musik- und Medienindustrie sehr plastisch am Beispiel des Musikkonzerns Universal Music. Es kommt immer weniger auf Entwicklung und langfristige Platzierung eines Produkts an und immer mehr auf die Zahlen im nächsten Quartalsbericht. Porsche-Chef Wendelin Wiedeking verzichtet ostentativ auf Quartalsberichte, um die Langfristigkeit seiner Strategie deutlich zu machen, ist damit aber inzwischen ein Exot in der deutschen Wirtschaft.

Aufgrund dieser Kurzfristigkeit setzt das Management auf Kostensenkungen: Aktienkurse steigen inzwischen nicht mehr bei Expansion eines Unternehmens, d.h. auch Schaffung neuer Jobs, sondern bei Massenentlassungen. Im Management verdrängen BWLer, die häufig das Unternehmen wechseln, die bislang in deutschen Unternehmen vorherrschenden Ingenieure, die eine Hauskarriere hinter sich haben. Auch korporatistische Elemente und die verschiedenen Formen der Teilhabe von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die eine wichtige Funktion in der langfristigen Unternehmensstrategie hatten, geraten dadurch unter Druck.

Gewerkschaftliche Strategien

Standortverlagerungen und Umstrukturierungen betreffen Arbeitnehmer und Gewerkschaften direkt, und zwar weit über Unternehmen hinaus, die mit Verlagerung drohen. Die internationale Konkurrenz wird von Unternehmensführungen oft in erpresserischer Weise ausgenutzt, um Lohnzurückhaltung zu erzwingen und den Gewerkschaften Zugeständnisse abzupressen.

Betroffen davon sind längst nicht nur die Arbeitnehmer in westlichen Industrieländern. Auch Belegschaften in aufstrebenden Volkswirtschaften, besonders in Mittelosteuropa, sind dem Wettbewerb mit immer noch billigeren Standorten weiter östlich unterworfen. Die Kostendifferenz zwischen Standorten in Ungarn und der Ukraine trägt auch in Mittelosteuropa zur Einschüchterung bei.

Foto: Christian Kiel (Berlin)



Eine umfassende Gegenstrategie der Gewerkschaften muss zweierlei bieten: Zum einen bedarf der oberflächliche Diskurs über Standortentscheidungen am Standort Deutschland einer grundsätzlichen Korrektur. Die Meinungsführerschaft liberaler Industrieverbände, deren Forderungen vor allem auf das Absenken von Löhnen und Standards abzielen, erfordert eine gut argumentierte Gegenposition der Gewerkschaften.

Zum anderen müssen Belegschaften und Gewerkschaften in Kooperation mit dem Management Veränderungen antizipieren und kreativ mitgestalten. Mittels Innovation und Qualifizierung muss eine Balance zwischen dem Ziel der Beschäftigungssicherung und dem Halten der relativ hohen Standards gefunden werden. Dafür gibt es bereits gut Beispiele, diese gilt es auszubauen.

So haben IG Metall wie auch die IG BCE Qualifizierungstarifverträge abgeschlossen, die den Rahmen für Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen der Belegschaft festlegen. Auf Betriebsebene werden diese Maßnahmen dann unternehmensspezifisch konkretisiert. Die IG Metall NRW setzt mit ihrer Strategie „besser statt billiger“ auf Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und damit auf Beschäftigungssicherung. Im Mittelpunkt dieses Ansatzes stehen hier Innovationen und Investitionen, Dialog zwischen Arbeitgebern und Beschäftigten, Qualifizierung der Arbeitnehmer sowie Wissenstransfer zwischen Forschung und Betrieb.

Gewerkschaften müssen daran mitarbeiten, Umstrukturierungen im Kontext der Globalisierung auch als Chance zu nutzen. Eine Blockade dieser Prozesse ist mittel- und langfristig wenig erfolversprechend. Nur

durch Erneuerung und Innovation können Arbeitsplätze und Standards gesichert und ausgebaut werden.

Dies ist allerdings psychologisch schwierig, denn diesem notwendigen proaktiven Ansatz steht entgegen, dass heute 40 % der Bevölkerung in der EU unter Globalisierung einen negativen Prozess der Abwanderung von Unternehmen und damit von Arbeitsplätzen verstehen und 84% der Deutschen Angst vor Standortverlagerungen haben (Eurobarometer 64). Die Chancen, die sich aus der Öffnung der Märkte und der Intensivierung des Handels ergeben, werden bisher kaum wahrgenommen und zu wenig genutzt.

Dabei kann eine Politik des concession-bargaining und einer wettbewerbsorientierten Lohnpolitik zwar kurzfristig Arbeitsplätze sichern – gerade im konkret von Standortverlagerung bedrohten Betrieb. Langfristig können Gewerkschaften bei einem bedingungsloses Mitspielen im Kostensenkungswettbewerb aber nur verlieren. Genauso wie es bei den Unternehmensstrategien insgesamt darauf ankommt, neue Grundlagen für eine Langfristigkeit zu erreichen, gilt dies auch für den Aspekt der Sicherung von Arbeitsplätzen. Gewerkschaften müssen sich für ein Konzept des „besser statt billiger“ einsetzen und dies auch auf europäischer Ebene – gemeinsam mit den Gewerkschaften Mittel- und Osteuropas.

Denn das Senken der Standards am Standort Deutschland ist nicht nur für hiesige Belegschaften schmerzhaft. Einsparprogramme hierzulande erhöhen im internationalen Wettbewerb auch den Druck auf Arbeitnehmer im Ausland. Ein weiteres Absenken der Standards kann von den Arbeitgebern genutzt werden, auch an den internationalen Standorten die Kosten zu senken – eine Spi-

rale der Einsparung auf Kosten der Arbeitnehmer weltweit.

Re-Regulierung der Finanzmärkte

Hinzukommen muss eine Re-Regulierung der Finanzmärkte, um Anreize für Standortverlagerungen und Umstrukturierungen aus spekulativen und kurzfristigen Renditemaximierungs-Gründen zu reduzieren. Denn die Bundesregierung hat wie andere europäische Regierungen die Finanzmärkte odereguliert. In Deutschland wurden beispielsweise 2004 mit dem Investment Modernisierungsgesetz Hedge-Fonds eingeführt und damit neue Möglichkeiten hochspekulativer Anlagen ermöglicht. Hinzu kommt, dass das deutsche Steuerrecht den Export von Arbeitsplätzen fördert, indem Unternehmen die Kosten von Auslandsinvestitionen mit ihrer Steuerschuld im Inland verrechnen können. Auch die steuerliche Freistellung von Unternehmensveräußerungen hat den Trend zu Umstrukturierungen zur kurzfristigen Aufbesserung der Bilanzen gefördert.

Einher mit diesen Reformen ging eine Stärkung der Rechte von Anteilseignern. Ziel muss es jetzt sein, die Verantwortlichkeit des Managements gegenüber den Anteilseignern zu nutzen. Denn eine Aufwertung der Aufsichtsräte gibt nicht nur den Anteilseignern mehr Rechte, sondern stärkt auch die dort sitzenden Arbeitnehmervertreter. Aufgabe der Gewerkschaften muss es daher sein, Strategien zu entwickeln, um die gestärkte Position von Shareholdern auch im

Sinne der Arbeitnehmer nutzbar zu machen. Notwendig ist ein Gegengewicht zu den auf kurzfristige Renditeerlöse und Kostensenkungen orientierten Kapitalinvestoren.

Die Finanzmärkte müssen in einer Weise reguliert werden, dass sie wieder einen Beitrag zur langfristigen Stärkung der Wirtschaft leisten. Dies erfordert beispielsweise die Besteuerung kurzfristiger Kapitalanlagen bzw. die Einführung einer Börsenumsatzsteuer, die Austrocknung der Offshore-Zentren, und die Überprüfung einiger Elemente der Finanzmarktförderungsgesetze (Stock-Options, Eigenaktienkauf) und eine Rücknahme der Steuerbefreiung von Veräußerungsgewinnen.

Eine solche Regulierung ist vor allem auf der europäischen Ebene möglich. Maßnahmen auf nationaler Ebene werden hingegen nicht ausreichen, um den globalisierten Finanzmärkten Regeln zu verpassen. Eine wirksame Unternehmensbesteuerung müsste mittelfristig zum Beispiel direkt von der EU erfolgen, da Gewinne nicht mehr real in einzelnen Ländern realisiert werden, sondern Ergebnis einer mindestens europäischen Wertschöpfungskette sind.

Außerdem wäre eine europäische Unternehmenssteuer der konsequenteste Weg, um Steuerdumping wirksam zu bekämpfen. Sie würde zudem einen gewissen Ausgleich zwischen den innerhalb der EU und auch der Währungsunion immer noch unterschiedlichen Konjunkturzyklen herstellen, da der (dann über Unternehmenssteuern indirekte) Beitrag einzelner Länder zum EU-Haushalt in wirtschaftlich stärkeren Zeiten größer und in schwachen kleiner wäre. Und schließlich würde die EU-Kommission gezwungen, die Konsequenzen eines Rufs nach Steuersenkungen durch Einnahmeverluste selbst zu tragen.

Ein Einstieg in eine europäische Unternehmenssteuerpolitik wäre die verbindliche Harmonisierung der Steuerbemessungsgrundlage, um europäisches Unternehmenssteuerrecht zu vereinfachen und transparenter zu machen. In einem zweiten Schritt wäre die Einführung von Mindeststeuersätzen sinnvoll, um den Unterbietungswettbewerb unter den EU-Mitgliedstaaten zu verlangsamen. Denn es ist die Strategie einiger neuer EU-Mitgliedstaaten, mit sehr reduzierten Steuersätzen ihre Attraktivität für ADI zu erhöhen. Genannt seien etwa die Slowakei, die baltischen Republiken oder das zukünftige EU-Mitglied Rumänien. Offen ist bisher, ob die durch minimale Besteuerung geschaffenen Finanzdefizite im Staatshaushalt durch das Mehr an ADI und gesteigertem Wirtschaftswachstum ausgeglichen werden. Erste Anzeichen sprechen dafür, dass das Defizit zu einem nicht unbeträchtlichen Teil durch Erhöhung der indirekten Steuern und das Zurückfahren sozialer Leistungen finanziert

wird und damit eine Umschichtung der Lasten von oben nach unten stattfindet.

Im Gegensatz zu einer zukünftigen europäischen Unternehmenssteuerpolitik ist der Vorschlag der Kommission für einen „Globalisierungsanpassungsfonds“ ein unzureichendes Bearbeiten von Symptomen. Zwar erkennt die Kommission damit immerhin die negativen Auswirkungen der Globalisierung auf Arbeitnehmer an. Aber mit der geringen Kapitalausstattung (500 Mio. für 25 Mitgliedstaaten) und den komplizierten Zugangsvoraussetzungen kann dieser Fonds nur als öffentliche Beruhigungsmaßnahme eingestuft werden.

„Besser statt billiger“

Bisher ist die Produktion in Deutschland vor allem dann wettbewerbsfähig, wenn Automatisierung und Kapitalintensität eine herausragende Rolle spielen. Ein gegenseitiges Unterbieten der Standards bei Entlohnung und Arbeitsbedingungen sollte auch im Interesse der Niedriglohnländer nicht die Lösung sein. Anstatt sich an die Spitze eines „race to the bottom“ zu stellen bleibt nur die Flucht nach vorn. Letztendlich nutzt dem Standort Deutschland dabei das Wachstum in den ärmeren Ländern.

Die Gewerkschaften in Deutschland aber auch in Europa insgesamt stehen daher vor der Quadratur des Kreises: Einerseits werden Verteilungsfragen vor dem Hintergrund einer Globalisierung, die Ungleichheit beschleunigt wichtiger. Die Schere zwischen arm und reich, zwischen Kapital und Arbeit, aber auch innerhalb der lohnabhängig Beschäftigten öffnet sich immer mehr. Andererseits müssen die Gewerkschaften Fragen von Innovation und Qualifikation thematisieren, wenn dem „race to the bottom“ eine qualitätsorientierte Strategie entgegengesetzt werden soll. (vgl. Albrecht 2004)

Denn Aus- und Weiterbildung der Arbeitnehmer sind zur Verhinderungen von Standortverlagerungen entscheidend, aber auch als Begleitmaßnahme zu Umstrukturierungen wichtig. Dadurch werden bei Umstrukturierungen zwar nicht sämtliche Entlassungen verhindert werden können, sie können aber weiterführende Berufschancen und künftige Beschäftigungsmöglichkeiten erschließen.

Allerdings hinkt Deutschland im europäischen Vergleich bei der beruflichen Weiterbildung deutlich hinterher wie die folgenden Grafiken zeigen.

Teilnahme der Beschäftigten an Weiterbildungsmaßnahmen

Erschwerend kommt hinzu, dass die Weiterbildungsquote bei ohnehin schon geringer Qualifizierten nur halb so hoch ist wie bei anspruchsvollen Tätigkeiten. Dies auszugleichen ist auch Aufgabe von Gewerkschaften. Ansätze wie der Tarifvertrag zur Qualifizie-

Lust auf Weiterbildung in Deutschland gering

Von allen Beschäftigten nahmen an Fort- und Weiterbildung teil in ...



In Deutschland kaum dabei: Gering Qualifizierte



Was sagen die deutschen Unternehmen?

Weiterbildung findet nicht statt, weil...

Zahl der Beschäftigten	1-9	10-49	50-499
Qualifikationsniveau reicht aus	32,6%	20,4%	5,3%
Keine öffentliche Förderung	18,3%	6,1%	3,1%
Keine Fortbildung vorgesehen	12,1%	11,6%	7,5%
Keine Zeit	8,6%	8,6%	2,3%
Keine finanziellen Mittel	7,6%	6,8%	2,1%
Kein Interesse bei Mitarbeitern	6,0%	6,7%	1,8%
Neueinstellungen decken Qualifikationsdefizite	0,9%	1,1%	0,5%

Quellen: OECD 2005; IAB Betriebspanel 1999 | © Hans-Rüdiger Schilling 2005

Die IGM Baden-Württemberg, der grundsätzliche Ansprüche auf Weiterbildung, Regelungen über die Aushandlung geeigneter Bildungsmaßnahmen sowie die Kostenübernahme durch die Arbeitgeber und die Anrechnung der Weiterbildungszeit als Arbeitszeit enthält müssen ausgebaut werden und die z.B. in den aktuellen Tarifforderungen der IG Metall enthalten Innovations- und Qualifikationselemente ernstgenommen werden.

Um die Situation der direkt von Umstrukturierung betroffenen Arbeitnehmer zu verbessern, könnten die Gewerkschaften die Verlagerung von Arbeitsplätzen auch direkt zum Tariffthema machen. In die Tarifforderungen müsste ein Katalog von Maßnahmen für betroffene Arbeitnehmer, von Abfindungen bis zu Weiterqualifizierung, aufgenommen werden. Auf Unternehmensebene gibt es schon solche Vereinbarungen, zum Teil sogar grenzüberschreitend. In der EU gibt es mit den Europäischen Betriebsräten (EBR) eine institutionelle Verankerung für solche Vereinbarungen, für die die EU-Kommission laut der Sozialpolitischen Agenda auch einen europäischen Rechtsrahmen schaffen will.

Die EBR können ein wichtiges Forum darstellen, um die Belegschaften an den europäischen Standorten eines Unternehmens zu koordinieren. Zwar haben die Entscheidungen der EBR selten direkten Einfluss auf das Management. Ihre Stärke liegt aber darin, zu verhindern, dass Belegschaften gegeneinander ausgespielt werden. Dafür braucht es langfristig entwickelte Strukturen der Zusammenarbeit, denn Solidarität ist schwer herzustellen, wenn man erst miteinander spricht, wenn es nur noch darum geht welcher Standort geschlossen wird.

Wenn es aber funktionierende Strukturen und gegenseitiges Vertrauen gibt, können auch Krisensituationen gemeinsam gemeistert werden. Dies hat der Erhalt aller Standorte bei General Motors Europe gezeigt, der nur durch gemeinsame und solidarische Aktionen der betroffenen Betriebsräte und Gewerkschaften durchzusetzen war. Gleichzeitig wurden dort als Konsequenz aus der Situation Vereinbarungen getroffen, wie zukünftige Standortentscheidungen fallen sollen.

Und bei Kraft Food gibt es eine Vereinbarung im EBR, dass bei Produktionsverlage-

rungen die Arbeitnehmer am aufnehmenden Standort erst mit der neuen Produktion beginnen, wenn am alten Standort eine Vereinbarung zum Umgang mit dem Produktionsverlust geschlossen wurde.

Um eine solche grenzüberschreitende Solidarität zu organisieren, müssen die europäischen und internationalen Gewerkschaftsbünde gestärkt werden, nicht zuletzt auf Branchenebene. Aber auch nationale Gewerkschaften in vielen Ländern Mittel- und Osteuropas, sowie außerhalb Europas brauchen Unterstützung, da sie zum Teil nur über sehr schwache Strukturen verfügen. Eine gewerkschaftliche Strategie zu Standortverlagerungen darf deshalb nicht an nationalen Grenzen haltmachen, da einem europäischen und globalen Phänomen nur auf gleicher Ebene begegnet werden kann.

spw 3/2006

Literatur.

Albrecht, Thorben: Eine qualitätsorientierte Wettbewerbsstrategie für ein soziales Europa. In: spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft, Heft 136 (März/April 2004), 21-24.
 Böckler Impuls 5 / 2005
 Madeuf, B. (1995): Foreign Direct Investment, Trade and Employment Delocalisation, in: OECD (Hg.): Foreign Direct Investment, Trade and Employment, Paris, 41 – 65.
 Mitbestimmung 3/2005, S.31

Neuaufgabe der Spiele-Praxismappe erschienen!

Die bewährte und sehr beliebte Praxismappe wurde komplett neu überarbeitet und mit neuem Design versehen. Fast 200 Spiele – mit vielen Variationsmöglichkeiten - sind auf 290 Seiten in übersichtlicher Struktur dargestellt und um einen aktualisierten Theorieteil ergänzt.

Viele neue Spiele!
 Kennenlernspiele
 Rollenspiele
 Integrierte Spiele
 Bewegungsspiele
 Gruppeneinteilungsspiele
 Spiele zur
 Interkulturelle Spiele
 Gruppenarbeit



Hiermit bestelle(n) ich/wir

_____ Praxismappe(n) zum Preis von 13,- € plus Versandkosten.

Name, Vorname: _____

Straße: _____

PLZ / Wohnort: _____

Tel.: _____

Infos & Bestellung:

Bundesjugendwerk der AWO
 e-mail: info@bundesjugendwerk.de
 Tel.: 0700/jugendwerk oder
 0700/584363937



„Wir befinden uns auf dem Weg in eine prekäre Arbeitsgesellschaft“

Interview mit dem DGB-Vorsitzenden Michael Sommer

spw: „Die Würde des Menschen ist unser Maßstab“ – so lautet das Motto des diesjährigen DGB-Bundeskongress. Was verbindet sich mit diesem Slogan?

Sommer: Wir wollen mit dem Slogan deutlich machen, dass es eine der ureigensten Aufgaben der Gewerkschaften ist, mit dafür zu sorgen, dass dieses zentrale Postulat unserer Verfassung und des menschlichen Zusammenlebens auch eingehalten wird. Die Bedrohung der Menschenwürde hat viele Facetten. In einem Entwicklungsland oder

geschützt werden muss. Unser Anspruch geht über ein Prozent mehr oder weniger Lohn hinaus. Es geht um die Gestaltung einer Gesellschaft, in der Menschen Lebenschancen haben und in einer würdigen Existenz leben können.

spw: Das Thema menschenwürdige Arbeit ist allgegenwärtig. Befinden wir uns auf dem Weg in eine konsequent prekäre Arbeitsgesellschaft?

Sommer: Wenn man die Entwicklungstendenzen der letzten Jahre nimmt, ja. Wenn

haben wir zwar immer noch Formen von regulärer Arbeit. Die Tendenzen sind aber sowohl in Deutschland wie auch in der EU eindeutig. Es trifft vor allem Jüngere: Je jünger die Arbeitnehmer sind, desto eher trifft man auf Formen prekärer Beschäftigung. Dazu zähle ich auch die massive Ausweitung befristeter Beschäftigung. Wenn diese Beschäftigungsverhältnisse auslaufen, stehen die Arbeitnehmer doch oft vor dem Nichts.

Wandel der Arbeitsgesellschaft

spw: Glaubst du, dass die Gewerkschaften die Folgen des Wandels der Arbeitsgesellschaft in ihren Reformdebatten richtig verinnerlicht haben, oder befinden sie sich immer noch in reinen Abwehrkämpfen?

Sommer: Wir befinden uns nicht nur in Abwehrkämpfen. Früher konnten wir manche der genannten Phänomene als theoretisches „Luxusproblem“ behandeln. Heute sind wir sehr viel stärker von der Brutalität des Finanzkapitalismus eingeholt worden. Ende der 90er Jahre haben die Gewerkschaften noch das Verbot von Leiharbeit gefordert, im Jahre 2004 mussten wir einsehen, dass wir Leiharbeit tarifieren müssen, um diese Beschäftigung aus der prekären „Schmuddelecke“ herauszuholen. Uns ist bewusst, dass wir die Probleme der Beschäftigten viel konkreter lösen müssen. Wenn zum Beispiel die neue Kündigungsschutzregelung käme, wonach jeder zwei Jahre geheuert und gefeuert werden kann, wie es dem Arbeitgeber beliebt, dann haben wir hierzulande amerikanische Verhältnisse. Die Fragen, die ich vor vier Jahren bei meiner Wahl als DGB-Vorsitzender noch theoretisch angesprochen habe, dass wir zum Beispiel als Gewerkschaften Lebensbiografien repräsentieren und unterschiedliche Angebote machen müssen, stellen sich sehr viel konkreter und bedrohlicher, als dass wir sie langsam angehen könnten. Wir haben daneben immer auch die Notwendigkeit im betrieblichen Alltag an Qualitätsverbesserungen für Arbeit zu denken, weil die Arbeitsverdichtung selbst massiv zunimmt.

spw: Die IG Metall hat unter schwierigsten Bedingungen die „Steinkühler-Pause“ erhalten, Arbeitszeiten werden Betrieb für Betrieb erhöht, Gesundheitsregelungen abgebaut. Sind alle erkämpften Errungenschaften gesunder, guter Arbeit auf dem Rückzug?



dort, wo Zwangsarbeit existiert, herrscht natürlich noch eine andere Situation. Nichtsdestotrotz wird auch hierzulande in der Arbeitswelt die Menschenwürde nicht überall geachtet. Nicht würdig behandelt fühlen sich Menschen, die Angst vor Arbeitslosigkeit und Hartz IV haben, die keine Ausbildung finden, die mit 50 gekündigt werden, weil sie angeblich zu alt sind oder diejenigen, die zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel haben. Hier müssen wir Gewerkschaften deutlich machen, dass auch in unserem reichen Land die Menschenwürde

man die politischen Vorhaben der großen Koalition zum Beispiel in Sachen Kündigungsschutz nimmt, ja. Wenn man Entwicklungen, zum Beispiel die Vollaussbeutung von Praktikanten nach dem Studium, die nur mit falschen Hoffnungen abgespeist werden, nimmt, haben wir in Bezug auf die prekäre Arbeit eine neue Stufe erreicht. Die Tatsache, dass dieses Land es wie selbstverständlich hinnimmt, dass es 6,7 Mio. Mini-Jobs gibt, die reguläre Arbeit zerstören, zeigt: Ja, wir befinden uns leider auf diesem Weg. In der Mehrzahl

Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer ist 54-Jahre alt, verheiratet und hat eine Tochter. Er stellt sich auf dem DGB-Bundeskongress Ende Mai erneut zur Wahl.

Das Gespräch für die spw führten Sebastian Jobelius und Björn Böhning.

Sommer: Sie sind zumindest bedroht. Gewerkschaften schaffen es aber noch alte Errungenschaften zu sichern. Die IG Metall hat durch den Tarifabschluss zumindest für die Bandarbeiter einiges erhalten können. Ich kenne kaum ein Beispiel, wo wir mit neuen Regelungen im Bereich der qualitativen Tarifpolitik wirklich weiterkommen.

Interessensvertretung

spw: Gerade dort, wo prekär Beschäftigte gewerkschaftliche und betriebliche Interessensvertretung bräuchten, lässt sich dies nur schwer organisieren. Wie wirkt sich die Arbeitserfahrung der „Generation prekär“ auf ihre gewerkschaftliche Orientierung aus?

Sommer: Man darf hier nicht „Schwarz-Weiß“ zeichnen. Es gibt durchaus Chancen auch da zu organisieren. Wir müssen auf die Menschen in den Betrieben zugehen und deutlich machen, dass eine Gewerkschaftsmitgliedschaft einen Mehrwert bringt. Wir können nicht darauf warten, dass die Menschen von alleine auf uns zukommen. Aber ich glaube, dass es auch Situationen gibt, wo die Beschäftigten nicht mehr alles hinnehmen. Das sehen wir jetzt bei den diversen Kämpfen gegen Betriebs-schließungen. Dort stehen im gesamten Bundesgebiet die Leute auf und sagen: Jetzt reicht es!

spw: Reicht dieses gewerkschaftliche Organisieren und gewerkschaftliche Gegenwart? Oder müssen auch gesetzliche Schutzmechanismen geschaffen werden?

Sommer: Wir brauchen beides. Wir brauchen dort, wo wir es regeln können tarifpolitische und betriebliche Maßnahmen. In den Bereichen, die sich gewerkschaftlicher Organisation entziehen, oder wo die Arbeitgeber leider erfolgreich die Gründung von Betriebsräten verhindern, bedarf es gesetzlicher Zusatzregelungen. Das ist wie beim Mindestlohn. Wenn wir überall tarifstark wären, könnten wir uns die Debatte sparen. Nur dort, wo Menschen in Rechtlosigkeit gehalten und zu Schandlöhnen ausgebeutet werden, brauchen wir den Gesetzgeber. Das ist keine schöne Erkenntnis für einen Gewerkschafter, der die Tarifautonomie immer noch hoch hält. Wir können damit sehr viel, aber leider nicht alles lösen.

spw: Welches sind denn die Positionen der Gewerkschaften zum Thema Mindestlohn?

Sommer: Das ist eine gute Frage! [lacht] Die Antwort lautet: Wir sind gut beraten eine gesetzliche Grenze nach unten einzuziehen, die wir mit 7,50 taxieren. Diese Grenze darf ein Tariflohn nicht unterschreiten. Darauf aufbauend muss Tarifautonomie herrschen und zum Beispiel über die Ausweitung des Entsendegesetzes Allgemeinverbindlichkeit hergestellt werden.

Arbeitspolitik

spw: Wo siehst du Ansätze für eine menschenwürdige Arbeitspolitik?

Sommer: Zuerst müssen beim Berufszugang ausreichend Ausbildungs- und Arbeitsplätze für junge Menschen geschaffen werden. Bei den Arbeitsrechtsbedingungen müssen tatsächliche Sicherheiten im Wandel ge-

sen werden, denn werden zum Beispiel gesundheitliche Risiken auf den Einzelnen verlagert. Und wir sollten eines nicht vergessen: die Lohnnebenkosten sind Teil der Lohnkosten. Man kann nicht per se der Senkung von Lohnkosten das Wort reden, diese „Lohnnebenkostensenkungs-Hysterie“ lehne ich ab. Aber gesamtgesellschaftliche Aufgaben



Foto: Christian Kiel (Berlin)

schaffen werden. Wir müssen hier die Veränderungen der Belastungsfaktoren zur Kenntnis nehmen. Ein Bergarbeiter war früher der Hitze ausgesetzt, die heutigen Beschäftigten sind häufig strahlenden Bildschirmen ausgesetzt. Wir werden uns als Gewerkschaften auch um Fragen der Lebensbedingungen kümmern müssen. So werden z.B. die Verkehrsversorgung oder die Kinderbetreuungsinfrastruktur immer wichtiger. Wir müssen auch das Ende des Arbeitslebens ansprechen. Menschen, die seit dreißig oder vierzig Jahren im Arbeitsleben stehen, haben mehr Erfahrung, aber auch eine andere Form der Leistungsfähigkeit. Gleitende Übergänge in den Ruhestand zu schaffen, ist vor dem Hintergrund des demografischen Wandels eine Zukunftsaufgabe.

Moderern Sozialstaat

spw: Damit sind auch die sozialen Sicherungssysteme angesprochen. Immer mehr Menschen fallen durch deren Raster hindurch und erwerben nur unzureichende Ansprüche auf Arbeitslosengeld, Rente oder Krankenversicherung. Welche sozialpolitischen Maßnahmen sind hier erforderlich?

Sommer: Erforderlich ist die langfristige Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme. Daher dürfen die Arbeitgeber nicht aus der Verantwortung für den Sozialstaat entlas-

auch von der ganzen Gesellschaft über Steuern tragen zu lassen, halte ich auch zwischen den Gewerkschaften für konsensfähig.

spw: In der aktuellen Debatte um die Gesundheitsreform scheint das Thema Prävention und Gesundheitsvorsorge keinerlei Rolle zu spielen. Warum nicht und welche Forderungen haben die Gewerkschaften?

Sommer: Wenn dieses Land überhaupt unter den Bedingungen von Massenarbeitslosigkeit positiv gewendet werden soll, dann werden wir uns dem Gedanken der Prävention in allen Lebenswirklichkeiten sehr viel stärker widmen müssen. Wenn man verhindern will, dass sich Sozialhilfedynastien aufbauen, dann müssen die negativen Bildungstendenzen von Kindern aus armen Familien durchbrochen werden. Das ist Bildungspolitik als vorsorgende Sozialpolitik. Ähnlich verhält es sich mit der Gesundheitsprävention – in den Betrieben und auch darüber hinaus. Es geht hier um vorbeugende Politik. Wir wissen doch, dass es berufsbedingte Krankheiten bei Büroangestellten gibt, denen man durchaus durch das Angebot von Rückenschulen begegnen kann. Das sind zwar kleine Maßnahmen, aber ein flächendeckender Einsatz, könnte eine große Wirkung auch bei der Lebensqualität erzielen. Früher in der DDR gab es eine lückenlose Aufzeichnung von

Diabetes-Erkrankungen. So konnte medizinischer Fortschritt dadurch erzielt werden, dass regelmäßig auf chronische Krankheiten untersucht wurde und man zu anderen Formen der Versorgung und der Vorsorge gekommen ist. Die Diabetes-Erkrankungsrate lag auf einem Drittel des westdeutschen Niveaus. Nach der Wende wurde diese Registrierung fatalerweise mutwillig zerstört. Das war damals eine besonders negative Form des Sieger-Kapitalismus, die sich bitter gerächt hat: Denn wir haben heute weiterhin eine Zunahme der Diabetes-Erkrankungen.

spw: Heute geht es beim Thema Gesundheitspolitik weniger um die Qualität, sondern vor allem um die Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung. Was würde ein Abkoppeln der Arbeitgeberbeiträge von den Gesundheitskosten unternehmenspolitisch bedeuten?

Sommer: Die Arbeitgeber dürfen aus ihrer steigenden Verantwortung für das Gesundheitswesen nicht herausgenommen werden. Dann werden sie weder betriebliche Prävention betreiben noch sonst irgendwelche vorsorgenden Maßnahmen treffen. Sie werden stattdessen betriebliche Belastungen auf die Arbeitnehmer abwälzen. Paritätische Finanzierung heißt ja, dass bei Kostensteigerungen die Arbeitgeber beteiligt sind. Das gilt übrigens auch bei Kostensenkungen. Das Einfrieren der Arbeitgeberbeiträge würde bedeuten, dass sich die Arbeitgeber nicht mehr an den Kosten beteiligen wollen. Dabei ist schon heute diese Parität durch Zuzahlungen oder die Praxisgebühr durchlöchert. Damit muss jetzt Schluss sein.

spw: Was ist von dem Kauderschen Modell zu halten?

Sommer: Das Kaudersche Modell einer dopelten Pauschale für das Gesundheitswesen ist so ziemlich das Unsozialste, was man machen kann. Es postuliert, dass Arbeitgeber und Arbeitnehmer in einen Fonds einzahlen, und dass daraus eine Durchschnittssumme gebildet wird, die an die Krankenkassen weitergereicht wird. Die Kassen, die eine „schlechte“ Risiko- bzw. Mitgliederstruktur haben, würden mit dem Geld jedoch nicht auskommen. Der Risikostrukturausgleich wäre damit ja auch hinfällig. Die Folge für die AOK Berlin wäre, dass sie eine zusätzliche Gebühr pro Kopf von ca. 30 Euro nehmen müsste. 30 Euro netto ist für einen Bauarbeiter oder einen Busfahrer richtig viel Geld. Schon deshalb muss man diese Kopfpauschale ablehnen. Zumal alle steigenden Kosten in der Zukunft nicht mehr über die Beiträge weitergegeben werden, sondern über die Kopfpauschale. Da wäre die CDU dann dort, wo sie 2003 mit den Leipziger Beschlüssen hinwollte. Das müssen wir verhindern!

SPD-Programmdebatte

spw: In der Programmdebatte der SPD soll der vorsorgende den nachsorgenden Sozialstaat als Leitmotiv ablösen. Was kann das konkret heißen? Siehst du Möglichkeiten Ausgaben von nachsorgenden zu vorsorgenden Leistungen umzuschichten?

Sommer: Ich sehe die Ersatzfunktion von vorsorgenden statt nachsorgenden Leistungen nicht. Der Sozialstaat muss beides leisten. Intern wird es natürlich Verschiebungen geben: Je weniger Menschen in Not geraten, umso geringer sind die Ausgaben zur Behebung von Krankheit und Not. Aber so zu tun, als ob die Nachsorge nicht mehr notwendig wäre, das ist Unsinn.

Wir werden auch in Zukunft für Langzeitarbeitslose ein Netz der sozialen Sicherheit haben müssen. Wir wollen dies auch tun, damit ein menschenwürdiges Leben auch unter schwierigen Bedingungen möglich wird. Ich sage in aller Deutlichkeit: Die Vorstellungen einiger Sozialdemokraten, dass das eine durch das andere ersetzt werden kann, das ist eine Vorstellung aus dem Wolkenkuckucksheim. Nichtsdestotrotz ist die Betonung, dass wir einen vorsorgenden Sozialstaat brauchen, und daraus auch neue Staatsaufgaben entwickeln, völlig richtig. Ich warne aber davor, in Bezug auf die Nachsorge mit dieser seltsamen Formel vom „Fördern und Fordern“ zu hantieren. Ich wäre nur bereit diese Formel zu akzeptieren, wenn auch tatsächlich gefördert würde. Solange nicht gefördert wird, kann man auch nicht fordern.

Wir müssen aber noch einen Punkt mit berücksichtigen. Der Sozialstaat besteht nicht nur aus Einzelsystemen: Er hat eine Investitionskomponente in „totes Kapital“, und er hat eine Investitionskomponente in Menschen. Ich werde deshalb in der SPD-Programmdebatte darauf hinwirken, dass der Investitionsbegriff des Grundgesetzes dahingehend geändert wird, dass Investitionen in Menschen auch als Investitionen betrachtet werden dürfen. Es würde der SPD gut anstehen, diese Änderungen endlich einmal durchzusetzen.

spw: Sind die Leitsätze zur SPD-Programmdebatte ein guter Auftakt, oder helfen sie uns für die Diskussion nicht wirklich weiter?

Sommer: Es gibt eine Idee, die die SPD aufgreift, die ich schon im Jahre 2002 hatte. Ich habe sie damals „Neuer Sozialkontrakt“ genannt, bei der SPD heißt dies nun „neue soziale Übereinkunft“. Dahinter steht die Überlegung, dass sich die Wertgrundlagen unserer Gesellschaft komplett verändert haben. Dieser Neoliberalismus hat eben auch dazu geführt, dass die Grundlagen eines gesellschaftlichen Zusammenlebens ausgeblendet werden. Gemäß dem absurden Motto: Wenn jeder sich selbst hilft, ist allen geholfen. Aber wir müssen eine neue Form des Zusammenhalts finden. Das ist vielleicht ein wenig abstrakt. Aber der „contrat sociale“ von Rousseau war auch abstrakt. Aber er besagt auch ganz konkret, dass er die damalige feudale, autokratische Gesellschaft in einen neuen gesellschaftlichen Zusammenhalt freier Bürger stellen wollte. Sie sollten sich gegenseitig zu friedlichem Zusammenleben und solidarischer Hilfe verpflichten. Ich hätte beim DGB diesen Gedanken gerne schon vor vier Jahren durchgesetzt – die Entwicklung bestätigt mich nun –, und ich hoffe, dass sich dies nun bei der SPD durchsetzt.

spw: Lieber Michael, vielen Dank für das Gespräch!



Arbeitspolitik

Arbeitspolitik kontrovers – zwischen Abwehrkämpfen und Offensivstrategien

Detje/Pickshaus/Urban (Hrsg.), VSA-Verlag 2005

Der Titel „Arbeitspolitik kontrovers – zwischen Abwehrkämpfen und Offensivstrategien“ lässt aufhören. Zweifelsohne ist der Alltag von Gewerkschaften und Betriebsräten durch ein Defensivspiel geprägt, bei dem es um betriebliche und gesellschaftspolitische Abwehrkämpfe (z.B. betrieblicher Interessenausgleich und Mobilisierung gegen neoliberale Reformen) geht. Ob und wie aus diesem Defensivspiel in kleinen Schritten wieder eine Offensivstrategie werden kann, ist das Thema dieses Sammelbandes mit 14 Aufsätzen von Sozialwissenschaftlern, Gewerkschaftern und Betriebsräten. Die zunehmende mediale Beachtung von Kampagnen wie „besser statt billiger“ sowie die positive Setzung von qualitativen Themen (Qualifizierung & Innovation) in der derzeitigen Tarifbewegung in der Metallindustrie weisen darauf hin, dass es sehr wohl Handlungsspielräume für eine gewerkschaftliche Offensive gibt.

Diese Handlungsspielräume können allerdings nicht über die allgemeine Defensiv hinwegtäuschen. Thomas Sablowski (WZB) nimmt die Expansion und den Bedeutungsgewinn der Finanzmärkte sowie die marktorientierte Unternehmensführung als Ausgangspunkte für die Machtverschiebung zwischen Arbeit und Kapital. Doch sind diese Veränderungen eben nicht nur eine Verschiebung der Kräfteverhältnisse, als vielmehr eine gänzliche Änderung der Spielregeln selbst. Eine gewerkschaftliche Gegenstrategie könne nach Sablowski deshalb nicht von vornherein die Wettbewerbsfähigkeit eines einzelnen Unternehmens bzw. einer Volkswirtschaft zum Bezugspunkt des Handels machen. Vielmehr sollte an den immanenten Widersprüchen des Shareholder-Kapitalismus selbst angesetzt werden. Ein genauer Blick auf die Interessenlagen lässt oftmals Widersprüche zwischen Aktionären mit und innerhalb des Managements

erkennen, so dass hier taktisch anzusetzen wäre.

Die Aufsätze von Michael Schumann (SOFI Göttingen), Dieter Sauer (ISF München) und Klaus Dörre (Uni Jena) gehen mit sozialwissenschaftlicher Perspektive näher auf die Folgen für die Veränderungen der Arbeitsorganisation und -gestaltung ein. Unterschiedlich fällt die Bewertung der Arbeitsgestaltung sowie der Spielräume für „innovative Arbeitspolitik“ und „gute Arbeit“ aus. Möglich erscheint es, dass diesen unterschiedlichen Einschätzungen gegenläufige Entwicklungen innerhalb verschiedener Beschäftigtengruppen zugrunde liegen. Dörre plädiert für eine Politik der Entprekarisierung, bei der Gewerkschaften und auch andere politische Akteure strategisch um die noch kleine, aber stark wachsende Gruppe der prekären Beschäftigten werben. Klaus Pickshaus (IG-Metall Projekt „gute Arbeit“) betont, dass heute Ansätze einer Arbeitspolitik direkt an die gewerkschaftliche Tradition einer Humanisierung der Arbeit anknüpfen sollten. Aufzugreifen sind hier die neuen Trends der Entgrenzung von Arbeitszeit und Leistungsanforderungen, die altersgerechte Gestaltung des gesamten Arbeitslebens sowie die Ausweitung von atypischen Beschäftigungsformen. Insgesamt geht es um eine Repolitisierung der Arbeitsbedingungen. Ein betriebliches Beispiel für einen Kampf gegen Arbeitsplatzabbau und für gute Arbeit geben Wolfgang Alles und Udo Belz (Betriebsräte) anhand des Kraftwerkbauers Alstom.

Eine gute Übersicht über die unterschiedlichen Strategien innerhalb der Gewerkschaften findet sich im 3. Kapitel des Buches. Hans Jürgen Urban (Leiter der Grundsatzabteilung der IG Metall) bildet hierzu zunächst 4 Idealtypen, die häufig als Bezugspunkte einer gewerkschaftlichen Neuorientierung – manchmal miteinander verbunden, häufig auch in Konkurrenz zueinander – dienen. Ein Ansatz setzt demnach auf die Modernisierung des medialen Auftritts, ein weiterer stellt dem Umbau der Gewerkschaften vom Kampfverband zum Dienstleister in den Mittelpunkt. Auf der Achse der Geschäftsfelder stehen sich mit der Orientierung auf das Kerngeschäft der Betriebs- und Tarifpolitik



sowie mit der Ausweitung des interessenpolitischen Mandats zwei weitere Ansätze gegenüber. Keine der 4 Ansätze ist dabei frei von Widersprüchen, deutlich wird durch den Beitrag aber die Vielzahl gewerkschaftlicher Baustellen. Im Ergebnis könnte eine integrierte Strategie aber wichtige Impulse für eine Neugründung der Linken insgesamt liefern. Dieser Link macht das Buch damit auch für Leser spannend, die bislang nicht an der innergewerkschaftlichen Diskussion interessiert waren.

Die Aufsätze des Sammelbandes zeigen, dass es trotz des augenblicklichen Defensivspiels sehr wohl strategische Ansätze für ein Offensivspiel gibt. Das Buch ist damit lesenswert, auch wenn teilweise einzelne Aufsätze unvermittelt nebeneinander stehen. Zudem ist das Buch – neben der sozialwissenschaftlichen Kontroverse – vor allem auf die IG Metall ausgerichtet und bleibt damit begrenzt. Ein „Arbeitspolitik kontrovers – Teil II“ sollte die Leistung erbringen, die anderen DGB-Gewerkschaften und darüber hinaus die europäischen Partnerorganisationen in die strategische Debatte einzubeziehen.

Kai Burmeister (Offenbach)

Mindestlöhne in Europa

Thorsten Schulten/Reinhard Bispinck/Claus Schäfer: *Mindestlöhne in Europa*, VSA-Verlag, Hamburg 2006, 306 S., 17,80 Euro

Noch vor wenigen Jahren wäre mit der Forderung kein grüner Zweig zu gewinnen gewesen. Mindestlöhne kamen in der öffentlichen Debatte über eine gerechte Entlohnung eher am Rande vor. Das alte gewerk-

schaftliche Motto: „Guter Lohn für gute Arbeit“ – dafür gab es die bewährten Mittel der Tarifpolitik. Mittlerweile hat sich die Gemengelage aber bei den Gewerkschaften und im politischen Raum gründlich geändert. Seit 2005 gibt es eine Positionierung des DGB für Mindestlöhne und im Koalitionsvertrag von CDU-CSU und SPD wurde hierfür ein Prüfauftrag festgelegt. Gelegenheit genug für einen frischen europäischen Blick auf das Thema!

In dem von Tarifexperten des WSI herausgegebenen Sammelband „Mindestlöhne in Eur-

opa“ findet sich eine Fülle von Beiträgen zum Umgang mit Niedriglöhnen bei unseren europäischen Nachbarn. Die Mehrzahl von ihnen verfügt mittlerweile über einen gesetzlichen Mindestlohn. Für einen Mindestlohn sprechen mehrere Motive, wie Thorsten Schulten eingangs erläutert. Neben normativ/moralische Gründe einer gerechten/angemessenen Entlohnung („Living wage“ in der angelsächsischen Debatte) treten ökonomische und politische Gründe. In der politischen Debatte sind alle diese Beweggründe vertreten und umstritten.

Das vorliegende Buch betrachtet die Mindestlohnsysteme in einzelnen europäischen Ländern genauer. Die tarifpolitische Einbettung der unterschiedlichen Regelungen kommt dabei nicht zu kurz. Gut funktionierende Systeme der Tarifautonomie haben beispielsweise im Falle der skandinavischen Länder bisher eine Regelung auf gesetzlicher Ebene nicht erforderlich gemacht. Daneben werden die Mindestlohnsysteme der Benelux-Staaten, Spanien, Frankreich, der Mittel- und Osteuropäischen EU-Beitrittsstaaten, Österreich und der Schweiz behandelt. In den letztgenannten beiden Staaten wurden Mindestlohn-Normen dabei als Besonderheit durch Kampagnen der Gewerkschaften etabliert.

Ein weiterer Teil des Bandes beleuchtet die Erfahrungen in den jungen Mindestlohnsystemen von Großbritannien und Irland. In diesen Ländern ist der gewerkschaftliche Organisationsgrad eher schwach ausgeprägt. Nach dem relativen Bedeutungsverlust der britischen Gewerkschaften in der Thatcher-Ära spricht aber die Einbeziehung der Gewerkschaften in die Beratungen der „Low Pay Commission“ für einen Bedeutungszuwachs in der öffentlichen Wahrnehmung. Diese paritätisch von Gewerkschafts- und Arbeitgebervertretern besetzte Kommission erarbeitet einen Vorschlag über die jährliche Erhöhung des Mindestlohnniveaus. Pete Burgess weist allerdings für Großbritannien darauf hin, dass die deutliche Erhöhung des Mindestlohns um 40% seit 1999 (auf jetzt 5,05) in einem günstigen konjunkturellen Umfeld stattfand.

Wichtig für die soziale Funktion des Mindestlohns ist die konkrete gesetzliche Ausgestaltung, wie am Beitrag von Kai Burmeister zur

Mindestlohnpolitik in den USA deutlich wird. Zwar verfügen die USA über eine lange Tradition der Festlegung von gesetzlichen Mindestlöhnen, gleichwohl stimmen die Ergebnisse des dort praktizierten politischen Verfahrens der Mindestlohn-Festlegung eher skeptisch. So fanden Anpassungen in den letzten 30 Jahren eher selten statt, zuletzt unter Bill Clinton Mitte der 1990er Jahre. Dies hat zu einem starken Kaufkraft- und Bedeutungsverlust geführt. Heute liegt die Kaufkraft des Mindestlohns von 5,15 \$ unter dem Wert von 1960. Mit den amerikanischen Erfahrungen zeigt sich, dass bei einem allein politischen System der Mindestlohn-Anpassung die Interessen der Niedrigeinkommensbezieher auf der Strecke bleiben können. Phänomene wie „Working Poor“ (arbeitende Arme) sind die Folge. Auch haben die Gewerkschaften als Akteure der Tarifpolitik in den USA inzwischen keine große Bedeutung mehr und die demokratische Köderung von Gewerkschaftern in Präsidentschaftswahlen mittels des Versprechens von Mindestlohn-erhöhungen kann wohl kein Argument für sie sein. Der Mindestlohn stellt also nicht per se einen Rettungsanker für in Bedrängnis geratene Gewerkschaften dar. Beispielhaft können diese Beobachtungen und Überlegungen für den Debattenstand auch in der Bundesrepublik stehen. Thorsten Schulten gibt in seinem Schlussbeitrag einen kurzen Überblick der Entwicklung in den letzten Jahren. Neben einem guten und komprimierten Überblick über Bedeutung und Zusammensetzung des Niedriglohnsektors anhand von aktuellen Studien wird die innergewerkschaftliche und politische Debatte der letzten Zeit beleuchtet.



Als Ansatzpunkte der Regulierung werden die vorhandenen gesetzlichen Regularien aufgeführt, die weiterentwickelt oder einfach nur angewendet werden müssten. Den Abschluss des Buches bildet ein Plädoyer für eine europäische Mindestlohnpolitik, die sich ebenfalls an bereits bestehende Normen der EU-Sozialcharta anlehnen könnte und ein gemeinsames anzustrebendes relatives Mindestlohnniveau formuliert. Diese Norm könnte entsprechend den verschiedenen europäischen Arbeitsmarktregulierungen flexibel angestrebt werden.

Toralf Pusch (Hamburg)

spw intern

Etwas früher als geplant erscheint die Ausgabe 149, mit der wir thematisch an einen wesentlichen gewerkschaftlichen Diskussionsstrang anknüpfen wollen. (s. die Einleitung von Björn Böhning und Kai Burmeister auf S. 14). Damit verlängert sich die Sommerpause von spw, weil das nächste Heft erst Ende August erscheinen wird. Dafür wollen wir unsere Leserinnen und Leser aber mit einer deutlich verbesserten spw überraschen.

Auf den Sitzungen von spw-Herausgebern und spw-Arbeitsausschuss am 08. Januar und 22. April 2006 wurde entschieden, dass sich nicht nur das grafische Format ändern

soll, sondern wir uns wieder stärker an dem Magazin-Konzept orientieren wollen, das wir zu Beginn der 1990er Jahre entwickelt hatten. Das soll natürlich in zeitgemäßer Form geschehen: spw soll in seinem Meinungsteil aktueller und pointierter werden. Wir wollen den Servicecharakter unserer Schwerpunkte stärker heraus stellen und die Verknüpfung zu den langen Linien unserer Debatte akzentuieren. Der Nutzen soll sich für die Leserinnen und Leser also deutlich erhöhen. Dazu gehören neue informative und hintergründige Elemente. Die Lesbarkeit soll sprachlich und auch durch eine neue Gestaltung des Hefts verbessert werden.

Im Zuge des Relaunch haben wir uns auch für eine neue Agentur entschieden, die künftig das Layout gestalten wird. Entschieden haben wir uns für die Agentur liniezwei aus Düsseldorf (www.liniezwei.de), die uns durch ihre kreative und gleichzeitig klare Konzeption überzeugt hat. Nach mehr als fünfzehnjähriger guter und enger Zusammenarbeit verabschieden wir uns an dieser

Stelle von Ralf Schmitz, der seine Mitarbeit an spw 1990 begonnen hatte, nachdem der spw-Verlag von Berlin nach Köln gezogen war. Seinerzeit hat Ralf das Kölner Büro organisiert und die Zeitschrift bis zum Jahreswechsel 1993/1994 als Redaktionssekretär betreut. Später hat er als ehrenamtliches Redaktionsmitglied zunächst aushilfsweise und dann seit 1997 regelmäßig die grafische Gestaltung der Zeitschrift umgesetzt. Es spricht für Ralf Schmitz, dass er sich über die vielen Jahre in verschiedenen Funktionen für spw eingesetzt hat und wir sind ihm zu großen Dank verpflichtet. Ohne die kontinuierliche und solidarische Zuarbeit aus dem professionellen (und vielfach ehrenamtlichen) Bereich ist ein Projekt wie spw nicht zu organisieren. Vielen Dank, Ralf! Hinweise über das genaue Erscheinungsdatum und Information rund um die „neue spw“ können demnächst unseren Internet-Seiten www.spw.de entnommen werden.

Reinhold Rünker, Leichlingen

Perspektive zur Veränderung

Wie sich SPD und Linkspartei verändern müssen, um in Zukunft eine linke alternative Politik möglich zu machen

Von Benjamin Körner

Die jüngsten Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt haben es wieder gezeigt: die Chancen für Rot-Rote oder Rot-Rot-Grüne Bündnisse stehen schlecht. Einzige Ausnahme ist die von Klaus Wowereit geführte Koalition in Berlin und einige kommunale Koalitionen im Osten der Republik. Aber auf Länder- und Bundesebene fehlt bisher eine wirkliche Perspektive für eine Zusammenarbeit von SPD und Linkspartei (der Name Linkspartei wird stellvertretend für die PDS, WASG, deren gemeinsame Bundestagsfraktion und einer möglichen fusionierten Partei benutzt) und die damit verbundene Hoffnung auf eine Veränderung der heute herrschenden Gegebenheiten. Doch gerade nach dem Rechtsruck innerhalb aller deutschen Parteien und dem Vormarsch des Neoliberalismus wird eine linke alternative Politik dringend benötigt. Welche Perspektiven gibt es also heute für eine praktische und umsetzbare linke alternative Politik?

Schade ist es, dass SPD und Linkspartei nicht zusammenarbeiten. Vor allem da sie programmatisch näher beieinander liegen als die derzeit in Heiterkeit durchregierende Große Koalition oder das in jüngster Zeit für 2009 propagierte Rot-Gelbe »Sozialliberale« Modell, was weder sozial noch liberal im eigentlichen Sinn der Begriffe sein würde. Gerade vor diesem Hintergrund müssen sich alle, die eine linke Politik und die damit verbundenen positiven Veränderungen wollen, stark machen für eine parteipolitische Konstellation, sei es nun Rot-Rot oder Rot-Rot-Grün, die in der Lage ist für solch eine Politik auch eine stabile Mehrheit zustande zu bringen. Dies bedeutet zum einen, dass man die Linkspartei als linken Anstoßgeber und zum ändern die SPD als Partei, die auf eine relativ große Akzeptanz in der Bevölkerung bauen kann, braucht. Nur gemeinsam wird man wirklich etwas erreichen können, um der immer stärker werdenden neoliberalen Offensive Paroli zu bieten.

Will man von der reinen Kritik und Opposition hin zu einer real umsetzbaren linken Politik kommen, kommt man um die SPD nicht herum. Dies mag vielen Linken Unbehagen

bereiten, ist aber Fakt. Wenn Oskar Lafontaine davon spricht, dass die deutsche Linke sich nun endlich vereinigen würde, so betreibt er einen Schwindel, da er die SPD, sowohl als Ganzes als auch in Form von Gliederungen, Arbeitsgemeinschaften und Einzelpersonen, vollkommen außen vor lässt. Für eine effektive linke Politik die auch wirklich etwas verändert, braucht man das Zusammenwirken von vielen Protagonisten, sowohl politischen als auch zivilgesellschaftlichen.

Wo liegt das Problem?

Doch bis es ein Rot-Rotes Bündnis, das linke alternative Politik umsetzt, gibt, muss sich noch vieles verändern. Die meisten Veränderungen mögen unrealistisch erscheinen und wenn sie überhaupt eintreten könnten, dann nicht in allzu naher Zukunft. Hier sollten sich alle Ist-nicht-möglich-Sager einmal Hermann Hesses erinnern, der sagte: »Man muss das Unmögliche versuchen, um das Mögliche zu erreichen.« Also, los geht's: Welche Probleme gibt es, die einer Zusammenarbeit im Weg stehen?

Bevor man anfängt die einzelnen Probleme und notwendigen Veränderungen anzusprechen, sollte man klarstellen, dass sowohl SPD als auch Linkspartei nicht makellos sind und das nur mit einem vorurteilsfreiem Herangehen auch ein erfolgversprechendes Ergebnis erreicht werden kann. Zusammengefasst lässt sich über das Hauptproblem der SPD sagen, dass sie das kapitalistische Unrechtssystem anerkannt hat und dieses nur noch verwalten will anstatt es zu verändern. Der SPD fehlt die Vision einer gesellschaftlichen Zukunft des Zusammenlebens nach der sie ihre Politik ausrichten könnte; sie macht Politik nur noch unter pragmatischen Gesichtspunkten. Auch die Dämonisierung der Linkspartei von Seiten der SPD ist Teil des Problems. Bei der Linkspartei ist das Hauptproblem ihr größtenteils auf reine Kritik ausgerichtete Agieren; ihr fehlen alternative politische Konzepte. Sie muss Konzepte entwickeln um die Kritik in realfunktionierende, effektive Politik umzusetzen. Zurzeit fehlt ihr

noch der wirkliche Ansatz etwas verändern zu können.

Wie müssen sich die beiden Parteien also konkret verändern, um für die Zukunft als Koalitionspartner zusammenzukommen? SPD: zurück zur Vision, linke Politik möglich machen

Für die Abspaltung eines Teiles der SPD, wie es die WASG größtenteils ist, gibt es zwei historische Beispiele: die Unterstützung, zumindest jedoch die Billigung, des ersten Weltkrieges durch die SPD führte zur Abspaltung der USPD. Die Ignoranz der SPD-Regierung Schmidt gegenüber der Friedens- und Umweltbewegung motivierte Ende der 1970er Jahre viele ehemalige Jusos und SPD-Mitglieder, bei der Gründung der GRÜNEN mit zu wirken. Auch die WASG entstand durch einen falschen Kurs der SPD, im jetzigen Fall die Agenda 2010 und dem damit verbundenen Sozialabbau. Nach dem 1. Weltkrieg konnte die SPD im nachhinein einsehen falsch gehandelt zu haben und korrigierte ihren fehlerhaften Kurs. Ende der 1980er Jahre korrigierte die SPD mit dem Berliner Grundsatzprogramm punktuell ihre Fehler aus den 1970er Jahren und konnte so in den 1990er Jahren auf Landes- und Bundesebene mit den Grünen Koalitionsregierungen führen.

Auch heute ist ein Umdenken der SPD und ein Rückbesinnen auf ihrer eigentlichen Grundwerte nötig und möglich. Bei einer solchen Kurskorrektur gibt es zwei große Problemfelder, die zum einen die ideologische Ausrichtung der SPD und zum ändern ihre Beziehung zur Linkspartei betreffen.

Betrachten wir zuerst die notwendigen Veränderungen der ideologischen Ausrichtung der SPD, wobei sich drei Hauptprobleme herauskristallisieren:

- Die SPD ist zu sehr auf pragmatische Politik ausgerichtet, sie muss wieder mehr Vision bekommen und diese in ihrer Politik auch klar erkennbar machen. Zur Zeit verwaltet sie lediglich nur ein sich selbst zerstörendes System, anstatt es zu verändern. Von diesem reinen Verwalten und Ausgestalten des Systems muss sie wieder den Willen haben das System hin zu mehr Gerechtigkeit zu verändern. Die SPD muss ihre Alternativlosigkeit überwinden.

- Was bei einer reinen Pragmatisierung von Politik herauskommt hat die Agenda 2010 gezeigt. Sie hat, wie schon oft betont,



keine Gerechtigkeitslücke sondern ist eine Gerechtigkeitslücke. Die Erkenntnis, dass man soziale Sicherung nicht durch deren Kürzung erhalten kann, sondern nur durch einen Umbau und eine gerechtere sowie nachhaltigere Finanzierung muss sich auch in der SPD-Führung durchsetzen. Alternativen zum Sozialabbau müssen gefunden werden. Dabei darf die Wirtschaft nicht aus ihrer Verpflichtung entlassen werden, denn steuerliche Entlastungen und die Deregulierung der Märkte sind kein Weg Arbeitsplätze zu erhalten, geschweige denn neue zu schaffen, auch dies hat die Reformpolitik der Schröder-Regierung gezeigt. Die SPD muss sich stärker gegenüber der Wirtschaft durchsetzen, um gerechte Reformen für die Menschen zu erreichen.

- Auch in ihrem neuen Grundsatzprogramm muss die SPD klar als linke Partei erkennbar sein. Das tägliche politische Handeln darf nicht über die Grundsätze und Grundwerte der Partei gestellt werden. Als Ziel darf nicht definiert werden, was als momentan machbar erscheint, sondern was als gerecht anzusehen ist. Das neue Grundsatzprogramm muss zeigen, dass die SPD bereit ist sich für Veränderungen hin zu einer gerechteren Gesellschaft einzusetzen.

Kurzum: die SPD muss wieder ein ausgeprägteres linkeres Profil entwickeln, das den Menschen klar über die Wirtschaft stellt und einer neoliberalen Politik eine Absage erteilt. Was einer Zusammenarbeit zwischen SPD und Linkspartei aber vor allem im Wege steht, ist die Beziehung der Parteien zueinander und ihr Umgang miteinander. Hier muss die SPD ihren Kurs, vor allem in folgenden Punkten, stark korrigieren:

- Die SPD fühlt sich durch die Linkspartei.PDS, die WASG und deren geplante

Fusion angegriffen und zu recht bedroht. Dies gilt umso mehr, da die Linkspartei die traditionelle Position der SPD als Partei der Arbeiter und sozial Schwachen, also den sogenannten »kleinen Leuten«, beansprucht und damit zu Stimmenverlusten auf Seiten der SPD beigetragen hat. Dem gegenüber nimmt die SPD eine aggressive Abwehrhaltung ein, infolgedessen die Linkspartei als ein »Übel der Parteienlandschaft« diffamiert wird. Hier muss erkannt werden, dass die Linkspartei kein Feind des Staates ist und das sie sich sowohl zum Grundgesetz wie auch zur parlamentarischen Demokratie bekennt. In dem Verhalten der Aberkennung der Linkspartei als demokratische Partei lässt sich der Wunsch der SPD-Führung erkennen, dass die Linkspartei wieder an Wählerpotenzial verlieren möge, welches dementsprechend die SPD zurückgewinnen würde. Es ist jedoch anzunehmen, vorausgesetzt die Vereinigung von Linkspartei.PDS und WASG gelingt planmäßig, dass diese Strategie der SPD-Führung nicht funktionieren wird. Zwar ist es wahrscheinlich, dass die Linkspartei ihr gutes Ergebnis der Bundestagswahl 2005 nicht halten oder ausbauen kann, trotzdem aber in Fraktionsstärke im Bundestag bleibt und sich auch längerfristig etablieren kann. Die SPD muss erkennen und akzeptieren, dass sie programmatisch, trotz vieler Gegensätze, mehr mit der Linkspartei gemeinsam hat, als mit der FDP und der neuen marktradikalen Union.

- Diese »Verteufelung« wird noch durch persönliche Antipathien zwischen SPD Mitgliedern und Linkspartei Mitgliedern verstärkt. Vor allem Oskar Lafontaine wird von vielen SPD Mitgliedern als »Verräter« angesehen, weil er seinzeit den Parteivorsitz hin-

geworfen hat und nun bei der Linkspartei aktiv ist. Hier müssen alle Beteiligten über ihren eigenen Schatten springen und zum Wohle einer guten und gerechten Politik unbefangen aufeinander zugehen.

- Durch die ständige Ablehnung der SPD-Führung von Koalitionsoptionen mit der Linkspartei (Sachsen Anhalt ist hier das aktuellste Beispiel) wird jeder Dialog mit der Linkspartei verhindert. Wurde von der SPD das Verhalten der FDP nach der Bundestagswahl 2005 stark kritisiert, weil diese nicht einmal zu Sondierungsgesprächen bereit war, wurde von Franz Müntefering verkündet die SPD würde mit allen Parteien sprechen, außer mit einer, nämlich der Linkspartei. Dieses inkonsequente Verhalten wurde auch von Matthias Platzeck fortgeführt und hat mit Hubertus Heil immer noch einen weiteren Verfechter dieses Vorgehens in der Parteispitze. Auch der neue Parteivorsitzende Kurt Beck bleibt auf Kurs, verschärft die Situation noch weiter indem er über ein Rot-Gelbes Bündnis nachdenkt und zusätzlich will er noch Jens Bullerjahn, der gerade erst bewiesen hat wie radikal engstirnig man sein kann, zum stellvertretenden Parteivorsitzenden machen. Beck ((Spiegel Online, 11.04.2006) spricht davon, dass es »generell [...] lohnenswert [ist], an Koalitionsoptionen zu arbeiten« und das »die notwendige Offenheit« hierfür von der SPD signalisiert werden müsse. Doch trotz dieser Aussage, seiner Einsicht, dass es nicht »besonders viele Schnittmengen zwischen Sozialdemokratie und der FDP« gibt und seiner Überzeugung, dass alle demokratischen Parteien untereinander koalitionsfähig sein müssten, schränkt er dies alles sofort wieder inkonsequent ein: »Für die PDS gilt das nicht«. Diese kategorische Ablehnung muss aufhören. Eine durchaus kritische, aber auch ehrliche und vor allem ergebnisoffene Auseinandersetzung mit der Linkspartei muss von Seiten der SPD geführt werden.

Kurzum: die SPD muss aus ihr Verteidigungs- und Ablehnungshaltung der Linkspartei gegenüber herauskommen und offen eine kritische und konstruktive Diskussion suchen. Die SPD sollte, auch um ihrer selbst willen, wieder zu ihren Grundwerten zurückfinden. Sie muss die Monotonie der Alltagspolitik durchbrechen und neue wie alte Visionen entwickeln und zurückgewinnen; sie muss offen sein für eine linkere Politik als in den Jahren ab 1998. Dies wird vor allem vor dem Hintergrund der Großen Koalition und des Widerstandes des Parteivorstandes schwer werden, ist aber dennoch möglich. Trotz der Ablehnung vieler SPD Politiker gibt es schon zahlreiche SPD Mitglieder, die eine Rot-Rot bzw. Rot-Rot-Grüne Koalition favorisieren oder wenigstens akzeptieren würden. Ein aktuelles Beispiel für die Ablehnung des vom Parteivorstand praktizierten Kurses ist der NRW SPD Landesvorsitzende Jochen Diek-

mann, der Kurt Becks Annäherung an die FDP ablehnt, da Sozialstaat und bedingungslose Markorientierung nicht zusammenpassen würden, und auch Wolfgang Thierse äußerte gegenüber Medienvertretern am 13.04.2006, dass »die Übereinstimmung in wichtigen Sachfragen« entscheidend ist. Innerhalb der SPD kommt es nun vor allem darauf an, auch in der Parteiführung die Akzeptanz für eine solche Koalition zu gewinnen.

Linkspartei: seriös und pragmatisch linke Politik umsetzen

Auch die Linkspartei muss sich in mehreren Punkten verändern bzw. offener für Kompromisse sein um für die SPD koalitionsfähig zu werden. Sie muss, wenn auch nicht in ihrem Programm, doch bei möglichen Verhandlung z.B. eines Koalitionsvertrages wesentliche Kompromisse eingehen, auch wenn diese sich nicht mit ihrem Programm decken. Das liegt vor allem daran, dass die Linkspartei zwar eine fundierte politische Analyse und dementsprechende Zielsetzungen hat, jedoch bisher keine wirklichen alternativen Möglichkeiten präsentiert hat, auf reformistischem Wege zu diesen Zielen zu gelangen. Die Linkspartei muss akzeptieren, dass es unmöglich ist, eine sofortige Umsetzung ihrer Ziele zu erreichen. Dies kann nur über viele kleine Schritte, also einen längeren Weg, gelingen. Sie muss also ihre Visionen behalten, dazu jedoch eine praktisch umsetzbare Politik entwickeln.

Außerdem hat die Linkspartei mit einem massiven Seriositätsproblem zu kämpfen. Zum einen wegen einer Überdämonisierung durch Medien und Politiker, zum anderen aber auch wegen der »Steifheit« der Linkspartei, sich für eine umsetzbare Politik jenseits der reinen Kritik zu öffnen. Denn Kritik alleine kann nichts verändern.

Für eine Zusammenarbeit in einer Koalition mit der SPD und eventuell den Grünen stehen folgende fünf Punkte im Vordergrund, die die Seriosität und Akzeptanz der Linkspartei bei den Wählern als auch bei anderen Parteien und Politikern positiv beeinflussen würden:

? Zu einer guten Politik, die wirklich etwas verändert und das Leben der Menschen verbessert, gehört nicht nur die Erkenntnis, was falsch ist und die Kritik dessen, sondern auch eine darauf zugeschnittene, praktisch umsetzbare Politik. Neben der berechtigten Kritik müssen Alternativen aufgezeigt werden, die vielleicht nicht das grundlegende Problem sofort beheben, jedoch einen ersten Schritt in diese Richtung darstellen. Die Linkspartei muss anerkennen, dass nicht sofort alles geändert werden kann und sie muss eigene, glaubwürdige Konzepte entwickeln, um zu diesen Veränderungen beizutragen, sie überhaupt erst möglich zu machen. Natürlich soll Politik nicht nur unter pragmatischen Gesichtspunkten gemacht

werden, denn Pragmatismus allein ergibt keine gute Politik. Was Politik braucht ist eine längerfristige Vision und Orientierung. Man muss bei Politik aber auch Kompromisse eingehen können. Diese dürfen jedoch keine vollendeten Tatsachen schaffen, sondern sie müssen Etappen auf dem Weg zu einer gerechteren Gesellschaft sein, und sie dürfen eine Weiterentwicklung nicht unmöglich machen. Wenn die Linkspartei nach diesem Prinzip handelt, hat sie eine gute Chance, wirklich alternative, linke Politik erfolgreich umzusetzen und damit zu Veränderungen beizutragen. Die Linkspartei muss von der reinen Kritik hin zum praktischen politischen Handeln übergehen.

- Ein wesentlicher programmatischer Konfliktpunkt ist die Position der Linkspartei zu dem Einsatz von Militär. Vor allem bei diesem Punkt ist fraglich, ob die Linkspartei sich zu einer »gemäßigeren Meinung« oder zu einem Kompromiss durchringen kann, da sie jede Art von militärischer Intervention radikal ablehnt. Krieg, Gewalt und Militär sind Ausdruck einer Politik, in der friedliche Mittel gescheitert sind. Doch die heutige Welt ist leider noch keine Welt des Friedens. Um zu einer Welt des Friedens zu gelangen, darf man militärischen Mitteln nicht einfach entsagen und damit denen das Feld überlassen, die offensichtlich nicht auf Gewalt verzichten wollen. Natürlich wollen wir eine Welt ohne Gewalt und Krieg, doch die gibt es heute nicht und wird es auch nicht geben, indem wir einfach nichts tun. Der Einsatz von Militär bedeutet nicht zwangsläufig Krieg, Gewalt oder Unterdrückung. Er kann auch das Beschützen und Retten von Menschenleben bedeuten. Die Linkspartei sollte erkennen, dass, so sehr man es auch will, eine vollkommen entmilitarisierte Politik heute leider noch nicht möglich ist. Hier sollte sie folgendes bedenken: »Man ist nicht nur für das verantwortlich was man tut, sondern auch dafür was man nicht tut.«

- Programmatisch hat sich die Linkspartei.PDS schon von der SED und der DDR getrennt, doch ist sie immer noch mit beidem verknüpft. Sie bekennt sich offen zur Demokratie und das sie vom Verfassungsschutz beobachtet wird, ist nicht nachvollziehbar. Jedoch gibt es immer noch viele Politiker in der Linkspartei.PDS, die auch schon in der SED aktiv waren und einige sehen in der DDR noch immer einen besseren Staat als in der BRD. Die ganz klare Distanzierung von SED und DDR ist immer noch nicht abgeschlossen. Viele Menschen, darunter auch zahlreiche Politiker der anderen Parteien, wollen das zu recht nicht hinnehmen. Denn die DDR war sehr viel weiter von dem Gerechtigkeitsbegriff des demokratischen Sozialismus entfernt als die BRD. Die DDR war ein Unrechtsstaat, in dem nicht einmal ansatzweise ein gerechter Sozialismus umgesetzt wurde. Hier muss sich die Linkspartei.PDS noch konsequenter mit ihrer Vergangenheit auseinandersetzen und eine absolute Ablehnung von SED und DDR öffentlich sowie parteiintern vertreten.

- Populistisches Auftreten sowie Argumentieren muss aufhören. Es gibt genug bewiesene Argumente, die die Positionen der Linkspartei untermauern. Es ist nicht nötig unkorrekte, undifferenzierte und unbewiesene Argumente in der Öffentlichkeit anzuführen. Dies schadet dem Ansehen der Linkspartei und schreckt mehr potenzielle Wähler ab, als es Protestwähler bringt.

- Von der Linkspartei muss auch (an)erkannt werden, dass die SPD nicht der Hauptgegner ist. Natürlich sind viele ehemalige SPD Mitglieder, die nun in der WASG mitarbeiten, enttäuscht von dem Weg, den die SPD eingeschlagen hat. Doch bei aller Enttäuschung muss beachtet werden, dass die SPD ein Bündnispartner sein kann, um gegen die Marktradikalen der CDU, CSU und FDP eine ebenbürtige Gegenmacht zu bil-



Foto: SPD-Parteivorstand

www.sozialismus.de

Sozialismus

Wie will die Neue Linke?

Einsparung der Sozialleistungen

Gewerkschaften: 100 Millionen oder Grundhaltungen?

Der Fall AEG – ein Lehrstück

Kritische Staatstheorien

Übersicht: Frankreich/Palästina/Chile



Joachim Bischoff/Richard Detje: Grundsatz-Konflikt. Der längste Arbeitskampf im öffentlichen Dienst | »Die Neue Linke entsteht nicht im luftleeren Raum...« Gespräch mit Oskar Lafontaine | Joachim Bischoff: Zwischen »neuer Mitte« und sozialem Abstieg. Die SPD in den Zeiten der Großen Koalition | Joachim Tesch: Der Verkauf des »Tafelsilbers« und die Folgen. Internationale Finanzinvestoren kaufen Wohnimmobilien in Deutschland

Andreas Fisahn: Kritische Staatstheorien | Athanasios Karathanassis: Umweltpolitische »Pragmatismus« im Widerspruch.

Axel Gernke: Volksschule Sauerland reicht nicht! Rentenpolitik der Großen Koalition und gewerkschaftliche Alternativen | Heinz Bierbaum: Der Fall AEG – ein Lehrstück | Michael Wendl: Sonderopfer Servicepersonal. Öffnungsklauseln für den Niedrigentgeltbereich der TV Service Hessen

Bernhard Sander: Kampf ums Lohnarbeitstatut und politische Mehrheiten in Frankreich | Bernhard Müller: Ende des Friedensprozesses? Palästina nach dem Sieg von Hamas | Renate Rausch: Kontinuität oder Linkswende? Chile nach dem Sieg der Sozialistin Michelle Bachelet

Franz-Karl Hitzte: Die Solidaritätsbewegung der DDR | Antje Trosien: »Die Wolke« (Filmkritik)

Probeabo (3 Hefte): Abo: € 10,-

Abo: € 62,- (erm. € 44,-)

Redaktion Sozialismus

St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg

Fax 040/280 505 68

e-Mail: redaktion@sozialismus.de



den. Die SPD ist nicht der politische Hauptgegner der Linkspartei.

Möchten die Linkspartei und ihre Mitglieder wirklich etwas verändern, so müssen sie auch bereit sein Kompromisse einzugehen, ohne ihre eigentlichen Ziele aufzugeben. Ist die Linkspartei dazu nicht in der Lage und bleibt bei ihrer reinen Kritik, wird sie nichts verändern, nichts bewegen, nichts aufhalten und verliert letztendlich ihren Nutzen im Kampf für mehr Gerechtigkeit.

Perspektive 2009? – Einigkeit macht stark!

Wie stehen die Chancen, dass die SPD ihre Blockadehaltung gegenüber der Linkspartei aufgibt und dass die Linkspartei Kompromisse als akzeptabel ansieht? Wie stehen die Chancen, dass beide Parteien sich so verändern können, wollen und werden, dass sie als Koalitionspartner nach der Bundestagswahl 2009 zusammen eine Regierung bilden können? Wer realistisch ist, muss einsehen, dass dies aus aktueller Sicht unwahrscheinlich ist, weil die beschriebenen Veränderungen in dem Umfang wohl kaum statt finden werden. Die SPD, auch oder gerade unter Führung von Kurt Beck, wird sich vorerst auch weiterhin der Linkspartei verschließen und die Linkspartei weiter auf ihrer radikalen Kritik und Kompromisslosigkeit beharren.

Trotz all dem gibt es die Chance für eine solche Koalition. Dafür müssen nur die, die eine wirkliche Veränderung in der Politik wollen, einstehen. Sowohl Mitglieder der SPD als auch der Linkspartei sowie aus anderen Organisationen und Bewegungen müssen sich in den Parteien auf allen Ebenen und der Öffentlichkeit für ein solches Bündnis aussprechen, die Bereitschaft dafür erhöhen und Veränderungen anstoßen.

Ausschlaggebend wird letzten Endes aber das Wahlergebnis sein. Werden SPD und CDU wieder nur knapp über 30 Prozent erreichen? Wie stark wird die Linkspartei sein, wie stark die Grünen? Wird die FDP nochmals ein so gutes Ergebnis wie 2005 erreichen können? Bei SPD und CDU wird die Große Koalition sicher nicht nochmals als Lieblingslösung angesehen. Vor diesem Hintergrund könnte das Ergebnis der FDP das entscheidende sein. Sie könnte dann, genau wie Grünen, darüber entscheiden, welche Parteien gemeinsam die Regierung bilden. Außerdem steht die FDP einer Rot-Gelben Koalition unter Führung eines Kurt Becks sicherlich aufgeschlossener gegenüber als der einer unter Führung eines Franz Münteferings nach der Bundestagswahl 2005. Und auch Kurt Beck, sollte er bis dahin noch Vorsitzender der SPD sein, ist solch einer Koalition gegenüber aufgeschlossen. Es bleibt also abzuwarten wie weit sich SPD und Linkspartei verändern werden (oder nicht) und wie die Wähler dann entscheiden.

In beiden Parteien gibt es Befürworter einer Rot-Rot(-Grünen) Koalition; auf sie kommt es an für ihr Anliegen zu werben und dafür ein stabiles Fundament zu schaffen. Um der Sache willen, einer gerechten alternativen linken Politik, bei der die Menschen im Mittelpunkt stehen, sollte man sich einigen. Beide Parteien müssen ehrlich mit sich selbst sein und sich konstruktiv mit der gegenseitigen Kritik auseinander setzen. Nur so kann es gelingen mit Blick auf die Bundestagswahl 2009 und darüber hinaus die Erfolgsaussichten für eine Rot-Rot(-Grüne) Koalition zu verbessern und damit eine praktische linke Politik als Gegengewicht zu den Neoliberalen möglich zu machen. Dies geht weder ohne Linkspartei noch ohne die SPD.

Zur Staatsverschuldung – ökonomische Richtigstellungen

Von Heinz-J. Bontrup

1. Staatsverschuldung in der Kritik

Fast alle Politiker und Parteien kritisieren die Staatsverschuldung. Um diese in Deutschland einzudämmen, fordern sogar die Ministerpräsidenten von Sachsen (Georg Milbradt), Niedersachsen (Christian Wulff) und Rheinland-Pfalz (Kurt Beck), einen nationalen „Anti-Schulden-Pakt“. Im Grundgesetz müssten Strafen für Überschreitungen bestimmter Obergrenzen festgeschrieben werden. Auch die Große Koalition von CDU/CSU und SPD räumt in ihrer Koalitionsvereinbarung von 2005 der Sanierung der öffentlichen Haushalte oberste Priorität ein. Hinter den dabei zunehmenden Attacken gegen alles Staatliche und die Verschuldung des Staates verbirgt sich im Kern eine tiefe neoliberale Ideologie gegen den nach dem 2. Weltkrieg aufgebauten Sozialstaat. Die Kassen sind halt leer, schalt es aus aller Munde. Jetzt müssen „wir“ endlich sparen. Der neue Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) ist der Auffassung, es könne nicht das alleinige Ziel des modernen Staates sein, „jeden Einzelnen gegen alle Unwägbarkeiten des Marktes zu schützen“. Man müsse vielmehr einen „aktivierenden Sozialstaat“ entwickeln und demnach alles abbauen, „was zu Passivität und übertriebener Anspruchshaltung führt.“ Gleichzeitig verkündet er Anfang Mai 2006, die im Koalitionsvertrag vereinbarte Senkung der Unternehmensbesteuerung auf 2007 vorzuziehen.

2. Schein(heilige)argumente gegen Staatsverschuldung

2.1 Nicht absolute – relative Schulden sind entscheidend

Eine absolute Verschuldungsgrenze der öffentlichen Haushalte lässt sich nicht definieren, höchstens ein – aber auch nicht exakt bestimmtes – „Verschuldungsoptimum“. Dies ist so lange als suboptimal einzustufen, wie zusätzliche kreditfinanzierte staatliche Ausgaben

- zu einer besseren Auslastung des volkswirtschaftlichen Produktionspotentials führen
- und das Produktionspotential entweder quantitativ ausgeweitet und/oder qualitativ verbessert wird.

Insofern lässt sich bereits vor dem Hintergrund der in Deutschland vorliegenden Massenarbeitslosigkeit, die keine optimale Ausschöpfung des vorhandenen Produktionspotentials erlaubt, eine Staatsverschuldung rechtfertigen. „Gemessen an den Produktionsmöglichkeiten lebt die Gesamtwirtschaft nicht über, sondern unter ihren Verhältnissen“ (Hickel 2006: S. 9).

Seit der deutschen Wiedervereinigung sind die Staatsschulden überproportional gestiegen. „Umfangreiche staatliche Transfers in die neuen Bundesländer, die sich auch heute noch auf eine Größenordnung von etwa 4 v.H. des gesamtdeutschen Bruttoinlandsprodukts belaufen, waren und sind zu finanzieren“ (Deutsche Bundesbank 2004: S. 18). So haben sich von 1991 bis 2005 zusätzliche Schulden in Höhe von fast einer Billion Euro angehäuft. Der absolute Schuldenbestand (Bund, Länder, Gemeinden und der Sozialversicherung) beläuft sich mittlerweile auf fast 1,5 Billionen Euro.

Wir wissen aber seit der bahnbrechenden Veröffentlichung des amerikanischen Ökonomen Evsey D. Domar aus dem Jahr 1944, dass die Betrachtung absoluter Größen im Zusammenhang mit der Staatsverschuldung und ihrer Finanzierung irreführend ist. Entscheidend sind relative Größen, nämlich die Zunahme der Staatsverschuldung im Vergleich zur Veränderung der wirtschaftlichen Leistung. Daher spielt in einer wachsenden Wirtschaft nicht die Zunahme der absoluten Staatsverschuldung die entscheidende Rolle, sondern das Wachstum der Verschuldung in Relation zum Wachstum der Wirtschaft. Solange die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts gleich oder größer dem Wachstum der öffentlichen Verschuldung ist, bleibt die Verschuldungsquote konstant oder sinkt sogar, obwohl die absolute Verschuldung beständig wächst.

Seit dem Bestehen der Bundesrepublik ist es aber entgegen dieser Gesetzmäßigkeit zu einem Anstieg der Verschuldungsquote gekommen. Bis Mitte der 1970er Jahre lag die Quote noch verhältnismäßig niedrig bei 25 Prozent. Bis zur Wiedervereinigung stieg sie dann auf knapp über 40 Prozent an (Deutsche Bundesbank 2004: S. 16, und 2005: S. 53*). Heute liegt die Verschuldungsquote bei

gut 65 Prozent. Trotz der gigantisch hohen Zahl von 1,5 Billionen Euro absoluter Staatsschulden sind dies aber dennoch nur Zweidrittel einer jährlichen wirtschaftlichen Leistung die in Deutschland erbracht wird. Belgien, Griechenland und auch Italien kommen dagegen auf Verschuldungsquoten die über 100 Prozent liegen.

2.2 Staatshaushalt ist kein Privathaushalt

Gegen den Staat und seine Verschuldung werden in der Öffentlichkeit immer wieder bestimmte Argumentationen vorgetragen. Eine immer wieder aufgestellte Behauptung lautet dabei, der Staatshaushalt sei mit dem eines privaten Haushalts oder Unternehmens vergleichbar, die schließlich auch langfristig nicht wesentlich mehr Ausgeben als Einnehmen könnten. Dies ist nur eins der vielen Scheinargumente gegen eine Staatsverschuldung. Denn die öffentliche Verschuldung ist lediglich eine Kreditsumme, „die wir – Bürger und Institutionen wie Banken und Versicherungen – uns selbst schulden. Demgegenüber sind private Schulden Forderungen zwischen verschiedenen Wirtschaftseinheiten. Nur eine äußere Staatsschuld (Verschuldung im Ausland) ist daher mit den Maßstäben der betriebswirtschaftlichen Finanzierungslehre zu betrachten“ (Merk 1974, S. 148f.).

2.3 Belastung zukünftiger Generationen

Auch von der Behauptung der Staat würde „über seine Verhältnisse leben“ und zukünftige Generationen belasten, bleibt bei näherer Betrachtung nichts übrig. Im Gegenteil: Es ist ökonomisch und generationsübergreifend überaus sinnvoll die allokativ genutzte Schuldenaufnahme für öffentliche Güter einzusetzen, die die ökonomische (infrastrukturelle) und auch ökologische Entwicklungsqualität einer Volkswirtschaft stärken. Bedenklich stimmt hier eher der Tatbestand von heute nur noch geringen staatlichen Investitionen, die 2005 mit 1,3 v.H. bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt noch nie so niedrig waren. In den Jahren 2003 und 2004 lagen die statistisch ausgewiesenen Abschreibungen auf den staatlichen Kapitalstock sogar über den getätigten Investitionen. Es kam also zu Deinvestitionen bzw. bedenklichen negativen Netto-Investitionen (Deutsche Bundesbank 2005, S. 16).

Da auch künftige Generationen von öffentlichen Investitionen profitieren, wozu auch Bildungsinvestitionen zählen, die fälschlicherweise immer noch als kurzfristige konsum-

tive Staatsausgaben gesehen werden, ist es völlig unverständlich zu behaupten, die nachfolgenden Generationen würden nur mit den Staatsschulden belastet. Das Gegenteil ist richtig: So wie jedes Unternehmen Anschaffungen und andere Investitionen über einen längeren Zeitraum abschreibt und entsprechend finanziert, müsste das auch beim Staat selbstverständlich sein. Die sofortige Finanzierung von Investitionen durch Steuern belastet die Steuern zahlende Generation viel zu stark. Sie ist nicht gerecht.

2.4 Staatsverschuldung, Zinsen und Umverteilung

Da sich der Staat wie die privaten Wirtschaftssubjekte an den Geld- und Kapitalmärkten verschuldet, und auf eine zinslose Kreditaufnahme bei der Deutschen Bundesbank verzichtet bzw. diese ihm durch die Statuten der Europäischen Zentralbank (EZB) verbaut ist, fallen auf die Schuldenbestände natürlich Zinszahlungen an. Diese liegen über alle Gebietskörperschaften (Bund, Länder und Gemeinden) bei jährlich über 60 Mrd. Euro. Bei isolierter Betrachtung des Bundeshaushalts machen die Zinszahlungen über 15 Prozent der Gesamtausgaben aus. Trotzdem beträgt für die Gebietskörperschaften insgesamt die Zins-Ausgabenquote nur gut 6,1 Prozent.

Dennoch wird immer wieder mit den Zinsen gegen Staatsverschuldung polemisiert. Es käme zu einer Umverteilung von „unten nach oben“, weil der Staat sich bei vermögenden Staatsbürgern verschuldet, fällige Zinsen aber aus dem allgemeinen Steueraufkommen begleicht und so einer staatlich initiierten Umverteilung Vorschub leiste. Zweifellos trägt Staatsverschuldung zur Einkommens- und am Ende zur Geldvermögensdifferenzierung in wachsenden Dimensionen bei. Aber: Der Zinseffekt ist kein Zinseffekt,

der sich ausschließlich aus der Staatsverschuldung ergibt, sondern aus allen Geldschuldverhältnissen resultiert, ob aus fiskalischen oder aus rein privaten. Die „Um“-Verteilung von Zinseinkommen von Schuldner an Gläubiger ist ein allgemeiner Prozess in der Geldkapitalzirkulation. Zahlt der Staat keine Zinsen für eine Kreditverschuldung, dann zahlen die privaten Schuldner eben diese Zinsen an ihre Gläubiger. Am Ende wird für eine bestimmte Summe an Geldkapital der Gläubiger auch immer eine bestimmte Summe an Zinsen geleistet, d. h. dem Geldkapital ist es gleich, welcher konkrete Schuldner diese Zinsen tatsächlich zahlt, solange der Zinsfluss zugunsten der Geldvermögensbesitzer funktioniert. Die Zinsen aus den Staatsschulden sind immer nur ein Bruchteil jener Zinsen, die das fungierende Geldkapital aus der profitrealisierenden Warenzirkulation durch die Verbraucher ohnehin aus den Güterpreisen gewinnt. Die Zinsen für eine bestimmte Summe Geldkapital werden immer fällig – gleichgültig, ob der private oder fiskalische Schuldner sie zahlt. Insofern ist es keine spezifische Eigenschaft einer Staatsverschuldung, Zinsen an die Geldvermögensbesitzer zu generieren.

2.5 Staatsverschuldung und Crowding-out

Neben der Umverteilung aus staatlichen Zinszahlungen wird außerdem über Zinseffekte mit einer zweifachen Verdrängungsthese gegen Staatsverschuldung argumentiert. Erstens würden durch die ständigen staatlichen Kreditaufnahmen die Zinsen an den Kapitalmärkten steigen und dadurch insbesondere zinsabhängige private Investitionen verdrängt und zweitens würde der Staat auf Grund steigender Zinszahlungen politisch immer handlungsunfähiger, es käme also zu „crowding-out“ Effekten.

Der Zinssteigerungshypothese liegt zumeist die Vorstellung zugrunde, „es gäbe ein vorgegebenes Kreditangebot, einen ‚Kredittopf‘, oder eine vorgegebene Summe der Ersparnisse, einen ‚Spartopf‘, der die Höhe der privaten Investitionen und der Staatsverschuldung bestimme. Diese Vorstellung berücksichtigt jedoch keine dynamischen Kreislauf- und Verteilungseffekte und ist nur einer weitgehend vollbeschäftigten Wirtschaft angemessen. Nimmt dagegen bei allgemeiner Unterbeschäftigung ein Sektor wie der Staat einen zusätzlichen Kredit zur Finanzierung einer zusätzlichen Ausgabe auf, so braucht kein anderer Sektor auf seine Ausgabe zu verzichten, die Preise brauchen nicht zu steigen. Es sind ja genügend freie Kapazitäten vorhanden. Vielmehr erhöhen die Ausgaben des Staates die Summe der Einnahmen und Gewinne von Unternehmen und die Einkommen der privaten Haushalte. Die Unternehmen benötigen im Umfang der Staatsausgaben entweder weniger Kredite oder können nun ihrerseits sogar zusätzliche Ausgaben ohne zusätzlichen Kredit tätigen oder ihre Sparsumme, die unverteilt Gewinne, erhöhen. Bei den privaten Haushalten fällt aufgrund der höheren Einkommenssumme entsprechend ihrer Sparquote ebenfalls eine höhere Sparsumme an. Der kreditfinanzierten Staatsinvestition steht somit am Ende auch wieder eine höhere Ersparnis gegenüber. Auf diese Weise, nämlich über die Erhöhung des Volkseinkommens und seiner Verteilung auf Gewinne und Lohneinkommen, gleichen sich (saldenmechanisch) die Einnahmen- und Ausgabenüberschüsse der einzelnen Sektoren ex-post stets aus.“ (Kauder 2003, S. 580)

Neben diesen theoretischen Aspekten sprechen auch alle empirischen Befunde gegen die Crowding-Out-Hypothese. So ist es in den letzten Jahren trotz ansteigender Staatsverschuldung nicht nur zu keinem Anstieg, sondern sogar zu einem Rückgang der Kapitalmarktzinsen gekommen.

Bezüglich der zweiten „Verdrängungsthese“, einer Einbuße der „politischen Handlungsfähigkeit“, ist sicher zu beachten, dass die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts – bei unterstellter konstanter gesamtwirtschaftlicher Steuerquote – mit dem zu zahlenden Zinssatz steigen muss, soll es nicht zu einem Anstieg der Verschuldungsquote kommen. Liegt der Zinssatz oberhalb der Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts, was in Deutschland in der Vergangenheit in vielen Jahren der Fall war, so nimmt auch die Zins-Ausgabenquote zu und die zu zahlenden Zinsen verdrängen womöglich in der Tat andere staatliche Ausgaben. Bei gegebener Verschuldung hängt die Entwicklung des fiskalpolitischen Spielraums nämlich allein von der Zins-Wachstumsdifferenz ab. Daraus folgt: „Wirtschaftswachstum und niedrige Zinssätze sind die besten Garanten, um der Schuldenfalle zu entgehen“ (Filc/Klär 2003, S.

Tabelle 1: Finanzierungskreislauf der deutschen Wirtschaft nach Sektoren: Die Bedeutung staatlicher Defizitaufnahme in Mrd. Euro

	Private Haushalte*	Produktionsunternehmen**	Finanzielle Sektoren***	Ausland (+)=Kapitalzufluss	Staat Finanzierungsdefizit
1991	76,4	- 63,1	13,5	17,7	- 44,5
1992	79,0	- 61,1	10,0	12,3	- 40,2
1993	72,4	- 42,3	11,7	9,8	- 51,6
1994	51,8	- 46,6	13,9	22,7	- 41,9
1995	56,8	- 23,7	9,7	16,6	- 59,3
1996	61,7	- 13,8	7,4	7,3	- 62,6
1997	62,8	- 24,8	10,9	1,8	- 50,8
1998	66,1	- 28,5	- 0,9	3,1	- 39,8
1999	69,4	- 70,3	6,2	24,0	- 29,3
2000	75,4	- 120,6	16,8	5,6	22,8
2001	97,3	- 52,9	10,0	3,4	- 58,7
2002	114,3	12,8	12,5	- 65,2	- 74,3
2003	125,1	- 12,3	14,9	- 46,3	- 81,4
2004	131,3	11,9	9,4	- 72,5	- 80,1
Kumuliert	1.139,8	- 535,3	146,0	- 59,7	- 690,8
Jahresdurchschnitt	81,4	- 38,2	10,4	- 4,3	- 49,3

* Inkl. Einzelunternehmen, ** Kapital- und Personengesellschaften, *** Banken und Versicherungen
Quelle: Deutsche Bundesbank, verschiedene Monatsberichte, eigene Berechnungen

744). Dazu muss aber eine entsprechende expansive Fiskal- und Geldpolitik gefahren werden. Alternativ können auch die steigenden Zinslasten über höhere Steuern finanziert werden, so dass die gesamtwirtschaftliche Zins-Steuerquote sinkt. In Deutschland befindet sich jedoch die gesamtwirtschaftliche Steuerquote mit 20 Prozent auf ihren historischen Tiefstand. In der EU – der Durchschnitt liegt hier bei 29 Prozent – weist nur noch die Slowakei eine geringere Steuerquote auf.

2.6 Staatsverschuldung und Stabilitäts- und Wachstumspakt

Seit der Verabschiedung der europäischen Währungsunion und der Maastricht-Kriterien wird besonders auf Staatsverschuldung geachtet. Die Kriterien sollten mit der Einführung des Euros zu einer haushaltspolitischen Disziplinierung führen. Man befürchtete das durch Staatsverschuldung inflationäre Prozesse ausgelöst und dadurch der Euro zu einer „Weichwährung“ degenerieren würde. Deutschland weist heute aber – trotz seiner hohen Staatsverschuldung – eine niedrige Inflationsrate auf. Dies selbst vor dem Hintergrund der Verletzung der von der Europäischen Union (EU) jährlich maximal erlaubten Netto-Neuverschuldung von 3 v.H., die seit der Wiedervereinigung insgesamt sechsmal nicht eingehalten wurde; davon seit 2002 viermal in Folge nicht. Auch im Jahr 2006 dürfte Deutschland die von der EU ökonomisch willkürlich gesetzte „Verschuldungsgrenze“ überschreiten. Die EU droht deshalb seit langem mit Sanktionen. Der 1997 in Amsterdam beschlossene Pakt sieht sogar noch eine über den Maastricht-Kriterien hinausgehende Einengung nationaler Finanzpolitik vor, weil er die EU-Länder verpflichtet, mittelfristig einen ausgeglichenen Staatshaushalt (oder sogar einen leichten Überschuss) auszuweisen. Damit wird der Pakt zu einer „fiskalischen Zwangsjacke“ (Bofinger 2005: S. 94ff./ Heise 2002: S. 269ff.). Im konjunkturellen Aufschwung kann die 3-Prozent-Marke zwar unterschritten werden, im Abschwung, in einer Krisensituation, ist diese Grenze der Staatsverschuldung aber womöglich viel zu niedrig angesetzt. Erzwungene staatliche Einsparprogramme wirken hier prozyklisch, d.h. sie verschärfen den konjunkturellen Abschwung und sorgen letztlich sogar für mehr Staatsverschuldung.

Hinzu kommt noch die Problematik einer einheitlichen europäischen Geldpolitik auf Grund der Euro-Einführung. Die Europäische Zentralbank kann nur einheitliche nominale Zinsen für alle Länder der Währungsunion festlegen, die aber auf Grund unterschiedlicher realwirtschaftlicher Verhältnisse divergierende Inflationsraten ausweisen. Dies wiederum bedeutet, dass der für die wirtschaftliche Entwicklung relevante Realzins ebenfalls unterschiedlich hoch ausfällt. Für Länder mit einer niedrigen Inflationsrate

Tabelle 2: Wachstum des Volkseinkommens und seine Verteilung seit 2001

- in Mrd. Euro -

	Volkseinkommen	Arbeitnehmerentgelt	Unternehmens- und Vermögenseinkommen
2001	36,4	20,6	15,8
2002	20,3	8,1	12,2
2003	18,8	2,4	16,4
2004	58,3	3,4	54,9
2005	26,2	-5,6	31,8
2006*	42,0	2,0	40,0
Gesamt	202,0	30,9	171,1

Quelle: Statistisches Bundesamt 2005, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, e Berechnungen; *Prognose.

und zu schwach ausgeprägter Binnennachfrage, wie beispielsweise in Deutschland, bedeutet dies realiter hohe Realzinsen und damit eine Behinderung notwendiger investiver Prozesse.

3. Mit adäquater Steuerpolitik die Staatsverschuldung senken

Will man die Staatsverschuldung abbauen so muss man zunächst einmal die Frage beantworten, wann es ökonomisch überhaupt Sinn macht die Schulden zurückzuführen bzw. wann ein Schuldenbau sogar kontraproduktive gesamtwirtschaftliche Wirkungen entfaltet. Die Antwort ist hier eindeutig: Im konjunkturellen Abschwung muss der Staat zusätzliche Staatsschulden akzeptieren, er darf hier nicht sparen, sondern muss einerseits die eintretenden Steuermindereinnahmen ohne Staatsausgabenkürzungen durch höhere Verschuldung hinnehmen und andererseits die im Zuge wachsender Arbeitslosigkeit ansteigenden Krisenausgaben ebenfalls mit Krediten finanzieren. Tut der Staat dies nicht, gießt er Öl ins Feuer und verschärft die Krise. Mittel- und langfristig ist aber bei hinreichender Wirtschafts- und Wachstumsentwicklung ein Abbau der Staatsschulden notwendig. Hier stellt sich dann die zweite wichtige Frage: Wer soll den Schuldenabbau finanzieren? „Faktor“ Arbeit durch mehr Lohnsteuern oder „Faktor“ Kapital und die vermögenden Schichten durch mehr Gewinn- und Vermögensteuern? Auch wäre eine Anhebung der indirekten Verbrauchsteuern (z.B. der Mehrwertsteuer oder der Mineralölsteuer) und natürlich eine Kombination aus allem möglich. Diesbezüglich hat die Politik offensichtlich die falschen Weichen gestellt. Man setzt auf Lohnsteuern und indirekte Verbrauchsteuern. Das Kapital und die vermögenden Schichten sollen von der Finanzierung des Schuldenabbaus weitgehend befreit werden. Dies ist nicht nur sozial als verwerflich einzustufen, sondern dies führt ebenfalls wie bei einem prozyklischen Schuldenabbau zu einer Verschärfung der ökonomischen Krise.

Der Staat muss vielmehr die aufgezeigten Finanzierungsüberschüsse durch eine entsprechende kompensatorische Steuerpolitik

nach dem alten finanzwissenschaftlichen Grundsatz der ökonomischen Leistungsfähigkeit abschöpfen und diese Überschüsse in Zukunft erst gar nicht mehr entstehen lassen. Da die Überschüsse aber in der Vergangenheit auf Grund einer völlig verfehlten Steuerpolitik entstanden sind, und diese durch eine nur den jeweiligen Einkommens- und Gewinnsteuer nicht mehr im nachhinein berichtigt werden kann, müssen diese Überschüsse über entsprechende Substanzsteuern wieder an die Gesellschaft „rückverteilt“ werden. Dazu sind adäquate Vermögens- und Erbschaftsteuern zu erheben, die übrigens in Deutschland die niedrigsten in der EU sind (EU Kommission 2004). „Würde die Bundesrepublik nur den Durchschnitt der europäischen Vermögensbesteuerung erreichen, hätte der Fiskus 31,8 Mrd. Euro mehr in der Kasse. Auch die Erbschaftsteuer ist hierzulande im internationalen Vergleich niedrig. Sie betrug 2004 gut 4,2 Mrd. Euro bei etwa 200 Mrd. Euro jährlich vererbten Vermögens (Deutsche Bundesbank 2005b, S. 54*). Auch wagt sich die Politik immer noch nicht an eine rigorose Bekämpfung der Steuerhinterziehung heran, die nach Schätzungen des Schleswig-Holsteinischen Finanzministeriums zu jährlichen Steuerausfällen in Höhe von 80 Mrd. Euro führt. Zum Vergleich: Die Gesamtkosten für die Sozialhilfe beliefen sich 2002 auf knapp 22 Mrd. Euro und die gesamte Ausbildungsförderung, inklusive BAföG, auf mal gerade 2 Mrd. Euro (Giegold 2005, S. 1.184). In Anbetracht „leerer Kassen“ müssten aber Studiengebühren an den Hochschulen eingeführt werden. Dies kann man nur noch als zynisch bezeichnen.

Durch die Steuersenkungen und das nur schwache Wirtschaftswachstum sind die staatlichen Einnahmen immer mehr weggebrochen und haben zu großen Problemen in den öffentlichen Haushalten mit mehr Verschuldung geführt. Die ökonomisch naive Vorstellung man müsse den Unternehmen nur ihre Steuern senken, dann käme es zu mehr Wachstum und Beschäftigung ist eben eine Mär. Deshalb ist ein völliges Umdenken bei den Gewinn- und Lohnsteuern notwen-

dig. Die unteren Lohneinkommen müssen nachhaltig entlastet und die oberen Einkommen, insbesondere aber die Gewinne der Unternehmen, belastet werden. Dies allerdings differenziert nach kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) und Großunternehmen und Konzernen. Bei den großen Kapitalgesellschaften, die maßgeblich ihre Investitionen aus den laufenden Überschüssen (cash flow) finanzieren, müssten die Gewinne stärker besteuert werden. Dies gilt aber nicht für die KMU. Hier sind die Unternehmen vielmehr auf Kredite zur Finanzierung ihrer Investitionen angewiesen, die sie immer schwerer auf Grund der Basel-II-Bestimmungen erhalten.

Um in Zukunft nicht noch weitere krisenverschärfende Nachfrageausfälle auf Grund der enormen (akkumulierten) und in der Gesellschaft völlig disproportional verteilten Finanzüberschüsse zuzulassen, muss der Staat, muss sich die Politik, entscheiden: Entweder

die öffentlichen Hände verschulden sich weiter oder sie bewegen das private kumulierte und hoch konzentrierte Geldvermögen durch eine kompensatorische Steuerpolitik zu weitaus höherer Konsumtion und Investition. Nur dies sind die Alternativen, will man keinen – aber offensichtlich eingeschlagenen – Weg eines gefährlichen Sozialabbaus gehen. Dieser Weg führt nicht nur ökonomisch, sondern auch gesellschaftlich-politisch in eine gefährliche Sackgasse.

spw 3 / 2006

Literatur:

- Bofinger, Peter (2005), Wir sind besser, als wir glauben. Wohlstand für alle, 3. Aufl., München
 Deutsche Bundesbank (2004), Monatsbericht März, S. 15 – 37
 Deutsche Bundesbank (2005), Monatsbericht Juni, S. 15 – 30
 Domar, Evsey, D. (1944), The 'burden of the Debt' and the National Income, in: American Economic Review, Nr. 34, S. 798 – 827
 EU Kommission (2004), Structures of the taxation systems in the European Union, Brüssel

- Filc, Wolfgang/Klär, Erik (2003), Absolut oder relativ: Zur Diskussion über die Konsolidierung öffentlicher Haushalte, in: Wirtschaftsdienst, Heft 11, S. 742 – 748
 Giegold, Sven (2005) Vorwärts in den Steuersenkungsstaat?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 10, S. 1.183 – 1.194
 Heise, Arne (2002), Raus aus der Spar-Zwangsjacke, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 3, S. 269 – 271
 Hickel, Rudolf (2006), Schwarz-rote Placebopolitik, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 1, S. 9-13
 Klauer, Wolfgang (2003), Sind die Einwände gegen eine antizyklische Finanzpolitik stichhaltig?, in: Wirtschaftsdienst, Heft 9, S. 572 – 581
 Merk, Gerhard (1974), Programmierte Einführung in die Volkswirtschaftslehre, Bd. IV, Wachstum, Staat und Verteilung, Wiesbaden
 Statistisches Bundesamt (2005), Bruttoinlandsprodukt 2004 für Deutschland, Informationsmaterialien zur Pressekonferenz am 13. Januar 2005 in Wiesbaden
 Steinbrück, Peer (2006), Reduzierung auf die Kernaufgaben. Redemanuskript des Bundesministers der Finanzen beim Neujahrsempfang der Industrie- und Handelskammer Frankfurt a.M. am 10. Januar 2006, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 2/2006, S. 248-253

Standard-Bildung

Wie Bildung für den Markt standardisiert wird

Von Götz Godowski

Die Bildungsdebatte ist in vollem Gange, könnte man meinen. Der jetzt-nicht-mehr Parteivorsitzende ließ sich in einer Elite-Schule gemeinsam mit dem jetzt-bald-Vorsitzenden Beck ablichten und beide redeten von Zukunftssicherung und Chancengleichheit. Die Replik von Ernst-Dieter Rossman in spw 147 war zwar nützlich, sie greift aber zu kurz.

Die Verkürzung der bildungspolitischen Diskussion auf die Einführung der Studiengebühren und die prognostizierte Proletarisierung einer ganzen Akademikergeneration – nicht zuletzt auch im spw Schwerpunkt als „kritische Intellektuelle“ – mag vielleicht für die jugendliche sozialdemokratische Linke spannend sein, sei es, da sie selbst noch studentisch beschäftigt ist, sie als Elternteil befürchtet demnächst selbst zahlen zu müssen oder sie selbst im akademischen Betrieb in prekären Beschäftigungsverhältnissen steckt. Doch sie blenden den tatsächlichen Konflikt in der derzeitigen Bildungspolitik aus.

PISA, Iglu, DESI, Lernstand 9 etc pp schockierten weniger aufgrund ihrer Ergebnisse, denn diese bestätigen nur die Diskussion, die innerhalb der SPD schon seit ihrer Gründung

vor über 100 Jahren geführt wird. Der Schock besteht darin, dass viele von einer humanistisch geprägten Aussage der OECD Studie ausgehen und die ökonomisch marktradikalen Interessen dahinter ausblenden. Die OECD ist jedoch eine Organisation, die vor allem Regeln für den Austausch von Waren organisieren soll. Diese soll sich auch auf den Bereich der Bildung erstrecken. Es sollte daher nicht verwundern, dass das Ziel von PISA- und auch aller darauf folgenden Studien, wie zuletzt DESI und Lernstand 9 – weniger die Vervollkommnung des bürgerlichen Subjektes der Moderne ist, sondern die Standardisierung von Bildungszielen und –systemen um zukünftig eine größtmögliche Handelbarkeit von Bildung ermöglichen soll. In der Bundesrepublik ist die Privatisierung der Bildung im beruflichen Bereich schon weit gediehen. Auch in den anderen Bildungsbereichen werden Strukturen zur Privatisierung von Bildung deutlich. Es geht dabei einerseits um die Abschiebung öffentlicher Dienstleistung in den Bereich des Privaten, etwa Nachhilfestunden statt Förderunterricht, andererseits um die weitere Affirmation gesellschaftlicher und ökonomischer Herrschaft.

Im folgenden soll an Hand von vier Beispielen die Privatisierungs- und Affirmationstendenzen gezeigt werden, um auf mögliche Eingriffsmöglichkeiten gegen weitere Bildungsungleichheit hinzuweisen.

1. Bildungsstandards

Die Durchsetzung der Bildungsstandards soll die Diskussion parteiübergreifend auf eine neue Ebene der wissenschaftlich begründeten Bildungspolitik heben. Sehr schnell, zumindest in der Auffassung der Medien, wurden diese Standards nach den ersten PISA Ergebnissen als Heilmittel gegen die Bildungsmisere der erstaunten Öffentlichkeit präsentiert. Durch die Definition von Standards nach Klasse 4, Klasse 9 und auch Klasse 10 soll bundeseinheitlich die Bildung von der „Outputseite“ gesteuert werden. Die bisherige lehrplanorientierte Schule ist demnach „input“orientiert. Die Unterscheidung beider Sichtweisen, dem ökonomischen Sprachgebrauch entlehnt, ist auch bei näherer Betrachtung nicht ersichtlich. Die Definition von zu erreichenden Bildungszielen wird von beiden Konzepten in den Vordergrund gestellt. Die altergebrachte Orientierung ist jedoch so ehrlich und legt die Ressourcen offen, wie Schulgebäude, -ausstattung, Lehrerstunden etc. Die Bildungsstandards definieren einen Soll -Zustand, der zu erreichen ist. Die

aufgewendeten Mittel bleiben undiskutiert und undurchsichtig.

Tatsächlich ist die Idee der Bildungsstandards unabhängig von der PISA Diskussion angestoßen worden. Bereits in den 90er Jahren entwickelte sich die Zielsetzung über einheitliche Standards die Bildungsabschlüsse vergleichbar zu machen. Doch die aktuellen nunmehr verbindlichen Bildungsstandards halten bei weitem nicht, was sie versprechen, sondern entwickeln sogar ein antinomisches Eigenleben.

Die Standards stehen in einem nicht aufzulösendem Spannungsverhältnis zu den landeseigenen Lehrplänen. Ob diese noch Geltung haben, wenn ja wie, wird nicht beantwortet. Während die alten Lehrpläne noch Bildungsinhalte und –methoden definierten, die in einem politisch konsensualen Prozess definiert wurden, sind die Standards für den Schulgebrauch unhandlich, da sie sich genau der gesellschaftlichen Konsensfindung der Bildungsinhalte durch lediglich vergrößerte Grobkompetenzen entziehen. Zum zweiten sind die aus den Bildungsstandards abgeleiteten zentralen Vergleichsprüfungen, etwa nach der 4. Klasse oder dem „Lernstand 9“ aus NRW, so kleingearbeitet, dass etwaige Messungen, bei bekannten Aufgabentypen nicht mehr Fähigkeiten und Kompetenzen abfragen, sondern im Unterricht eingetrichterte kognitive Reflexe. Dies wird vor allem in Ländern mit zentralen Abschlussprüfungen deutlich. Letzteres fördert eine Verlegung von Bildung auf das Repetitorium, das umso besser absolviert, wer die finanziellen Möglichkeiten des Elternhauses besitzt.

Zum letzten schreiben die Bildungsstandards, die auch von sozialdemokratischen Bildungspolitikern eingeführt wurde, unmissverständlich das dreigliedrige Schulsystem fort, indem die Standards gerade für die Schaltstellen vorgibt, die diese Dreigliedrigkeit definieren-zur Separation nach Klasse 4, für das Hauptschulzeugnis und die Realschulprüfung. Die bundeseinheitliche Beschreibung des Abiturs ist hingegen schon gang und gäbe.

Die Durchdekliniation der Privatisierung auch der Schule wird in Großbritannien eingeübt und sicherlich interessiert beobachtet. Durch ein neues Schulgesetz wird die Labour Regierung Schulen in privatwirtschaftlich agierende Unternehmen überführen, die nicht mehr Staatsbesitz, sondern Stiftungsbesitz sein werden. Ziel der Schulen ist Abnahme einer Prüfung, eines Abschlusses (in der BRD Bildungsstandards) in öffentlichem Auftrag. Der Weg wird dann handelbar.

2. Das 12-jährige Abitur

In vielen Bundesländern, auch mit sozialdemokratischen Regierungsanteil, wird die 12-jährige Schulzeit, wie sie in den Neuen Bundesländern bereits praktiziert wird, in den nächsten Jahren durchgesetzt. Durch die

Verkürzung der Schulzeit versprechen sich die Kultusbehörden einen haushaltstechnischen Effekt, d.h. eine Einsparung von Stunden und damit Einsparungen bei den Personalausgaben. Lässt man die Tatsache außer acht, dass bei einer Verkürzung der Schulzeit in einem bestimmten Zeitfenster von ca. zwei Jahren eine deutlich überdurchschnittliche Anzahl von AbiturientInnen auf die Universitäten strömen werden, -da der Prozess innerhalb der nächsten vier Jahre von allen Bundesländern übernommen werden wird-bleibt als Ergebnis, dass dem integrativen Schulsystem damit der komplette Gar aus gemacht werden wird.

Am Beispiel Niedersachsens und Schleswig-Holsteins lässt sich dies eindrucksvoll sehen. Die große Koalition in Schleswig-Holstein wird in den nächsten Jahren-so wie in Niedersachsen-das 12-jährige Abitur einführen. Dies mit ausdrücklicher Zielvorgabe der stellvertretenden Ministerpräsidentin und Bildungsministerin Erdsiek-Rave (SPD) die gymnasialen Standorte zu stärken. Die Umsetzung dieser Zielvorgabe, die inzwischen schon in den Regelkanon jeder offiziellen Bildungspolitik gehört, ist technisch defizil. Da nach der KMK Vereinbarung die gymnasiale Oberstufe stets dreijährig konzipiert ist (bestehend aus einem Einführungsjahr und zwei Qualifikationsjahren) muss notwendiger Weise in der Sekundarstufe I, die das 5-10 Schuljahr umfasst, ein Jahr eingespart werden. Für die Gymnasien bedeutet dies den Übergang in die Oberstufe nach neun Schuljahren und die Komprimierung der Stunden für die SchülerInnen und Schüler von sechs auf fünf Schuljahre. Damit wird eine Ganztagschule zwar zwangsläufig eingeführt werden müssen, das ist wünschenswert, da aber der Ausgrenzungscharakter des Gymnasiums bleiben wird, wird der Druck auf die SchülerInnen wachsen kognitive Fähigkeiten in den Vordergrund rücken. Zum Erreichen des Klassenzieles werden Nachhilfestunden fällig werden. Somit wird bereits in der Sek I die Bildung auf den Privatbereich verschoben.

In integrierten Systemen ist es strukturell notwendig alle drei Bildungsabschlüsse anzubieten. Da der Sek-I-Abschluss, als Realschulabschluss, jedoch erst nach Klasse 10 abgelegt werden kann, entsteht die absurde Situation, dass das Abitur an Gesamtschulen erst nach dem 13. Schuljahr abgelegt werden kann. Dies ist politisch auch so gewollt, wenn man hierzu die Erlasse Niedersachsens und Hamburgs liest. Auch bisherige Gesamtschulen können sich anschließen, wenn auf den integrierten Unterricht ab einer bestimmten Klassenstufe-wahrscheinlich eher früher als später-verzichtet wird. Dann jedoch handelt es sich nicht mehr um integrierte, sondern um differenzierende Systeme. Somit werden Gesamtschulen für Eltern der gehobenen Mittelschicht, deren Kind auf Grund der ökonomischen Situation mit grö-

ßerer Wahrscheinlichkeit das Abitur machen wird, deutlich uninteressanter, die Gymnasialausbildung bevorzugter, da sie schlicht ein Jahr einspart. Damit läuft das Schulwesen auf eine Zweigliedrigkeit hinaus.

3. Volksfinanzierte Studiengebühren

PISA hat gezeigt, dass vor allem die Kinder der gehobenen Mittelschichten und Oberschichten die Hochschulzugangsberechtigung erlangen. Das korreliert mit den Zahlen, dass der mit großem Abstand überwiegende Teil der Studierenden aus eben dieser Klasse kommt. Die Selbstreproduktion ist im System des gegliederten Schulsystems schon angelegt und dürfte eigentlich nicht so sehr erstaunen, wie man es häufig aus dem Munde berufener Journalisten, deren Kinder wohl ebenso wie sie selbst das Abitur ablegen werden, und noch berufenerer PolitikerInnen, die als Gewinner der 70er Jahre Bildungsoffensive ihren Kinder ebenso das Abitur mit anschließendem Studium ermöglichen wollen, hört.

Ist die Reproduktion der eigenen Klassenzugehörigkeit oder der Aufstieg in die nächste Klasse gepaart mit dem Wunsch nach einer ökonomisch gesicherten Zukunft das Ziel des Individuums, so ist die Innovation und weitere technische Entwicklung das Interesse der Gesellschaft am Studium. Jedoch ist der Ausschluss ganzer Gesellschaftsgruppen vom Studium, eben aufgrund der Abwehr durch das Bildungssystem, kein Grund für die Gewinner des Bildungswettlaufs, sich dieses Studium nicht von gerade diesen Ausgeschlossenen bezahlen zu lassen. Tatsächlich werden Universitäten und freies Studium somit zu einer steuerfinanzierten Abwehr von bildungsfernen Schichten, auch das belegt ehrlichkeitshalber die PISA Studie.

Schon Karl Marx – man kann ihn nicht oft genug zitieren – nannte die Forderung nach freiem Zugang zur höheren Bildung als abgefeimte Forderung der höheren Klassen sich ihre Ausbildung durch die Allgemeinheit finanzieren zu lassen⁷. Die tatsächlichen drückenden und existentiellen Studienkosten, die Lebenshaltungskosten, werden dem privaten Bereich zugeschrieben. So kommt es dann, dass durch die Bafög Regelung Absolventen, die sich das Studium durch Kredite finanzieren mussten, wohl gemerkt wegen der Lebenshaltungskosten, durch Rückzahlung dieser Darlehen die nächste Generation derjenigen, die sich die Lebenshaltungskosten nicht leisten können, finanzieren. Söhne und Töchter von Eltern, die über ausreichende finanzielle Mittel verfügen oder günstige Ferienjobs bei befreundeten Unternehmern organisieren können, beteiligen sich grundsätzlich nicht an den Kosten des Studiums. Die Privatisierung dieser Kosten ist der Riegel vor dem Studium.⁸

Zu diesem Bereich gehört auch die Privatisierung des gesamten berufsbildenden Sektors. Schon jetzt werden Berufsschulen in

Foto: Christian Kiel (Berlin)



private Trägerschaften überführt und müssen sich auf dem Bildungsmarkt etablieren. Somit wird der staatlichen Zugriff auf diese Schulen immer geringer. Der Staat entzieht sich seiner Verantwortung für die Jugendlichen, deren Chance auf eine weitere Beschäftigung ungleich geringer ist als die von Studierenden.

4. Schuld der Eltern

Die neueste Nachricht aus der PISA Studie ist die Abhängigkeit der Bildungsabschlüsse von der finanziellen Stellung der Eltern. Diese ist allerdings ein Produkt der Klassengesellschaft und reproduziert sich durch Bildungsabschlüsse, die wiederum konstitutiv für die Gehälter sind. Schlicht ausgedrückt streben also die Eltern der gehobenen Mittelschicht und der Oberschicht ein System an, das die eigenen Kinder vor der Konkurrenz schützt. Was kann man auch von einer Klassengesellschaft anderes erwarten, als dass sie sich selbst reproduziert?

Doch die Schuldzuweisung an die Eltern wäre genauso falsch wie einseitige Schuldzuweisungen an die Lehrkräfte, bei aller berechtigten Kritik, und SchülerInnen, die auch nur das Produkt ihrer Gesellschaft sind. Durch die Diskussion, dass nun alle an einem Strang ziehen sollen, Eltern, LehrerInnen und SchülerInnen wird der Klassencharakter des Bildungssystems der BRD aus den Augen verloren. Klappert die angestrebte Neuorientierung nicht, sind Schuldige schon ausgemacht. Trotz Ganztagsprogramms, Bildungsstandards, Vergleichsarbeiten etc. wenn es nicht funktioniert hat eine Personengruppe versagt, vielleicht die Bürokratie, vielleicht auch die Politik, sicherlich aber nicht das Bildungssystem. Die gebetsmühlenartig wiederkehrende Forderung auch sozialdemokratischer Bildungspolitikern man müsse nun die Qualität von Bildung heben und um Gottes Willen nicht in die Schulstrukturdebatte der 1960er Jahre zurückfallen, soll genau von dieser falschen Weichenstellung ablenken. Insofern ist bei zynischer Betrachtung tatsächlich die biologische Erklärung die eigenen Gene (Kinder) vor der Konkurrenz schützen zu wollen (Beibehaltung des bil-

dungspolitischen status quo) der Antriebsmotor der Qualitätsdebatte. Am Besten würde dies gelingen, wenn die Separation auf Grundlage des Einkommens durch privatisierte Bildungsbetriebe durchgesetzt würde. Die Zunahme von freien Schulen scheint dafür ein Indiz zu sein. Vergleiche mit dem Vereinigten Königreich und Frankreich bieten sich hier besonders an. Die Abwendung der dortigen oberen Klassen vom Gesamtschulsystem zeigt nur allzu deutlich, wie nivellierend und im Sinne von Chancengleichheit erfolgreich diese Systeme funktionieren, wenn man sich entkoppeln muss, um wenigstens den sozialen Status der Sprösslinge halten zu können.

5. Forderungen und Möglichkeiten

Die derzeitige Diskussion öffnet bei aller Kritik jedoch Möglichkeiten für einen Neuanfang in der Bildung. Ein integriertes Bildungssystem, in dem allgemeinbildende Teile und berufsbildende Phasen gleichberechtigt nebeneinander stehen und sich gegenseitig ergänzen ist die aller erste Forderung.

Die bisherige Praxis der kulturellen Länderhoheit gehört als erstes abgeschafft. Bildung ist eine nationale Aufgabe, Wettbewerb von Schulsystemen schadet nur dem Ziel der Chancengleichheit, da sich nicht das Bessere durchsetzt, sondern das System insgesamt reproduzierend wirkt. Hinzu muss die Reduktion von Bildungsabschlüssen kommen. Ein mittlerer Bildungsabschluss nach Klasse 9 und die anschließende weiterführende Oberstufe muss obligatorisch sein, sie ist berufsspezifisch und kann zur Hochschulreife führen. Dabei ist die Ausbildung rein staatlich zu organisieren. Nur hier ist die nötige Breite der Ausbildung gewährleistet, kann mithin auf das „lebenslange Lernen“ hingearbeitet werden.

Die Berufsbildung ist somit integrierter Bestandteil schulischer Bildung. Die Steuerung der Ressourcen geschieht dann planerisch, qualifiziert und initiiert damit auch Neuerungen. Die berufliche Bildung kann nicht betriebswirtschaftlich organisiert sein, was durch die privatisierten Berufsschulzentren schon geschieht, sondern muss volkswirtschaftlich geplant sein. Das bedeutet auch die frühzeitige Berufsorientierung in der Sekundarstufe 1.

Die Bildungsfinanzierung misst sich an sozialen Gesichtspunkten. Wenn das bisherige Schul- und Studiensystem Ungleichheit fest schreibt, so folgt daraus, dass die Nutzer und Nutzerinnen des Systems sich ihrer Stärke

nach beteiligen. Was im Steuersystem richtig ist, kann für den Sektor der demnächst Besserverdienenden seine Geltung nicht verlieren. Getreu dem Marx-Satz, dass freie Bildung nicht heißen darf die Bildung der höheren Klassen aus dem allgemeinen Steuersäckel zu finanzieren. Die Umkehrung der Finanzierung, d.h. die Aufstockung der Mittel für Frühförderung auch zu Lasten der Mittel für universitäre Ausbildung, ist nachgewiesenermaßen effektiver als das bisherige bundesdeutsche System.

Bundeseinheitliche Bildungsstandards sichern den Weg zu einem bundeseinheitlichen Schulsystem. Doch im Gegensatz zu ihrer jetzigen Verwendung müssen diese Standards gleichzeitig auch Hilfestellung sein zu ihrer Erreichung. Niemand wird ernsthaft in Frage stellen, dass eine Gesamtschule Berlin-Neukölln mit demselben Stundenschlüssel wie eine Gesamtschule im Herzen Münsters, bei allem ehrenwerten Engagement der KollegInnen, auskommen wird. Diese Ressourcenverteilung kann nur der Staat leisten – und zwar zentral.

Allerdings hat der Staat nur die Mittel bereit zu stellen. Wie Marx in seiner Kritik am Gothaer Programm ausführt, darf die Erziehung und Ausbildung an der Schule staatlich gefördert sein, sie darf aber nicht durch den Staat geschehen. Bildung ist professionell, wissenschaftlich fundiert und geplant durchzuführen.

Sollten die bestehenden Ungerechtigkeiten des Bildungssystems weiterlaufen wie bisher, so ist der Privatisierung der Bildung, wie von der OECD gewollt, und damit einer weiteren Zersplitterung der Gesellschaft Tor und Tür geöffnet. Sollte der Zugang zum sozialen Aufstieg, der in den entwickelten kapitalistischen Gesellschaften vor allem durch Bildung möglich wird, weiterhin eingeschränkt werden, so sind die Grundfesten des gesellschaftlichen Zusammenhalts erschüttert. Ein nivellierendes Bildungssystem hat sich Deutschland bisher nur im Zuge undemokratischer Vorzeichen durchgesetzt, das sollte zu denken geben und macht die Notwendigkeit schnellen Handelns deutlich.

spw 3 / 2006

Literatur

- Christoph Ehmann: Bildungsfinanzierung und soziale Gerechtigkeit. Vom Kindergarten bis zur Weiterbildung. Bielefeld, 2003
- Torsten Feltes/Marc Paysen, Nationale Bildungsstandards Von der Bildungs- zur Leistungspolitik, Hamburg 2005
- Frankfurter Rundschau 2. März 2006 S. 6, und die Debatte im Guardian, nachzulesen im Internet unter <http://education.guardian.co.uk/> Berichte über „school bill“)
- Josef Kraus: Der Pisa Schwindel, 2005
- Karl Marx: Karl Marx/Friedrich Engels-Werke. (Karl) Dietz Verlag, Berlin. Band 19 (bitte präzisieren)
- Ernst-Dieter Rossmann, Die Platzack-Linie, spw 147, 1/2006, S. 6
- SPD Niedersachsen, Beschlüsse „Zukunft der Bildung“ (www.spd-niedersachsen.de/content/09326.php?a=4&b=2) sowie hierzu die Replik der niedersächsischen GEW (gew-nds.de/meldungen/trennung_gabriel-politik.php).

Hat Herbert Wehner uns heute noch etwas zu sagen?

Vom kommunistischen Parteisekretär zum sozialdemokratischen Urgestein

Interview mit Christoph Meyer

spw: In diesen Tagen erscheint anlässlich des 100. Geburtstages von Herbert Wehner Deine Biografie über ihn. Er gehört zu den „politischen Typen“ der deutschen Nachkriegsgeschichte. Als „geläuterter“ Ex-Kommunist wird er zum „Zuchtmeister“ der SPD. Ein raubeiniger, wortkarger und zugleich cholischer Mann, der lieber im Hinterzimmer Strippen zog, als in der öffentlichen Debatte zu überzeugen. Das sind zumindest die Klischees, die man heute zu Herbert Wehner hört. Finden sich in den historischen Zeugnissen und Dokumente Belege für dieses Bild?

Christoph Meyer: Wer Belege für Klischees sucht, wird in meinem Buch nicht fündig. Herbert Wehner war weder wortkarg noch ein Strippenzieher im Hintergrund. So etwas war ihm zuwider. Er war eher vorbildlich darin, mit den Menschen in und außerhalb der Partei das offene Gespräch zu suchen. Seine entscheidenden politischen Weichenstellungen vollzog er öffentlich, etwa sein klares Bekenntnis zum Godesberger Programm oder die berühmte Rede im Bundestag am 30. Juni 1960

spw: Welche neuen Erkenntnisse konntest Du gewinnen? Wie bist Du mit dem Problem umgegangen, dass Du als Geschäftsführer des Herbert-Wehner-Bildungswerkes ein beruflich und persönlich enges Verhältnis zu Deinem Untersuchungsgegenstand hast.

Meyer: Ich habe viele neue Erkenntnisse gewonnen, dazu gehört auch, dass zahlreiche Gerüchte und Unterstellungen widerlegt werden. Das geht vom angeblichen Verrat an Willy Brandt bis hin zu der Legende, Wehner seien 1968 vor dem Nürnberger Parteitag die Zähne ausgeschlagen worden. Dabei war es kein Problem, dass ich für Einrichtungen arbeite, die in besonderer Weise mit der Wahrung des Andenkens an Herbert Wehner verbunden sind. Im Gegenteil: Das hat mir zahlreiche Zugänge zu Informationen verschafft und wohl auch ein gewisses Einfühlungsvermögen. Das Buch ist streng wissenschaftlich und an Belegen nachvollziehbar aus den Quellen gearbeitet,

das habe ich als Historiker schließlich gelernt. Natürlich war mir aber von Anfang an bewusst, dass es für mein Buch so etwas wie eine Apologetenschublade gibt. Wer eine sachliche Auseinandersetzung meiden will, kann mein Werk da hineinlegen. Ich setze darauf, dass die übrigen Leser sich selbst ihr Urteil bilden.

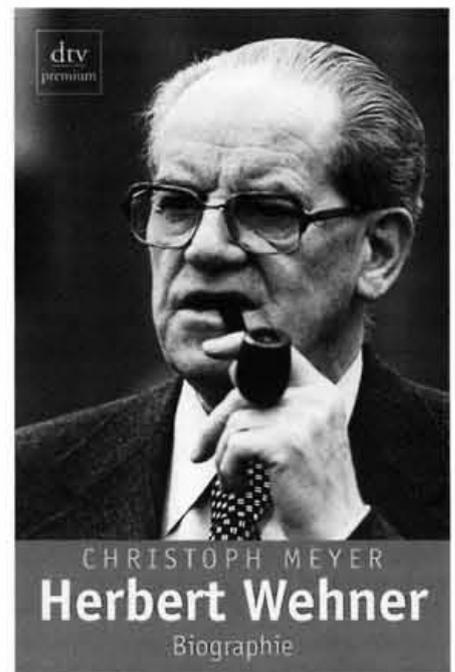
Vom Kommunisten zum Sozialdemokraten

spw: Du schreibst auch ausführlich über die Jugendzeit von Herbert Wehner, seine Prägungen durch die Arbeit in der Kommunistischen Partei, die ja immer auch die Angriffsfläche für Kritik an Wehner geboten hat, erinnert sei hier nicht nur an seine frühere Tätigkeit als Parteisekretär, sondern auch die durchaus sehr handgreiflichen und gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der Staatsmacht in den 1930er Jahren. Auch sein Verhalten in den zahlreichen Verhören während des Moskauer Exils brachte ihm in der Bundesrepublik den Vorwurf ein, er habe frühere GenossInnen an das Messer geliefert. Zu DDR-Zeiten wurde ihm dort vorgeworfen, in Schweden gegenüber der Gestapo Widerständler verraten zu haben

Meyer: Herbert Wehner kam nicht als Kommunist zur Welt. Er wurde geprägt durch seine Jugend in Dresden. Er hat den Widerspruch zwischen kulturellem sowie gesellschaftlichem Reichtum auf der einen und mangelnden Rechten und Chancen zur Teilhabe auf der anderen Seite scharf empfunden. Verletztes Gerechtigkeitsempfinden führte bei ihm zur Radikalisierung, und so ist er auf den Irrweg des Kommunismus geraten. Von 1933 an leistete er Widerstand. Dieser Kampf war es, der ihn nach Moskau führte. Dort wurde er in die stalinistischen Säuberungen verstrickt, auch schuldhaft. Aber die Vorwürfe gegen ihn beruhen zum Teil auf einer einseitigen Interpretation der Quellen, die der Ausnahmesituation des Terrors und der totalen Unterdrückung nicht gerecht wird. Die alten kommunistischen Vorwürfe, er habe in Schweden Genossen der Gestapo

ausgeliefert, sind schon vor dreißig Jahren eindeutig und mit schlagenden Beweisen öffentlich widerlegt worden. Da ist es eher interessant, anzusehen, wer alles im Laufe der Geschichte der Bundesrepublik und der DDR mit welchen Hintergründen und Absichten Verleumdungskampagnen gegen Herbert Wehner inszeniert oder sich ihrer bedient hat.

spw: Das Verhalten ist natürlich in seinem historischen Kontext zu sehen und zu werten. Wie ist Herbert Wehner selbst später mit den Vorwürfen gegen ihn umgegangen?



Das Buch "Herbert Wehner. Biografie" von Christoph Meyer erscheint im Juni 2006 bei DTV, ISBN 3423245514, und kostet 16 Euro.

Hatte er sich selbst etwas vorgeworfen? Hat ihn sein eigenes Handeln in den Moskauer Jahren unter dem Eindruck des stalinistischen Terrors belastet?

Meyer: Sicher. Das konnte man ihm ja geradezu ansehen. Mehr als sein eigenes Handeln belastete ihn die Gehässigkeit der Angriffe und der permanente Versuch seiner Gegner, die Ernsthaftigkeit seines Bemühens um Wiedergutmachung durch humanitäres und demokratisches Engagement in Frage zu stellen.

Dr. Christoph Meyer, Historiker, ist Geschäftsführer des Herbert-Wehner-Bildungswerks und lebt in Dresden. Das Gespräch für spw führte Reinhold Rünker

Herbert Wehner spielt Fußball (Ende der 60er Jahre auf Öland). Bild: Herbert-und-Greta-Wehner-Stiftung (HGWS)



spw: Wir erinnern in unserem aktuellen Heft an den 100. Geburtstag von Wolfgang Abendroth, beide waren ja Grenzgänger der Arbeiterbewegung, zunächst beide in der KPD, Abendroth dann jedoch in der KPO tätig, nach 1945 wurden beide Mitglieder der SPD. Gab es Berührungspunkte zwischen Abendroth und Wehner?

Meyer: Ja. Mitte der 50er Jahre, als der Professor Abendroth Mitglied der Programmkommission war, gibt es eine ganze Reihe von Briefen zwischen beiden; die von Abendroth sind meist deutlich länger, eng betippt. Vielleicht hielt Abendroth Wehner irrtümlich für einen Verbündeten in seinem Bemühen, den Marxismus zur ideologischen Grundlage des neuen Programms zu machen. Aber die Wege trennten sich dann schnell. Abendroth war wohl eher ein marxistischer Theoretiker, Wehner ein politischer Praktiker.

spw: Warum war Wehner so unnachgiebig gegen seine früheren Mitstreiter aus der kommunistischen Bewegung? Wehner war maßgeblich an den Beschlüssen gegen den SDS beteiligt, hat ihn seinerzeit in den Parteivorstand eingebracht. Abendroth und viele aus der marxistischen Linken wurden mit dem Unvereinbarkeitsbeschluss faktisch aus der Sozialdemokratie hinausgeworfen.

Meyer: Wehner war unnachgiebig gegen seine früheren Mitstreiter nur, wenn sie nach 1945 Kommunisten geblieben waren. Die SED-Herrschaft hat er als ein unglückseliges Experiment betrachtet, das fürchterlich enden werde, „mit einem moralischen Katzenjammer und einer sittlichen Vernichtung derer, die einmal aus ehrlichen Absichten kommunistische oder sozialistische Vorstellungen solcher Art zu realisieren versucht haben“. Wehner kannte aus eigener Erfahrung die Anwendung des Satzes von Lenin, wo-

nach die Kommunisten die Sozialdemokraten unterstützen würden „wie der Strick den Gehängten unterstützt“. Er hat nie marxistische Positionen bekämpft, immer aber marxistisch-leninistische Organisationsversuche. Die Grenze war für ihn überschritten, wenn eine Kooperation mit der SED angestrebt wurde.

Wehners Beitrag zur Entspannungspolitik

spw: Wehner kannte viele der handelnden Akteure in der DDR oder der Sowjetunion persönlich aus seiner kommunistischen Vergangenheit. Er war seit Ende der 1940er Jahre einer der Lieblingsfeinde der SED. War dies eher eine Belastung in der politischen Arbeit, als Wehner innerdeutscher Minister wurde?

Meyer: Die deutsch-deutschen (Nicht-)Beziehungen waren 1966 noch gar nicht so weit, dass Herbert Wehners Vergangenheit zu einer Belastung hätte werden können. Das deutschlandpolitische Problem der Großen Koalition war nicht die Personalie Wehner, sondern der Starrsinn Ulbrichts auf der einen, die Zögerlichkeit der Union gegenüber einer wirklich neuen Ostpolitik auf der anderen Seite

spw: Der Durchbruch zu einer „Normalisierung“ im Verhältnis zur DDR kam dann in der Regierung Brandt. Was ist der Beitrag Wehners zur Entspannungspolitik?

Meyer: Herbert Wehner hat schon Anfang der 50er Jahre entscheidend zur Freilassung der deutschen Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion beigetragen. In der gesamten Adenauer-Ära hat er für die Entspannung gestanden. Seine Rede am 30. Juni 1960 hielt er vor dem Zielhintergrund, darauf aufbauend als regierende SPD eine neue Ostpolitik auf der Basis der in Europa geschaffenen Re-

alitäten machen zu können. Die Große Koalition war für ihn ein entscheidender Schritt zu einer solchen Politik. Er hat die Brandt'sche Entspannungspolitik als Fraktionsvorsitzender innenpolitisch abgesichert und sie wieder flottgemacht, als sie 1973/74 zu erstarren drohte. Das wirkte dauerhaft, bis ans Ende der 70er Jahre und darüber hinaus.

Von Wehner lernen?

spw: Abgesehen von seiner Jugendphase in den 1920er Jahren, in denen er sich mit theoretischen und programmatischen Fragen beschäftigte, habe ich den Eindruck, dass Herbert Wehner mehr ein Mann der Tat, ein Mann des Handelns war, denn ein Programmierer. Welche programmatischen Grundüberzeugungen würdest Du Herbert Wehner über sein gesamtes politisches Leben hinweg zuschreiben?

Meyer: Herbert Wehner kämpfte wohl sein ganzes politisches Leben lang dafür, die arbeitenden Menschen zu befreien. Nach dem Krieg war für ihn das positive Mitwirken der Arbeiterschaft und der Sozialdemokratie am demokratischen Staat zentral. 1973 hat Wehner die Dissertation Kurt Schumachers neu herausgegeben, „Der Kampf um den Staatsgedanken in der deutschen Sozialdemokratie“. Mit einem Vorwort, das als seine theoretische Auseinandersetzung mit damals auch unter den Jusos verbreiteten linkssektiererischen Positionen noch heute lesenswert ist.

spw: Du empfiehlst der Linken immer wieder, dass sie sich heute mit Herbert Wehner auseinander setzen soll. Was wäre der Nutzen für die Linke? In seiner aktiven Politikerzeit galt er ja nicht gerade als Freund der SPD-Linken, von der außerparlamentarischen Linken ganz zu schweigen.

Meyer: Die Flügelbildungen waren Wehner zuwider, sowohl auf der Linken als auch auf der Rechten der SPD. Er hat sie aber als Tatsachen gesehen, die nicht mehr aus der Welt zu schaffen waren. Wehner setzte, wenn man so will, konsequent den alten Lehrsatz um, wonach es nicht darauf ankommt, die Welt zu interpretieren, sondern sie zu verändern. Praktisches und pragmatisches Handeln bei gleichzeitiger Prinzipienfestigkeit im Grundsätzlichen, und menschliches politisches Handeln, das lässt sich an Wehners Lebensweg studieren, ebenso natürlich die ungeheuren Schwierigkeiten, das immer wieder, täglich umzusetzen. Wehner eignet sich nicht als Idol für leichtfüßige Karrieristen. Wer sich ihn in der Politik zum Vorbild wählt, macht es sich – wenn er oder sie ehrlich mit sich selbst und anderen ist – schwer. Im Übrigen braucht die Sozialdemokratie – und meinetwegen auch die Linke insgesamt – ein selbstbewusstes Geschichtsverständnis. Für die Zeit nach 1945 kann es das ohne ein realistisches Bild von den Leistungen und Beiträgen Herbert Wehners nicht geben.

spw: Vielen Dank für das Gespräch spw 3 / 2006

Soziale Demokratie und soziale Kämpfe

Zum 100. Geburtstag von Wolfgang Abendroth

von Tobias Mushoff und Andreas Fisahn

Am 2.6.2006 wäre Wolfgang Abendroth 100. Jahre alt geworden. Abendroth wurde am 2.5.1906 in Elberfeld geboren. Sein Engagement in der Arbeiterbewegung hat eine lange Familientradition. Schon sein Großvater mütterlicherseits gehörte vor dem Sozialistengesetz zur Sozialdemokratie und auch seine Eltern waren in der Arbeiterbewegung aktiv, so dass Abendroth in dieser Tradition sozialisiert und frühzeitig aktiv wurde. (Abendroth 1981, S.12 ff) In der Weimarer Republik war er zunächst Mitglied der KPD, später der KPO, einer kleinen Abspaltung von der KPD, die sich angesichts des Einflussgewinns der Nationalsozialisten gegen die Sozialfaschismustheorie der KPD wandte und für die Einheitsfront der Arbeiterparteien eintrat.

Im Sommersemester 1924 fing er an, Rechtswissenschaft zu studieren. Die Machtübernahme der Nazis war für ihn persönlich ein tiefer Einschnitt. Er konnte das Assessorexamen nicht mehr abschließen und sein nahezu fertiges Promotionsvorhaben konnte nicht mehr beendet werden. Deshalb schrieb er sich 1934 an der Universität Bern ein und promovierte dort 1935 über die „Völkerrechtliche Stellung der B- und C-Mandate.“ Diese Arbeit wurde 1947 von der Juristischen Fakultät der Universität Halle in erweiterter Form als Habilitationsschrift anerkannt.

Nach Abschluss der Dissertation kehrte er 1935 zurück nach Deutschland und fand Arbeit als Jurist in einer Bank. 1937 wurde er wegen seiner Tätigkeit im Widerstand denunziert und verhaftet. Vier Jahre lang verbrachte er in verschiedenen Gefängnissen und Zuchthäusern. Im Jahr 1941 wurde er entlassen und musste mit zahlreichen anderen Politischen in die „Strafdivision 999“ am zweiten Weltkrieg in Jugoslawien und Griechenland teilnehmen. Auch dort gelang es ihm, Kontakte zum Widerstand zu knüpfen. Nach seiner Kriegsgefangenschaft kehrte er zunächst in die damalige sowjetisch besetzte Zone und dann nach Westdeutschland zurück.

Der „Partisanenprofessor im Lande der Mitläufer“ (Habermas) hatte in der Bundesrepublik der Nachkriegszeit keinen leichten Stand. Die personellen Kontinuitäten der Eliten der Bundesrepublik dürften der Grund gewesen sein, weshalb Abendroth als antifaschistisch engagiertem sozialistisch denkenden Rechtswissenschaftler ein Lehrstuhl für Verfassungsrecht in der Bundesrepublik verwehrt blieb, so dass er ab 1951 als Politikwissenschaftler auf einem Lehrstuhl an der Universität Marburg tätig wurde. Neben seinem Beruf als Hochschullehrer war er am Verfassungsgerichtshof von Hessen und über zehn Jahre am Staatsgerichtshof der Freien Hansestadt Bremen tätig. Diese Tätigkeit fand jedoch ihre Ende, als die SPD Abendroth 1961 aus der Partei ausschloss, weil er entgegen eines Beschlusses des Parteivorstandes vom 6.11.1961 weiterhin Mitglied im Verein der Sozialistischen Fördergemeinschaft der Freunde, Förderer und ehemaligen Mitglieder des SDS geblieben war. Die moderne SPD hat sich von dieser Art der Repression, die noch in den 1970er Jahren die Spitzen der Jungsozialisten traf, verabschiedet. In einer Partei, die auf den gesinnungslosen Karrierismus eines großen Teils der Funktionäre setzen kann, ist eine Art „repressiver Toleranz“ ausreichend, die abweichende Meinungen zulässt, aber ignoriert und an den Rand drängt.

Der Staatsrechtler – Positives Recht als Ergebnis von historischen Kämpfen

Abendroth beeinflusste das staatsrechtliche Selbstverständnis der Bundesrepublik maßgeblich. Er ist der führende Vertreter einer materialistischen Rechts- und Staatsauffassung der jungen Bundesrepublik. Die Genese des Rechts ist demnach das Ergebnis von Konflikten innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung mit ihren unterschiedlichen Gruppen und antagonistischen Interessen. „Die Rechtsordnung ist demnach niemals eine neutrale Größe, die nur aus sich selbst verstanden werden kann, sondern stets Produkt und Gegenstand der politi-

schen und sozialen Kämpfe.“ (Abendroth 1975, S.155) Auch die Verfassungsinterpretation ist ein Kampf um Hegemonie, ein Kampf um Positionen. (Vgl. Römer, 1977) Die Entstehung des Grundgesetzes interpretiert Abendroth als das historische Ergebnis eines „Verfassungs-Kompromisses“, einer „Minimalübereinstimmung von Parteien (und in Parteien) (...) im Parlamentarischen Rat.“ (Abendroth, 1979, S.255.)

Als Staatsrechtler war Abendroth in einer Zeit, in der gerade das Grundgesetz verabschiedet worden war, besonders an der Interpretation der neuen zentralen Prinzipien der Verfassung interessiert: Das zentrale durch die Ewigkeitsgarantie des Art. 79 Abs. 3 GG der Disposition des Gesetzgebers entzogene „Strukturprinzip der verfassungsrechtlichen Ordnung“ ist nach seiner Überzeugung die „demokratische und soziale Rechtsstaatlichkeit“ wie sie in Art. 20, 28 Abs. 1 GG garantiert ist. (Abendroth: 1968, S.114/115). Diese zentralen Prinzipien des Grundgesetzes interpretiert Abendroth nicht als Spannungsverhältnis oder als sich widersprechende Zielsetzungen. Vielmehr verstand Abendroth Sozialstaatlichkeit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie als Einheit. Diese Elemente durchdringen einander und sind einer „isolierten Interpretation nicht mehr zugänglich.“ (ebd.)

Sozialstaat und Demokratie

Ein besonderes Anliegen war es Abendroth, den Sozialstaatsgedanken gegenüber konservativen Juristen zu verteidigen. In seinem zentralen Aufsatz „Zum Begriff des demokratischen und sozialen Rechtsstaates im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland“ setzte sich Abendroth kritisch mit den Thesen Ernst Forstoffs auseinander. Forsthoff war der Ansicht, „dass Rechtsstaat und Sozialstaat auf der Verfassungsebene nicht vereinbar“ seien und „dass das Grundgesetz als eine prinzipiell rechtsstaatliche Verfassung verstanden werden“ müsse. (Forsthoff 1968, S. 165ff)

Forsthoff folgert, dass die Unvereinbarkeit von Rechtsstaat und Sozialstaat die Möglichkeiten des Gesetzgebers in die Wirtschaft zu intervenieren, diese zu steuern und demokratisch zu kontrollieren, beschränke. Das Grundgesetz schreibt dann ein marktwirtschaftliches System vor und ist wirtschaftspolitisch nicht neutral. Forsthoff verbindet den Rechtsstaat mit der Frei-

Andreas Fisahn, Professor für Öffentliches Recht, Umwelt- und Technikrecht, Rechtstheorie an der Universität Bielefeld

Tobias Mushoff ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Umwelt- und Technikrecht, Rechtstheorie der Universität Bielefeld

heit und den Sozialstaat mit Gleichheit, die in einem Spannungsverhältnis stünden. Eine bekannte Argumentation: Damals jedoch – besser bis sie geschredet wurde – war in der Sozialdemokratie unbestritten, dass Freiheit ein gewisses Maß an materieller Gleichheit voraussetzt und nicht die Freiheit des Stärkeren meint, die den Sozialstaat auf die Chancen-Gerechtigkeit zu recht stützt.

Abendroth ist der Ansicht, dass beide Prinzipien, Rechtsstaat und Sozialstaat, zusammen mit dem Demokratieprinzip zu einer Synthese zu verarbeiten sind. Zentral für Abendroths Denken ist, dass er den inneren Zusammenhang von Demokratie und Gleichheit oder von politischer Demokratie und Sozialstaat

nicht aus den Augen verliert. Er knüpft dabei explizit an Überlegungen Hermann Hellers an, der in der Weimarer Republik prognostiziert hatte, dass die Demokratie durch die „ökonomische Disparität der Klassen“ (Heller 1928, S. 431) gefährdet werde und deshalb die Rettung der Demokratie nur im Fortschreiten von der formalen, politischen zur sozialen Demokratie gelingen könne. Abendroth nimmt diesen Gedanken auf und entwickelt daraus auf der Ebene der Verfassungsinterpretation das Postulat der wirtschaftspolitischen Neutralität der Verfassung und ein Verständnis des Sozialstaates als Staatsstrukturprinzip, das Wirtschaftsdemokratie fordert. Demokratie, die Abendroth als gleichberechtigte Teilhabe an Entscheidungen versteht,

welche die Lebensbedingungen der Allgemeinheit entscheidend prägen, sei aber nicht möglich, wenn zentrale Entscheidungen der Wirtschaft der politischen und damit demokratischen Kontrolle entzogen sind. Das Postulat der sozialen Demokratie im Grundgesetz sei deshalb im Sinne Hellers zu verstehen als Forderung nach Erweiterung der politischen Demokratie auf die Wirtschaft. Das Sozialstaatsprinzip ist „darauf angelegt, den materiellen Rechtsstaatsgedanken der Demokratie, also vor allem den Gleichheitssatz mit dem Teilhabedenken im Selbstbestimmungsgedanken auf die Wirtschafts- und Sozialordnung auszudehnen und dadurch dem Sozialstaatsgedanken realen Inhalt zu verleihen.“ (Abendroth 1975, S. 67)

Wir linken Sozialdemokraten und Wolfgang Abendroth

Eine kleine Würdigung von Burkhard Zimmermann

Wolfgang Abendroth wäre am 2. Mai 2006 100 Jahre geworden. Für viele linke Sozialdemokraten war er eine absolut prägende Persönlichkeit mit seiner klaren Sprache und Analyse. Er war sowohl ein begnadeter Redner, er sprach fast druckreif, als auch ein einfühlsamer Gesprächspartner und Berater.

Ich empfinde es absolut peinlich, was in der Interpretation nach seinem Tod und heute passiert: ob er nun heute bei der Linkspartei wäre und wie er dazu stünde. Dies wird ihm sowohl in einer sozialdemokratischen als auch PDS-nahen Geschichtsschreibung unterstellt – da besteht fast Eingkeit (siehe hierzu Andreas Diers in ND vom 29.4.2006).

Ich kann es nur für mein engeres Umfeld beantworten; denn in einem anderen Teil der SPD-Linken war er sehr umstritten: so mussten wir unseren Anteil dazu leisten, Wolf Abendroth gegen die Angriffe Peter von Oertzens zu verteidigen. Im Nachhinein wird mir immer unverständlicher, was Kräfte um die Gewerkschaftsschule Oberursel und um so unverständlicher den sonst so hochgeschätzten Peter von Oertzen dazu antrieb, derart heftig gegen Abendroth vorzugehen. Zumal Peter von Oertzen ja inzwischen im hohen Alter leider die Sozialdemokratie Richtung Linkspartei verlassen hat.

Von meinen aktiven JUSO-Zeiten ab 1973 an bis zu seinem Tode 1985 hatte ich das phantastische Erleben, wann immer ich in Frankfurt/Main zu tun hatte, bei Abendroths übernachten zu können. Mit Abendroths zu diskutieren und zu sprechen und danach im Schatz seiner Bibliothek sowie der von ihm inspirierten Promotionen lesen zu können.

Wichtig ist es dabei auch immer zu erwähnen, „mit Abendroths“. Denn seine Frau Lisa gehörte nun einmal dazu. Und Lisa war in der SPD und gehörte zu Wolfgang Abendroths Freude und Genugtuung zum Frankfurter SPD-Unterbezirksvorstand. Sie war dort eine linke Institution. Wolf war an all diesem sehr interessiert und war sich nicht immer sicher, ob seine damalige Entscheidung, nicht in der SPD geblieben zu sein, richtig war.

Wir haben in dieser Phase sehr eng kooperiert, z. B. hat er am 21. April 1983 auf einer großen unvergesslichen Veranstaltung des SPD-Unterbezirks Zehlendorf geredet zum Thema „Marx aktuell“ (im Eigendruck der SPD-Zehlendorf erschienen). Es war eine grandiose Veranstaltung und es war ein Phänomen, diesem fast blinden Mann das eingemauerte Berlin zeigen zu dürfen und dabei zu erleben, dass er so sehr in der Natur verhaftet war, dass er -fast blind- jede Blume erkannte.

Abendroths Alternativentwurf zum Godesberger Programm 1959 kannten wir ebenso wie die Namen der Gegenstimmen in Godesberg. Mit Begeisterung haben wir seine Geschichte der Sozialdemokratie gelesen,

war sie doch eine wichtige Alternative zu der damaligen offiziellen SPD-Parteigeschichtsschreibung. Zu jeder Frage hatte er wichtige Hinweise und Informationen. Seine Biogra-



Wolfgang Abendroth (links) und Burkhard Zimmermann (rechts), in Berlin 1983, Foto: Rolf Kawel

phie „Wolfgang Abendroth – ein Leben in der Arbeiterbewegung“ von Joachim Perels haben wir nächtelang verschlungen. Sein Buch zur Geschichte der Gewerkschaften haben wir im DVK-Verlag publiziert. Wem gehört Wolf Abendroth. Ich glaube, die Antwort ist eindeutig für sein Wirken, er hat alle Linken inspiriert. Wer diese Frage mit „unser“ beantwortet, hat Wolf Abendroth nicht wirklich verstanden.

Burkhard Zimmermann, Berlin, gehörte 1978 zu den Gründungsmitgliedern von spw und arbeitet heute u.a. im Vorstand des Forum DL 21 mit.

Den Sozialstaat des Grundgesetzes charakterisiert Abendroth einerseits als soziale Demokratie, die es gebietet, dass wirtschaftliche Entscheidungen einer demokratischen Kontrolle unterliegen und er charakterisiert ihn als sozialen Rechtsstaat, der auch die Auslegung der Grundrechte mitbestimmt und dem Gleichheitsgedanken, verstanden als materielle Gleichheit ein starkes Gewicht verleiht. Der Sozialstaat sei keine Zustandsbeschreibung des Wohlfahrtsstaates der 1950 und 60er Jahre, sondern ein zu verwirklichendes Sollen. Es sei deshalb erforderlich, den Wert der liberalen Grundrechte „in eine neu zu gestaltende Gesellschaftsordnung zu übertragen und zu übernehmen, die auch dem Wert der sozialen Gerechtigkeit als der weitgehend offen und ungelöst gebliebenen Gestaltungsaufgabe des Grundgesetzes entspricht“ (ebd. S. 66). Der wohlfahrtsstaatliche Sozialstaat, der gegenwärtig zur Disposition steht, war für Abendroth gleichsam der erste Schritt hin zu einer Gesellschaftsordnung, die an gleicher demokratischer Teilhabe orientiert ist, deren Voraussetzung annähernde soziale Gleichheit ist.

Diese Interpretation der sozialen Demokratie und des sozialen Rechtsstaates im Grundgesetz gestatte es dem Gesetzgeber, darauf zielt Abendroth, die Gesellschaftsordnung zu einer sozialistischen Gesellschaftsordnung, die er zentral durch Wirtschaftsdemokratie kennzeichnet, zu öffnen: Er weist darauf hin, dass eine „sozialistische Struktur von Wirtschaft und Gesellschaft und Demokratie“ keinen „Widerspruch“ darstellen. (ebd. 21) Vielmehr meint Abendroth, dass wirkliche Demokratie nur in einer sozialistischen Gesellschaft, in der die Wirtschaft demokratisiert und ihre Entwicklung politisch demokratischer Kontrolle unterliegt, zu erreichen ist. „Denn nur durch ihre Erweiterung von der bloß politischen Demokratie zur sozialen, durch Unterwerfung der bisher – solange die privatkapitalistische Struktur der Wirtschaft unangetastet bleibt – keiner gesellschaftlichen Kontrolle eingeordneten Kommandostellen des ökonomischen Lebens unter die Bedürfnisse und den Willen der Gesellschaft, kann die Demokratie realen Inhalt gewinnen und ihre inneren Widersprüche überwinden. Solange sie diesen Prozess ihrer Entfaltung zur sozialen Verfassung nicht vollendet hat, bleibt sie stets von der Tendenz bedroht, dass die Selbstverwaltung in der Administration durch das spezielle Sachverständnis der Bürokratie erstickt wird, dass die Legislative durch die von den Inhabern der wirtschaftlichen und politischen Machtmonopole gesteuerte innere Widersprüchlichkeit der Situation des Abgeordneten dem Willen der Wähler entfremdet wird, und dass zwischen der Entscheidungsgewalt der Regierung und dem Volke, das sie theoretisch beauftragt, ein Abgrund entsteht.“ (ebd. S.24)



Aber Abendroth folgert nicht, dass das Grundgesetz den Übergang von der politischen zur sozialen Demokratie gebietet. Es ermöglicht ihm nur, weil es wirtschaftspolitisch neutral ist, d.h. offen für eine soziale Demokratie. Das Grundgesetz hat die „inhaltliche Bestimmung des Rechtsgrundsatzes der demokratischen und sozialen Rechtsstaatlichkeit eben um dieser, wenn sie so wollen Kompromisslage willen, dem einfachen Gesetzgeber und evtl. dem Verfassungsänderungsverfahren überlassen. Was aber dieser Gedanke mindestens ausdrücken soll, ist, dass eine Umgestaltung der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in diese Richtung, dass nämlich in rechtsstaatlicher Weise in der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung die demokratischen Strukturprinzipien und das demokratische Gerechtigkeitsdenken sich durchsetzen können, technisch möglich ist und objektiv mit rechtsstaatlichem Denken vereinbart werden kann.“ (ebd. 68)

Das theoretische Denken in der Sozialdemokratie ist heute soweit verflacht und dem herrschenden Konsens unterworfen, dass Abendroths Konzeptionen der sozialen Demokratie im Diskurs als Utopie im idealistischen Sinne disqualifiziert werden (dürften). Aber ihre Mahnung steht als Metakel im Raum: die Mahnung, dass mit der Disparität von ökonomischen Lagen und der damit verbundenen sozialen Macht auch die politische Demokratie einschließlich der Grundrechte gefährdet ist. Inzwischen wird das normative Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes dem Abbau des Sozialstaates, die Norm der schlechteren Wirklichkeit angepasst. Entschieden wandte Abendroth sich dagegen einer Politik der vermeintlichen Sachzwänge die Direktive bei der Verfassungsausle-

gung zu überlassen: „Veränderungen der gesellschaftlichen Wirklichkeit, die diesem Normgehalt, wie er im Entstehungsprozess des Verfassungsgesetzes bestimmt wurde, nicht entsprechen oder gar widersprechen, beeinflussen daher den rechtlichen Inhalt des Verfassungsgesetzes nicht; erst recht nicht bei relativ jungen Verfassungsgesetzen, wie dem Bonner Grundgesetz, das sich zusätzlich mit dem Mittel der ausdrücklichen Fixierung von Rechtsgrundsätzen, die jeder Verfassungsänderung entzogen sind (Art. 79 Abs. 3), von dem Schicksal der Aushöhlung des Verfassungsrechts durch verfassungsfremde innere Einstellungen und verfassungsfeindliches Verhalten starker sozialer und politischer Kräfte, durch verfassungsfremden, wenn nicht verfassungsfeindlichen Gebrauch der öffentlichen Gewalt seitens der Exekutive und durch nicht verfassungsadäquate, von traditionellen Vorurteilen bestimmte Auslegung des Verfassungsrechts durch einen erheblichen Teil der Staatsrechtswissenschaft und der Gerichte bewahren wollte, dem einst die Weimarer Reichsverfassung erlegen ist.“ (Abendroth 1966, S.12 f) Abendroth hat hier – wie viele kritische Juristen nach ihm – die Aushöhlung der Demokratie durch die Übermacht der Exekutive vor Augen, die das Parlament zu einem Akklamationsorgan für die Regierungspolitik macht. Dieser Prozess ist alt und wurde von Schröder nur auf die Spitze getrieben. Und er hat die Aushöhlung von Grundrechten im Blick, die zugunsten der sog. „wehrhaften Demokratie“ politischen Gegnern entzogen werden, indem man sie bespitzelt und diskriminiert. Man kann Abendroths Mahnung auch aktualisieren: In Fällen, in denen bei leeren Staatskassen und extremer Ungleichheit in der Einkommensver-

teilung der Staat angeblich nicht in der Lage ist, die verfassungsrechtlich gebotenen sozialstaatlichen Aufgaben zu erfüllen, darf nicht der Inhalt des Sozialstaatsprinzips uminterpretiert und ausgehöhlt werden, sondern muss es Maxime politischer Entscheidungen bleiben.

Abendroth hat mit seinem Beharren auf der Positivität der grundgesetzlichen Normen einen Phyrussieg errungen. Das Bundesverfassungsgericht folgte der Auffassung, dass das Grundgesetz wirtschaftspolitisch neutral ist und auch eine sozialistische Gemeinwirtschaft erlaubt. Längst wird die Wirtschaftsverfassung aber nicht mehr durch das Grundgesetz, sondern durch die EG-Verträge bestimmt und diese sind weit entfernt von einer solchen Neutralität. Sie geben der kapitalistischen Wirtschaftsordnung in ihrer neoliberalen Interpretation gleichsam Verfassungsrang.

Rechtsstaat und demokratische Rechte

Grundrechtsentwicklung und Demokratisierung, meint Abendroth, sind miteinander untrennbar verwoben. „Seit es bürgerliche Revolutionen und damit den Kampf um die Demokratisierung der öffentlichen Gewalt gibt, ist gleichzeitig das Erfordernis der Formulierung und der praktischen Realisierung von Grundrechten der individuellen Rechtssubjekte, die der (jeweiligen) Staatsgewalt unterworfen sind, entstanden. Es musste entstehen, denn ohne die auch rechtliche Fixierung von Freiheitsrechten wäre die Teilnahme dieser Rechtssubjekte an der öffentlichen Willensbildung, um die es bei tendenzieller Demokratisierung des Staates (und der Gesellschaft, die ihn trägt) geht, nicht möglich Wie könnte jemand an der Entscheidungsgewalt des Staates, wie übrigens ebenso am sozialen Prozess mitwirken, der keine eigenen, gegen unkontrollierte Unterwerfung geschützten Bereiche besitzt, in denen er seine Willensbildung entwickeln und zur Geltung bringen kann?“ (Abendroth 1975, S.249.) Abendroth ist damit Mitbegründer eines Grundrechtverständnisses, das in der Bundesrepublik erst sehr viel später anerkannt wird. Grundrechte werden nicht nur als individuelle gelesen, als Rechte die einer individualistischen Monade, die neben oder unabhängig von der Gesellschaft existiert. Grundrechte sind für Abendroth vor allem Rechte mit Bezug auf die demokratische Partizipation. Sie setzen den Bürger erst gleichsam in Stand, seine demokratische Teilhaberechte wahrzunehmen.

Kritisch äußerte sich Abendroth zum Verbot der KPD durch das Bundesverfassungsgericht im Jahr 1956. Es war aus seiner Sicht politisch falsch: Das KPD-Verbot hatte zur Folge, dass zahlreiche Verfolgte des Nationalsozialismus während des Kalten Krieges auf Grund von persönlichen Kontinuitäten

in den Reihen der Justiz erneuter Verfolgung (Vgl. dazu umfassend: Brünneck, 1978; Gössner, 1994. ausgesetzt sahen (Abendroth 1967). Abendroth schätzte die KPD zwar als eine stalinistische Partei ein, „deren Führungszentrum eindeutig den Weisungen der stalinistischen Diktatur in Moskau, vermittelt durch die stalinistische Leitung der SED“ folgte; ein „erheblicher Prozentsatz ihrer Mitgliedskader“ bestand jedoch weiterhin aus „revolutionär-demokratischen“ Kräften. „So kann eine verfehlt angesetzte Verbotsmaßnahme eventuell noch entwicklungsfähige Gruppen der deutschen Arbeiterbewegung unnötig in politische Sterilität und in unversöhnlicher Gegnerschaft zum demokratischen Rechtsstaat verhärten.“ (ebd., S.139)

Weiter lehnte er die Art und Weise wie das BVerfG den Begriff der freiheitlich-demokratischen Grundordnung aus Art. 21 Abs. 2 GG interpretierte ab. Auch dieser Verfassungsbegriff muss vor dem Hintergrund der historischen Entstehung des Grundgesetzes als Kompromiss zwischen verschiedenen politischen Richtungen interpretiert werden. Der Versuch des BVerfG, „das Wesen der freiheitlichen und demokratischen Grundordnung als Schranke der Legitimität politischer Parteien zu umschreiben, hat den Kompromisscharakter dieser Formel ungeachtet gelassen“ (ebd., S.173) Die freiheitliche demokratische Grundordnung wurde zentraler Anknüpfungspunkt für die verfassungsdogmatische Konstruktion einer „wehrhaften Demokratie“, mit der Repressionen gegen links gerechtfertigt wurden, die mit dem positiven Verfassungstext unvereinbar sind. Nach der Liberalisierung der Gesellschaft in den 1970 Jahren war dies insbesondere der Radikalerlass für Mitglieder verfassungsfeindlicher Parteien – eine Kategorie, die das Grundgesetz nicht kennt. Abendroth engagierte sich gegen die Wiederbewaffnung. (Abendroth 1981, S.217 ff.) Nach seiner Auffassung bestand für die Wiederbewaffnung kein empirisch begründetes Bedürfnis: Die Gefahr eines Angriffs auf die Bundesrepublik durch die Staaten des Wahrschauer Pakts hat nach seiner Ansicht niemals bestanden. (Abendroth 1975, S.224)

Abendroth engagierte sich gegen die Notstandsgesetzgebung, die 1968 in das Grundgesetz eingefügt wurde. „Es gibt eine ganze Reihe zweifellos rechtsstaatlich funktionierenden Demokratien, die solche Fragen sehr viel technischer und technisch unbefangener angehen können als wir in der Bundesrepublik Deutschland. Denn wir müssen hier in der Bundesrepublik nicht nur mit technischen Problemen rechnen, die möglicherweise ein moderner Krieg für geschichtlich gefestigte Demokratien aufwerfen würde, sondern wir müssen auch mit einer anderen Seite der Dinge rechnen, nämlich mit dem Problem des möglichen

Missbrauchs der Notstandsermächtigungen, weil wir aus der sozialen Struktur und aus der geschichtlichen Entwicklung unseres staatlichen Gebildes heraus hier besondere Probleme haben, die traditionale und gefestigte Demokratien in dieser Schärfe nicht kennen. Das hat der Gesetzgeber des Grundgesetzes, der Parlamentarische Rat, einst sehr genau gewusst.“ (Abendroth 1975, S.222) In den Notstandsregelungen sah Abendroth die Möglichkeit einer „Totalzerstörung der politischen Demokratien und der Rechtsstaatlichkeit“ angelegt (ebd., S.203).

Wolfgang Abendroth hat trotz erheblicher Widerstände – wider die herrschende Meinung (Vgl. Paech/ Stuby 1982) – mehrere Jahrzehnte lang, der staatsrechtlichen Diskussion Deutschlands seinen individuellen Stempel aufgedrückt. Er war im besten Sinne des Wortes „wertkonservativ“. An seiner staatsrechtlichen Grundüberzeugung von der Interpretation der Verfassung als Voraussetzung einer lebendigen rechts- und sozialstaatlichen Demokratie hat er Zeit seines Lebens festgehalten. Er scheute sich nicht, energisch mit seiner eigenen Partei ins Gericht zu gehen, was ihm seinen Parteiausschluss einbrachte. Von dem Wissenschaftler und Politiker Abendroth zu lernen, heißt bedingungslos – auch dann wenn dies nicht opportun ist – für eigene Grundüberzeugungen einzutreten.

spw 3 / 2006

Literatur

- Wolfgang Abendroth, Das Grundgesetz – Eine Einführung in seine politischen Probleme, Pfullingen 1966,
 Wolfgang Abendroth, Das KPD-Verbotsurteil des Bundesverfassungsgerichts, in: Ders., Antagonistische Gesellschaft, Neuwied 1967
 Wolfgang Abendroth (1968): Zum Begriff des demokratischen und sozialen Rechtsstaates im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, in: Forsthoff, Ernst (Hrsg.), Rechtsstaatlichkeit und Sozialstaatlichkeit, Darmstadt 1968
 ders. (1969), Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie, 2.A., Frankfurt 1969
 ders. (1979), Über den Zusammenhang von Grundrechtssystem und Demokratie, in: Perels, Joachim (Hrsg.), Grundrechte als Fundament der Demokratie, Frankfurt 1979
 ders. (1981), Ein Leben in der Arbeiterbewegung, Frankfurt 1981
 ders. (1975), Arbeiterklasse, Staat und Verfassung, Frankfurt 1975
 Brünneck, Alexander von, Politische Justiz gegen Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1968, Frankfurt 1978;
 Forsthoff, Ernst (Hrsg.), Rechtsstaatlichkeit und Sozialstaatlichkeit, Darmstadt 1968
 Gössner, Rolf, Die vergessenen Justizopfer des kalten Kriegs, Hamburg 1994.
 Hermann Heller, Politische Demokratie und Soziale Homogenität, Gesammelte Schriften II, 1928
 Römer, Peter, Vom Frieden des Rechts und vom Kampf der Klassen – Zur Aktualität von Wolfgang Abendroths Rechts- und Gesellschaftsanalyse, Demokratie und Recht 1986
 Römer, Peter (Hrsg.), Der Kampf um das Grundgesetz, Referate und Diskussion eines Kolloquiums aus Anlass des 70. Geburtstages von Wolfgang Abendroth, Frankfurt 1977
 Stuby, Gerhard/Paech, Norman, Zum Tode von Wolfgang Abendroth, Demokratie und Recht 1985

Arbeiterbewegung – Demokratie – Staat

Andreas Diers: *Arbeiterbewegung – Demokratie – Staat*, Wolfgang Abendroth *Leben und Werk 1906 – 1948*, VSA-Verlag, Hamburg 2006, 628 Seiten, 39,80 Euro

„Die Rechtsordnung ist in jeder klassengespaltenen Gesellschaft gleichzeitig sowohl eines der wichtigsten Mittel zur Stabilisierung der diese Gesellschaft bestimmenden Machtverhältnisse (und daher ein ständiges Objekt der sozialen Kämpfe zwischen den verschiedenen Klassen) als auch ein Instrument zu ihrer Transformation.“ „Das entscheidende Moment des Gedankens der Sozialstaatlichkeit im Zusammenhang des Rechtsgrundsatzes des Grundgesetzes besteht also darin, dass der Glaube an die immanente Gerechtigkeit der bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung aufgehoben ist, und dass deshalb die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der Gestaltung durch diejenigen Staatsorgane unterworfen wird, in denen sich die demokratische Selbstbestimmung des Volkes repräsentiert.“

Beide Zitate machen deutlich, warum das Werk Wolfgang Abendroths auch heute noch spannend ist. Das Bewusstsein dafür, dass sich gesellschaftliche Auseinandersetzungen auf verschiedenen Ebenen – und eben auch in Fragen der Interpretationshoheit über juristische Paradigmen – abspielen, ist heute in weiten Teilen der politischen Linken nicht vorhanden. Der „Kampf um Verfassungspositionen“ (Jürgen Seifert) – auf welchen Felder und mit welchen Argumenten wäre er heute zu führen?

Gerade bei der Diskussion solcher Fragen war Wolfgang Abendroth über mehrere Jahrzehnte einer der wichtigsten Protagonisten der Debatte auf Seiten der politischen Linken in der Bundesrepublik. Am 2. Mai 2006 hätte er seinen 100. Geburtstag gefeiert. Mit dem Buch von Andreas Diers erscheint nun eine erste ausführliche (Teil-)Biographie Abendroths, die sich der Lebensspanne von der Geburt im Jahr 1906 bis ins Jahr 1948, dem Zeitpunkt der Flucht Abendroths und seiner Familie aus der SBZ in den Westen, widmet. Erklärtes Ziel des Autors ist, „die Entwicklung des individuellen, politischen und wissenschaftlichen Lebens und Wirkens Abendroths (...) zu rekonstruieren“. Diesen Anspruch löst der Autor im Laufe des Buches in weiten Teilen ein.

Gesellschaftsvertrag, Gerechtigkeit, Arbeit

Jörg Reitzig, *Gesellschaftsvertrag, Gerechtigkeit, Arbeit. Eine hegemonietheoretische Analyse zur Debatte um einen „Neuen Gesellschaftsvertrag“ im postfordistischen Kapitalismus*, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2005, 268 Seiten, 24,80 Euro

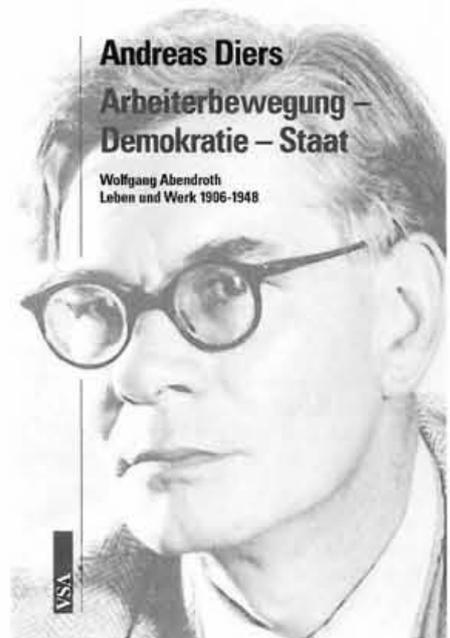
Gewissermaßen vorab referiert Diers die Kernelemente von Abendroths staats-theoretischen Denkansätzen. Anschließend wendet er sich in insgesamt 9 Kapiteln dem Leben Abendroths zu. Der Bogen wird dabei von der Jugendzeit in Wuppertal und Frankfurt am Main über die Anfänge seines Engagements in der Arbeiterjugendbewegung; die Studienzeit und den Beginn der wissenschaftlichen Arbeit; das Engagement in KPD und KPO; den Kampf gegen das NS-Regime in Deutschland; die Aktivitäten im griechischen Widerstand gegen die deutsche Besatzung und den Aufenthalt in britischer Kriegsgefangenschaft bis hin zur Habilitation und den ersten Professuren in Leipzig und Jena gespannt.

In den bislang zu Abendroths Biographie erschienen Aufsätzen lag der Schwerpunkt der Darstellung meist auf seinem Wirken als Professor in Marburg ab 1951. Besonders über die Zeit Abendroths im antifaschistischen Widerstand sowie über die vierjährige Haft fanden sich bislang wenige Berichte. Hier bietet die Biographie viele neue Details. Deutlich wird auch, wie intensiv sich Abendroth schon in seiner Schulzeit politisch engagierte. Für Diers findet sich eine Begründung für die Faszination, die auch der politisch bewusste Mensch Abendroth auf viele ausgeübt hat, in diesem Faktum. Abendroth sei eben nicht erst als Intellektueller und Professor zur Arbeiterbewegung gestoßen, sondern habe sich schon immer als Aktiver in eben dieser Bewegung verstanden.

Die politische Entwicklung Abendroths beschreibt Diers ausführlich. Eckpunkte sind dabei u.a. Abendroth Bemühen, die Notwendigkeit einer Einheit der Arbeiterbewegung theoretisch zu fundieren, die Auseinandersetzung mit den (Staats-) Diskussionen innerhalb der österreichischen Sozialdemokratie, sowie Beobachtungen der Lage in der Sowjetunion.

Der Autor stützt sich bei seiner Darstellung auf vielfältige Quellen, unter anderem auch auf persönliche Aufzeichnungen Abendroths sowie Interviews mit Zeitzeugen und der Ehefrau Wolfgang Abendroths, Lisa Abendroth. Die politisch-theoretische Entwicklung Abendroths zeichnet Diers vor allem anhand von Abendroths Veröffentlichungen aus der damaligen Zeit nach, vor allem von Texten aus Zeitschriften der kommunistischen Arbeiterjugendbewegung.

Im Schatten ökonomischer Globalisierung und der beharrlichen Durchsetzung des neoliberalen Um- und Abbau des Sozialstaates seit Beginn der 1970er Jahre wurden in den 1990er Jahren zunehmend Stimmen laut, die in gegenhegemonialer Absicht einen „Neuen Gesellschaftsvertrag“ (9) für erforderlich hielten. Dabei wurde, entweder speziell für die Geschlechter-, Arbeits- oder Naturverhält-



Große Brüche im politischen Denken Abendroths lassen sich nicht feststellen. Vielmehr lässt sich beobachten, wie der junge Wissenschaftler und Politiker nach und nach immer weitere Politikfelder im Sinne einer materialistischen Analyse für sich erschloss. Deutlich dabei, wie praktische Erfahrungen als Aktivist in der Arbeiterjugendbewegung und theoretische Überlegungen sich gegenseitig bereicherten.

Das Buch von Andreas Diers bietet also zum einen sehr fundierten Einblick in die Biographie Abendroths und liefert ausführliche und interessante Auszüge gerade aus Abendroths frühen Schriften. Damit lassen sich auch einige der Hauptstränge der theoretischen und strategischen Diskussionen innerhalb der Arbeiterbewegung zwischen den beiden Weltkriegen verfolgen. Zugleich lässt es sich als nahezu paradigmatische Biographie eine „politischen Intellektuellen“ im 20. Jahrhundert lesen.

Dass die Beschäftigung mit den zentralen politischen und wissenschaftlichen Schriften Abendroths nie an Aktualität verloren hat, sollten die der Rezension vorangestellten Zitate andeuten. Dass auch die Beschäftigung mit dem frühen Schaffen und der Biographie Abendroths lehrreich sein kann, zeigt das vorliegende Buch von Andreas Diers.

Thilo Scholle (Lünen)

nisse (Geschlechtervertrag, Bündnis für Arbeit, Planetary Contract) oder umfassend für die gesamtgesellschaftlichen Belange, sozialpolitischer Reformbedarf thematisiert, um zunehmender sozialer Spaltung entgegenzuwirken. Jörg Reitzig hat nun ein Buch vorgelegt, das sich nicht nur dieser Forderung eines „Neuen Gesellschaftsvertrages“ annimmt, sondern die gesellschaftspolitische Debatte aus

Georg Fülberth: G Strich
Kleine Geschichte des Kapitalismus 316 S., E 19,80

Was ist Kapitalismus? Der theoretischen Klärung folgt ein historischer Abriss, der auch die Widersacher einschließt. Er führt zur Frage nach der Endlichkeit dieser Gesellschaft. Jetzt in 3. Auflage



Werner Biermann/Arno Klönne: Kapital-Verbrechen 207 S., E 14,80

Vom Raub der Edelmetalle Amerikas bis zu den Machenschaften ums Öl: »Ein grandioses Buch, ein Muß - als wirtschaftshistorisches Werk, als geostrategisches Handbuch und als Krimi«, Frankfurter Rundschau



Heinz-J. Bontrup: Arbeit, Kapital und Staat 424 S., E 24,80

Plädoyer für eine demokratische Wirtschaft - »Bontrup kräftigt den Gegenstrom zur neoliberalen Agenda. Die Leser werden reichlich mit Erkenntnisgewinn und Argumentationskompetenz belohnt«, Frankfurter Rundschau



Frank Niess: Schatten auf Hollywood 247 S., EUR 16,90

Hetzkampagnen, Hexenjagen, Repressalien brachten im Kalten Krieg Zehntausende wegen »un-amerikanischer Umtriebe« um ihre Jobs. So auch hunderte Filmemacher. Kein Schnee nur von gestern



Klönne/Kreutz/Meyer: Es geht anders! Neuaufgabe, 172 S., EUR 13,90

Keine Alternativen zum fortgesetzten Sozialabbau? Von wegen! Die Autoren widerlegen die herrschenden Legenden und zeigen, daß hier nicht Naturgesetze walten. Und sie belegen ganz konkret, daß und wie es anders geht



hegemonietheoretischer Sicht analysiert und sozialwissenschaftlich fundiert einbettet.

Die theoretisch interdisziplinär angelegte Untersuchung ist in vier Hauptteile gegliedert, wobei der letzte Teil empirisch-analytisch auf das spezifische Feld ‚Politik um Arbeit‘ zugespielt ist. Im *ersten Kapitel* widmet sich Reitzig der historischen Entwicklung sowie der Bedeutung der Idee vom Gesellschaftsvertrag und analysiert überblicksartig die Modifikationen der kontraktualistischen Theorien bis hin zur gegenwärtigen Renaissance der „neuen sozialen Frage“ (Castel). Er konstatiert dabei eine Kontextverschiebung der Begriffsverwendung in den 1990er Jahren. Grundlegend hierfür sei das Aufkommen des Diskurses um (soziale) Gerechtigkeit – von der politisch-philosophisch anspruchsvollen Theorie der Gerechtigkeit von J. Rawls bis zum sogenannten Schröder-Blair-Papier Ende der 1990er Jahre, dessen Stichwortgeber A. Giddens war. Die inhaltliche Kontextverschiebung – sowohl die Neubesetzung des Begriffes „soziale Gerechtigkeit“ als auch die Forderung eines „Neuen Gesellschaftsvertrages“ – gingen mit konkreten sozialökonomischen Transformationsprozessen von einer im Kern wohlfahrtstaatlichen Politik hin zur politischen Forcierung von Markt- und Wettbewerbsverhältnissen einher (34). Im *zweiten Teil* fokussiert Reitzig den Begriff der „Zivilisierung“, der ähnlich wie die Schlagwörter der Reflexivität, der Zivilgesellschaft oder der (Self-)Governance (44) mit der Gesellschaftsvertragsdebatte korrespondiere. Drei unterschiedliche sozialwissenschaftliche Theorien werden in diesem Kapitel voneinander differenziert: der systemtheoretische Ansatz der Selbstorganisation, die kommunikationstheoretische Konzeption deliberativer Demokratie sowie die strukturalistisch geprägte Regulationstheorie mit ihrer Betonung gesellschaftlicher Hegemonie, die Reitzig aufgrund ihrer kritisch differenzierten und nicht normativ aufgeladenen Sichtweise auf die Möglichkeiten politisch-gestaltenden Handelns favorisiert (vgl. 85). Im *dritten Teil* wird in Anlehnung an die regulationstheoretische Herangehensweise der umstrittene gesellschaftliche Leitbegriff (sozialer) Gerechtigkeit hegemonietheoretisch in den Blick genommen. Reitzig liefert hier eine theoretische Fundierung des neueren Gerechtigkeitsdiskurses und zeigt das Spannungsfeld zwischen Rawls' Theorie der Gerechtigkeit, den marktorthodoxen Entgegnungen (u.a. Buchanan, Nozick) sowie den eher linksliberalen Ansätzen eines Dritten Weges (u.a. Etzioni, Walzer, Nussbaum) auf. In kritischer Auseinandersetzung mit diesen Theoriesträngen wird anschließend versucht, die

Konturen einer „zeitgemäßen Konzeption eines Neuen Gesellschaftsvertrages“ (13) zu skizzieren.

Der *vierte und abschließende Teil* konkretisiert dann die Aspekte der vorangegangenen Debatte um einen „Neuen Gesellschaftsvertrag“ auf dem spezifischen Feld der Arbeitsbeziehungen. In der Frage nach der „Zukunft der Arbeit“ sieht Reitzig einen zentralen Schnittpunkt, in dem die übergreifende Debatte um Bedingungen und Möglichkeiten eines „Neuen Gesellschaftsvertrages“ (vgl. 160) zusammenläuft. Das Feld der Arbeitsbeziehungen sei der Bereich, in dem sich soziale Gerechtigkeit manifestiere: „Dies ist besonders deutlich hervorgetreten am Beispiel der neo-sozialdemokratischen Maßnahmen zur Umstrukturierung des Arbeitsmarktes, die mit der kommunikativen Politik sozialer Pakte, wie dem ‚Bündnis für Arbeit‘ in Deutschland (1998-2002), ihren Anfang nimmt und ihren vorläufigen Höhepunkt in den Direktiven der so genannten Agenda 2010 findet“ (161). Mit Blick auf diese gegenwärtigen Veränderungen der Arbeitsbeziehungen liefert Reitzig über die sozialwissenschaftlich fundierte Untersuchung eines „Neuen Gesellschaftsvertrages“ eine äußerst kenntnisreiche Beschreibung konkreter Prozesse des sozioökonomischen Wandels. In Anlehnung an Oskar Negt plädiert er schließlich – dem neoliberalen Programm der Deregulierung der Arbeitsverhältnisse wehrend – für eine „Zivilisierung gesellschaftlicher Arbeit“ (224): „Maßstab der Herausforderung eines ‚Neuen Gesellschaftsvertrages‘ wird letztlich [...] sein, ob es gelingt, den sich dynamisch entwickelnden Zentrifugalkräften einer sich ihrer Sozialverpflichtungen sukzessive entledigenden Ökonomie eine praktische Politik der Zivilisierung entgegen zu setzen, die es gestattet, die sich vollziehenden Transformationen dergestalt zu bewältigen, dass gesellschaftliche Fortschritte weiterhin möglich sind“ (41). In diesem Sinne hält es Reitzig für dringend geboten, „sich wieder der politischen Konstituiertheit des Marktes zu besinnen [...] und die Wirtschaft als eine Veranstaltung zu denken, die hinsichtlich ihrer Zweckbestimmung im Dienste der Menschen steht und nicht zu deren Geißel werden sollte“ (155). Mit seiner Untersuchung verweist Reitzig somit nicht nur auf den dringlichen Diskussionsbedarf um einen ‚Neuen Gesellschaftsvertrag‘, sondern eröffnet zugleich eine gegenhegemoniale Perspektive, in der das Politische wieder in seiner ursprüngliche Bedeutung der Allgemeinwohlorientierung gestärkt wird.

Bettina Lösch (Köln)

PapyRossa Verlag

Luxemburger Str. 202, 50937 Köln; T. (02 21) 44 85 45
Fax 44 43 05; mail@papyrossa.de; www.papyrossa.de

Unsere Jahre mit Gerhard Schröder

Hans-Joachim Schabedoth, *Karikaturen von Gerhard Mester, Unsere Jahre mit Gerhard Schröder, Schüren-Verlag, 242 S., EUR 14,90, ISBN 3-89472-281-9*

Was haben Gerhard Schröder und die von ihm geführte rot-grüne Bundesregierung in ihrer Regierungszeit geleistet? Diese Frage bildet die Grundlage für das von Hans-Joachim Schabedoth vorgelegte Resümee mit dem Titel „Unsere Jahre mit Gerhard Schröder“. Der Klappentext verrät es: Hans-Joachim Schabedoth hält inne, blickt zurück und erinnert sich, „wie alles anfang mit dem rot-grünen Traum, als man regierte, als könne allein der Glaube an das Gute und vorgeblich Alternativlose die Dinge zum Besten ändern“.

Ohne seine Ansichten zu sehr in den Vordergrund zu rücken, nimmt der Autor bei seiner Betrachtung den gewerkschaftlichen Standpunkt ein. Dies nimmt kaum Wunder, ist Schabedoth, Jahrgang 1952 und von Hause aus Sozialwissenschaftler, doch seit vielen Jahren als Leiter der DGB-Grundsatzabteilung an der Schnittstelle zwischen Gewerkschaften, Regierung und Parteien tätig. Nicht nur aus diesem Grund erweist sich Hans-Joachim Schabedoth als intensiver Kenner der vorgelegten Materie. Bereits schon einmal blickte er 1998 kritisch auf Jahre der Regierungsarbeit und deren konservative Protagonisten unter dem Titel „Unsere Jahre mit Helmut Kohl“ zurück.

Rückblende: Im September 1998 heißt der Bundeskanzler noch Helmut Kohl, die politischen Fäden werden noch in Bonn gezogen. Wechselstimmung macht sich breit und am 27. September ist es soweit. Der Dicke aus Oggersheim ist nach 16 langen Jahren abgewählt. Das Erbe der Regierungszeit Kohl: Ein schwelender Konflikt im Kosovo, 4,23 Millionen Arbeitslose, eine rekordverdächtige Staatsverschuldung und eine ganze Reihe von Baustellen, die Schröders Amtsvorgänger auszusitzen suchte, anstatt sie ernsthaft anzupacken.

Es ist ohne Zweifel eine schwere Hypothek, die Gerhard Schröder und seine Regierungsmannschaft zu übernehmen haben. Andererseits können Sozialdemokraten und Bündnisgrüne endlich zeigen, dass die im Wahlkampf gemachten Vorschläge und Versprechungen mehr sind als heiße Luft.

In der Bundesrepublik stellt sich im Herbst 1998 die Frage: Folgt auf die Ära des großen, machtgerigen Patriarchen die des kleinen Mannes aus Hannover?

Hans-Joachim Schabedoth zeichnet die rot-grüne Regierungsarbeit detailreich von der ersten bis zur letzten Minute nach. Schon die Überschriften der verschiedenen Kapitel verheißen, dass die eigentliche Leistung des

rot-grünen Regierungsprojektes irgendwo zwischen Aufbruch und Abbruch zu suchen ist. Nach 16 durchaus wechselvollen Jahren konservativer Regentschaft erscheint der Regierungswechsel als Aufbruch in ein neues Politikzeitalter. Kennzeichnend hierfür ist vor allem die sich mit dem gefühlten Aufbruch verbundene Hoffnung auf eine bessere, weil gerechtere Politik. Allerdings ist die Hoffnung ein zartes Pflänzchen und der Glaube an das Gute versetzt auch nicht immer Berge.

So zeigen die ersten Monate Rot-Grün vor allem eines: Die Regierungsbänke sind weit weniger kommod, als es sich viele der Handelnden erträumt haben möchten. Die Vieltimmigkeit aus dem Regierungslager ist schon in den ersten Monaten beeindruckend. Offensichtlich wird, dass weder bei Roten noch bei Grünen fertige und vor allem umsetzungsfähige politische Rezepte in den Schubladen schlummern. „Die Öffentlichkeit ist erstaunt über das eingeschlagene Tempo und dann irritiert über den dabei gepflegten Stil des trial and error.“

Nachdem anfängliches Knirschen im Getriebe verstummt ist, heißt es „Versprochen, Wort gehalten“. Einschnitte bei Lohnfortzahlung und Kündigungsschutz werden zurück genommen, das Bündnis für Arbeit wird initiiert, die Ökosteuer wird eingeführt und der Atomausstieg besiegelt. Später wird das Recht schwuler und lesbischer Paare, ihre Lebenspartnerschaft amtlich registrieren zu lassen, gesetzlich verankert, das versprochene Zuwanderungsgesetz wird auf den Weg gebracht und mit der Einführung der „Riester-Rente“ setzt sich die Erkenntnis durch, dass neben der staatlichen Rente auch privat für das Alter vorgesorgt werden muss. Schon diese Aufzählung zeigt, dass rot-grüne Regierungsarbeit alles andere als Stillstand oder Rückschritt für Deutschland bedeutete. Im Gegenteil. Viele sinnvolle politische Ansätze wurden auf den Weg gebracht beziehungsweise in Gesetzesform gegossen. Schabedoths Buch enthält viele weitere Nachweise, die dieses belegen.

Allerdings zeigt Hans-Joachim Schabedoth auch minutiös und präzise auf, wie sehr eigene Eitelkeiten (Beispiel: Oskar Lafontaine) und gezielte Angriffe aus dem gegnerischen politischen Lager manch gute Idee verwässern und blockieren können.

Wie ein roter Faden zieht sich die Massenarbeitslosigkeit durch die sieben Jahre rot-grüner Regierungsarbeit. Im Ergebnis präsentieren sich sämtliche gemachte Schritte als wirkungslos. So zum Beispiel das so genannte Bündnis für Arbeit, jene vom Kanzler ins Leben gerufene Runde, in der sich Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite nebst der Politik zum Wohle des Landes zusammenraufen und –so zumindest das erklärte Ziel– für sinkende Arbeitslosenzahlen und mehr Wachstum sorgen wollten?



Hans-Joachim Schabedoth

Unsere Jahre mit Gerhard Schröder

Ein Rückblick

SCHÜREN

Die offensichtliche Ohnmacht derjenigen, die in diesem Land Verantwortung zu tragen meinten, hat bei denjenigen, die von Erwerbslosigkeit betroffen waren und es zum Teil immer noch sind, echte Bauchschmerzen hinterlassen. Die Teilnehmer des finalen Bündnistreffens wussten im schlimmsten Fall über knurrende Mägen zu berichten. Denn: „Nicht einmal das vorbereitete Abendessen geht noch über die Bühne. Das Bündnisgespräch am 3. 3. 2003, das neunte seiner Art, beendet die Serie wenig erfolgreicher Bemühungen, zwischen Bundesregierung, Wirtschafts- und Arbeitgeberverbänden plus Gewerkschaften ein System gegenseitig verpflichtender Abmachungen zur Förderung von mehr Wachstum und Beschäftigung zu begründen.“

Schon der Blick auf dieses „Arbeits“-Bündnis führt dem Leser vor allem eines vor Augen. Den sieben schröderschen Regierungsjahren gemein war die stete Weigerung der Wirtschaft und der Kapitalinhaber, endlich einmal gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen. Die neoliberale Allheilformel Unternehmen entlasten = Schaffung neuer Arbeitsplätze sollte sich immer wieder als falsch erweisen. Die Antwort auf die eingangs gestellte Frage überlässt Hans-Joachim Schabedoth seinem Leser. Das ist gut so. Schabedoth nimmt sich als Kommentator der Ereignisse soweit zurück, dass genügend Raum für ein eigenes Fazit gelassen wird.

Dennoch ist seine Kritik nachvollziehbar dargestellt und sprachlich hervorragend in Szene gesetzt.

Für diejenigen, die sich ein umfassendes, unvoreingenommenes Bild von der rot-grünen Regierungszeit verschaffen wollen, hat Hans-Joachim Schabedoth eine Pflichtlektüre vorgelegt.

Maik Luhmann (Dortmund)

spw – seit mehr als 25 Jahren ... wissen, was die SPD-Linke diskutiert!

Jetzt abonnieren und zugreifen!

Wer jetzt spw abonniert, erhält als Prämie eines dieser Bücherpakete!

Prämie 1

Werner
Biermann/Arno
Klönne
Kapital-Verbrechen
Zur Kriminalgeschichte
des Kapitalismus
208 Seiten,
EUR 14,80;



Prämie 2

Georg Fülberth
G Strich - Kleine
Geschichte des
Kapitalismus
Hardcover, 316 Seiten,
EUR 19,80



Prämie 3

Karl-Heinz
Brandl/Lothar
Schröder
(Hrsg.)
Menschen machen
Innovationen
264 Seiten, EUR 14.80



+

+

+

Jürgen Meier:
„Eiszeit“ in
Deutschland
186 S., EUR 14,90



Boris Michel
Stadt und
Gouvernementalität
56 S., EUR 14,90



Torsten Feltes /
Marc Paysen
Nationale
Bildungsstandards
Von der Bildungs- zur
Leistungspolitik
204 Seiten, EUR 14.80



Abo unter www.spw.de oder per
eMail an spw-verlag@spw.de